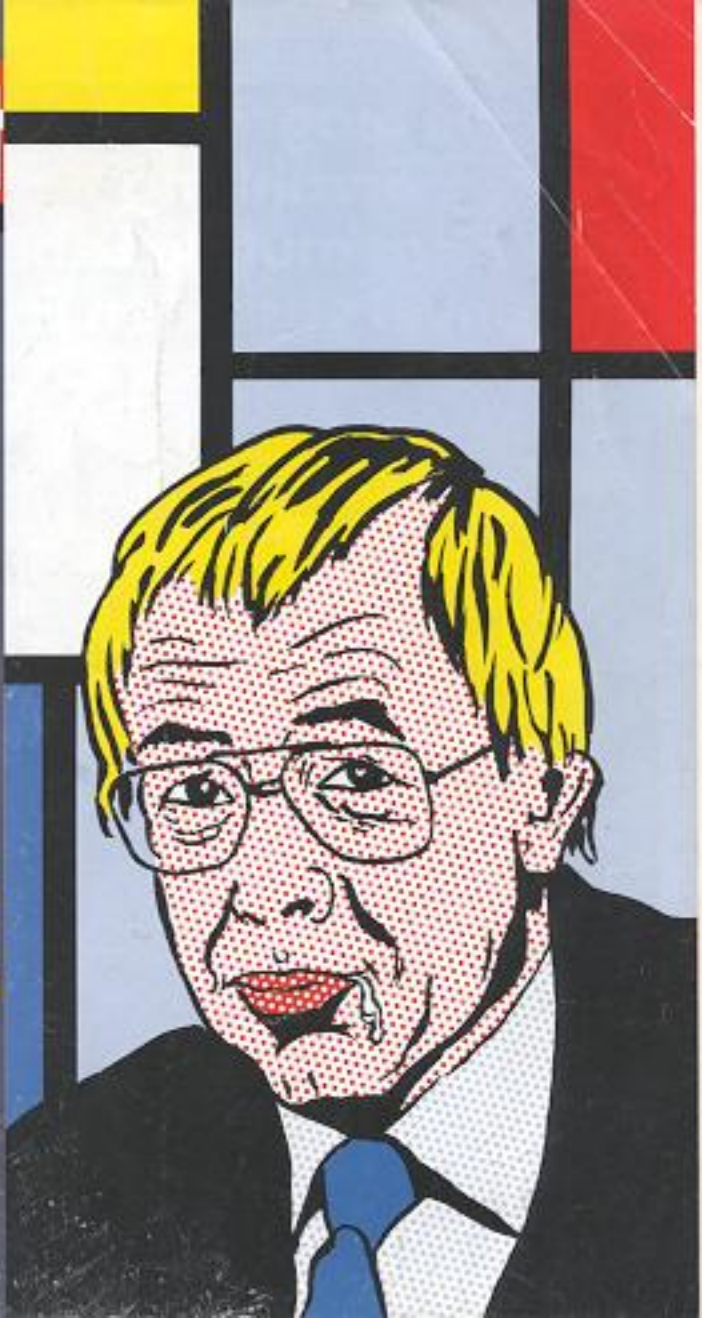
Heft 6 Juni 1988 6,- DM C 4143 E

Konkret

Politik & Kultur

- CDU: Deutsche Meister der Moderne
- Grüne: Schon am Ende oder auf ewig?
- Soldaten sind Mörder
- Tierversuche an Menschen
- Porsche und seine Nazis
- Das Kino der Rassisten
- Henscheid, Kant, Kuby, Scharang



in konkret Juni 1988

von konkret

an konkret

Neues Denken von Hermann L. Gremliza

Konkurrenzlos glücklich von Oliver Tolmein

»Kampagnefähigkeit«, »kulturelle Hegemonie«, »Meinungsführerschaft«, Dominanz über die Themen des öffentlichen Diskurses – alles, was Peter Glotz einst der SPD zu verschaffen suchte, ist am Ende der achtziger Jahre fest im Besitz der CDU. Sie allein bestimmt, wie seit dreißig Jahren nicht mehr, was modern und wo vorne ist

Wohlfeile Wahrheit von Verena Krieger

Unsere Soldaten sind keine Mörder von Otto Köhler

Daß die Bundeswehr sowohl den Angriffs- als auch den Bürgerkrieg probt, ist längst kein Geheimnis mehr. Wer jedoch darüber aufklärt und dagegen agitiert, muß neuerdings wieder damit rechnen, vor Gericht gestellt und abgeurteilt zu werden. Wegen Wehrkraftzersetzung

Sozialisten, eingemacht von Georg Fülberth

Sind die Grünen schon bald am Ende oder währen n sie ewig? In seinem Essay beschäftigt sich Fülberth mit einer Prognose aus dem September 1902, die er für eine Fehlprognose hält

Chile - Kultur des Todes von Iris Stolz; Michael Weisfeld

Grell geschminkt gesteht die »Terroristin« Karin Eitel im chilenischen Fernsehen ihre Taten. Wenn sie stockt, gehen die Scheinwerfer aus, und sie wird mit Schlägen gefügig gemacht. Geheimdienstagenten als Zulieferer des staatlichen Fernsehens – das ist Chile im Jahr des »Plebiszits«

Wie man Menschen zerstört von David Becker; Iris Stolz

Iris Stolz sprach mit dem Psychologen David Becker über Folterschäden, Verdrängung und Angst

Die Ästhetik des Niedergangs von Karl-Heinz Hansen

Der Schwachsinn trällert sich Bahn: Im Auftrag der Bundesgeschäftsführerin hat der Frankfurter Musikproduzent Dieter Dehm (einst Stomokap-Juso, dann Liedermacher unter dem Kunstnamen »Lerryn«) für die SPD eine neue Parteihymne geschrieben. In deren Refrain ist so nachdrücklich vom Wasser die Rede, daß man zu begreifen beginnt, warum die SPD immer überflüssiger wirkt

Verhöhnen statt spalten von Wolfgang Kraushaar

Zur Forderung, den Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD mit dem SDS wieder aufzuheben

Nachrichten

Fabrikation eines Verdachts von Oliver Tolmein

Mal waren es 40 Uhrengeschäfte, mal nur 30; mal sind hunderte von WeckerkäuferInnen abgefilmt worden, mal nur 82 – die »Beweismittel«, die Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt gegen Ulla Penselin und Ingrid Strobl zusammengetragen haben, sind schlecht konstruiert, widersprüchlich und absurd

Mit Nagenes in die Hend von Michel R. Lang

Eine im Feuilleton beliebte Frage lautet: Warum haben sich Millionen Juden von den Nazis »wie Schafe zur Schlachtbank« führen lassen? Von den jüdischen Soldaten und Partisanen, die in Polen, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Spanien, der Sowjetunion und Nordafrika gegen die deutschen Invasionsheere kämpften, ist so gut wie nie die Rede. Warum?

Porsche - find ich gut von Otto Köhler

Ein liberaler Historiker gibt Gas: Er will unbedingt »klarkriegen«, warum ein so fabelhafter Mann wie der Volkswagen-Konstrukteur in die (heute und bei manchen) kompromittierende Nähe zu den Nazis geraten ist. Die Arbeit an der Befriedigung seiner Neugier wird von Porsches Nachfolgern bezahlt

Ukraine überall von Peter Niggl

Erst Bollwerk gegen die Oktoberrevolution, später Hitlers liebste Kollaborateure, heute »Vorposten Europas« im Kampf gegen den Bolschewismus: Exil-Ukrainer, ihre Führer, Pfaffen, Agenten, Freunde und Umtriebe

Menschenzucht und Bioethik von Ludger Weß

Was ist Embryonen-Splitting? Nein, keine Rubrik im Lohnsteuerjahresausgleich, sondern ein Verfahren, mit dem Humangenetiker den Nachwuchs selektieren wollen. Weil zu diesem Zweck menschliche Zellen manipuliert und auch vernichtet werden müssen, verlangen die Forscher die Aufhebung der herkömmlichen Moralgesetze

Aus dem Tollhaus II von Wolfgang Schneider

Sie halten sich für die Erben der Aufklärung, für die Avantgarde der Revolution. Aber ihr Horizont reicht gerade vom innerstädtischen FKK-Bad bis zur Zwangstätowierung aller HIV-Positiven: In den antiklerikalen Sekten der Bundesrepublik sammeln sich die Opfer einer christlichen Kultur

Peter Weiss lesen! Jetzt! von Franz Lerchenmüller

Es gibt sie wirklich, eine Literatur, deren Gegenstand die Politik und die dennoch nicht bloß gut gemeint ist, sondern ein Werk der Kunst: »Ästhetik des Widerstands« heißt das Buch

Buch des Monats: Natürlich Mord! von Erich Kuby

Gerhard Zwerenz: »Soldaten sind Mörder«. Die Deutschen und der Krieg, Verlag Knesebeck & Schuler, München 1988, 430 S., 39,80 DM

Von der Meuse bis an den Njemen ... von Klaus Dede

Von der belgisch-französisch-holländischen Maas bis an die sowjetische Memel reicht das »Deutschlandlied«, das die Bonner Nation »über alles« schätzt. Hier die Geschichte und Bedeutung dieses im ersten Teil chauvinistischen, im dritten Teil nichtssagenden Schmachtfetzens, der da »Nationalhymne« heißt

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid

Omelett, Graf von von Klaus Pohl; Hermann L. Gremliza

Es waren alle da, die glauben, wenn sie da sind, seien alle da: der erste Bürgermeister, die Bankiers der City, die Staranwälte, die Stifter, die Chefredakteure, die Dreisterne-Gäste, die Begleitungen. Alle wollten dabeisein, als Klaus Pohls Komödie »Heißes Geld« Premiere hatte. Denn es hatte sich herumgesprochen: Der Stoff, der dem Stück zugrundeliege, sei der Zusammenbruch der Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co, der einst feinen Hamburger und Frankfurter FinanzadresseGespräch mit Klaus Pohl

Terror gegen Terpsichore von Horst Tomayer

Wie einmal die sexistisch versteinerten Verhältnisse zum Tanzen gebracht wurden

Ich habe gelesen von Hermann Kant

»Wien, Wien, nur du allein...« von Michael Scharang

Mit dem Trick, sich als Stadt der Jahrhundertwende auszugeben, wurde Wien in den letzten Jahren vor einem Dutzend anderer Städte zur Nummer eins im internationalen Städtetourismus. Zeit für jene Einheimischen, denen es an Kaisertreue mangelt, Wien den Touristen zu überlassen und auf Reisen zu gehen

Mitleid als Geschäft von Corinne Schelbert

»Emotionalisieren« heißt die Devise, auf Bevormundung und subtilen Rassismus läuft es hinaus: Die »Dritte-Welt«-Filme des Unterhaltungskinos brauchen fast immer einen weißen Helden, mit dem das Publikum leiden kann, damit ein bißchen Mitleid mit den Unterdrückten abfällt. Und das nennen sie dann Aufklärung

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 06/88, S. 4

von konkret

Wie KONKRET einmal hereingefallen ist: Auf der Suche nach einem Autor, der zum Titelthema »Christentum: 2000 Jahre sind genug« einen Beitrag über die Flut der Gotteslästerungsprozesse verfassen könnte, stieß Redakteur Wolfgang Schneider auf einen Rechtsanwalt, der ein kenntnisreiches Vorwort zu Karlheinz Deschners »Die beleidigte Kirche« geschrieben hatte: Gottfried Niemietz aus Freiburg. Dessen Beitrag erschien denn auch in KONKRET (3/88). Was weder Schneider noch sonst jemand bei KONKRET wußte: Niemietz ist Mitglied einer äußerst dubiosen Sekte, die als Marxistisch-Reichistische Initiative, als Bunte Liste Freiburg oder als Ahriman-Verlag auftritt und, beispielsweise, die Tätowierung HIV-Infizierter oder eine »Reduktion« der Weltbevölkerung von fünf Milliarden auf eine fordert. Für ein Poster mit der letzteren Forderung wollte der Ahriman-Verlag in diesem KONKRET-Heft werben. Er erhielt folgenden Brief.

Sehr geehrte Damen und Herren, bei KONKRET ist das so: Die Anzeigenleitung hat keinerlei Einfluß auf die Redaktion. Umgekehrt gilt das nicht: Der Herausgeber von KONKRET behält sich vor, im Zweifelsfalle darüber zu entscheiden, ob eine Anzeige aufgenommen wird oder nicht. Ihre Anzeigenvorlage mit dem Motiv »Fünf Milliarden sind vier zuviel – Bevölkerungsreduktion ist der beste Umweltschutz« ist ein solcher Fall: Ich bin der Auffassung, daß dieser Slogan, zynisch oder blind, an eine »Bevölkerungspolitik« anknüpft, die das menschliche Leben sog. Naturnotwendigkeiten (früher: Gesundheit der Rasse, jetzt: Umweltschutz) unterwirft und sich anmaßt, zwischen lebenswertem und nicht lebenswertem Leben zu unterscheiden. In die historisch-politische Wirklichkeit übersetzt, heiBt das wissenschaftlich klingende »Bevölkerungsreduktion« immer nur: Genozid, Selektion, Euthanasie.

Ich habe die Anzeigenabteilung angewiesen, die Aufnahme ihrer Anzeige unter Berufung auf Punkt 8 der »Allgemeinen Geschäftsbedingungen« abzulehnen .

Hermann L. Gremliza

Die Reaktionen, die der KONKRET-Titel übers Christentum bei antireligiösen Sekten wie bei religiösen Sozialisten ausgelöst hat, haben eine Nachbereitung erforderlich gemacht: In diesem Heft nimmt sich Wolfgang Schneider die Freiburger und andere Opfer christlicher Kultur vor, im nächsten KONKRET die linken Christen. Noch Stühle da, zwischen die wir uns setzen können?

In einer Zeitschrift für realgrünen Zeitgeist, die der Verlag des ehemaligen Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) herausgibt, fand sich unlängst unter der den Szene-Jargon fast schon parodierenden Überschrift »Barschel, Wallraff und der Diskurs« die freundliche Bemerkung: »Das Szenario weist Ähnlichkeiten mit dem Kieler Verhängnis auf: Der unsägliche Schmutzjournalist Hermann Gremliza ist der Reiner Pfeiffer des Falles Wallraff.« Was immer der Gedanke sein sollte, den der Autor Thomas Schmid wie immer nicht auszudrücken vermochte – die 24. Kammer des Hamburger Landgerichts entschied, daß der »unsägliche Schmutzjournalist« 4.000 Mark kostet, plus 3.000 Mark Vertragsstrafe für die Verletzung einer bereits abgegebenen Unterlassungsverpflichtung. Das. werte Herren. ist Realpolitik.

Einen Augenblick, Alice Schwarzer! Wir sind gewiß nicht kleinlich, aber dies hier, aus der »Emma« vom April:

Nun muß man wissen, daß die Begriffe »Therapeut« und »Sexualforscher« nicht geschützt sind. Das nutzt nicht nur Wawerzonnek. (Der Journalist und Soziologe Günter Amendt zum Beispiel präsentiert sich, nur weil er vor Jahren zwei Bücher über Jugendsex veröffentlicht hat, im Fernsehen auch gerne als »Sexualwissenschaftler«.) –

dies lassen wir nicht durchgehen, auch wenn wir den Grund kennen, warum Günter Amendt (einst der erste Mann, der in »Emma« als Gesprächspartner von Alice, nämlich als Sexualwissenschaftler zum Thema Pädophilie, auftreten durfte) plötzlich nur noch journalistischer Autor irgendwelcher Bücher über »Jugendsex« und Träger einer angemaßten Berufsbezeichnung sein soll: Weil Alice »im Fernsehen«, nämlich bei der »Pro und Contra«-Sendung über Pornographie, im Gespräch mit dem Sexualwissenschaftler Amendt schlecht abgeschnitten hatte. Deshalb hat sie in den zitierten Beitrag von Sabine Zurnieden den Klammersatz hineingeschrieben. Alice weiß auch, warum Amendt nicht staatlich approbierter Wissenschaftler, nämlich Professor ist: Weil er, zweimal auf Platz I von Berufungslisten, aus politischen Gründen aussortiert wurde. Das macht sich jetzt eine kämpferische Feministin zunutze. Mies.

Veranstaltungshinweise Katia Leyrer, Autorin des im Konkret Literatur Verlags erschienenen Buchs »Hilfe! Mein Sohn wird ein Macker« liest und diskutiert am 29. Juni ab 20 Uhr in der Volkshochschule Schwerte und am 30. Juni um 19.30 Uhr im Brückenverlag, Düsseldorf. Am 28. Juni nimmt sie an einer Solidaritätsveranstaltung für Ulla Penselin und Ingrid

Strobl im KFZ

Konkret 06/88, S. 6

an konkret

Utopie

KONKRET 5/88: »Heißhunger«, Maria Mies über die fortgesetzte Ausbeutung der »Dritten Welt«

Kollektiver Konsumverzicht als neue Waffe, die möglich macht, was uns die in die Jahre gekommene, behäbig gewordene alte Arbeiterbewegung der männlichen Lohnarbeiter, was uns die proletarische Frauenbewegung, die Komintern und ihre Erben, aber auch nationale Befreiungsbewegungen, Che Guevara und Fidel Castros nicht brachten: den Zusammenbruch des Weltmarkts als Zusammenbruch des Kapitalismus?

Diese Utopie scheint mir mehr als naiv und wenig überzeugend als Alternative zu real existierender Vorschlägen aus der Ersten wie aus der Dritten Welt. Oder zählt Fidel Castro inzwischen auch schon zu den vom Fetisch Weltmarkt korrumpierten »linken Theoretikern«? Insbesondere aber hätte ich von Maria Mies eine Position erwartet, die Forderungen von Dritte-Welt-Frauen zumindest mitreflektiert. Die Frauen der Drei Kontinente sind ja keineswegs nur passive Opfer, und mit unserem Konsumverzicht werden sie wohl wenig anfangen können. Sie entwickeln längst eigene Strategien der Gegenwehr und konkrete Programme (ich denke z. B. an das DAWN-Papier).

Dr. Urte Sperling, Marburg

Schuldenberg

KONKRET 5/88: »Beast and Beauty«, Kurt Hübner über die Funktion von IWF und Weltbank

Mit großem Interesse habe ich den Beitrag von K. Hübner zur Weltbank und IWF gelesen. Es wäre bestimmt nicht verkehrt, wenn sich »nach den nationalistischen Betroffenheitsemotionen von Teilen der Friedensbewegung« der Blick nun auf die Ungerechtigkeiten der Weltwirtschaft richten würden.

Zu kurz kam mir allerdings eine Erklärung, wie es zu dem nun nicht mehr rückzahlbaren Schuldenberg gekommen ist, Wie kam es dazu, daß die Länder der Dritten Welt nun gezwungen sind, das »übliche Auflagenprogramm« wie z. B. höhere Zinsen bei Umschuldungen, Währungsabwertungen, Lohnkürzungen usw. akzeptieren zu müssen? Auf weitere Beiträge zu diesem Themenkomplex hofft

Gerhard Schepper, Kirchheim/Teek

Zwischen den Stühlen

KONKRET 5/88: »Rätsel des Orients« von Hermann L Gremliza

Ich möchte Ihnen danken für Ihren vorzüglichen Kommentar. Hoffentlich kann sich das KONKRET-Magazin auch in Zukunft zwischen allen Stühlen behaupten.

Reinhold Busch, Stuttgart

Ignorant und Absurd

KONKRET 5/88: »Ökologie: Euthanasie« Interview mit Franz Christoph

Es ist einfach ignorant und absurd zu bestreiten, wieviel Leid, Trauer und Ohnmacht die Behinderung/der Zerfall eines geliebten Menschen verursachen kann. Es ist nicht nur eine Frage des Geldes, der Umverteilung, welche und wieviele Hilfen Behinderte erhalten können und sollen, sondern auch eine Frage der Bereitschaft vieler Menschen, mit der Behinderung ihrer Mitmenschen umzugehen, und da gibt es für die meisten eben unterschiedliche Grade ihrer Belastbarkeit. Wir können heute das Leben der Menschen mit allen möglichen Methoden erzeugen und mit High Tech und Ersatzstücken jahrelang verlängern. Ist es da nicht ein Verdienst der Grünen, der Humanistischen Union und auch des Herrn Atrott die Auseinandersetzung mit dem Sterben in die Diskussion und in die Entscheidungsprozesse hineingetragen zu haben? Ich bin ganz und gar nicht eine Verfechterin der grünen, heilen Welt. Aber ich meine, daß die Freiheit des einzelnen ihre Grenzen in der Freiheit der anderen hat, was bedeutet, daß jeder Mensch die Verpflichtung hat, so bewußt und sozial seinen Mitmenschen gegenüber zu leben, wie es ihm möglich ist. Wir alle wissen, in den Etagen der Macht ist dieses Bewußtsein verlorengegangen.

Ist das aber allein eine Rechtfertigung für einen rücksichtslosen und egoistischen Umgang unter uns allen? Die Forderung des Herrn Christoph nach mehr Behinderten kann ich nur aus seiner Position des Behinderten tolerieren, aber in keiner

Weise übernehmen.

Monika Knaf, Hanau

Acryl-Ding

KONKRET 5/88: »Gremlizas Expr ss«

Ja, nur her mit dem Acryl-Ding. Es ist schwer verdient!

Schöne Grüße

Mathias Greffrath, Hamburg

Prima Artikel

KONKRET 5/88: »Stunde der Gaukler« von Detlef Hensche

Stunde der Gaukler, prima Artikel. Bleibt zu hoffen, daß Gewerkschafter ihn lesen und sich darüber informieren, daß Gewerkschaften kein eigenes Programm zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit anzubieten haben, daß er sich informiert, daß es wohl breite Kreise gibt, die einen neuen Anstoß von Lafontaine begrüßen und daß er darüber fällt, daß ihm vorgegaukelt werden soll, das seien alles Leute mit einem heruntergekommenen politischen Bewußtsein. Die Zeit geht weiter, wir alle müssen für neue Anstöße offen bleiben, da die Probleme von heute mit den Strategien von gestern nicht zu lösen sind. Gewerkschaften haben schon mehrfach Beispiele dafür geliefert – zuletzt beim Thema Kernkraft und Arbeitsplätze, daß sie hinter der Entwicklung hinterherhinken.

Gewerkschaften sind die Interessenvertreter der Arbeitsplatz-Besitzer und sollten nicht anderen vorgaukeln, sie würden die Interessen der Arbeitslosen vertreten

Wolfgang Kolbe/Sozialarbeiter, Hamburg

Museumsniveau

KONKRET 5/88 »Kunstbetriebskunst par excelence« Hrdlicka über Beuys etc.

Lieber Herr Hrdlicka,

Man schickt mir soeben Ihren Artikel aus KONKRET. Verblüfft fiel mein Auge auf meinen Namen. Ich erfahre, daß ich gesagt habe, Hitlers Zeichnungen und Aquarelle hätten kein Museumsniveau. Wenn ich eine solche Meinung verträte, würde ich es wahrscheinlich ein bißchen eleganter zum Ausdruck bringen. Gesagt jedenfalls habe ich es nie, so daß an Ihrem schönen Zitat zumindest die Gänsefüßchen fehl am Platz sind. Ob Hitlers Kunsterzeugnisse Museumsniveau haben, das ist natürlich nicht nur eine Frage des Niveaus dieser Werke, sondern auch des Niveaus des jeweiligen Museums. Im übrigen vermute ich, Sie haben mir deshalb die köstliche Eigenschaft der Naivität öffentlich zuzuschreiben den Drang gehabt, weil ich Sie im selben Zusammenhang der Nazi-Kunst vor einigen Monaten ein bißchen geärgert habe, was wirklich auch notwendig war. Mit herzlichen Grüßen Ihr

Prof.. Dr. Werner Schmalenbach, Kunstsammlung, Nordrhein- Westfalen, Düsseldorf

Schlimme Kindheit

KONKRET 5/88: »Fünf Freunde und die Schleyer-Entführung«, Diedrich Diederichsen über den Roman von Peter Jürgen Boock

D. D. also hat lange darüber nachgedacht, woher er die »Sprache kenne, die Boock wählt, wenn er die Terroristen sich unterhalten läßt.« Sicher ein Problem von den vielen Möglichkeiten, über die sich nachdenken läßt. D. D. nun aber hatte das Objekt seiner Rezensionsgelüste halb durchgelesen, als er verspürte, daß es ihn an die Lektüre seiner Kindertage erinnert. Er muß eine schlimme Kindheit verlebt haben, denn diese Erinnerung macht, daß er dumm-böse Sachen schreibt.

Ansonsten: so weitermachen!

Horst Busch, Hamburg

Schön und Geil

KONKRET 5/88: »Da nich für« Streitgespräch: 1968 - Die Revolte und ihre Folgen

KD Wolf hat nicht begriffen, worum es bei der PorNo-Diskussion geht; er hat nicht begriffen, daß wir objektiv Funktionäre dieser autoritären, kapitalistischen Gesellschaft sind, auch wenn wir es subjektiv nicht sein wollen. SEXUALITÄT UND

LUST SIND SCHÖN UND GEIL! Wenn aber Frauen (und Männer) gefoltert werden, (damit sich hauptsächlich) Männer an den Folterbildern ergötzen können, dann ist das zynisch, entwürdigend und empörend! Bei der Pornographie-Diskussion geht es vor allem um die Menschenwürde; es geht um die Emanzipation aller Menschen, die Emanzipation beider Geschlechter; es geht darum, eigene Ideen von befriedigter Sexualität, vom Recht auf Schwäche und Stärke, von Eigenliebe und Gleichberechtigung zu entwickeln.

Wir sollten uns endlich an die eigene Nase (bzw. den eigenen Schniedl) fassen, das heißt auch, das (innere) BOSS-T-Shirt abzustreifen und patriarchale Privilegien aufzugeben. Bernd Drücke, Münster

Konkret 06/88, S. 8

Hermann L. Gremliza

Neues Denken

Tucholsky notierte, daß die großen Menschheitsfragen nicht gelöst, sondern von einer gelangweilten Menschheit liegengelassen würden. Hier irrte der Dichter. Die Frage, ob die Beherrschung des größten Teils der Menschheit, seine Entwürdigung zu Sklaven und Huren eines kleinsten, das Ziel der Geschichte sei, scheint noch in diesem Jahrtausend beantwortet zu werden: eindeutig und mit ja.

Die soziale Revolte, das historische Erbe der Aufklärung, wird liquidiert – an vielen Orten und scheinbar unverbunden: in Paris, Moskau, Managua, Kabul, Kiel. So oder so – die Erde wird nicht rot.

Das hatte sich angekündigt. In den kapitalistischen Staaten zuerst in den fünfziger, deutlicher in den auf 1968 folgenden Jahren. Die soziale Kretinisierung der Arbeiterbewegung kam sprunghaft voran, unübersehbar im Reich des Dumpf-Deutschen, gefälliger in den Regionen des Romanisch-Ornamentalen, doch zum selben Ende: Es siegen Mitterand und Engholm; dieser weil er keinen Pfeiffer hat, jener, weil auf seinen Kundgebungen bloß nicht Nabucco gesungen wird.

Es kündigte sich auch an in den Niederlagen der Befreiungsbewegungen, die weder den bürgerlichen Idealen entsprechen, noch den bourgeoisen Interessen entrinnen konnten und darum sich den Vertretern beider ausliefern mußten. In Managua verhandelt die Revolution, vertreten durch Hans-Jürgen Wischnewski (SPD), mit der Konterrevolution, vertreten durch Scharrenbroich (CDU). Wir schaffen das moderne Deutschland, überall.

Und nun zieht die Rote Armee aus Afghanistan ab. Vielleicht hätte sie nie dort einziehen dürfen. (Eine praktische, keine grundsätzliche Frage, übrigens, wie die Waffenlieferungen für das republikanische Spanien.) Doch dieser Rückzug, der die afghanischen Genossen dem Killer Hekmaktyar und seinen Glaubenskriegern ausliefert, ist mehr als die Korrektur einer falschen Entscheidung. Er ist, in der Geschichte des proletarischen Internationalismus, das erste unübersehbar eindeutige Zeichen einer neuen Politik: des »neuen Denkens«.

Das »alte« Denken war: Wacht auf, Verdammte dieser Erde, auf zum letzten Gefecht, zur Weltrevolution, zum Umsturz ausbeuterischer Verhältnisse, zum Aufbau einer universalen Gesellschaft von Freien und Gleichen; nicht mehr ganz so »alt«: der Sozialismus in einem Land, der Sowjetunion, und seine kämpferische Ausbreitung von dort; verjüngt dann, unterm atomaren Patt: die »friedliche Koexistenz«, die Fortführung der Revolution unter Verzicht auf kriegerische Mittel (in bestimmten Weltgegenden).

Das »alte« Denken war teuer: Es verpflichtete zur Rolle der Weltbürgerkriegs-Partei, zur Führung und Förderung des internationalen Klassenkampfs, zum Verzicht auf schillernde Vielfalt materiellen und geistigen Konsums: »Kriegskommunismus« (Stephan Hermlin, vorwurfsvoll).

Das »neue Denken« ist: »Ungeachtet der tiefen Widersprüche der Welt von heute und der grundlegenden Unterschiede der sie regierenden Staaten ist die Welt wechselseitig miteinander verbunden, voneinander abhängig und bildet ein bestimmtes Ganzes« (Gorbatschow). Die Lösung der »globalen Probleme« – Umwelt, Energie, Rohstoffe, Hunger, Krankheiten, Übervölkerung, ökonomische Rückständigkeit – ist »für die gesamte Menschheit lebenswichtig«, denn sie betreffen »allgemeinmenschliche Werte«. Gorbatschow: »Das zentrale Glied des neuen Denkens ist die Rolle der allgemeinmenschlichen Werte... Deshalb hielten wir es nicht länger für möglich, die Definition der friedlichen Koexistenz von Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen als 'spezifische Form des Klassenkampfs' beizubehalten.«

In einem Interview mit der »FAZ« sagt der Generaldirektor des Kernforschungszentrum CERN, der Physiker Franz Schopper: »Der Ansicht, daß man die wissenschaftlichen und rationalen Methoden weitgehend ersetzen könnte durch intuitive und *ganzheitliche* Methoden, kann ich nicht zustimmen... Diese Tendenz zur Umkehr liegt wahrscheinlich am Verlust gewisser Werte. Der Mensch braucht feste Anhaltspunkte, und weil er kein ausschließlich rationales Wesen ist, braucht er einen gewissen gefühlsmäßigen Halt. Und weil die Physiker auch Menschen sind und die gleichen Probleme wie alle anderen haben, wundert es mich nicht weiter, wenn auch Physiker wie Capra dem emotionalen Druck erliegen.«

Allgemeinmenschliche Ganzheit: Der Atomphysiker landet im New Age, der Atomabrüstungspolitiker beim »neuen Denken«, der eine leidet unter dem »Verlust gewisser Werte«, der andere gibt sie auf, um »allgemeinmenschliche Werte« zu suchen. Das alles ist so neu wie Ludwig Feuerbach, dem es ein gewisser Karl Marx schon im deutschen Vormärz (dessen Druckfehler »Vorwärts« heißt) erklärt hat: »Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum inwohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das *ensemble* der gesellschaftlichen Verhältnisse.« Oder, hundert Jahre später, Adorno: »Das Wort Mensch indessen vertraut im Jargon. . . nicht mehr auf Menschenwürde wie der Idealismus. Statt dessen soll der Mensch... zur Substanz seine Ohnmacht und Nichtigkeit haben, der er in der gegenwärtigen Gesellschaft tatsächlich mehr stets sich annähert. Solcher geschichtliche Stand wird ins reine

Menschenwesen verlegt; bejaht und verewigt in eins. Folgerecht raubt der Jargon dem Begriff des Menschen. .. justament die Züge, die in aller Aufklärung und auch im früheren deutschen Idealismus Kritik an den Zuständen beinhalteten...«

Aber es geht ja, bei atomarem Aids im Ozonloch, ums Überleben der Gattung. Die Menschheit, als Ganzes, ist in Gefahr, und also muß sich die ganze Menschheit zusammentun zur Lösung der »globalen Probleme«. Die jedoch hat nicht die »Menschheit« gemacht, auch nicht »der Mensch«, sondern »bestimmte Menchen in bestimmter Konstellation mit der Natur und miteinander«, wie das alte Denken herausgefunden hatte.

Die Konstellation hat sich nicht geändert. Noch Gorbatschow sieht die »tiefen Widersprüche«, auch wenn er sie nicht mehr als solche zwischen Klassen spezifiziert. Aber mit einem schlichten »ungeachtet« wischt er sie weg. (Ungeachtet des Karzinoms in der Luftröhre geht es dem Patienten blendend.) Ungeachtet des Imperialismus streicht die KPdSU die »Drei-Welten-Theorie« und postuliert die »Einheit der Welt«. Lenin, in der großen Rede Gorbatschows vor dem Zentralkomitee am 25. Januar 1987 noch der Hebel, der die Revolution wieder in Bewegung bringen sollte, landet im Geräteschuppen. Vor Commis des Kapitals renommiert der Generalsekretär damit, daß in der Sowjetunion gerade einige hundert Kirchen im Bau seien (statt Pfaffen).

Wohl mehr der Not gehorchend als dem eigenen Trieb, mag dieser auch schon notdürftig geworden sein, ist die Führung der KPdSU dabei, die Trutzburg der Weltrevolution zu schleifen und sich jener Wertegemeinschaft anzunähern, in der die westlichen mit den allgemeinmenschlichen Werten bereits ein *joint venture* bilden. Die Bolschewiken werden sympathische Leute, irgendwie so aufgeschlossen. Vielleicht kann man bald mit ihnen Pferde stehlen – oder anderes, also beispielsweise in Zusammenarbeit zwischen.United Fruit und dem Moskauer Ministerium für Außenhandel die »ökonomische Rückständigkeit« der Länder der Dritten Welt bekämpfen. Der Beitritt zum Internationalen Währungsfonds und zur Weltbank scheint nicht mehr ausgeschlossen.

Was mich am »neuen Denken« stört? Denken tät mir genügen.

Konkret 06/88, S. 10

Oliver Tolmein

Konkurrenzlos glücklich

»Kampagnefähigkeit«, »kulturelle Hegemonie«, »Meinungsführerschaft«, Dominanz über die Themen des öffentlichen Diskurses – alles, was Peter Glotz einst der SPD zu verschaffen suchte, ist am Ende der achtziger Jahre fest im Besitz der CDU. Sie allein bestimmt, wie seit dreißig Jahren nicht mehr, was modern und wo vorne ist

Demokratie braucht Konkurrenz. Streit belebt das Geschäft. Die CDU kennt die Gesetze der sozialen Politikwirtschaft in der BRD gut – und sie bekommt reichlich Gelegenheit mit diesem Pfund zu wuchern. Angesichts einer SPD, in der Generationen von Enkeln unaufhaltsam vergreisen, und konfrontiert mit einer grünen Partei, die weder rechts noch links sondern ganz weit hinten rangiert, bietet sich die Union den Medien als Alleinunterhalter an. Späth gegen Kohl, Kohl gegen Strauß, Strauß gegen Geißler, Geißler gegen Todenhöfer, Dregger gegen Blüm, Blüm gegen Stoltenberg, Stoltenberg gegen Zimmermann, Zimmermann gegen Süssmuth – die ersten, dritten und vierten Seiten der Tagespresse, die Leitartikel der Wochenzeitungen und die Titelstorys der Nachrichtenmagazine werden schon seit Monaten vorzugsweise mit Konzepten, Kontroversen und Kampagnen aus gewöhnlich konservativen Kreisen gefüllt. Was im ersten Anlauf noch unbeholfen wirken mag, mehr umstritten scheint als mehrheitsfähig – beim dritten, vierten, fünften Versuch spätestens bleibt der Opposition nur noch der Rückzug in den Kompromiß: Sie darf dafür zur Belohnung auch mal vor die Lichter, die die Welt bedeuten. Lafontaine, Klappe, die Erste: der Klassenkampf zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitsplatzlosen . . .

Kurz vor ihrem Bundesparteitag in Wiesbaden ist offensichtlich, daß die CDU/CSU das Ziel von Peter Glotz erreicht hat: Sie ist meinungsführende Kraft in der BRD. Während die SPD ihre Debatte um den Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms im politischen off führen muß, haben die beiden Leitanträge für den nächsten CDU-Bundesparteitag »Unsere Verantwortung in der Welt« und »Die christlichen Grundlagen unserer Politik« einen bemerkenswert hohlen Resonanzboden gefunden. Alle halten sie für wichtig: die unter Anleitung des Altkanzlers redigierte Wochenzeitung nicht weniger als das dumpfdeutsche Monatsblatt der grünen Realos. Ob nun in der NATO, mit Zustimmung der Nachbarn oder ohne deren Veto, in den Grenzen von 1937 oder nur geeint mit dem Staatsgebiet der DDR, ob noch vor dem Jahr 2020 oder erst in utopisch fernen Zeiten – die Kommentatoren differenzieren sich die Köpfe heiß: Nur daß das schönste Deutschland von irgendwo an der Maass bis irgendwie an die Memel geht, da mochten weder Antje Vollmer dem Parlamentarischen Staatssekretär Hennig noch Egon Bahr dem Bundeskanzler selbst entschieden widersprechen.

»Die Wiedervereinigung ist das vordringliche Ziel unserer Politik.« So lautet der erste deutschlandpolitische Satz des ersten Leitantrages. Was gestern noch eine Parole von vorgestern gewesen wäre, chancenlos angesichts der Ostverträge und des Osthandels, gilt heute als spannend und frisch. Den deutschen Konservativen ist es gelungen, nicht nur das heimische Feuilleton, sondern auch die westlichen Verbündeten mit der »deutschen Frage« zu beschäftigen. Die Vorstellung, es könne jemals wieder ein geeintes Deutschland geben, ist international diskutabel geworden. »Den Beweis, daß Glasnost funktioniert, wird erst der Abriß der Mauer bringen«, tönte letztes Jahr die britische Premierministerin Thatcher, auch Reagan polemisierte anläßlich des 750jährigen Berlinjubiläums heftig gegen »The Wall« und selbst der französische Premierminister Chirac stimmte in den deutschnationalen Chor ein: »Vor allem das Vorhandensein der Mauer, die in ein- und derselben Stadt Familien und Mitglieder ein- und derselben Gesellschaft voneinander trennt, verletzt zutiefst die Gefühle aller Franzosen.«

Die Instrumentalisierung des Antikommunismus und die über Jahre sorgsam betriebene Verdrängung und Relativierung der deutschen Geschichte tragen Früchte: Warum soll ein US-Präsident, der in Bitburg die Gräber von Soldaten der Waffen-SS ehrt, gegen die Einheit der ehemaligen Reichshauptstadt und irgendwann einmal des ganzen Deutschlands sein? Im übrigen versteht es die Union heute, anders als in den fünfziger und sechziger Jahren, in denen die Wiedervereinigung als plump nationalistische und revanchistische Forderung postuliert wurde, ihr unverändertes Verlangen in jenen neuen Flötentönen vorzutragen, auf die zu tanzen sie sogar die Linke gelehrt hat: Selbstbestimmung, europäische Einigung und Menschenrechte. »Selbstbestimmung aller Deutschen in einem vereinten Europa«, heißt somit die CDU-Vision für all diejenigen, deren Erinnerung an die deutschen Raubzüge dieses Jahrhunderts noch nicht verblaßt ist.

Diese Europäische Union allerdings hat nicht die Aufhebung des Nationalstaats zum Ziel, sie soll im Gegenteil den Vasallenstatus der südeuropäischen Länder institutionalisieren und die politische Hegemonie Deutschlands sichern, damit die ökonomische Position gegenüber Japan und den USA verstärkt werden kann: »Die Europäische Gemeinschaft muß zu einem neuen Zentrum internationaler Politik werden... Frankreich und Deutschland (!) müssen zum politischen Kern einer sich entwickelnden Europäischen Union werden«. Wie begierig die CDU ist, der Bundesrepublik in der Weltpolitik wieder eine Großmachtstellung zu verschaffen, wird schon in der Präambel des Leitantrages deutlich: »Die Bundesrepublik Deutschland und das freie Europa können auf Dauer keine Inseln der Freiheit, des Wohlstands und des Friedens bleiben, wenn in anderen Teilen der Erde Unterdrückung, Armut und politische Instabilität herrschen. Als Deutsche tragen wir

aufgrund unserer geschichtlichen Erfahrungen eine besondere Verantwortung für die Durchsetzung und Erhaltung der Menschenrechte. Unser Engagement für die Menschenrechte ist keine Einmischung in die innere Angelegenheit fremder Staaten, denn es beruht auf internationalen Verträgen und Deklarationen zu den Menschenrechten und dient einer aktiven Friedenspolitik. Viele Staaten der Welt erwarten von der Bundesrepublik Deutschland eigene Beiträge zur Bewältigung gemeinsamer Probleme. Das Bewußtsein für die gewachsene Bedeutung und Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Politik muß bei ihren Bürgern gestärkt werden.«

Wir sind wieder wer – das ist die Botschaft, und bei einer Linken, die das Bewußtsein von der imperialistischen Rolle der BRD längst verdrängt und durch den «Stolz auf unsere Demokratie« (»taz«-Leitartikel) ersetzt hat, findet sie keinen Widerstand mehr. Was sind Menschenrechte? Das, was wir hier haben und die dort drüben nicht. Darin herrscht Einigkeit von grün bis schwarz. Einsprüche kommen nur noch von einigen Czajas und Todenhöfers, also aus der Union selbst, was den willkommenen Effekt hat, das neue nationale Programm nur noch fortschrittlicher erscheinen zu lassen und die Diskussion auf beiden Seiten mit eigenen Leuten besetzen zu können.

Es versteht sich, daß der Ausbau der Bundesrepublik zu einem Zentrum der internationalen Politik nach Modernisierung im Innern verlangt. Zu sehr hemmt der angehäufte »Sozialklimbim« im Konkurrenzkampf mit den anderen imperialistischen Zentren Japan und USA. Besonders störend sind die sogenannten Arbeitslosen, die es aber eigentlich gar nicht gibt: »Ursachen und Folgen der Arbeitslosigkeit sind so differenziert, daß sie keineswegs mit der monatlich publizierten Zahl der Bundesanstalt für Arbeit erfaßt und beschrieben werden können«, heißt es im Programmpunkt »Soziale Marktwirtschaft sichert Zukunft und Solidarität«. Zu den Arbeitslosen, die künftig zwar erfaßt, aber nicht mehr gezählt werden sollen, gehören Jugendliche (die in der Regel kaum länger als drei Monate arbeitslos seien), Frauen und qualifizierte, gesundheitlich nicht beeinträchtigte Arbeitnehmer, »die relativ schnell wieder einen Arbeitsplatz finden«. Außerdem sagen »globale Zahlen auch nichts über die individuelle soziale Situation von Arbeitslosen aus«. Was gemeint ist, verrät Lothar Späth, den die liberale Presse zum neuen Hoffnungsträger der Union erkoren hat: »Es gibt Anlaß zu der Vermutung, daß sich eine große Gruppe Arbeitsloser auf Kosten der Allgemeinheit durchschlägt. .. Wenn wir den Arbeitslosen einfach laufen lassen mit sozialer Absicherung, dann werden wir möglicherweise erreichen, daß er später nicht mehr eingliederbar ist.«

»Wir« lassen ihn laufen, »wir« machen ihn »eingliederbar« – solch sozialautoritärer Jargon ist ganz unauffällig geworden in einer öffentlichen Debatte, in welcher Arbeitslosigkeit längst nicht mehr als signifikantes Merkmal der Zugehörigkeit zu einer Klasse, sondern als allgemein menschliches Schicksal verhandelt wird und auch sozialdemokratische Gewerkschafter die Forderung erheben, man müsse diese Leute »von der Straße bringen«. Wer noch über das Privileg verfügt, seine Kontrollkarte in eine Stechuhr stecken zu dürfen, die »Arbeitsplatzbesitzer« nämlich, muß sich sagen lassen: »Um die Voraussetzungen für Wachstum, Beschäftigung und internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, fordern wir die Tarifpartner auf, zusammen mit der Bundesregierung eine gemeinsame Perspektive zur Begrenzung des Anstiegs der Lohnzusatzkosten zu entwickeln.« Auf deutsch: Die Arbeiter und Angestellten sollen auf erkämpfte Sozialleistungen verzichten. Und auf den Klassenerhalt: »Unser Wohlstand«, sagt die CDU, könne nur erhalten werden, wenn »flexiblere Formen der Arbeitsorganisation, mehr Mut zu individuellen Lösungen, ein klares Ja zu neuen Technologien sowie flexiblere rechtliche Rahmenbedingungen« durchgesetzt würden.

Anders als noch vor der letzten Rezession liegt ein solches Programm heute bestens im Trend: Angesichts der Unfähigkeit, die Arbeitslosigkeit als Klassenfrage zu begreifen, haben sich immer mehr Sozialdemokraten und andere Linke aufs Austüfteln systemkonformer Rezepte geworfen – von Oskar Lafontaine bis zu jenen Grün-Alternativen, die eine Entkoppelung von Arbeit und Einkommen predigen und jede Art der »Flexibilisierung« begrüßen. Wie eine späte Wiedergutmachung der neuen Linken an der alten Rechten muß es der Union auch erscheinen, daß ein Mitglied des Bonner Fraktionsvorstands der Grünen einen »ökologischen Kapitalismus« zum Programm erhebt. Spät, aber wohl nicht zu spät, haben die Konservativen begriffen, wie gut der klassenübergreifende Kampf für den Erhalt der Natur in ihr Modernisierungskonzept paßt: Ökologie als Markt der Zukunft.

Zu wessen Lasten die CDU-Moderne gehen wird, und erst recht dann, wenn die kommende Rezession die Arbeitslosenzahlen noch weiter nach oben treibt, das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit wächst, die Steuerreform die Staatskassen erschöpft, das läßt sich an der konkreten Politik ablesen, welche die christlichen Programmatiker ja auch treiben: etwa an der Streichung des Vorruhestands oder bei der Finanzierung der Steuerreform durch die Erhöhung von Verbrauchssteuern. Aufgabe des Staates ist es, das Unternehmerinteresse als allgemeines Interesse zu definieren und durchzusetzen. Deshalb sollen, so der Leitantrag, die Unternehmensbesteuerung gründlich reformiert, die Unternehmen »entlastet« werden. Ansonsten dient der Staat dem Kapital mit »öffentlichen Infrastrukturinvestitionen«. Wurden darunter in der ersten Programmvorlage noch »die Beseitigung gesundheitsgefährdender Altlasten, die Erneuerung der Kanalisationsnetze und die Sanierung von Großwohnanlagen« aufgeführt, kommt die jetzt zur Abstimmung vorliegende Fassung ohne nach Sozialem klingende Öko-Schnörkel auf den Punkt: Der Staat soll für »den weiteren Aufbau moderner Kommunikationsnetze, den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (und einer) leistungsfähigen Technologieinfrastruktur« sorgen.

Wo die Mittel, die das kosten wird, einzusparen sind, ist klar: »Die sozialen Leistungen müssen so umstrukturiert werden, daß ohne Erhöhung des Gesamtaufwandes mehr Gerechtigkeit erreicht wird.« Umstrukturierung heißt Umverteilung. Man darf raten, von wo nach wo – jedenfalls nicht hin zu den arbeitsscheuen Sozialhilfeempfängern und anderen Parasiten.

Ein Musterbeispiel für diese neue Gerechtigkeit ist das Gesundheitsreform-Gesetz des Arbeitsministers Norbert Blüm. Ein Blick darauf lohnt sich – bevor der Minister ein Flugticket nach Südafrika investiert, um von einer besinnungslosen Szene wieder als Held der Menschlichkeit gefeiert zu werden. Denn nirgendwo wird die Fehlerhaftigkeit einer Analyse, die in der Union einen Kampf zwischen »linken Modernisierern« und »rechten Traditionalisten« erkennen will, so offensichtlich wie hier, wo nicht einmal Blüms Rhetorik freundlichere Züge zeigt als seine Realpolitik.

»Früher sind die Leute mit 35 fröhlich gestorben, heute jammern sie sich bis 80 durch«, sagt der Stammtischredner Blüm. Es gelte jetzt, die »medizinische Überversorgung« zu beseitigen, nachdem die Zuständigkeit der gesetzlichen Krankenkassen für »Bagatellkrankheiten« bereits gestrichen ist. Der verbleibende Rest zwischen »Überversorgung« und »Bagatellen« wird durch Selbstbeteiligung (Medikamente, Zahnersatz) der Kranken verteuert. Denn verantwortlich für die Krankheit ist der einzelne Kranke. Er soll zusehen, daß er gesund bleibt. Hier hat der Sozialminister wieder vom individualisierenden Betroffenheits-Ansatz der Grün-Alternativen gelernt: Ins Blickfeld gerückt wird der sich ungesund ernährende, rauchende und Leibesübungen meidende Arbeitnehmer. Daß Vollwertkost keine Industrieabgase entgiftet und der allergrößte Teil der chronisch Kranken an den Folgen arbeitsbedingter Verschleißerscheinungen leidet – davon ist nicht einmal bei Blüms Kritikern so recht die Rede. Denen geht es allenfalls um etwas mehr »Gerechtigkeit«: Wenn die Pharmaindustrie noch zu ein bißchen mehr »Solidarbeitrag« gezwungen wird, ist die SPD zufrieden, und bleibt das Sterbegeld, gibt auch der VdK Ruhe.

Selbst die nach außen hin als soziale Großtat gepriesene Regelung zur Finanzierung der Pflege paßt exzellent in das rigide Sparkonzept: Die 25 Monatsstunden Pflege, die die Kassen ab 1991 übernehmen sollen, bewirken nicht einmal eine spürbare Entlastung der in der Regel pflegenden Familienangehörigen. Zudem sollen die Bemessungskriterien deutlich schärfer als vergleichbare Regelungen im heutigen Sozialhilfegesetz sein. Die Folge ist absehbar: Die Mißbrauchsdiskussion aus den Jahren 1981/82 wird neu aufgelegt werden. Schließlich sind »wir Deutschen kein Volk von Behinderten«. Und die, deren Pflegebedürftigkeit nun gar nicht abzustreiten sein wird, werden es, mit Verweis auf die neue Regelung, zunehmend schwerer haben, eine eigenständige volle Absicherung ihrer Pflege durch ambulante Dienste (die meist von der »Hilfe zur Pflege« der Sozialhilfe finanziert wird) zu erhalten. Das Rezept ist nicht sehr raffiniert, aber ziemlich erfolgreich: Die Vergabe eines kleinen, von allen bestaunten Batzens Geldes für subsidiäre Hilfe ermöglicht eine unbegrenzte Privatisierung der großen Notlage.

Obwohl das Gesundheitsreformgesetz Blüms finanzielle Belastungen vor allem für die Pflichtversicherten – also die BezieherInnen niedriger und mittlerer Einkommen – nach sich ziehen wird, regt sich bisher Widerstand gegen die neuen Regelungen nur bei den durch dieses Gesetz kaum beeinträchtigten Gruppen: Ärzten, Pharmaindustrie und Taxi-Unternehmern. Die Gewerkschaften, die bei der Reform des Paragraphen 116 Arbeitsförderungsgesetz wenigstens noch lautstark gedroht haben, fühlen sich diesmal offensichtlich nur für »Aufklärung« über die durch das Gesetz erwachsenden Nachteile zuständig. Die SPD ist hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch nach Profilierung als Oppositionspartei und der damit verbundenen Ablehnung des Blüm-Entwurfs als »unmenschlich« und dem Bewußtsein, daß man als Regierungspartei ähnlich rigide vorgegangen ist. Also werden alle paar Tage Angebote für eine »Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien« und eine Absage an linke Reformkonzepte, die diesen Namen verdient hätten, in die Bonner Pressefächer geschickt. Den Grünen, die das vergleichsweise beste gesundheitspolitische Konzept haben, gelingt es nicht, mobilisierend in die Debatte einzugreifen, und die außerhalb des Parlaments arbeitenden Gesundheitsgruppen beweisen durch ihr Schweigen nichts anderes, als daß es eine Gesundheitsbewegung eben nicht gibt und der Gesundheitstag 1987 überflüssig war.

Die Union und ihr Koalitionspartner stoßen also selbst bei einem Vorhaben wie dem Gesundheitsreformgesetz, dessen Folgen einfach zu berechnen sind, auf keine nennenswerte gesellschaftliche Opposition. Da ist kaum zu erwarten, daß bei den anderen Projekten, die den »Wirtschaftsstandort Bundesrepublik« attraktiv erscheinen lassen sollen, effektiverer Widerstand geleistet werden wird.

Die Rechte hat sich von ihrem Schock Ende der Sechziger nicht nur erholt, ihr ist es gelungen, sich komplett zu reorganisieren. Die alten Antworten sind um neue Akzente ergänzt. Das miefige Image der 50iger Jahre ist glänzend umgestylt worden – ohne daß das strategische Konzept weggeputzt worden wäre. Es ist von der straff durchorganisierten, hochmodern aufgebauten und ausgesprochen pragmatisch agierenden Parteizentrale weiterentwickelt und realpolitisch umsetzbar gemacht worden. Die Führungskader der CDU haben ihre Gegner studiert – und wenden deren Waffen jetzt gegen sie. Begriffe werden besetzt, Kampagnen konzipiert, eine Programmatik entwickelt.

Der weit über die konkreten Stimmenanteile bei Wahlen hinausgehende Erfolg ist aber nicht nur mit dem geschickten Kalkül der Konservativen zu erklären. Die Unfähigkeit der Linken, der rechten Modernisierung mit einer eigenen Mobilisierung entgegenzuarbeiten, ermöglicht erst deren nahezu ungebremsten Durchmarsch. Im Gegensatz zu ihrem

Gegner ist relevanten Teilen der Opposition die gesellschaftliche Perspektive verschüttet. Wo der Vision einer in der Energieversorgung autarken, technologisch entwickelten Gesellschaft nur die Parole »Macht den Bauplatz zur Wiese« und ein gutes Dutzend Blockadeaktionen entgegengesetzt werden, ist zur Not auch eine Wiederaufbereitungsanlage durchsetzbar. Da die unmittelbare Betroffenheit zum entscheidenden politischen Kriterium gerät, verharrt die Opposition auf dem Stand einer Selbsthilfebewegung, der Solidarität, wenn überhaupt, nur in äußerst geringem Umfang zuteil werden kann: Denn betroffen sind wir zwar alle, aber es sind – vom Autobahnbau über die Arbeitslosigkeit zur Drogensucht – völlig unterschiedliche Fronten, an denen wir Betroffene uns wähnen. Statt Klassenkampf und Systemumwälzung hilft bei Betroffenheit in der Regel Sozialarbeit, Ernährungsumstellung, Umzug oder Einkehr.

Konkret 06/88, S. 14

Verena Krieger

Wohlfeile Wahrheit

Die CDU zieht ihre Kampagne gegen Abtreibung neuerdings mit scheinbar fortschrittlichen Argumenten auf: Nicht von Mörderinnen ist mehr die Rede, sondern von Verantwortung der Väter. Manche Grüne meinen nun, die alten reaktionären Floskeln aufgreifen zu müssen: Sie nennen Abtreibung Tötung Ungeborener. Und vergleichen Feministinnen mit Nazis.

Eine öffentliche Anhörung der grünen Bundestagsfraktion gegen das von der Regierung geplante Beratungsgesetz nahmen sie kürzlich zum Anlaß, um mit einer Presseerklärung der Welt endlich die Wahrheit bekannt zu machen. Die geladenen ExpertInnen hatten nämlich nicht, wie es sich gehört hätte, »gegen die Tötung ihr Wort« erhoben. Genau dies aber ist scheinbar die einzig richtige Feststellung, die es derzeit über Abtreibung zu treffen gilt. Zwar halten die Autorinnen der Pressemitteilung das geplante Beratungsgesetz für »in seiner derzeitigen Form nicht hilfreich«, gleichzeitig wenden sie sich aber mit ihrer Kritik auch – ganz pluralistisch – gegen »ein politisches Vorgehen, das Tötungen verharmlost«. Damit ist nicht etwa die Politik der Bundesregierung angesprochen. Gemeint sind grüne Feministinnen, die »krampfhaft« und »ängstlich« dafür sorgen, daß »kein Gewissen sich regen«, »die Wahrheit nicht zur Sprache kommen« darf. Was die Wahrheit über Abtreibung sei? Siehe oben.

Bei den AutorInnen dieses pressewirksamen Schreies nach Aufklärung über die Wahrheit handelt es sich nicht um irgendwen. Jedenfalls sind sie Bundestagsabgeordnete der Grünen: Dora Flinner – die sich dadurch bundesweit bekannt und beliebt gemacht hat, daß sie Schwule zwar nicht unbedingt einsperren, aber doch jedenfalls »heilen« möchte; Halo Saibold – dieAbtreibung ohnehin nur für einen Racheakt frustrierter Emanzen hält, die sich ihrer Kerle nicht recht erwehren können und ihren Ärger daher anschließend am armen kleinen Embryo auslassen; Charlotte Garbe, von der zu diesem Thema ähnlich qualifizierte Äußerungen bislang noch nicht bekannt geworden sind; und schließlich Eckhard Stratmann – Öko»spezialist«, Religionslehrer und erprobter Lebensschützer.

Soweit, so gähn. Allein, es blieb nicht bei der Verkündung der Wahrheit. Ein weiterer Seitenhieb gegen die »Politik der bedenkenlosen Abtreibung« mußte noch drin sein: »Wenn über Abtreibung gesprochen wird wie über einen alltäglichen, normalen Vorgang, wenn es als selbstverständliches Recht einer Frau angesehen wird, sich fast bedenken – und gewissenlos für oder gegen die Fortführung einer Schwangerschaft zu entscheiden, wenn diejenigen, die sich für die Bewahrung des ungeborenen Lebens einsetzen, als Rassist/innen und Frauenfeinde/innen beschimpft werden, mutet es an, als wären wir wieder in Zeiten, in denen es viele gab, die zur Tötung von menschlichem Leben schweigen mußten aus Furcht vor öffentlicher Diskriminierung und Schlimmerem.«

Mit diesem Satz ist es den AutorInnen doch noch gelungen, eine neue Qualität in die Debatte einzuführen. Denn den Vergleich zur NS-Massenmordpolitik hat im grüninternen Abtreibungsstreit bislang noch niemand gewagt.

Ganz ohne historische Vorbilder sind Flinner, Stratmann & Co. allerdings nicht. In den siebziger Jahren hatten katholische Bischöfe immer wieder die Parallele zwischen der liberalisierten Abtreibungspraxis und dem Dritten Reich gezogen, und 1979 tat sich der CSU-Politiker Holzgartner mit dem Satz: »Das, was in unserem Volk passiert, ist exakt der Weg zurück nach Auschwitz«, hervor. Damals gab es noch einen empörten Aufschrei in der liberalen Öffentlichkeit.

Inzwischen ist die Rechte in der Bundesrepublik längst nicht mehr so blöd, Abtreiberinnen als Massenmörderinnen zu beschimpfen. Nicht kindermordende Bestien sind sie mehr, sondern arme, bedürftige Geschöpfe, denen geholfen werden muß. Denn die Wissenschaft hat festgestellt, daß jeder Schwangerschaftsabbruch schlimme psychische Qualen mit sich bringt, und ohnehin sind letzten Endes vor allem die Männer schuld, die sich nur ihrer Verantwortung entziehen wollen...

Materieller Ausdruck dieser neuen – raffinierteren, weil scheinbar fortschrittlichen – Argumentationslinie der Abtreibungsgegner ist das Beratungsgesetz. Selbst rechtsradikale »Lebensschützer«-Organisationen haben neuerdings alles, was an die alten Hetzparolen erinnern könnte, aus ihren Publikationen gestrichen und durch die neue Mitleidstour ersetzt.

Lediglich ein paar Grüne haben die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt. Was inhaltlich und vom Niveau her in etwa dem rechten Rand der CDU entspricht und Rita Süssmuth aus Gründen der Klugheit sicher nicht unterschreiben würde, ist ihnen allemal gut genug. Nur der evangelische Öko»sozialist« Stratmann kriegte am nächsten Morgen kalte Füße und schickte schnell eine Erklärung zur Erklärung hinterher. Die Pressemitteilung der Vier enthalte »Formulierungen, die Interpretationen hervorrufen, die in keiner Weise in meiner Absicht lagen« und die er deshalb nicht etwa zurücknehmen, sondern neu formulieren wolle: »Es ist nicht meine Absicht, im Gegenteil, es wird von mir strikt abgelehnt, Frauen, die abtreiben wollen, in irgendeinen Zusammenhang mit dem Dritten Reich zu stellen.«

Ist er nun zweimal in's Ohr gekniffen oder kapiert er garnicht, was er selbst geschrieben hat? Da hat unser puritanischer Oberlehrer etwas zurechtgerückt, was er garnicht behauptet hat, und zugleich hat er die eigentliche Behauptung nicht

dementiert. Nicht etwa um die Abtreiberinnen geht es den wahrheitsliebenden grünen Abgeordneten, sondern um die Feministinnen! Nicht abtreibende Frauen werden mit Nazis verglichen, sondern diejenigen, die ihnen das Recht dazu erkämpfen wollen! Die einen die Opfer, die anderen die Bestien.

Aber vermutlich wissen sie selbst nicht, was sie tun, es ist auch egal . Welche ungeheuerliche Verniedlichung des Nationalsozialismus sie betreiben (»Zeiten, in denen es viele gab, die zu Tötung von menschlichem Leben schweigen mußten (!) aus Furcht vor öffentlicher Diskriminierung und Schlimmerem«), ist diesen Grünen nicht aufgefallen.

Merkwürdig ist nur, welchen Absolutheitsanspruch sie für ihre moralische Auffassung beanspruchen. Schließlich müßte es doch eigentlich selbstverständlich sein, daß die Grünen – wahrlich keine Weltanschauungspartei – jenseits der politischen Forderungsebene unterschiedliche ethische Positionen zum Schwangerschaftsabbruch repräsentieren. Jutta Oesterle-Schwerin beispielsweise, auch eine grüne Abgeordnete, traut sich immerhin noch, es anders zu sehen: »Es tut mir leid, aber das Abholzen von 50 Jahre alten Kastanien auf dem Ulmer 'Wiesenwegle' in der Oststadt tut mir wirklich viel mehr weh, als das Absaugen von Zellgewebe, das eine Frau in ihrem Körper nicht haben will.« Für diese Auffassung mußte sie teuer bezahlen. Flinner, Stratmann & Co. dagegen kennen, wie der Papst die »Wahrheit« über Abtreibung. Von der Springerpresse werden sie dafür gelobt.

Nun gehen die Grünen mit unqualifizierten Faschismusvorwürfen bekanntermaßen hochsensibel um. Als einige Frauen anläßlich der Debatte um's »Müttermanifest« Aufkleber mit der Aufschrift »Es ist wieder soweit« über einem abgebildeten Mutterkreuz verteilten, überschlugen sich Partei und Medien vor Empörung, die Frauen wurden entsprechend massiv sanktioniert. Sind es Feministinnen, die im Fadenkreuz stehen, sieht das allerdings ganz anders aus.

Wenn Gisela Erler, Chefideologin der Mütterbewegung, über feministische Frauenpolitik behauptet, sie laufe auf eine »Euthanasielösung für alte Menschen« hinaus, ist von Antje Vollmers professioneller MoralistInnentruppe kein empörter Aufschrei zu hören. Wenn Flinner, Stratmann & Co. sich durch meine Paragraph 218-Politik an gewisse »Zeiten« erinnert fühlen, desgleichen. So ist das mit dem sensiblen Umgang mit der NS-Zeit. Er ist genauso wohlfeil wie die Moral.

Konkret 06/88, S. 15

Otto Köhler

Unsere Soldaten sind keine Mörder

Daß die Bundeswehr sowohl den Angriffs- als auch den Bürgerkrieg probt, ist längst kein Geheimnis mehr. Wer jedoch darüber aufklärt und dagegen agitiert, muß neuerdings wieder damit rechnen, vor Gericht gestellt und abgeurteilt zu werden. Wegen Wehrkraftzersetzung

Schon im vergangenen November stellte die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« in der Bundesrepublik einen »zunehmenden Meinungsdruck in Richtung Pazifismus« fest und sorgte sich, daß »manches nicht mehr stimmt in diesem Land«. Die FAZ: »Unaufhaltsam wächst beispielsweise – um nur ein Indiz zu nennen – die Zahl derer, die eine einseitige Abrüstung (des Westens) befürworten. Die Quote liegt bei Umfragen heute schon um die 50 Prozent (Allensbach); vor fünf Jahren waren es nur 35 Prozent gewesen. Was seinerzeit noch eine Minderheitsmeinung war, ist heute – fünf Jahre nach dem Bonner Regierungswechsel – zur Mehrheitsmeinung avanciert.«

Der eine geht. Zum Abschied schenken ihm seine Leute die schönste Braut, die er sich vorstellen kann: den alten Karabiner 98, die bevorzugte Mordwaffe der einstigen Nazi-Wehrmacht. Schließlich hatte er wiederholt auf Unions-Kongressen die »militärischen Erfolge der deutschen Wehrmacht« gegen einen »zahlenmäßig fast immer überlegenen« Feind bejubelt: Sie beruhten »auf der überlegenen auch vom Gegner anerkannten militärischen Führungskunst auf allen Ebenen« – die oberste war Oberbefehlshaber Adolf Hitler im Führerhauptquartier mit seinen speichelschlürfenden Generalen. Und er hat bald nach seinem Amtsantritt als Gast des erfolgreichen Marinerichters Hans Filbinger von den Deutschen mehr Lust am Sterben verlangt. »Draußen«, in den kirchlichen Gemeinden, so erklärte er acht Tage nach der Märzwahl 83 vor dem Studienzentrum Weikersheim, finde er »häufig genug ein Verständnis des menschlichen Lebens, mit dem ich große Schwierigkeiten haben: eine Verabsolutierung des Überlebens in einer Art und Weise, bei der ich mich manchmal frage, ob sie wirklich noch mit dem Grundgehalt des christlichen Glaubens übereinstimmt.« Manfred Wörner arbeitet jetzt als Generalsekretär der Nato weiter.

Der andere kommt. Er hat zusammen mit dem bewährten Alt-Nazi Theodor Maunz (»Gesetz ist geformter Plan des Führers«) unsere Verfassung umgedreht. Als Mitherausgeber des maßgebenden Grundgesetzkommentars verkehrt er das klare Verfassungsgebot: »die Todesstrafe ist abgeschafft« in sein Gegenteil. Im Frieden, so lehrt er, sei der Galgen zum Schutz gleichrangiger Rechtsgüter als ultimato ratio erlaubt. Und »im Kriegsfall« ohnedies. Rupert Scholz arbeitet jetzt als Verteidigungsminister an der Durchsetzung seiner lebensgefährlichen Vorstellungen.

Das geliebte Objekt ihrer häßlichen Begierde ist die Bundeswehr, die überflüssigste und gefährlichste Institution dieser Republik. Von Flensburg bis Berchtesgaden terrorisiert sie einstweilen das eigene Volk mit Tiefflügen, die bleibende seelische und körperliche Schäden bei den Frauen und Kindern hinterlassen, die eigentlich verteidigt werden sollen, und die dafür sorgen, daß die Alten schneller zur Grube fahren. Für Wörner war das der Gesang der Freiheit – solange er konnte, hatte er sich selbst an solchen Flügen beteiligt.

»Soldaten sind Mörder«, so schrieb es Kurt Tucholsky einst in der »Weltbühne«. »Soldaten sind Mörder«, so heißt das neue Buch von Gerhard Zwerenz. »Alle Soldaten sind potentielle Mörder«, so sprach ein Frankfurter Arzt, wurde darauf vom Amtsgericht zu 10.500 Mark Geldstrafe verurteilt, in zweiter Instanz aber, vom Landgericht Frankfurt, freigesprochen.

Doch der berechtigte Zorn über den Terror, mit dem die Bundeswehr unser Land überzieht, darf nicht zu voreiligen und ungerechten Vorverurteilungen führen. Unser Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat – gewissermaßen als oberster Gerichtsherr – offiziell den Frankfurter Freispruch als unverständlich und unbegreiflich mißbilligt. Er verwies darauf, daß die Soldaten der Bundeswehr vielmehr den Auftrag hätten, Mord zu verhindern.

Da seit weit über einem Jahrhundert keiner unser Land überfallen hat, da Krieg und Mord immer nur von deutschem Boden ausgingen, ist für jeden gutwilligen Bürger unserer Republik offensichtlich, was unser Bundespräsident gemeint haben muß: Deutsche Soldaten sind dann keine Mörder, wenn sie – befiehlt ihr Offizier ihnen, auf fremde Menschen zu schießen – die Waffe umkehren und den Offizier töten.

Vor solchen Soldaten hat die Bundeswehr – verständlicherweise – panische Angst. Soldaten, die denken, sind der Tod einer jeden Mordmaschinerie. Bert Brecht muß noch heute für diese Einsicht der Bundeswehr büßen. Er dichtete einst – und das ist jetzt in München verboten:

»General, dein Tank ist ein starker Wagen./ Er bricht einen Wald nieder und zermalmt hundert Menschen./ Aber er hat einen Fehler:/ Er braucht einen Fahrer.

General, dein Bombenflugzeug ist stark./ Es fliegt schneller als ein Sturm/ und trägt mehr als ein Elefant./ Aber es hat einen Fehler:/ Es braucht einen Monteur.

General, der Mensch ist sehr brauchbar./ Er kann fliegen und er kann töten./ Aber er hat einen Fehler:/ Er kann denken.«

Das Gedicht wurde am 20. Januar auf Antrag der Münchner Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Die drei kunstsinnigen Richter Schmitt, Vanoni und Osterkamp von der 5. Strafkammer des Landgerichts München I bestätigten diesen Beschluß und setzten die »Maßgabe« drauf, daß »die zur Herstellung der Schrift gebrauchten Platten, Drucksätze, Negative und Matrizen« ebenfalls zu beschlagnahmen seien. Das Brecht-Gedicht zum Lob des denkenden Menschen ist nämlich – sagt die Strafkammer – geeignet, »die pflichtgemäße Bereitschaft der Rekruten zum Schutz der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder ihrer verfassungsmäßigen Ordnung zu untergraben«. Und die Beschwerdeführerin, die Hamburger Rechtsanwältin Gabriele Heinecke, »geht fehl«, wenn sie die »Auffassung« vertritt, »die Verbreitung der bezeichneten Textstellen sei durch das Recht auf freie Meinungsäußerung gerechtfertigt (Artikel 5 GG)«. Denn – das ist nicht nur in München sonnenklar: »Wer die Absicht hat, die Dienstbereitschaft der Bundeswehrsoldaten zu untergraben, hat die Grenzen der durch Artikel 5 GG eröffneten Möglichkeit, Fragen der Verteidigung jederzeit und rückhaltlos zu erörtern, überschritten«. GG – das zur Erinnerung – heißt Grundgesetz, und gemeint ist unsere Verfassung.

Zu den »bezeichneten Textstellen« gehört darum neben dem Brecht-Gedicht ein ebenfalls abgedruckter Aufruf, mit dem eine ganze Kompanie von 127 Soldaten schon 1980 an die Öffentlichkeit getreten war, um ihren unerschütterlichen Willen zum Ausdruck zu bringen, Frieden und Freiheit der Bundesrepublik Deutschland gegen deren wahre Feinde zu verteidigen: »Wir lieben unser Land und lehnen es daher ab, dieses Land in den Krieg zu führen. .. Wird mit Alarm die Marschbereitschaft für den Krieg befohlen, marschieren wir nach Bonn.«

Diese Marschrichtung zur Verteidigung unseres Landes mißfällt den Münchner Richtern und nicht nur ihnen. Schon im vergangenen Jahr wurden in Nürnberg zwei Mitglieder der linkssozialistischen »Kämpfenden Jugend« angeklagt, weil sie 1985 zum 30. Jahrestag unserer Remilitarisierung Flugblätter verteilt hatten mit der Überschrift »Verweigert das Gelöbnis!«. Mit den Flugblättern hatten sie dagegen protestiert, daß Bundeskanzler Helmut Kohl die Bundeswehr dadurch in Mißkredit brachte, daß er ihre Jubiläumsfeierlichkeiten gleich neben dem Vernichtungslager Bergen-Belsen beging, wo unzählige Menschen zu Tode gemartert wurden.

Die Angeklagten, so warf man ihnen vor, hätten »die pflichtgemäße Bereitschaft zum Schutz der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland« sowohl mit der Frage: »Haben wir einfachen Soldaten etwas zu verteidigen« als auch mit ihrer Antwort »untergraben«: »Die fetten Herren und ihre bestochenen Politiker, die haben was zu feiern, was zu verteidigen. Ihre Fabriken, ihren Profit... Dafür werden wir zurechtgeschliffen, sollen am besten unser Hirn mit dem Stahlhelm tauschen. Wir einfachen Soldaten haben kein Jubiläum zu feiern.« Das Flugblatt empfahl stattdessen: »Sand ins Getriebe der Bundeswehr – bis es knirscht.«

Die Staatsanwaltschaft Nürnberg betrachtete diesen Sand als deutliches Indiz einer Untergrabungsabsicht, doch das Landgericht Nürnberg sah sich gezwungen, die Angeklagten »aus Rechtsgründen freizusprechen, da ihre für erwiesen angesehene Tat nicht strafbar ist«. Diese Schlappe ließ die Staatsanwaltschaft in München nicht ruhen. Dort stehen jetzt der Reservegefreite Alfons Lukas und der Pionier Heiko Müller vor Gericht, weil sie ebenfalls Flugblätter der »Kämpfenden Jugend« verteilt hatten. Beispielsweise – dafür war der Soldat Müller presserechtlich verantwortlich – ein Flugblatt mit der Überschrift »Kulturelles Beiprogramm zu 30 Jahren Bundeswehr«, mit dem auch sehr schönen Brecht-Gedicht »Legende vom toten Soldaten«, das da anhebt mit den Versen: »Und als der Krieg im vierten Lenz/ Keinen Ausblick auf Frieden bot/ Da zog der Soldat seine Konsequenz/ Und starb den Heldentod«.

Die Anklage über dieses Flugblatt: »Hier sind neben anderen bundeswehrfeindlichen Äußerungen mehrere Erklärungen Dritter zur 'Legende vom Toten Soldaten' abgedruckt, die sich der Angeschuldigte zu eigen macht . « Nämlich Bekenntnisse des Unglaubens wie dieses: »Wir glauben nicht an die demokratische Armee, die den Krieg übt gegen streikende Arbeiter, wie es geschehen ist in ihrem 29. Jahr, beim Manöver Flinker Igel. Wir glauben nicht an die Verteidigungsarmee mit ihrem Tornado, der Atombomben trägt bis zum Ural.« Und der nunmehrige Ex-Soldat Lukas steht vor Gericht, weil er auf seinem Flugblatt nicht lange fragt: »Wer bei uns am Krieg verdient, braucht man nicht lange zu fragen: Innerhalb eines Monats nach der Invasion sowjetischer Truppen in Afghanistan kletterten die Aktien des Krauss-Maffei-Konzerns um 100 Prozent.«

Den Angeklagten wird nicht nur der Aufruf zum »militärischen Ungehorsam« vorgeworfen, sondern auch eine Art von Landesverrat, nämlich – und das ist besonders interessant – das »verbotene Beschreiben eines militärischen Vorgangs«. Und das besteht, so die Anklage, in dem Aufruf: »Müßt Ihr Bürgerkriegsübungen machen, durchbrecht die Geheimhaltung, wendet Euch an die Gewerkschaft und an die Öffentlichkeit.« Bürgerkriegsübung – bei der Bundeswehr ein normaler militärischer Vorgang, dessen Aufdeckung man verbieten darf? Carl von Ossietzky mußte in der Weimarer Republik ins Gefängnis, weil er die illegale Aufrüstung der Reichswehr enthüllte. Wenn morgen die Bundeswehr üben sollte, wie man protestierende Arbeiter in Rheinhausen oder anderswo von der Straße treibt, soll, ja muß dann eine solche Übung ein strafbewehrtes militärisches Geheimnis bleiben? Sie muß. Die Richter der 5. Strafkammer des Landgerichts München I haben eine panische Furcht vor Beweisen gegen die Bundeswehr und scheuen sich auch nicht, das öffentlich kundzutun, ja das Erheben von Beweisen durch die Verteidigung strafrechtlich zu verfolgen.

Das geschah am 2. Mai. Die Verteidigung legte dem Gericht die geheime Heeresdienstvorschrift 100/100 vor zum Beweis, daß die Truppenführer der Bundeswehr ihre Soldaten durch verseuchtes, vergiftetes oder verstrahltes Gebiet führen dürfen, und, daß sich jeder Angriffskrieg mit der sogenannten Vorneverteidigung tarnen läßt. Doch die Richter weigerten sich, auch nur einen Blick auf die Dokumente zu werfen. Solche Unterlagen seien nicht verwendbar, erklärte die Strafkammer und wies die Staatsanwaltschaft an, sie zu beschlagnahmen und gegen die Rechtsanwältinnen der Angeklagten ein Ermittlungsverfahren nach Paragraph 183 Gerichtsverfassungsgesetz zu eröffnen (»Wird eine Straftat in der Sitzung begangen, so hat das Gericht den Tatbestand festzustellen und der zuständigen Behörde das darüber aufgenommene Protokoll mitzuteilen«).

Das Bonner Verteidigungsministerium taktierte klüger als die aufgeregt agierenden Richter. Ein – juristisch ohnedies unhaltbares – Verbot von Beweismitteln? Das mußte doch die Öffentlichkeit geradezu auf die brisanten Paragraphen dieser nur für den Dienstgebrauch bestimmten Heeresdienstvorschrift hetzen. Und so verzichtete das Verteidigungsministerium nach einem Telefonat mit dem ermittelnden Staatsanwalt Mützel am 9. Mai eilends per Fernschreiber auf die für die Durchführung eines Verfahrens nötige Sperrerklärung für die Heeresdienstvorschrift. Die Richter mußten sich etwas Neues einfallen lassen. Es war das seit über tausend Jahren bewährte Alte: Sie beschlossen in der Sitzung am folgenden Tag, die inkriminierten Flugblätter ließen »keine andere Auslegung zu als diejenige, daß die Angeklagten mit dem Gedankengut der KPD zumindest sympathisieren«. Beweis: ihr Flugblatt (»Dank Euch, Ihr Sowjetsoldaten«) zum 30. Jahrestag der Kapitulation der Hitler-Wehrmacht. Zugleich erhoben die Richter den Tatvorwurf: »Die Angeklagten nehmen nicht zur Kenntnis, daß gerade die Bundesrepublik Deutschland zur deutschen Geschichte steht und zumindest versucht, aus dieser Geschichte zu lernen.« Daraus folgt zwingend: »Die Planung eines Angriffskrieges durch die Bundeswehr ist angesichts der Verfassungswirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland absurd.« Und die Heeresdienstvorschrift, nach der die Bundeswehr von Anfang an in der Tiefe des feindlichen Raumes vorneverteidigt? Die Richter wissen es genau: »Es handelt sich hierbei um taktische Erwägungen für den Fall eines Angriffs von außen.« Denn: Die Bundeswehr kann niemals einen Angriffskrieg vorbereiten, weil er nämlich von unserer Verfassung verboten ist.

Der Prozeß vor dem Landgericht München I geht weiter. Während diese KONKRET-Ausgabe gedruckt wird, sehen die Angeklagten, die sich an einem Angriffskrieg der Bundeswehr nicht beteiligen wollen, ihrer Aburteilung entgegen.

Kasten >Meinungsdruck < auf Seite >15<

Schon im vergangenen November stellte die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" in der Bundesrepublik einen "zunehmenden Meinungsdruck in Richtung Pazifismus" fest und sorgte sich, daß "manches nicht mehr stimmt in diesem Land". Die FAZ: "Unaufhaltsam wächst beispielsweise - um nur ein Indiz zu nennen - die Zahl derer, die eine einseitige Abrüstung (des Westens) befürworten. Die Quote liegt bei Umfragen heute schon um die 50 Prozent (Allensbach); vor fünf Jahren waren es nur 35 Prozent gewesen. Was seinerzeit noch eine Minderheitsmeinung war, ist heute - fünf Jahre nach dem Bonner Regierungswechsel - zur Mehrheitsmeinung avanciert."

Kasten >Verschlußsache< auf Seite >16<

Nur für den Dienstgebrauch: In die Tiefe des Feindes

Auszüge aus der vom Gericht beschlagnahmten und für die Beweisaufnahme verbotenen Heeresdienstvorschrift 100/100 (2., verbesserte Auflage September 1987):

107... Vorneverteidigung schließt die Bekämpfung der Streitkräfte des Feindes in der Tiefe seines Territoriums ein.

2602 Der Angreifer hat zunächst die Freiheit des Handelns. Er bestimmt, wann, wo und mit welchen Kräften er angreift. Der Verteidiger darf sich nicht darauf beschränken, den Angriff abzuwarten und darauf zu reagieren, sondern er muß jede Gelegenheit nutzen, um dem Feind das Gesetz des Handelns zu entreißen... Der Kampf muß von Anfang an *in die Tiefe des Feindes* getragen werden. Dabei kommt es darauf an, die feindliche Artillerie auszuschalten sowie ein geordnetes Heranführen seiner Angriffskräfte und Reserven zu stören und sie abzunutzen, bevor sie auf die vorn verteidigenden Kräfte treffen.

814 Zur Fortsetzung des Kampfes kann es erforderlich sein, Truppen vorübergehend *in verstrahltem, vergiftetem oder verseuchtem Gelände* zu belassen oder sie in oder durch einen solchen Raum zu führen... Für den Aufenthalt in verstrahltem Gelände befiehlt der Truppenführer das *Risiko* der Strahlenbelastung.

Konkret 06/88, S. 18

Georg Fülberth

Sozialisten, eingemacht

Sind die Grünen schon bald am Ende oder währen n sie ewig? In seinem Essay beschäftigt sich Fülberth mit einer Prognose aus dem September 1902, die er für eine Fehlprognose hält

»Als Partei werden die Grünen die achtziger Jahre nicht überleben. Wenn ihre gesammelten Forderungen an die Systemgrenze stoßen, muß das Bündnis platzen. Die Wahl zwischen (zerstörerischem) Wachstum und Arbeitslosigkeit ist – unter den Bedingungen kapitalistischer Produktionsweise – keine Fiktion. Auch die Grünen werden sie beantworten müssen – oder die Machtfrage stellen. Die Grünen wären sie dann nicht mehr.« (Hermann L. Gremliza, Dialektik in Grün. KONKRET9/1982)

Der nächste Bundestag wird 1990 gewählt. Mindestens bis dahin wird es dort eine grüne Fraktion geben. In den Landtag von Baden-Württemberg wurden sie gerade jetzt bis 1992 hineingewählt. Beide Male spricht nichts dafür, daß es sich irgendwann um Parlamentarier einer längst erloschenen Partei handeln wird. Gerade jetzt haben sich die »Grünen« eine Stiftung zugelegt. Eine Fülle von materiellen Interessen werden dort zusammenströmen – es sind zugleich die Interessen am Fortbestehen dieses Dukatenscheißers und der Partei. In den Beraterstäben und Sympathisanten-Zirkeln der Grünen hat sich inzwischen ein hohes Maß an diversifiziertem Sachverstand – Spezialisten für Klima-Simulation und Wirbelschichtfeuerung – zusammengefunden. Es wird dem Grad an Verwissenschaftlichung, den Politik in einem der am höchsten entwickelten imperialistischen Länder erreicht hat, durchaus gerecht. Zweifellos gilt dies nicht nur für die Grünen. Wenn Tölpel wie Kohl und Rau reüssieren, haben geschickte intellektuelle Zuarbeiter in CDU und SPD einen Beitrag dazu gelistet. Bei den Grünen ist die Arbeitsteilung zwischen Hirn und Hintern noch nicht so stark ausgebildet, die wissenschaftliche Unterfütterung von Politik auch bei einigen Berufspolitikern wenigstens vermutbar.

Allerdings deutet zur Zeit nichts darauf hin, daß diese Partei irgendwann einmal auf zehn Prozent kommt. Koalitionen werden nur noch ohne sie geschlossen: entweder sozialliberal oder christliberal. Wer ehrgeizig ist, mag das ungenügend finden. Wichtig bleiben die Grünen als Nieren des Parteiensystems: Unzuträgliche Stoffe und Stimmen werden über sie aus dem offiziellen Kreislauf entsorgt. Da derlei in absehbarer Zeit immer wieder anfällt, werden sie nicht verschwinden.

Die Mission der deutschen Sozialdemokratie bestand darin, den Imperialismus für die klassische Arbeiterschaft wohnlicher zu machen. Die Grünen übernehmen dieselbe Aufgabe für andere Gruppen und Schichten – darunter, als Kern: die lohnabhängige Intelligenz – , die sich nicht mehr durch die beiden Hauptklassen vertreten lassen. Voraussetzung ist ein imperialistisch erwirtschaftetes materielles Niveau, das eine Artikulation von Interessen erlaubt, welche in der Vergangenheit unter dem Vorwand von Knappheit in den Hintergrund gedrückt waren – bis hin zu den Problemen von sexuellen Minderheiten, Behinderten und gedemütigten Alten. Dazu kommen die Umwelt-Folgekosten kapitalistischer Produktionsweise auf neuer technologischer Stufe, vor allem die Zerstörung der natürlichen Ressourcen. Und da sollte eine kleine Partei, welche diese Probleme systemkonform kleinarbeiten hilft, keine Zukunft haben?

Gewiß kann man sich jetzt ideologiekritisch über all den Unsinn aufregen, der bei den Grünen geredet und gedruckt wird – von New Age bis Herr Jesus. Aber das ist eine müßige Empörung. Wenn es schon notwendig und möglich wurde, den westdeutschen Kapitalismus ökologisch teilzusanieren und durch die selbsttätig-fürsorgerische Ruhigstellung von benachteiligten Gruppen abzufedern, dann ist es doch völlig egal, welcher Text auf diese Melodie gesungen wird. Die Tagespraxis wurde verwissenschaftlicht (technisch verkürzt, gewiß), in der Theorie darf weiter gelallt werden. Wenn Hubert Kleinert nun für einen ökologischen Kapitalismus eintritt, dann verdient er keine Häme, sondern ernste Würdigung, denn er sagt die Wahrheit über sich selbst und seine Mehrheitsrichtung. Der Ökologie-Begriff wird durch ihn zwar schlimm gestutzt, und er schrammt an der SPD vorbei hin zu CDU-Biedenkopf, aber das gehört eben zu den Freiheitsrechten eines aus der Opposition heraus mitregierenden Abgeordneten. Niemand sollte ihm zumuten, noch einmal auf dem Marburger Friedrichsplatz im Grase liegen zu müssen, Halme zu kauen und darauf zu warten, daß eine Partei gegründet wird, für welche er dann wieder in den Bundestag kann.

Die oben zitierte Prognose ist also wahrscheinlich falsch. Wo steckt ihr Fehler?

*

Die Antwort gibt das erste Wort des zweiten Satzes: »Wenn ihre gesammelten Forderungen an die Systemgrenze stoßen, muß das Bündnis platzen.« Richtig wäre gewesen: *»Falls«.* Der Autor des »Wenn« war sicher, daß die »gesammelten Forderungen« an die Systemgrenze stoßen. Joseph Fischer und seine Freunde wissen, daß das ganz schlecht wäre. Deshalb würden sie diesen Zusammenprall verhindern, falls zu ihren Lebzeiten überhaupt mit ihm gerechnet werden müßte. Durch ihre zusätzliche Vorsicht üben die grünen Staatsmänner und -frauen keinen Verrat an ihrem Wahlvolk, sie handeln in seinem augenblicklichen Interesse.

Die Grünen im hessischen Landtag fordern ein Archivgesetz. Es gilt zu verhindern, daß unter dem Vorwand des Persönlichkeitsschutzes die Aufdeckung historischer Wahrheiten hintertrieben wird. Diese Initiative freut auch manchen unpolitischen Aktenschnüffler, allerdings nicht die alten Nazis. Die Archivräte finden den Vorstoß formal mangelhaft, aber doch auch lieb und verdienstvoll. Es gibt zur Zeit wohl kaum ein Gebiet öffentlicher intellektueller Aktivität, auf dem die Tätigkeit von Mitgliedern dieser Partei nicht spürbar wäre. Zugleich wird sie fast automatisch zur Adresse von Impulsen, die nicht in ihr selbst entstanden. Diese kreuzen sich dann kaum sortiert im politischen Haushalt dieser Organisation. Längst gibt es bekanntlich bei einem Teil der Grünen das Müttermanifest und den Wunsch nach stärkerer Betonung der traditionellen Frauenrolle. Dennoch werden nach wie vor Feministinnen in dieser Partei noch am ehesten ihre Ansprech-Partnerin sehen, mögen sie auch noch so sehr über sie schimpfen. Werden solche verschiedenartigen Forderungen gesammelt, dann entsteht dadurch noch kein Bündnis. Sie sind im übrigen – vereinzelt oder gemeinsam – durchaus systemverträglich, und solange die Grünen innerhalb dieser Grenzen etwas herausholen – und seien es Minimalerfolge – , werden sie gewählt. Ihre Partei ist ein ziemlich neutrales Verkehrsmittel wie die Straßenbahn. Es gelten die allgemeinen Beförderungsbedingungen.

Die Parallelität von Zielen, die kaum aufeinander abgestimmt sind, führt zu der sogenannten »Zerstrittenheit« der Grünen. Sie schwächt die Partei aber letzten Endes nicht. Die offen gezeigten Unvereinbarkeiten geben dem sympathisierenden Publikum die beruhigende Gewißheit, daß letztlich doch – fast – alle irgendwie auf ihre Kosten kommen. Einer Oppositionsgruppe auf Bundes- und Länderebene, einer Juniorpartner-Firma in den Kommunen wird erlaubt, was für eine Regierungspartei, welche den Kabinettschef stellt, tödlich ausgehen kann. Selbst falls der nächste Parteitag der »Grünen« auf peinliche Weise auseinanderliefe, würde hinterher doch – so paradox das klingt – gerade das Nebeneinander unvereinbarer Positionen den Laden wieder zusammenhalten. Es bleibt der gemeinsame Wunsch nach Mandaten, Öffentlichkeits-Wirkung, Wahlkampfkosten-Erstattung. Ob man nun für den Bau von Krötenzäunen eintritt, für die Freie Schule oder gegen die Militärhilfe an die Türkei: Dieser Apparat wird für jeden einzelnen solcher Zwecke gebraucht. Überdies wirkt die Fünfprozentklausel einigend. Die gedankenarme Drohung mit der Wiederkehr des alten Dreiparteien-Kartells erspart alle weiteren Argumente.

In Dänemark, so höre ich, hat der Chef der Seeleute-Gewerkschaft eine Kandidatengruppe fürs Parlament gegründet und kam über die Zweiprozent-Hürde, die es dort nur gibt. Im Folketing sitzt auch eine Autofahrer-Partei, welche fordert, daß jede Familie zwd Kraftwagen und einen Bungalow im Grünen hat. In der Bundesrepublik hätten beide vorsichtshalber wohl einen gemeinsamen Verein gegründet, solange sie nicht sicher gewesen wären, jeweils allein fünf Prozent zu bekommen.

Keineswegs stehen die Grünen vor der Entscheidung zwischen zerstörerischem Wachstum und Arbeitslosigkeit. Die gegenwärtige Regierung führt vor, daß beides zugleich möglich ist. Das SPD-Konzept einer »sozial gesteuerten Innovation« wirkt verkrampft. Die Grünen deklamieren gegen die zerstörerische Wirkung des Wachstuss und erhalten Stimmen auch von Arbeitslosen. Unter solchen Bedingungen gedeihen sie nicht schlecht. Die radikale Geste wird auch in Zukunft nicht fehlen. Jutta Ditfurth im Vorstand, aber Waltraud Schoppe im Parlament: Diese kontroverse – und nicht abgesprochene – Arbeitsteilung kennen wir schon aus der SPD vor 1914.

*

»Die Vielfalt der Gruppen und Interessen, di esich in den Grünen tummeln, ermöglicht es auch Sozialisten, mitzumachen ohne sich einmachen zu lassen.« Gremliza, s.o.

Diese Illusion ist menschlich verständlich. Sozialisten allein haben im Kapitalismus in der Regel wenig zu bestellen. Einige von ihnen schließen sich deshalb zuweilen anderen, größeren Organisationen an und hoffen, mit deren Hilfe mehr Einfluß ausüben zu können. Bald aber erweist sich die Richtigkeit der folgenden Rechnerei: Die eigene Zahl, geteilt durch die Mitgliedermenge des nichtsozialistischen Gesamtvereins, ergibt die tatsächliche Wirkung, welche man erzielt. (Dividiert man sich selbst durch Null, erscheint die Zahl Unendlich, und es entstehen Allmachtsphantasien, zugegeben.) Inzwischen sind die Sozialisten bei den Grünen entweder eingemacht, oder sie haben ihren Sozialismus eingemacht. Das gehört eben auch zu den allgemeinen Beförderungsbedingungen. Sozialismus verstößt gegen die Neutralität wie ein Wahlplakat im Schaufenster einer Apotheke. Der nicht organisatorische, aber inhaltliche Entrismus des Kommunistischen Bundes und seiner Zeitschrift »Arbeiterkampf« hat zu dem korrekten Ergebnis geführt, daß der Hund mit dem Schwanz wackelt, und nicht umgekehrt. Das Buch »Die Zukunft der Grünen« von Ebermann und Trampert, welches eine realistische Politik für eine radikale Partei versprach, wird als ein wunderschöner Text in der Literaturgeschichte weiterleben.

Dennoch gibt es immer wieder junge Leute, die »Kapital«-Kurse abhalten und bei den Grünen mitwirken in der Hoffnung, eine sozialistische Umgestaltung dieser Organisation miterleben zu können, wenn es einmal so weit ist. Sie übersehen, daß sämtliche Parteien historische Formationen sind, welche für aüe Zeit durch die Bedingungen ihres Aufstiegs geprägt bleiben. (Diese Gesetzmäßigkeit schützt die Grünen übrigens davor, daß CDU, FDP und SPD ihnen ihre wichtigsten Themen klauen. Die Altparteien sind an Klientel-Schichten gebunden, die sie in früheren Jahrzehnten erwarben und welche nur langsam oder überhaupt nicht aussterben.) Die Grünen aber sind kein Endzeit-Kommando, sondern die zweite Kleine-

Leute-Partei in der zweiten, 1974 beginnenden, zwar endlichen, aber keineswegs letzten Phase der westdeutschen Normalität.

Für die paar hinterbliebenen, zum Teil schon recht betagten Sozialisten in der BRD aber heißt dies, daß alles noch viel schwerer ist, als das Zitat vom Mitmachen ohne Eingemachtwerden ihnen verhieß. Sie werden wohl in verschiedene Organisationen zerstreut bleiben: SP, KP, Gewerkschaften, marxistisch-leninistische Minigruppen (grüß' Euch, Genossen!), Grüne. Dort mögen sie Kontakt zu Elementen eines möglichen neuen historischen Blocks – bestehend aus der kämpfenden Minderheit der Marginalisierten, der kritischen Intelligenz und linksradikalen Splittern in den Gewerkschaften – halten. Aber dieser Block selbst ist vorerst nicht in Sicht. Wer ihn für notwendig hält und für seine Entstehung arbeitet, wird sich davor hüten, sich mit einem Surrogat abspeisen zu lassen.

Konkret 06/88, S. 20

Iris Stolz; Michael Weisfeld

Chile - Kultur des Todes

Grell geschminkt gesteht die »Terroristin« Karin Eitel im chilenischen Fernsehen ihre Taten. Wenn sie stockt, gehen die Scheinwerfer aus, und sie wird mit Schlägen gefügig gemacht. Geheimdienstagenten als Zulieferer des staatlichen Fernsehens – das ist Chile im Jahr des »Plebiszits«

Das Zentrum Santiago's in den Mittagsstunden:Straßenhändlerpreisen ihre Ware an, ein blinder Musikant spielt Tangos, Schuhputzer warten auf Kundschaft, und Geschäftsleute mit Sonnenbrille und Aktenkoffer gehen eiligen Schrittes zurück ins Büro. Da werden plötzlich Flugzettel in die Luft geworfen, und auf der Treppe der Kathedrale bildet sich eine Gruppe von etwa Hundert Menschen: »Der CNI foltert«, rufen sie. (CNI – Central National de Informaciones, chilenischer Geheimdienst). Und während immer mehr Passanten stehenbleiben und Beifall klatschen, singt die Gruppe ein Lied: »...Für den eingesperrten Vogel, für die zurückgehaltene Wut, für die verfolgte Idee rufe ich deinen Namen: Freiheit. Ich schreibe Deinen Namen an die Wände meiner Stadt, Deinen Namen und andere Namen, die ich aus Furcht nicht nenne. . .«

Noch bevor unter den Pfiffen der Zuschauer die Polizei eintrifft, verschwinden die Demonstranten wieder im Gedränge der Einkaufsstraßen. Zurück bleiben ein paar wütende Polizisten, die sich von der Zentrale Handlungs-Anweisungen holen, und Hunderte auf dem Pflaster verstreute Flugzettel, die die Gruppe als »Bewegung gegen die Folter Sebastian Acevedo« bekanntmachen. Zurück bleibt auch ein Name: Karin Eitel steht in großen Buchstaben auf die Treppe der Kathedrale geschrieben.

Karin Eitel ist eine 27jährige Studentin der Katholischen Universität von Santiago. Seit Anfang November des vergangenen Jahres sitzt sie in Untersuchungshaft, weil sie an der Entführung des Armeeobersten Carlos Carreno beteiligt gewesen sein soll. Das jedenfalls wirft der Militärstaatsanwalt Fernando Torres ihr vor. Vier Wochen nachdem Karin Eitel verhaftet worden war, lief im Kanal 7 des staatlichen Fernsehens ein Sonderbericht über die Entführung des Obristen, der dem Staatsanwalt Recht zu geben schien. Einer der Orte, an denen dieser Beitrag gedreht worden war: Ein Verhörzentrum des CNI. Für etwa fünf Minuten erschien Karin Eitels Gesicht auf dem Bildschirm. Ihr Bruder Christian, kurz nach ihrer Verhaftung aus der Bundesrepublik nach Chile zurückgekehrt, sah seine Schwester bei dieser Gelegenheit wieder. Er erinnert sich: »Sie war stark geschminkt, sonst schminkte sie sich nie. Ihre Lippen waren ganz rot geschminkt, damit man ihre Verletzungen am Mund nicht sah. Sie hielt den Kopf ständig nach rechts geneigt, sie sollte so Verletzungen an Gesicht und Hals verdecken. Sie beantwortete die Fragen, die eine Männerstimme stellte, monoton. Ihre Pupillen waren stark geweitet.«

Karin Eitel gestand vor tausenden von Fernsehzuschauern nicht nur, daß sie der Guerilla-Organisation »Frente Patriotico Manuel Rodriguez« bei der Entführung des Obersten geholfen habe. Sie erzählte auch, daß sie durch ihre verstorbene Mutter zur »Frente« gekommen sei, und daß ihr Rechtsanwalt Jose Galiano, ein Freund der Familie, ein Drahtzieher der Entführung gewesen sei. Sie sagte alles, was geeignet war, die These des Militäranklägers Torres zu stützen. Torres glaubt, daß die wohlhabenden Familien Eitel und Galiano sich in die Frente eingeschaltet haben. Insbesondere verdächtigt er Karins Vater, den ehemaligen Bankdirektor Pablo Eitel, Finanzier der Guerrilleros zu sein.

Um das fünfminütige Videoband für den Kanal 7 zu produzieren, brauchte der Geheimdienst mehrere Stunden. Das berichtete Karin Eitel später ihrem Bruder. Zwar hatten die Folterer sie gezwungen, vor den Aufnahmen Tabletten zu nehmen, dennoch zeigte sie noch viel Widerstandskraft. Immer wieder unterbrachen die CNI-Leute das Verhör, um Karin zu bedrohen und zu schlagen. Häufigste Technik: Das »Telefon«. Die Folterer schlugen dabei gleichzeitig auf beide Ohren. Einer dieser Schläge beschädigte bei Karin das Kranium, einen Schädelknochen in der Nähe der Schläfe.

Als Karin Eitels »Geständnis« über den Kanal 7 flimmerte, war Oberst Carreno, bei dessen Entführung sie geholfen haben soll, gerade von der »Frente Patriotico Manuel Rodriguez« entlassen worden. Zwei Monate hatte die Guerilla-Gruppe den Obersten in ihrer Gewalt gehabt. Von seiner Familie hatten sie kein Lösegeld gefordert, sondern verlangt, daß sie Lebensmittel und Kleidung im Wert von 50.000 US-Dollar in die Slums von Santiago liefert. Nachdem diese Forderung erfüllt worden war, ließ die »Frente« den Obristen frei, nicht etwa in Chile, sondern im fernen Sao Paulo (Brasilien). Das gelungene Kidnapping und der Transport des Obristen über zwei Landesgrenzen waren eine schwere Schlappe für die Diktatur. Bisher einziges Ermittlungsergebnis von CNI und Polizei: Das TV-Geständnis der Karin Eitel. Militärankläger Torres will es im Prozeß gegen sie verwenden. Wann der beginnt, ist ungewiß. Untersuchungshaft von sechs Jahren und länger ist bei politischen Gefangenen in Chile keine Seltenheit.

Als Karin Eitel endlich von ihren Angehörigen besucht werden durfte, hatte sie bereits viele Tage in den Händen des Geheimdienstes und der »Investigaciones«, der Kriminalpolizei, hinter sich gebracht. Nach ihrer Verhaftung war sie eine Woche lang »verschwunden«, ihre Verwandten wurden von ihrer Festnahme nicht benachrichtigt. Schließlich kam sie ins

Gefängnis San Miguel in Santiago in »incommunicado«-Haft. Das bedeutet strengste Isolation von Mitgefangenen und Personal, natürlich auch von Angehörigen. Die Zellen sind entweder neonhell oder ganz dunkel. In keinem Fall gibt es ein Fenster, die »Beleuchtung« bleibt Tag und Nacht die gleiche. Nach 34 Tagen in einer solchen Zelle durften ihre Angehörigen sie sehen. Die Frau ihres Bruders Christian, eine Sportstudentin aus Köln erinnert sich an den ersten Besuch bei ihrer Schwägerin: »Sie wirkte relativ stark, stärker als ich erwartet hatte. Äußerlich war sie aber total verändert. Ihre Haare waren kurz geschnitten und sie ist schrecklich abgemagert. Die Verletzungen im Gesicht, die Schwellungen waren immer noch zu sehen. Sie hatte ständig Kopfschmerzen und fand beim Sprechen die passenden Worte nur mühsam. Alle Zähne sind locker. Das kommt von den Schlägen. Sie hat mehrere Infektionen gehabt, auch im Genitalbereich, Haarinfektionen, die nicht behandelt wurden.« Der Rechtsanwalt Jose Galiano setzte durch, daß Karin von einem Gerichtsarzt untersucht wurde. Der attestierte schwere Verletzungen an Kopf, Brust und Nacken, herbeigeführt mit einem »stumpfen Gegenstand«.

Die Familie Eitel stammt väterlicherseits aus Deutschland. Karins Urgroßvater Karl Wolfgang Friedrich Eitel wurde in Wertheim geboren und starb in Hamburg. Einen großen Teil seines Lebens verbrachte er jedoch in Chile. In der Stadt Valparaiso leitete er die »Banco Aleman-Transatlantico«. Als er nach Deutschland zurückkehrte, blieben seine vier Kinder in Chile, aber sie und die Enkel ließen die Verbindung zu Deutschland nicht abreißen. Mit einem Stipendium der Organisation »Youth for Understanding« verbrachte Karin Eitel 1979/80 ein Jahr in Hannover.

Gestützt auf seinen deutschen Großvater verlangt Pablo Eitel jetzt einen deutschen Paß für seine Tochter Karin. Einen entsprechenden Antrag reichte er im April bei der deutschen Botschaft in Santiago ein. Die Entscheidung liegt jetzt beim Auswärtigen Amt.

Die Hoffnung, die Karin Eitel aufgrund ihrer deutschen Vorfahren hegen mag, ist den anderen Opfern der Menschenrechtsverletzungen im Pinochet-Chile verwehrt. Seit vier Jahren versuchen die Leute von der »Bewegung gegen die Folter Sebastian Acevedo« gegen die Folterpraxis anzugehen, öffentlich und gewaltlos dagegen zu protestieren: Sie verteilen Informations-Kärtchen an Kirchenausgängen und in Stadtbussen, sie hängen Transparente auf, plakatieren und machen Sitzblockaden auf Hauptverkehrsstraßen. Sie scheuen sich auch nicht, vor dem Militärgericht und vor dem Regierungs-Palast »La Modena« zu demonstrieren.

Das ist in Chile nicht ungefährlich: Wegen Angriffs auf die Streitkräfte oder Verstoßes gegen das Anti-Terroristengesetz mußten sich schon mehrere Angehörige der Bewegung vor dem Militär-Gericht verantworten. Zwei Frauen wurden drei Monate in den kalten Süden verbannt, es gab Verletzungen durch Polizeiknüppel, und ein ausländischer Priester wurde des Landes verwiesen, weil er Weihnachtskarten verteilt hatte mit der Aufschrift: »Wir wollen ein Weihnachten ohne Herodes und ein neues Jahr ohne Folterer.«

Daß in Chile gefoltert wird, das hört die Militär-Regierung nicht gern. Vor allem jetzt nicht, wo sie im Vorfeld des Plebiszits versucht, sich von ihrer besten und demokratischsten Seite zu zeigen. Dieses Jahr wird die Bevölkerung aufgerufen, über einen Präsidentschafts-Kandidaten abzustimmen, den die vier Junta-Mitglieder und Befehlshaber der Streitkräfte noch vorschlagen müssen. So ist es in den Übergangs-Bestimmungen der Verfassung vorgesehen, die 1980 ebenfalls durch eine Volksabstimmung angenommen wurde. Ob der Kandidat Augusto Pinochet heißt, das steht noch nicht fest, ist aber sehr gut möglich.

Seit Monaten ist die Image-Pflege in vollem Gange: Auf riesigen in ganz Santiago aufgestellten Plakaten ist ein nach oben weisender optimistischer Daumen zu sehen, und in Radio- und Fernsehspots werden die Chilenen mit den Errungenschaften der fast 15jährigen Militär-Herrschaft berieselt. Folter paßt nicht ins Bild. Schließlich unterschrieb Chile im Herbst letzten Jahres die Anti-Folter-Konvention der UNO, und wie viele chilenische Staatsmänner vor ihm versicherte auch Regierungs-Sekretär Orlando Poblete kürzlich den Journalisten: »In Chile wird weder gefoltert noch irgendjemand unterdrückt.«

Konkret 06/88, S. 22

David Becker; Iris Stolz

Wie man Menschen zerstört

Iris Stolz sprach mit dem Psychologen David Becker über Folterschäden, Verdrängung und Angst

Manchem mag es paradox scheinen: Im selben Chile, in dem Regierungsorgane foltern, existieren gleichzeitig und öffentlich Institutionen, die sich solidarisch um die Opfer kümmern. Die Militärs lassen das zu. Wenige Meter vom in Santiago stadtbekannten Folterquartier des Geheimdienstes CNI entfernt hat eine von ihnen, die FASIC, ihre Büros. Die vom Weltkirchenrat unterstützte »Stiftung der christlichen Kirchen für soziale Hilfe« gibt es seit 1975. Sie betreut Repressions-Geschädigte: Angehörige von Verschwundenen und Ermordeten, politische Gefangene, Gefolterte und in den letzten Jahren zunehmend auch Exil-Rückkehrer.

David Becker, Psychologe aus Berlin, arbeitet seit 1982 im psychiatrischen Programm der FASIC. »Die Folter«, so Becker, »wird nicht nur eingesetzt, um Informationen zu bekommen. Sie soll die Leute so kaputt machen, daß sie ihr politisches Projekt nicht wieder aufnehmen können. Und sie hat einen generellen Effekt in der Bevölkerung: Sie ist Bestandteil einer Institutionalisierung der Angst.«

Was meinen Sie damit?

Becker: Hier in Chile gibt es viele Häftlinge, viele Gefolterte, und es gibt etwa 700 registrierte Verschwundene. Die Regierung hat alle diese Maßnahmen immer in einem Ausmaß benutzt, das hoch genug ist für eine Massenwirkung. Man weiß: Das alles kann auch mich treffen.

Hat es in den fast 15 Jahren der Diktatur Veränderungen gegeben in der Anwendung der Folter? Wird sie heute weniger oder anders benutzt?

Becker: Die Grundregeln stehen fest und sind auch untersucht worden. Es gibt Militärstudien und Streßuntersuchungen, die darauf hinauslaufen, Folter zu planen. Da ist immer der, der fürchterlich schlägt, dann gibt es den Offizier, der freundlich ist und sagt: »In Wirklichkeit will ich Dir helfen«. In den ersten Jahren nach dem Putsch spielte sehr viel direkter Haß auch eine Rolle. Heutzutage geht man da technischer ran. Ich glaube, daß im Moment – wo die Regierung sich in einer Wahlkampagne befindet – weniger gefoltert wird. Es wird gezielter gefoltert, z. B. bei der Verfolgung der Leute vom »Frente«, also denen, die im September 1986 das Attentat gegen Pinochet gemacht haben. Aber da ist immer die Frage, was nennt man Folter. Ist es Folter, wenn sie jemanden entführen oder vergewaltigen? Oder nur, wenn er fachmännisch von Geheimdienstlern bearbeitet wird? Heute gibt es mehr paramilitärische Kommandos, mehr kurze Entführungen, wo jemand mißhandelt wird. Und es gibt zum ersten Mal seit Jahren wieder fünf Verschwundene.

Sie haben gesagt, Folter will die Leute kaputt machen. Wie funktioniert das?

Becker: Der Betreffende wird vor zwei Möglichkeiten gestellt, die beide schlecht sind: Wenn er sein politisches Projekt verteidigt, hat er das Gefühl, seinen Wunsch zu leben, seine Frau und seine Kinder zu verraten, denen er vielleicht hätte Vater sein müssen. Wenn er sein Leben verteidigt, meint er, seine Genossen zu verraten. Folter trennt künstlich zwei Bereiche, nämlich Leben und was das Leben lebenswert macht. Das ist die leichteste Art, jemanden verrückt zu machen: ihn vor zwei Möglichkeiten zu stellen, von denen er eine wählen muß, von denen aber beide eigentlich schlecht sind. Dabei passiert, was die Nordamerikaner »double bind« nennen, ein Begriff aus der Schizophrenie-Forschung. Das Ganze ist komplizierter. Ich nenne es nur, damit man versteht: Folter verletzt die Personen – neben den oft schlimmen körperlichen Schäden – nicht nur in ihrer Intimsphäre, sondern trifft sie auch in ihrem tiefsten Persönlichkeitskern. Und zwar so stark, daß viele von ihnen psychotische Episoden erleben, also vorübergehend wirklich verrückt werden. Da der Betreffende ja angeblich eine Wahl hat, hat er immer das Gefühl, an seiner eigenen Verurteilung mitgearbeitet zu haben.

Es gibt niemanden, der aus der Folter kommt, unabhängig davon, ob er geredet hat oder nicht – mit dem Gefühl, heroisch sein Lebensziel verteidigt zu haben. Jeder fühlt sich zutiefst gedemütigt und schuldig. Auch die regelmäßige Vergewaltigung von Frauen hat diesen Doppelcharakter. Die Betreffende fragt sich: »Hätte ich mich mehr verteidigen sollen? Ich habe es nicht verhindert.«

Das ist der Grund, weshalb Gefolterte oft jahrelang schweigen. Das Gefühl ist nicht »ich bin ein Opfer«, sondern »ich habe versagt, ich habe Demütigung über einen Grad hinaus erlebt, den ich nie mit irgendjemand teilen kann«.

Können Sie mir das an einem Beispiel erklären?

Becker: Ich habe 1983 einen Mann behandelt, der direkt nach dem Putsch auf alle Arten und Weisen gefoltert wurde. Aber der für ihn schwierigste Moment war, als er mit einer Gruppe von Gefangenen in einem Raum war, und ein Offizier diese Gruppe zwang, sich auszuziehen und zu onanieren unter der Androhung, daß sie zusammengeprügelt oder gar ermordet werden, wenn sie es nicht schaffen, einen Orgasmus zu kriegen. Mein Patient hat es geschafft, aber hinterher eine Impotenz

entwickelt. Mit seiner Frau hat er nie über die Folter gesprochen. Zehn Jahre nachdem das passiert ist, kommt er in Behandlung. Ich habe ihm interpretiert, daß die Impotenz ein Versuch war, den Widerstand zu leisten, den er in der Folter nicht hat leisten können. Das ist die Art von Situation, die ich vorhin mit »double bind« bezeichnet habe: Wenn er Widerstand leistet, riskiert er sein Leben. Wenn er sich anpaßt, fühlt er sich deswegen schuldig. Ich kenne keinen Gefolterten, der nicht irgendeine Schuld entdeckt. Für jeden ist die Sache anders. Die Techniken sind darauf abgestellt, irgendwo den schwachen Punkt zu treffen. Bei meinem Patienten war es diese Szene. Für andere war es die Unfähigkeit, einem Genossen zu helfen, der dort starb.

Wie verarbeiten die Opfer diese Erlebnisse?

Becker: Der erste Versuch ist immer, zu vergessen. Der Patient, von dem ich eben gesprochen habe, hat nach einem Jahr Behandlung zum ersten Mal mit seinem Bruder darüber gesprochen. Die hatten sich alle diese Jahre gesehen, aber in diesem Gespräch zum ersten Mal festgestellt, daß beide verhaftet waren und beide nie darüber geredet hatten. Verleugnung findet nicht nur bei Tätern, sondern auch bei Opfern statt.

Welche Bedeutung hat bei dieser Verdrängung die Öffentlichkeit? Wird Folter hier nicht von der ganzen Gesellschaft totgeschwiegen?

Becker: In den ersten Jahren der Diktatur war das Sprechen über diese Dinge lebensgefährlich. Das hat sich etwas geändert, und je mehr die Folter öffentlich angeklagt wird, desto mehr trauen sich, in Behandlung zu kommen. Für die Betroffenen ist es sehr wichtig, eine Verbindung herstellen zu können zwischen der persönlichen Sphäre und dem gesamtpolitischen Geschehen. Die Folter wird oft als ein individueller Schaden erlebt, nicht als das, was sie ist, nämlich ein politisches Ereignis.

Konkret 06/88, S. 24

Karl-Heinz Hansen

Die Ästhetik des Niedergangs

Der Schwachsinn trällert sich Bahn: Im Auftrag der Bundesgeschäftsführerin hat der Frankfurter Musikproduzent Dieter Dehm (einst Stomokap-Juso, dann Liedermacher unter dem Kunstnamen »Lerryn«) für die SPD eine neue Parteihymne geschrieben. In deren Refrain ist so nachdrücklich vom Wasser die Rede, daß man zu begreifen beginnt, warum die SPD immer überflüssiger wirkt

Hans Sachs hätte eitel Freude gehabt: Die Partei Schumachers hat nun den Poet' dazu. Der Preis (Höhe unbekannt) fällt auf den Macher, auch von Liedern, Doktor Dieter Dehm. Mit 38 Jahren, auf dem Gipfel seines Schaffens (Mozart war in seinem Alter schon 3 Jahre tot), hat der gelernte Anleger von Fußnotenfriedhöfen seiner sozialen und demokratischen Partei eine Hymne geschenkt, »Das weiche Wasser«, auf der Höhe der Zeit und mit Sinn für die Tiefe des Gemüts von Partei- und Zeitgenossen.

Nach epochalen prosaischen Hervorbringungen von lakonischer Kürze (»Wer sich nicht der Partei fügt, fliegt hinaus«, Liebknecht 1880) bis zu Dichtungen von epischer Breite (Irseer Entwurf, Kollektiv, 1988), nach denk- und merkwürdigen Bemühungen in der abkupfernden Kunst von Karikaturen im »Wahren Jakob« bis zu einträglichen Produkten der Heartfield-Wiederaufbereitungsanlage K. Staeck (nähere Charakterisierung würde teuer, da der Herr auch Jurist ist), hat die vom Umfang her große Partei mit dieser Hymne eine Frucht ausgebracht, die nicht nur ihrem geistigen Zustand haargenau entspricht, sondern auch den Kampf um kulturelle Hegemonie endgültig zu ihren Gunsten entscheidet.

Doch die Verhältnisse sind nicht ganz so: Statt sich der hymnischen Vollkommenheit des Werks in stiller Ehrfurcht zu nähern; statt zu jauchzen, wenn eine Partei, deren Kultur bisher den gleichnamigen Beutel assoziierte, sich sendungsbewußt auf Sendung begibt, damit die Völker die Signale hören; statt objektiv zu würdigen, wie im Lied der Geist mit Macht zum Durchbruch dringt – treten böse Menschen auf, die bekanntlich keine Lieder haben, und halten den Text für »ein wenig platt« (»Vorwärts«), sehen gar den Klammerbeutel am Werk (ungenannt) oder finden das Ganze schlicht und einfach dehmlich.

Diesen Anfängen, das Strahlende zu schwärzen und das Erhabene in den Staub zu ziehen, gilt es unbedingt zu wehren. Solche von Mißgunst und Mißverständnis geprägten vorschnellen Fehldeutungen der Parteihymne werden weder ihren Erregern noch ihren Erzeugern und Sängern gerecht. Wer sich dagegen aufgeschlossen dem so ausgefallenen wie anspruchslosen Kunstwerk nähert, wird einfach hin und weg sein. Denn der Genius steckt im Detail:

Was Du willst, geht nicht »ohne Dich« drum sag bloß keiner »nich mit mir«

Mensch komm und schaff Dein »großes Ich« mit ran, mit rein bei unserem großen »Wir«.

Unmittelbar einsichtig: Es geht um die Menschheit als ganze, aber auch um die vielen Einzelnen, die, vereinsamt, nicht wissen können, was sie wollen müßten. Alle wollen irgendetwas, aber sie gehen neben sich her oder haben einen neben sich hergehen. Das muß sich ändern. Durch brüderlich-direkte Ansprache (»Du«; der subtile V-Effekt der Anführungszeichen, die bewußt grammatikalischen Bedenklichkeiten – rein bei... – sind einer späteren Analyse vorbehalten) wird der Mensch aufgefordert, sich auf sich selbst als erkennendes Subjekt zurückzuwenden, mit sich selbst in Gleichschritt zu fallen, so den Rückfall in ein selbst-spalterisches »nich mit mir« sich selbst verbietend, und der Aufmunterung zum Selbsthandeln zu folgen: komm! Meisterhaft und unvergleichlich, wie der Künstler den kategorischen Imperativ zur großen Ich-Schaffe in die Apotheose des allumfassenden »Wir« münden läßt. Daß die Anführungszeichen an dieser Stelle einen ganz anderen, mehr allgemeinen Wert haben, versteht sich für den kunstsinnigen Leser/Hörer von selbst.

Die das Du-Sein, Ich-Sein, Wir-Sein umschreitende, virtuos verknappte Aussage von der Tiefe allen Seins, das immer nur Seiendes sein kann, findet ihre Entsprechung im synästhetisch-sinnenfällig gestalteten Ausdruck des sprachlichen Klangkörpers, des präzise organisierten Wortmaterials. Gefühl und Verstand werden gleichermaßen anund aufgerufen. Wer vermöchte sich der klingenden Kraft geballter I-Laute zu entziehen? Von alters her steht der I-Laut für Klarheit, Helligkeit, Licht und weckt im Leser/Hörer Frohsinn, Freude, Froh-Locken. Von der Musik kongenial unterstützt, ist die bewegende Wirkung nicht auszudenken. Unser Dichter hat es gewagt. Er hat die Klassiker in die Schranken verwiesen: wie stümperhaft dagegen die bloße Anhäufung von jeder Freude kontrapunktischen dumpfen U-Lauten in dem ironischer Weise auch noch so genannten »Lied an die Freude« (Schiller): ».... wem der große Wurf gelungen...«, ein Makel, den auch Beethoven nicht wettgemacht hat.

Im Bewußtsein seiner lyrischen Meisterschaft weist der Dichter denn auch jede beckmesserische Mäkelei an vermeintlichen Mängeln des Reimes (die zudem den inneren Reim des kraftvollen Stabes »ran und rein« böswillig ignoriert) mit dem Recht des Künstlers entschieden zurück: »Goethe hat auch 'Röslein' auf 'klein' gereimt. So etwas

passiert oft, ‚wenn man verständlich Dinge schreiben möchte... Bisher haben alle in Presse und Funk es schön gefunden, daß komplizierte Sachverhalte plausibel ausgedrückt wurden« (»Vorwärts«).

Richtig: In der Beschränktheit zeigt sich erst der Meister. Nur wer verständlich ist, wird parteiübergreifend das Ohr des Volkes sich ergattern, wenn er es beschallern will. Wenn das Volk die Botschaft hören soll, muß der Künstler allen Hochmut fahren lassen, sich schlicht den Schlichten zuwenden. Während Goethe seine Leser noch unter den höheren Töchtern und Söhnen gebildeter Stände vermuten durfte, hat es der Dichter in unserer Zeit und in unserem Lande mit durch Fernsehen kretinisierten Massen, mit lesenden Analphabeten zu tun, unwillig, ihre »Bild«-gelieferten Denkprothesen abzulegen. Wirksam werden kann der Künstler heute nur, wenn er sich auf den Geisteszustand der von ihm angedichteten und angesungenen Menschen voll einläßt. Das ist unserem Dichter und seinen Helfershelfern ganz und gar gelungen. Davon überzeugt uns vollends der Refrain, der mit kühnem Griff auch die Gewaltfrage ein für allemal löst:

Wir sind die Stärkste der Partein ... und sind wir schwach wir wollen wie das Wasser sein: Das weiche Wasser bricht den Stein.

Zukünftig werden diese Verse aus der Wirkungsgeschichte der Dichtkunst nicht mehr wegzudenken sein. Hintersinnig richtet sich die kuschelige Alliteration des »weichen Wassers« aufs fernsehgespeiste Fühlen und Trachten jedes Konsumenten. Wer kennt – abgesehen von der Funktion des Wassers beim Einweichen von Keks – heute nicht die Wirkung des Wassers auf weiße Wäsche bei 40 und sonstigen Graden sowie gegen Verkalkung, nicht nur von Heizstäben? Da muß sich auch jeder Stein bescheuert vorkommen. Klassenübergreifend geht die Message nicht nur an die große Gemeinde der Weißwäscher, sondern auch an Frau Gabriele Scheuersand in Düsseldorf, deren Wohlwollen sich herausragende sozialdemokratische Figuranten immer schon gewiß waren. Aufatmend erfährt jung und alt die Botschaft, daß die SPD nie revolutionär war, ist und sein will. Hatten sie doch 1981 noch Zweifel, als die Musiklieferanten für die neue Hymne ('bots') die Menschen ansangen: »Alle, die ein besseres Leben wollen, sollen aufstehen..« Sie dürfen liegen bleiben – oder singen, tanzen und springen.

Doch damit ist die Sinngebung des Sinnlosen nicht erschöpft: »'Wir sind die stärkste der Parteien' ist ein Zitat aus der 'Internationalen'. In der nächsten Zeile heißt es 'und sind wir schwach, und sind wir klein'. Als Sozialdemokraten das Lied vor 125 Jahren gesungen haben, hatten sie noch weniger Prozente. Im übrigen kann Stärke nicht nur an Stimmanteilen gemessen werden. Wer 125 Jahre durch KZs und Zuchthäuser gegangen ist, der ist stärker als andere, die nur von der Gnade der späten Geburt faseln« (Dehm, »Vorwärts«).

Dazu fällt mir nichts mehr ein. Zu dem hier auch nicht:

Klar: Unser Weg ist elend weit. Noch ältere Bilder falln mir ein. Nur: In Bewegung, mit der Zeit, siegt jedes Wasser über Stein.

Das Ganze hat auch Töne, gespielt und gesungen von Heinz Rudolf Kunze (»Dein ist mein ganzes Herz«) bis Albert Mangelsdorff und von Willy Brandt bis Götz George als »Mit-Interpreten im (!) Parteilied«. Wers hören will, wird's fühlen.

Aber aufgepaßt: »'Das weiche Wasser' ist ausschließlich im (!) Oscar-Club erhältlich.« Hier offenbart sich des Unternehmens ganze Wucht (wie oft im Kleingedruckten): Als Abonnent läuft Mensch Gefahr, im Oscar-Club zu landen, also als »links« verdächtigt zu werden. Mit feingesponnener List nutzt der Kulturdoktor Dehm die Hymne, um aus der Volkspartei ein linkes Gesamtkunstwerk zu machen. Oscar? Das ist doch der, welcher mit Lambsdorfscher Marktwirtschaft und Geißlerischem Subsidiaritätsprinzip dem »Links-Sein« eine historische Wende gegeben hat. Jetzt verstehe ich, warum der lyrische Bestarbeiter Dehm sein unersetzliches Produkt eine »wirklich linke Hymne« geheißen hat. »Und ihr könnt sagen, ihr seid dabeigewesen«!

Und alle, alle machen mit. Von der Geschäftsführerin Anke Fuchs (»Wie ein kleines Mosaik verbindet das Parteilied lyrisch rockig und populär sozialdemokratische Tradition und Perspektive« und wird »Herz und Seele der Partei ansprechen«) bis zum Vorsitzenden der weichen Verwässerung, Jochen Vogel, (»Ich danke allen und wünsche der Hymne eine weite Verbreitung«).

Wir haben zu danken. Für die neue Kraft, die uns durch Freude zuteil wird. Deshalb stimmen wir freudig und vollinhaltlich dem Autor zu, wenn er, ohne jeden akademischen Dünkel seine Verdienste um Volk und Partei abwehrend, mit bescheidener Verhaltenheit zusammenfassend urteilt: »Ich finds toll.«

Konkret 06/88, S. 26

Wolfgang Kraushaar

Verhöhnen statt spalten

Zur Forderung, den Unvereinbarkeitsbeschluß der SPD mit dem SDS wieder aufzuheben

Der SPD geht es schlecht, sehr schlecht sogar, wir wissen es, aber daß es ihr so schlecht geht, daß sie glaubt, sich nun auch noch offen zu den Fehlern der Vergangenheit bekennen zu müssen, daß hätten wir nun auch wieder nicht gedacht. Hat die Sozialdemokratie denn gar keinen Stolz mehr?

Pünktlich zum 20. Jahrestag des Attentats auf Rudi Dutschke forderte Heidemarie Wieczorek-Zeul ihre Partei auf, für die »geistige Freiheit und Offenheit der SPD« ein Signal zu setzen und den Unvereinbarkeitsbeschluß mit dem »Sozialistischen Deutschen Studentenbund« (SDS) aufzuheben. Dieser 1961 vom damaligen Parteivorstand kommentarlos verkündete Bruch mit der einstigen studentischen Nachwuchsorganisation erweise sich heute, so das früher als »rote Heidi« apostrophierte Mitglied des Parteipräsidiums, als »Fehlentscheidung«. Es müsse ein Zeichen gesetzt werden, um die mit dem Unvereinbarkeitsbeschluß festgeschriebene Entfremdung zwischen Sozialdemokratie und Intellektuellen wieder aufzuheben. Worum es gehe, das sei eine Förderung des bereits »begonnen Dialogs mit der kritischen Intelligenz«.

Dennoch sei die Frage gestattet: Was soll das, die Doppelmitgliedschaft für zwei Organisationen wieder zuzulassen, von denen sich die eine vor mehr als achtzehn Jahren aufgelöst hat? Das Dialogprinzip in allen Ehren, zumal in einer Partei der Einwegkommunikation, das kann aber doch nicht im Ernst als eine Antwort aufgefaßt werden?! Und die »kritische Intelligenz«? Warum sollte aus einer »Gruppe von Desperados« (Georg Leber über den SDS) ein Hoffnungsträger und Bündnispartner werden? Das Joschka-Fischer-Erlebnis – vom Militanten zum Minister – dürfte, wie uns die »taz« mit dem geflügelten Wort, beim langen Marsch durch die Institutionen sei nur einer durchgekommen, bereits bestätigt hat, nicht gerade generationstypisch auszulegen sein. Und warum sollte diese, die »kritische Intelligenz«, vor allem unter ehemaligen SDS-Mitgliedern aufzufinden sein, warum nicht beim SHB, bei den Juso-Hochschulgruppen oder wo auch immer? Kreative, modern denkende, kritikfähige Leute im besten Alter gibt es inzwischen doch überall. Das darf man doch nicht so eng sehen.

Zur Erinnerung: Bereits 1974 ist in Hannover im Umkreis von Oskar Negt der SDS auf lokaler Basis wiedergegründet worden; diese Gruppierung hat allerdings nur kurze Zeit existiert. Auch nach den bundesweiten Hochschulstreiks im Wintersemester 1977/78 gab es eine überregionale Initiativgruppe, die den Mythos der APO-Generation neu beleben wollte. Und auf einem ersten SDS-Veteranentreffen, im Sommer 1985 in West-Berlin, forderte ein Frankfurter Hochschullehrer seine zahlreich vertretenen Kollegen auf, das wahr zu machen, woran die anderen bislang gescheitert waren.

Wer spricht hier von Ersatzhandlung?! Die Zeichen mehren sich, die Tendenz ist unübersehbar, die Zeit ist – Helmut Schauers Kongreßkreation »Prima Klima« noch lebhaft vor Augen – überreif.

Nun, wenn sich keiner aus der Baracke hervortraut, dann wollen wir, um die Genossen zu erleichtern, die Initiative ergreifen. Der Vorschlag lautet:

Im kommenden Jahr in der Stadthalle von Bad Godesberg den SDS – in Worten: Sozialistischer Deutscher Studentenbund – auf Bundesebene wiederzugründen. 1989 jährt sich schließlich nicht nur zum 200. Mal die Französische Revolution, sondern auch zum 30. Mal die Verabschiedung des Godesberger Programms. Das Hauptreferat sollte Peter Glotz halten. Thema: Vom innerparteilichen Nutzen der kommunikativen Kompetenz. Für den Posten des Ehrenvorsitzenden ist niemand besser geeignet als Helmut Schmidt. Onkel Herbert sollte Kassenwart und Tilman Fichter Schriftführer werden. Wer auf dieser – in der Gesamtrechnung, Kontinutität muß sein, der XXIV. – ordentlichen Delegiertenkonferenz für die Wahl zum Bundesvorsitzenden und als Beiratsmitglied vorgeschlagen wird, das sollte jüngeren, aber ebenfalls bewährten Kräften wie Rudolf Hartung und Otmar Schreiner überlassen bleiben.

Und das Motto?

Was für ein Motto? !

Ach so. Das steht doch bereits fest. »Das weiche Wasser bricht den Stein.« Der Refrain aus dem designierten SPD-Parteilied.

Konkret 06/88, S. 28

Nachrichten

Ausmerzungssitten

Professor Hubert Markl, Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft hat sich für Eingriffe in das menschliche Erbgut ausgesprochen, wenn damit »genetischen Schwerstleidenden« ein »grausames Schicksal« erspart werden könnte. Die Biotechnologie sei dazu sogar »sittlich verpflichtet«. Es gebe eine »Verpflichtung zur Forschung«, wenn damit Auswege aus Not und Leid eröffnet werden könnten.

Fehlerforteil

Die Werbesprüche im Schaufenster eines Pariser Geschäftes sind immer voller Fehler, manchmal recht komischen. Einem Lehrer, der täglich an diesem Laden vorbeikam, ließ schließlich sein pädagogisches Gewissen keine Ruhe mehr. Als er den Geschäftsinhaber auf den mangelhaften Gebrauch der Sprache hinwies, antwortete dieser: »Das ist Absicht. Die Leute halten mich für einen Dummkopf und kaufen deshalb gern bei mir ein. Dank meiner Grammatikfehler konnte ich meinen Umsatz um das Dreifache steigern.«

Nina und Fidel

Während hierzulande sich die Beschützer der Volksgesundheit streiten, ob Nina Hagen zur Speerspitze einer Nichtraucherkampagne werden darf oder nicht, bekommt der Vorsitzende des Staats- und Ministerrats von Kuba, Fidel Castro Ruz zwei Medaillen von der Weltgesundheitsorganisation WHO in Havanna überreicht.

Die eine Medaille wurde ihm für seine ständigen Bemühungen um die Volksgesundheit verliehen. Die andere erhielt er für seinen 1981 gefaßten Entschluß, das Rauchen von Havannazigarren in der Öffentlichkeit aufzugeben. Während der Auszeichnungsveranstaltung gestand Castro, nach 1981 noch vier Jahre lang heimlich geraucht zu haben. Seit fast drei Jahren raucht er nun aber nicht mehr privat.

Schutzplatzzuwachs

Die Fachzeitschrift »Europäische Wehrkunde« beschäftigt sich eigentlich nur mit der Frage, wie schneller, besser, leiser und genauer getötet, gebomt und überfallen werden kann. In der Ausgabe 4/88 beschäftigt sie sich nun mit dem Schutz vor solcher Art kriegerischer Aktivitäten: »Am 31. Dezember 1986 gab es in der Bundesrepublik Deutschland folgende registrierte Schutzplätze: In öffentlichen Schutzräumen 1.088.175; in Behördenschutzräumen 661.435; in Schulschutzräumen 71.816; in Hausschutzräumen 122.750; ergibt eine Gesamtzahl von 1.944.176

Bei einer Bevölkerungszahl von rund 61,5 Millionen entsprach dies einer Versorgung mit Schutzplätzen für 3,25 Prozent der Bevölkerung. Im Jahr 1987 ist ein Schutzplatzzuwachs von rund 90.000 Schutzplätzen zu verzeichnen. Demgemäß stehen z.Zt. für rund 3,4 Prozent unserer Bevölkerung Schutzplätze zur Verfügung.«

Zeitverschwendung

Präsident Reagan entschloß sich, sein Gesuch um 36,2 Millionen Dollar für die Nicaraguanischen Konterrevolutionäre dem Volke via Fernsehen zu erläutern. Jedoch zum ersten Mal in den sieben Jahren seiner Amtszeit lehnten es die drei größten amerikanischen Sender ab, dem Weißen Haus Sendezeit zu erteilen. Sie erklärten, sie könnten sich aus kommerziellen Gründen nicht leisten, Sendezeit zu verschwenden und sie seien der Ansicht, daß der Präsident nichts Neues mitteilen würde. Gesendet wurde trotzdem, allerdings über das private Kabelfernsehen.

Manipulation

Gerhard Polt, bayerischer Satiriker, hat mit seinem Film »Man spricht Deutsch« dem italienischen Ferienort Terracina einen nicht wieder gutzumachenden Schaden zugefügt. Weil in dem Streifen ein total verdreckter Sandstrand gezeigt wird, beklagen sich Hoteliers über zahlreiche Stornierungen, fürchten Geschäftsinhaber die Pleite und ihre Angestellten die Arbeitslosigkeit. Schlimmer noch ist, daß der verdreckte Strand eine schmutzige Manipulation gewesen sein soll: So habe die Filmcrew vor Drehbeginn eine von der Stadtverwaltung angebotene Strandreinigung abgelehnt und die im Film gezeigten Tierkadaver selbst präpariert und dort deponiert.

Gruftis

Auf Friedhöfen und in Leichenhallen der DDR treiben zunehmend Grufties ihr Unwesen. Nach einem Bericht der in Jena erscheinenden Kirchenzeitung »Glaube und Heimat« demontierten diese jungen Leute Grabkreuze und durchsuchten die Grüfte nach Todessymbolen. Auf der Suche nach den Friedhofsschändern, berichtet das Blatt weiter, sei die Volkspolizei auch schon einmal auf ein schwarz ausgeschlagenes Zimmer eines Jugendlichen gestoßen, in dem ein Sarg als Schlafstätte diente. Nach Ansicht der Kirchenzeitung offenbare der neue Trend »einige Defizite an Todesbewältigung«.

Streik Streik

1986 wurden in 52 Ländern insgesamt 65,3 Millionen Arbeitstage durch Streiks in Freizeit umgewandelt. Dem neuesten Band des »Jahrbuchs der Arbeitsstatistik« ist zu entnehmen, daß die Zahl der Streiks im Jahre 1986 gesunken ist – auf 14.200 gegenüber 15.500 im Vorjahr. In der Bundesrepublik sank die Zahl der durch Streiks gewonnenen Arbeitstage von gut 34.000 auf knapp 28.000 Tage. Allerdings beteiligten sich 1986 37.000 mehr ArbeitnehmerInnen an Streiks als noch ein Jahr zuvor.

100.000 Wohnungen weg

Der bundesdeutsche Mieterbund schätzt, daß von den 217.000 neu errichteten Wohnungen im vergangenen Jahr allenfalls 50.000 als Mietobjekte auf den Markt gekommen sind. Das reiche aber noch nicht einmal aus, um den Bestand zu erhalten, würden doch jährlich 100.000 Wohnungen aus dem Angebot verschwinden. Diese würden in Eigentum umgewandelt, zusammengelegt oder abgerissen.

Konkret 06/88, S. 30

Oliver Tolmein

Fabrikation eines Verdachts

Mal waren es 40 Uhrengeschäfte, mal nur 30; mal sind hunderte von WeckerkäuferInnen abgefilmt worden, mal nur 82 – die »Beweismittel«, die Bundesanwaltschaft und Bundeskriminalamt gegen Ulla Penselin und Ingrid Strobl zusammengetragen haben, sind schlecht konstruiert, widersprüchlich und absurd

Seit einem halben Jahr sitzen Ulla Penselin und Ingrid Strobl jetzt in Untersuchungshaft. Bei Haftprüfungsterminen und anläßlich einer Haftbeschwerde stoßen die AnwältInnen der beiden Frauen auf routinierte Richter des Bundesgerichtshofs: abgelehnt, abgelehnt, abgelehnt. Die Justiz kann sich Härte leisten – eine kritische bürgerliche Öffentlichkeit, die Fragen stellt und sich nicht einfach damit begnügt, die Staatsschutzberichte über den Ablauf der BKA-Winteraktionen zu wiederholen, gibt es nicht. Auch als am 14. April 1988 die Bundesregierung eine Kleine Anfrage der grünen Abgeordneten Ellen Olms zu den »Ermittlungspraktiken des Bundeskriminalamtes« im Zusammenhang mit der Verhaftung von Ingrid Strobl beantwortete, schwiegen sich die überregionalen Medien über die darin enthaltenen Widersprüche und offensichtlichen Unwahrheiten beredt aus.

Besonders stolz sind die Beamten des Bundeskriminalamtes und ihr oberster Dienstherr Bundesinnenminister Zimmermann auf ihre Ermittlungsmethode, die es ihnen ermöglicht haben soll, den konsequent abgeschotteten Revolutionären Zellen ohne den Einsatz von V-Leuten auf die Spur zu kommen. Das BKA will vom Tatmittel auf die TäterInnen geschlossen haben. Seine den vermeintlichen Erfolg begründende Erkenntnis war: Vorzugsweise verwenden die Revolutionären Zellen Wecker der Marke »Emes-Sonochron« als Zeitverzögerer bei Anschlägen. 40 mal, so die entsprechenden Presseerklärungen, sei der Wecker zum Einsatz gekommen – insgesamt werden den RZ 200 Anschläge zugerechnet. Der Emes-Sonochron-Wecker war also, die Richtigkeit dieser Angaben vorausgesetzt, keineswegs das bevorzugte Tatmittel; er fand lediglich bei 1/5 aller Anschläge Verwendung. Daß die Ermittlungsbehörden trotzdem glaubten, gerade über den Wecker an die TäterInnen heranzukommen, wird damit begründet, daß alle anderen Teile, die beim Bau der Bomben benutzt worden sein sollen, »aus unterschiedlichen Massenproduktionen« stammten. Mit der Zusammensetzung des Sprengstoffs, dem ansonsten bei der kriminalistischen Untersuchung von Bombenanschlägen stets zentrale Bedeutung zugemessen wird, hat sich das BKA zumindest erkennbar nicht näher beschäftigt.

Stattdessen mit dem Wecker. Der allerdings muß auch in »Massenproduktion« hergestellt worden sein, denn der »stern«, dessen Informationen offensichtlich aus gut unterrichteten, also Staatsschutzkreisen stammen, berichtet, daß das BKA 1984, als die Produktion des Emes-Sonochron-Weckers eingestellt worden sein soll, den Restposten von 50.000 Exemplaren aufgekauft habe. Der »Spiegel« hat, ebenfalls erkennbar nicht aufgrund eigener Recherchen, sondern durch Staatsschützer präpariert, eine in wichtigen Details andere Version parat: »Das Bundeskriminalamt brachte die Firma mit einer Ausgleichszahlung dazu, den Restposten, wohl etliche tausend Stück, geschlossen einzulagern. Wochenlang gab es keinen dieser Wecker auf dem Markt.« In ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage von Ellen Olms behauptet die Bundesregierung, das BKA habe die Wecker nicht aufgekauft, »allerdings in besonderer Weise gekennzeichnet« und eine »Ausgleichszahlung« von 22.743, 17 Mark geleistet.

Ende 1984 soll die bis dahin auf Hochtouren laufende Weckerproduktion seitens der Firma also eingestellt worden sein. Die »Ausgleichszahlung« von 22.743,17 Mark scheint für diesen Fall aber sehr gering: Pro Wecker hätte sie lediglich zwischen 50 Pfennig und fünf Mark betragen – bei einem Verkaufspreis von 49,95 DM. Waren es also möglicherweise sehr viel weniger Wecker, die aufgekauft wurden – oder hat die Schwenninger Firma die Produktion der »Emes-Sonochron-Wecker« gar nicht eingestellt und das Geld nur für die zusätzliche Markierung der Wecker erhalten? Die Beantwortung dieser Fragen ist wichtig, um die Glaubwürdigkeit der Antworten des BKAs auf andere zu ermitteln. »Wochenlang« soll es 1984/85 keine Emes-Sonochron-Wecker auf dem Markt gegeben haben – das wäre nur wahr, wenn die Wecker aus den Geschäften zurückgerufen worden wären, denn die Einstellung der Produktion läßt die Restposten aus den Geschäften ja noch nicht verschwinden. Warum also dringt so eine Information an die Öffentlichkeit? Ein Großteil, wenn nicht sogar alle der angeblich 40 unter Verwendung eines Emes-Sonochron-Weckers durchgeführten Anschläge muß zwischen 1974 und 1984 stattgefunden haben – sonst hätte das BKA nicht gerade diesen Wecker zum Ansatzpunkt seiner Ermittlungen machen können. Die jetzt als Haftgrund für Ingrid Strobl, Ulla Penselin und die vier Personen, nach denen gefahndet wird, angeführten Anschläge haben aber allesamt 1986 bzw. 1987 (Adler) stattgefunden – 1986 sind denn auch vom BKA die Weckerkäufe registriert worden. Hat es also von 1984 bis 1986 keine Anschläge gegeben, bei denen ein Emes-Sonochron-Wecker verwendet wurde? Und warum dann 1986 doch wieder?

Angenommen es stimmte, daß sich für längere Zeit kin Wecker dieser Marke auf dem Markt befunden hat: Wäre es denkbar, daß den RZ dieses plötzliche Verschwinden ihres meistverwendeten »Zeitverzögerers« entgangen sein sollte oder haben sie es bemerkt und dann brav abgewartet, bis der Wecker wieder irgendwo auftaucht? Die Theorie der Bundesanwaltschaft, die beim ersten Hören so plausibel klingt, erweist sich als äußerst brüchiges Konstrukt.

Vollends unglaubwürdig wird die bisher präsentierte Version des angeblichen Ermittlungserfolgs aber, wenn es um die Identifizierung der WeckerkäuferInnen geht. Übereinstimmend wird in allen öffentlichen Verlautbarungen von Bundesanwaltschaft, Bundeskriminalamt und Bundesregierung behauptet, in ausgewählten Geschäften seien Videokameras installiert worden, die die KäuferInnen des Emes-SonochronWeckers aufgenommen hätten. Während aber der »Spiegel« berichten kann, daß in 40 Uhrengeschäften derartige Überwachungseinrichtungen installiert wurden, mag die Bundesregierung nur noch die Videokontrolle des Weckerkaufs in 30 Geschäften zugeben. Während im »Spiegel« behauptet wird, beim Weckerkauf seien »hunderte« aufgenommen worden, gibt die Bundesregierung in der Beantwortung der kleinen Anfrage zu, es sei lediglich bei 82 Personen (in fast zwei Jahren!) der Kaufvorgang über Video aufgezeichnet worden.

Widersprüchlich sind auch die Angaben über die Beteiligung von BKA-Beamten am Verkaufsvorgang: Mal ist die Rede davon, daß BKA-Beamte selbst Wecker verkauft hätten, mal sollen sie als Observanten den Kauf überwacht haben – die Bundesregierung behauptet schließlich, es seien lediglich zwei Beamte an der Installation der Videoanlagen beteiligt gewesen. Überzeugen kann keine dieser Varianten. Schon die Behauptung, daß nur in 30 bzw. 40 Geschäften ausschließlich in Nordrhein-Westfalen der Weckerkauf überwacht worden ist, wirft die Frage auf, nach welchen Kriterien diese Geschäfte ausgesucht wurden. Konnte sich das BKA so sicher sein, daß nicht auch in Hannover oder Frankfurt ein Emes-SonochronWecker gekauft werden würde? Für welche WeckerkäuferInnen interessierte sich das BKA? »Frau, Alter zwischen 18 und 45, dringender Wunsch nach diesem Uhrentyp, intellektuell auf der Höhe«, seien die BKA-Kriterien gewesen, behauptet der »Spiegel« – wieso wurde dann aber, wie sich aus den Durchsuchungsbefehlen ergibt, mindestens in einem Fall ein Mann beim Weckerkauf gefilmt? Und wie wurde das Verkaufspersonal motiviert, den Weckerkauf auf Video mitzuschneiden? Ist das BKA tatsächlich so unvorsichtig gewesen, mindestens 200 Personen (VerkäuferInnen, Firmenangehörige, GeschäftsführerInnen) in diese Fahndung einzuspannen? Das Risiko wäre enorm gewesen. Der Hinweis einer einzigen Person hätte nicht nur ausgereicht, die Überwachungsaktion auffliegen zu lassen – womit die angeblich einzige Möglichkeit, den RZ auf die Spur zu kommen, geplatzt wäre – , es hätte auch erhebliche öffentliche Kritik an diesem Datenschutz-Skandal gegeben.

Was mit den Mitschnitten der Kaufhandlungen, seien es nun 82 oder mehrere hundert, geschehen ist, bleibt nämlich unklar. Die Bundesregierung behauptet, die von den Videobändern abfotografierten Lichtbilder befänden sich beim BKA zur Aufbewahrung und würden dort gemäß den »Richtlinien für die Führung kriminalpolizeilicher personenbezogener Sammlungen« behandelt. Im Klartext heißt das: Die Lichtbilder wurden zu einer Datei zusammengefaßt. Das BKA bestreitet das aber: Die Lichtbilder würden nur aufbewahrt, weil sie die Bundesanwaltschaft im Prozeß als Beweismittel verwenden wolle, das BKA könne also praktisch nicht mehr über die Bilder verfügen, auch nicht gemäß den »Richtlinien für die Führung kriminalpolizeilicher personenbezogener Sammlungen«. Das sei schon deswegen unmöglich, weil die persönlichen Daten der abgebildeten Personen dem BKA nur in zwei Fällen bekannt seien. Die Bundesanwaltschaft ihrerseits bestreitet, die Lichtbilder von 80 unbekannten Personen im Prozeß als Beweismittel (wofür?), verwenden zu wollen – die Bilder befänden sich in der Verfügungsgewalt des BKA. Das Motiv des BKAs, die Existenz dieser Datei zu bestreiten, ist durchsichtig: Eine Datei kann nur mit einem Einrichtungsbeschluß aufgebaut werden, dessen Einhaltung der Kontrolle des Datenschutzbeauftragten unterliegt.

Interessanter ist die auch von der Bundesregierung aufgestellte Behauptung, die persönlichen Daten der abgebildeten mutmaßlichen WeckerkäuferInnen seien nur in zwei Fällen bekannt. Diese Angabe deckt sich mit der Behauptung, auf Ingrid Strobl seien die Ermittlungsbehörden nur durch Zufall aufmerksam geworden, weil sie bei einem am 9. Februar 1987 im Fernsehen ausgestrahlten Film zum »Emma«-Jubiläum von einem Hauptkommissar »auf Anhieb« erkannt worden sei. Das BKA hätte demnach eine äußerst aufwendige Aktion – Weckeraufkauf, Markierung, Auslieferung und Überwachung der Geschäfte – durchgeführt, ohne dafür Sorge zu tragen, daß die auffällig gewordenen Personen auch identifiziert werden könnten? Das erscheint kaum glaubhaft. Ein Detail dieser Version, daß nämlich nur zwei Personen identifiziert werden konnten, ist außerdem nachweislich gelogen. In den Durchsuchungsbefehlen vom 17.12.1987 wird nämlich drei Personen vorgeworfen, sie hätten einen Emes-Sonochron-Wecker gekauft: Ingrid Strobl soll ihren Wecker am 11.9.1986 in Köln gekauft haben (dieser Wecker soll beim Anschlag auf das Hauptyerwaltungsgebäude der deutschen Lufthansa verwendet worden sein)- der zweite, angeblich am 28.5.1986 in Köln getätigte Kauf wird einem Mann zur Last gelegt (über die Verwendung dieses Weckers sagt der Durchsuchungsbefehl nichts aus); den dritten Wecker soll eine in Hamburg lebende Frau am 15.10.1986 in Dortmund erworben haben (mit diesem Wecker soll der versuchte Anschlag auf das gentechnische Zentrum in Westberlin am 17.10.1986 durchgeführt worden sein). In der Pressemitteilung der Bundesanwaltschaft wird noch zwei weiteren Frauen der Kauf eines Weckers in Essen bzw. in Bochum zur Last gelegt – also sind dem BKA mindestens fünf der 82 Personen persönlich bekannt.

Ein Interesse des BKAs, die Identifizierung der abgefilmten Personen auf einen möglichst späten Zeitpunkt zu verlegen, ist angesichts der Erfolglosigkeit der sich daran anschließenden Überwachungsmaßnahmen gut vorstellbar. Im Fall von Ingrid Strobl, die angeblich erst am 9.2.1987 identifiziert wurde, erklärt die Bundesanwaltschaft, Telefonüberwachung und Observationen hätten deswegen keine Anhaltspunkte für Verbindungen zu den Revolutionären Zellen ergeben, weil sie

bereits am 13.2.1987 von der Freundin eines Polizeihauptkommissars gewarnt worden sei – zu einem Zeitpunkt übrigens, der deutlich vor dem angeblichen Beginn der Überwachungsmaßnahmen liegt. Angenommen, Ingrid Strobl wäre bereits kurz nach dem Weckerkauf identifiziert und observiert worden, fiele es der Bundesanwaltschaft sehr viel schwerer, die Ergebnislosigkeit der Erfassungsarbeit zu begründen.

Die an Ingrid Strobl ergangene Warnung ist aber nicht die einzige, die die Bundesanwaltschaft gut in ihr Konzept einpassen konnte. Im Rückblick auf die Durchsuchungen und Verhaftungen am 17./18.12.1987 fällt auf, daß die Polizei damals auch in die Wohnung der vier Personen eingedrungen ist, nach denen heute noch gefahndet wird. Keine dieser vier Personen wurde zu Hause angetroffen. Die Bundesanwaltschaft begründete das beim Erlaß des Haftbefehls am 18.2.1988 mit einer angeblich erfolgten Warnung. Im Dezember 1987 hatte die Bundesanwaltschaft gegen diese vier Personen aber noch gar keinen Haftbefehl. »Unser Ziel war es nicht, einen Haufen Leute festzunehmen, sondern wir hatten einen Sack Durchsuchungsbeschlüsse, um Beweismaterial zur Vorbereitung schwerer Straftaten sicherzustellen«, behauptete damals der Sprecher der Bundesanwaltschaft. Auch diese Intention ist offensichtlich nur vorgetäuscht, denn mitgenommen wurden von dem martialischen Polizeiaufgebot außer Batterien und Weckern vor allem öffentlich zugängliche Literatur (Bommi Baumann, Wie alles anfing) und Zeitungsausschnitte. Später war auch von konkret geplanten Anschlägen nie wieder die Rede. Merkwürdig ist noch etwas anderes: Wie konnte es passieren, daß die vier Personen, die den Begründungen der Durchsuchungsbefehle zufolge seit längerem sorgfältig und dauerhaft überwacht wurden, ausgerechnet kurz vor der Durchsuchung verschwinden konnten. Und das, obwohl das BKA die Warnung selbst registriert hat?

Eine mögliche Erklärung liefert der nachgeschobene Haftbefehl: Er stützt sich nämlich auf die Tatsache der Flucht und ansonsten nur auf den Verdacht des Weckerkaufs. Die ansonsten unergiebige Razzia hat also den Haftgrund glich mitgeliefert. Die Sorge der gewarnten Personen, widerrechtlich inhaftiert zu werden, liefert der Bundesanwaltschaft den Licht der Öffentlichkeit zu präsentierenden »Beweis« für deren »Schuld«. Die Flüchtigen befinden sich in einem schier unlösbaren Dilemma: Solange sie flüchtig sind, werden sie als Schuldige behandelt, stellen sie sich, wandern sie aber, weil sie geflohen sind, trotzdem in den Knast – die Vorfälle im Zuge der Startbahn-Fahndung sprechen eine deutliche Sprache.

Auch das 'Indiz' des Weckerkaufs (das allererst eines werden kann, wenn es gelungen ist, den Weg eines markierten Weckers vom Kauf bis zum Anschlag zu verfolgen) wird längst gehandhabt, als sollte den Untergetauchten die Vernunft ihrer Flucht noch nachträglich bestätigt werden: »Sie sind des Kaufes eines derartigen Weckers dringend verdächtig«, heißt es schlicht im Haftbefehl gegen Corinna K. und Juliane B. . Beweis: »Die Wecker sind bei den Durchsuchungen der Wohnungen der Beschuldigten gefunden worden.« Sie wurden also offensichtlich nicht zum Bau von Bomben, sondern zweckfremd zum Wecken benutzt und nach erfolgter Warnung als außerordentlich verräterisches Beweismittel von den Verdächtigten sorgfältig aufbewahrt.

Besonders schwierig erweist sich die Aufgabe der Bundesanwaltschaft, die Öffentlichkeit irrezuführen, wenn sie offensichtlich die Falsche erwischen – wie im Falle von Ulla Penselin. Der Durchsuchungsbefehl für ihre Wohnung war auf den Namen A.G. ausgestellt. Der Vorwurf, sie sei an den Anschlägen auf Adler beteiligt gewesen, wurde erst Wochen nach ihrer Verhaftung, die zunächst ganz allgemein und ohne irgendein Indiz mit dem Verdacht der »Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung« begründet worden war, nachgeschoben. In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Olms wird noch behauptet, daß »Frau U.P(...) an dem versuchten Sprengstoffanschlag auf das gentechnische Institut in Berlin beteiligt war«.

Tatsächlich wird dieser Vorwurf, nach Aktenlage und laut Fahndungsaufruf, aber nicht gegen Ulla Penselin, sondern gegen A.G. erhoben.

Auch im Fall von Ingrid Strobl scheint die Bundesanwaltschaft einen anderen Ablauf als den tatsächlich erfolgten im Kopf gehabt zu haben. Trotz der am 13.2.1987 erfolgten Warnung, sie werde überwacht, taucht sie nicht unter. Vom 18. bis 20.12. 1987 befindet sie sich nicht in ihrer Wohnung. Diese wird aufgebrochen, durchsucht, auf den Tisch wird eine Vorladung wegen Einleitung eines Verfahrens nach Paragraph 129a gelegt. Am Samstag kommen dann schwerbewaffnete GSG 9 Beamte zu rück, brechen die Wohnung erneut auf und warten auf Ingrid Strobl. Als sie Sonntagnacht zurückkommt, wird sie in einer Art und Weise überwältigt und festgenommen, die Bewaffnung oder zumindest den Willen, Widerstand zu leisten, voraussetzt. Begründet wird dieses Vorgehen mit angeblicher Fluchtgefahr, die bestanden habe, nachdem bei der Razzia »Beweismittel in der Wohnung sichergestellt wurden« . Der Unsinn dieser Erklärung ist offensichtlich: Schließlich kam Ingrid Strobl zurück, obwohl sie von der Wohnungsdurchsuchung und den Razzien wußte. Sie wollte also gerade nicht flüchten, sondern standhalten. Bei ihrem ersten Haftprüfungstermin im Februar wurde der Aberwitz dann auf die Spitze getrieben: Frau Strobl, befand der zuständige Richter, müsse in Haft bleiben, weil die Tatsache, daß sie sich in Haft befinde, ihr den Ernst der Lage deutlich gemacht habe und deswegen im Fall einer Entlassung die Fluchtgefahr erhöhe.

Zu den gegen Ingrid Strobl verwendeten »Beweismitteln« gehört die Behauptung der BAW, »eine bemerkenswerte Übereinstimmung hinsichtlich Wortwahl und Stil« zwischen dem Bekennerschreiben zum Anschlag auf die Lufthansa und den Artikeln von Ingrid Strobl lasse darauf schließen, diese habe den RZ-Text selbst verfaßt. Ein Beweiskonstrukt, das die BAW intellektuell voll auf der Höhe zeigt: Zum einen sind natürlich weder handschriftliche Aufzeichnungen noch die

zugehörige Schreibmaschine bei Ingrid Strobl gefunden worden, zum anderen unterstellt die BAW nicht nur, eine Journalistin habe ihre Artikel so zu formulieren, daß eine 'kriminelle' Verwendung einzelner Passagen durch Dritte ausgeschlossen werden könne, sondern sie schließt eben dieses – daß AttentäterInnen sich aus Strobls thematisch einschlägigen Texten bedient haben könnten – explizit aus.

Daß derartige Erklärungen der Bundesanwaltschaft trotzdem verfingen, daß bis heute keine der bürgerlichen Zeitungen die sich geradezu aufdrängenden Fragen gestellt, auf die offenkundigen Widersprüche hingewiesen hat – das ist der eigentliche Erfolg der Winteraktionen von Bundeskriminalamt und Bundesanwaltschaft. Die nahezu zeitgleichen Großaktionen gegen Leute aus dem Startbahn-Widerstand, gegen Bewohner der besetzten Häuser in der Düsseldorfer Kiefernstraße und gegen angebliche Angehörige der »Revolutionären Zellen« bzw. der »Roten Zora« haben einen großen Schlag gegen »den Terrorismus« suggeriert, dem sich niemand entgegenstellen wollte. Der Anti-Terrorismus als konstituierendes Element bundesdeutschen Demokratieverständnisses erfüllt seine Funktion – auch wenn die konkreten Fakten, die vorgebracht werden, mehr als dürftig sind. Und plötzlich befinden sich die Staatsschutzbehörden »in einer Situation wie ein Unternehmen, das das ganze Jahr rote Zahlen geschrieben hat und plötzlich doch noch einen Jahresgewinn ausweisen kann.«

Konkret 06/88, S. 34

Michel R. Lang

Mit Nagenes in die Hend

Eine im Feuilleton beliebte Frage lautet: Warum haben sich Millionen Juden von den Nazis »wie Schafe zur Schlachtbank« führen lassen? Von den jüdischen Soldaten und Partisanen, die in Polen, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Spanien, der Sowjetunion und Nordafrika gegen die deutschen Invasionsheere kämpften, ist so gut wie nie die Rede. Warum?

Schätzungsweise eineinhalb Millionen Juden trugen die Uniformen der Anti-Hitler-Koalition, mehr als hunderttausend kämpften in Partisaneneinheiten in den polnischen Wäldern und in den »Maquis« Südfrankreichs, in den Bergen Jugoslawiens und in Nord-Afrikas Wüste. Stefan Heym trug die Uniform der US-Army, Lew Kopelew war Offizier in der Roten Armee, der Filmregisseur Jean Pierre Melville kämpfte in der französischen Résistance, Joseph Kessel flog eine Maschine der Royal Air Force, Alberto Moravia gehörte der italienischen Resistenza an. Jüdische Franktireurs der »Armée Juive« befreiten gemeinsam mit der 2. Panzerdivision von General Leclerc und der gaullistischen FFI die französische Metropole. 1944 wurde die jüdische Partisaneneinheit »Marc Hagenau« in die 1. Französische Armee aufgenommen und kämpfte sich bis nach Deutschland durch.

Das Jahr 1988 ist ein Jahr der Erinnerung, ganz besonders für die Juden. Im März 1938 schlossen sich die Österreicher Nazi-Deutschland an, 1938 wurde das »Münchener Abkommen« beschlossen, 1938 verschwand die Tschechoslowakei vorübergehend von der Landkarte, 1938 siegte Caudillo Franco über die Republikaner, 1938 fanden in ganz Deutschland die »Reichspogromnächte« statt, in deren Verlauf über 100 Juden totgeschlagen oder erschossen und 20.000 weitere in KZ's verschleppt wurden. Die Nazis hatten die Niederstreckung des Botschaftsangehörigen Ernst vom Rath in Paris durch den jüdischen Schüler Herschel Grünspan am 7. November als willkommenen Anlaß genommen, die Jagd auf die Juden zu eröffnen. Während sich die Deutschen noch an Siegesparolen berauschten, begann am 19. April 1943 der jüdische Aufstand im Warschauer Ghetto. 1.500 Pistoleros der »Jüdischen Kampforganisation« (JKO) hielten die schwerbewaffneten Einheiten des SS-Generals Josef »Jürgen« Stroop bis zum 16. Mai in Schach. Als an diesem Abend um 20.15 Uhr die große Warschauer Synagoge von Stroop eigenhändig in die Luft gejagt wurde, waren zwar 56.065 Juden »erfaßt« oder ermordet worden, das Ghetto restlos zerstört, aber einige Dutzend Kämpfer der JKO waren entkommen. Sie organisierten dann später die Aufstände in den Ghettos von Wilna, Kowno, Tschenstochau, Bendin, Bialystok und anderen polnischen Städten. Selbst in den KZ's Treblinka, Sobibor und Auschwitz meuterten Juden. Von den »jüdischen Schafen« zu sprechen, die sich »wie Schlachtvieh« verhielten, ist nicht nur historisch falsch, sondern eine antisemitische Niederträchtigkeit.

Der jüdische Krieg gegen Hitler und Franco begann im Sommer des Jahres 1936, als der Spanische Bürgerkrieg ausbrach. Unter den 45.000 Interbrigadisten, die der bedrohten Republik zu Hilfe eilten, befanden sich 7.758 Juden, linke und bürgerliche, Kommunisten und Zionisten. Alfred Kantorowicz, Egon Erwin Kisch, F.C. Weiskopf, Stephan Hermlin, Erich Kuttner. Sie alle waren Juden, gleich welcher Partei sie angehörten, als Juden wurden sie von den Nazis gebrandmarkt, als Juden kämpften sie gegen ihre Feinde. Auch aus Palästina (Israel) kamen 400 Freiwillige: linke Zionisten. Viele von ihnen starben an der Front: Hans Kohn an einem unbekannten Ort; Robert Aaquist am 23.9.1938 als Offizier der Thälmann-Brigade; Robert Biel ging nach dem Sieg Francos nach Frankreich und schloß sich nach der Okkupation 1940 den Partisanen an, wurde von der Gestapo gefoltert und beging Selbstmord, um seine Kameraden nicht zu verraten.

Ein Jahr nach dem Putsch Francos in Spanien schloß sich in Berlin eine Gruppe jüdischer Arbeiter um den damals 25jährigen Elektriker Herbert Baum zusammen. Die mittlerweile legendäre »Herbert-Baum-Gruppe« betrieb in Nazi-Deutschland Agitation und Propaganda, verteilte Flugblätter, half verfolgten Juden, aus Deutschland zu flüchten. Fast alle waren Anhänger der linkszionistischen Poale Zion, einige wenige waren Kommunisten.

Am 18. Mai 1941, die sowjetische Krimfront ist gerade von der 11. deutschen Armee zerschlagen worden, läßt die »Herbert-Baum-Gruppe« Brandsätze auf dem Gelände der antirussischen und antisemitischen Ausstellung »Das Sowjetparadies« im Lustgarten hochgehen. Elf Besucher werden verletzt. Herbert Baum und 28 seiner Kameraden werden zwischen 1942 und 1943 ermordet. Noch während gegen die Gruppe ermittelt wird, holt sich die Gestapo 500 jüdische Geiseln, 250 werden sofort erschossen, die restlichen kommen nach Sachsenhausen, wo sie bald danach ermordet werden. Der heutige Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, berichtete nach dem Kriege, daß »auch Familienangehörige der Geiseln im Zuge dieser Vergeltungsaktion nach Auschwitz deportiert und dort vergast wurden«. Nur vier Mitglieder der 33köpfigen Widerstandsgruppe überlebten den Krieg.

Nach dem Einmarsch der Nazis im Baltikum, in Rußland, in Polen, Bulgarien, Ungarn und Rumänien brach für die dort lebenden Juden die Zeit des totalen Grauens aus. Erschießungen, Deportationen waren an der Tagesordnung. Die jüdische Bevölkerung, oft am Rande des Existenzminimums lebend und völlig isoliert von ihren nichtjüdischen Nachbarn, war wegen ihrer Desorganisation kaum imstande, der perfekt durchdachten Mordmaschinerie zu entkommen. Da der Antisemitismus in diesen Ländern eine alte Tradition hatte und zum »guten Ton« gehörte, konnten die Kopfjäger der SS reiche Beute machen.

Aber die Lage änderte sich schlagartig nach den Aufständen in den Ghettos und den KZ's: Die Juden hatten wieder Mut gefaßt und organisierten sich endlich zu Partisanenformationen. Oft waren es ehemalige jüdische Soldaten der polnischen und der russischen Armee, die sie zusammenzogen und anführten, wie z. B. die »Bielski-Brigade« oder das »Zorin-Kommando«, die wegen ihrer Tätigkeit den deutschen Militärbehörden in Bielorußland Kopfzerbrechen bereitete. Als die Rote Armee am 17. Juli 1944 Wilna zurückeroberte, wurde sie von den jüdischen Kampfgruppen empfangen, die sich nach dem mißglückten Aufstand im Ghetto zu Partisaneneinheiten zusammengefunden hatten: die »Scheinbaum-Abteilung«, die »Kovner-Truppe«, der mehrere hundert Juden angehörten, und auch die »Jurgis-Brigade«, deren Tätigkeit mehrmals vom Wehrmachtsbefehlshaber Weißruthenien registriert worden war.

Doch die bekannteste Partisaneneinheit im Osten war wohl das »Atlas-Kommando«, nach dem Arzt Yehezkel Atlas benannt, der in der ostpolnischen Stadt Koslowszcez, in der Nähe von Slonim, die Ermordung aller Juden dieser Gegend durch deutsche und litauische SS-Sonderkommandos miterleben mußte. Atlas nahm Verbindung mit etwa dreißig jüdischen Überlebenden des Ghettos von Dereschtschin auf und beschaffte Waffen.

Die erste Aktion des »Atlas-Kommandos« war der Überfall auf die deutsch-litauische Garnison am Dereschtschin im August 1942. Der Überraschungseffekt gelang den Juden hervorragend: 44 deutsche und litauische SS-Männer wurden an derselben Stelle erschossen, an der sie die Juden vom Ghetto liquidiert hatten. Dennoch wurden die meisten Juden dieser Region massakriert: drei Millionen in Polen, eine Million in der Sowjetunion, 135.000 in Litauen, 80.000 in Lettland, 8.000 im Memelland, 1.000 in Estland.

Für die Juden auf dem Balkan begann der Untergang am 6. April 1941, als Hitlers Truppen in Jugoslawien einmarschierten. Zwar waren die Italiener schon im Oktober 1940 in Albanien und Griechenland eingezogen, die Deutschen in Rumänien im September 1940 und in Bulgarien im Februar 1941, aber für die jüdische Bevölkerung blieb es bis zum April 1941 relativ ruhig. Dann, am 6. April, schlug Hitler zu. Jugoslawien wurde regelrecht zerstückelt, Griechenland zweigeteilt, Ante Pawelitsch und seine Ustaschis gründeten ein »freies Kroatien«, Italien holte sich Montenegro, Bulgarien schluckte das gesamte jugoslawische und das griechische Mazedonien, und Ungarn bekam von Hitler die Gebiete von Bacska und Baranya geschenkt.

Obwohl in diesen Gebieten dann die antijüdischen Maßnahmen sofort einsetzten, organisierten sich die Juden zu Kampftruppen. Zweitausend jüdische Partisanen kämpften in den Bergen gemeinsam mit General Tito. Trotzdem konnten die Nazis auch auf dem Balkan fast ungestört die Juden ergreifen und deportieren, weil ihre damaligen Marionettenregierungen ihnen dabei hilfreich zur Seite standen, wie in Rumänien, in Ungarn und in Kroatien. Nur in Bulgarien lief es anders: Die Bevölkerung unterstützte die Juden und rettete sie fast alle. Trotzdem war die Schlußbilanz hoch: 324.632 Juden in der Bukowina und in Bessarabien kamen ums Leben, 145.000 in Nord-Transsylvanien und in Rumänien, 200.000 in Ungarn, 60.000 in Jugoslawien, 11.343 in Mazedonien, mehr als 67.000 in Albanien und Griechenland.

Etwa 30.000 jüdische - Partisanen kämpften auf dem Balkan, in der Slowakei, in Polen und in der Sowjetunion gegen die Nazis. Aber auch im westlichen Teil Europas, in Frankreich, Belgien, Holland und Italien gab es jüdischen Widerstand. Als der zweite Weltkrieg begann, lebten in Frankreich ca. 350.000 Juden. Die meisten von ihnen lebten schon seit Generationen im Lande, rund 50.000 flüchteten um die Jahrhundertwende und nach der Oktoberrevolution aus Rußland nach Frankreich, andere kamen aus Nordafrika, und rund 40.000 deutsche, österreichische und tschechische Juden hatten in Frankreich eine neue Heimat gefunden. Bei Kriegsausbruch 1939 meldeten sich 40.000 französische Juden zur Fremdenlegion und kämpften dort bis zum Waffenstillstand 1940.

Vier Wochen, nachdem die Nazi-Wehrmacht in Paris einmarschiert war, gründeten in Toulouse fünf Juden die »Armée Juive de Combat« (die Jüdischen Kampfgruppen). David und Arianne Knout, Abraham und Eugénie Polonski gehörten den revisionistischen Zionisten an, Lucien Lublin vertrat die linken Zionisten. Gemeinsam mit der kommunistischen MOI-Jiddisch (jüdische Kampfgruppe osteuropäischer Juden) organisierte die »Jüdische Armee« jüdische Flüchtlingsfonds, die falsche Papiere herstellten und soviel Juden wie möglich nach Italien und Spanien schleusten. Etwa 15.000 Juden konnten so gerettet werden. Die »Armée Juive« war sowohl in der von den Deutschen besetzten Zone wie auch in der italienischen präsent. Als am 8. September 1943 die Nazis auch in die italienischen Gebiete einmarschierten, schlug für die »Armée Juive« die Stunde des offenen Kampfes. Von Juni bis Oktober 1943 führte sie 70 Attentate gegen die deutschen Truppen durch.

Die »Gruppe Manouchian« kämpft in Paris und Umgebung: Truppentransporte werden attackiert, Waffen- und Munitionskonvois. Dr. Julius Ritter, der die Verschleppung der »Fremdarbeiter« organisiert und leitet, wird exekutiert. Der Militärbefehlshaber von Groß-Paris, General von Schaumburg, wird während einer Dienstfahrt mit Bomben überfallen. In ganz Frankreich tobt der militärische Aufstand, ein Fünftel der Kämpfer sind Juden.

In Südfrankreich operieren jüdische Widerstandsgruppen, die ohne Unterlaß deutsche Truppen angreifen. Die bekanntesten unter ihnen sind die Abteilungen, die in den Cevennen und im Tarn operieren und das »blau-weiße Peleton« von Pierre

Loeb. Die »Blau-Weißen« beteiligen sich an den schweren Kämpfen von Saint-Pons und Murat. Alle Gruppen der »Armée Juive« blieben bis zur Befreiung Frankreichs militärisch aktiv. Erst als ihre besten Soldaten in die Fremdenlegion gepreßt werden und nach Indochina gehen sollten, lösten sie sich auf. Einige blieben in Frankreich, viele wanderten nach Palästina/Israel aus. Von den 80.000 in Frankreich ermordeten Juden gehörten mehr als 5.000 der »Armée Juive« oder der Résistance an. Sie waren Juden aus Belgien, aus Holland, aus Italien, aus Polen, aus Rußland.

Während in Europa die nazistische Vernichtungsmaschinerie auf vollen Touren lief, kämpften die Juden im Nahen Osten gegen die französischen Truppen Marschall Pétains und gegen Rommels Afrika-Korps.

Als am 1. und 2. Juni 1941 mehrere hundert Juden in Bagdad viehisch abgeschlachtet wurden und der palästinensische Großmufti von Jerusalem, el-Husseini, zum Vernichtungskrieg gegen die Juden aufrief, beschloß die jüdisch-palästinensische Untergrundarmee »Hagana«, den irakischen Juden Waffen zukommen zu lassen. Einige Wochen nach den Pogromen vom Juni bringen Lastwagen der Firma Egged den irakischen Juden Faustfeuerwaffen und Handgranaten in ausreichender Menge. Der Leiter dieser Operation ist ein junger Offizier der »Palmach« (Elitetruppe der Hagana), Moshe Dayan. Der Mufti el-Husseini war mittlerweile zu seinem Freund Adolf Hitler geflüchtet, weil ein Kommando der Hagana nach ihm suchte.

In Ägypten halten 500 jüdische Soldaten des britischen »Kings West African Rifles« den Ort Meschilian an der libyschen Grenze besetzt. Alle kommen aus den Reihen der Hagana, der Irgun und der Palmach. Am 1. Juni erscheinen Rommels Panzer. Zehn Tage lang widerstehen die jüdischen Soldaten dem gemeinsamen Angriff der deutschen und italienischen Truppen und den Bombardements der Luftwaffe. Am 10. Juni versucht ein deutscher Parlamentär, sie zum Aufgeben zu überreden. »Wir haben keine weiße Flagge«, antwortet ihm Captain Felix Liebmann, »wir haben nur die blau-weiße«. So erfahren die Landser des Afrika-Korps, daß ihre verbissenen Gegner Juden sind, größtenteils sogar »Landsleute«.

Am 2. Juli, der Kampf tobt schon 31 Tage lang, leben nur noch 50 der 500 Juden. Die blau-weiße (zionistische) Flagge weht am Mast. Die Verteidiger erwarten den letzten Angriff, der ihnen den Tod bringen soll. Und der Kampf geht weiter, Mann gegen Mann, Nahkampf mit Messer, Pistolen, Handgranaten. Plötzlich, nach vier Stunden, erscheinen LKW's der frei-französischen Truppen von General Koenig. In der Nacht hatten sie Bir-Hakeim verlassen, um die Garnison von Meschili zu entlasten. Die Juden hatten die Stellung gehalten. Als General Koenig sah, daß ein jüdischer Soldat die blau-weiße Flagge in ein Etui rollte, fragte er ihn, warum.

»Wir können die jüdische Fahne nicht hängen lassen, Herr General«, antwortete der Soldat, »das wäre ein Verstoß gegen das Militärreglement!«

»Es ist mir gleichgültig, was das Reglement sagt, ich befehlige hier. Diese Fahne wird neben der französischen an meinem Wagen festgemacht, sie hat es verdient.« Dann drehte sich der General zu seinen Soldaten um und befahl: »Legionäre, grüßt die jüdische Fahne!« Zur Erinnerung an die jüdischen Partisanen schrieb der Dichter Hirsch Glick folgende Zeilen:

Dos lid geschribn is mit blut un nischt mit blaj,

's nischt kejn lid fun a fojgl ojf der fraj,

Dos hat a folk zwischn falndike wend

Dos lid gesungen mit naganes in die hend.

Zu Deutsch:

Das Lied, wir schrieben es mit Blut und nicht mit Blei,

das ist kein Lied von einem Vogel froh und frei,

Es hat ein Volk gestanden zwischen Rauch und Brand,

das Lied gesungen, mit den Waffen in der Hand.

Konkret 06/88, S. 38

Otto Köhler

Porsche - find ich gut

Ein liberaler Historiker gibt Gas: Er will unbedingt »klarkriegen«, warum ein so fabelhafter Mann wie der Volkswagen-Konstrukteur in die (heute und bei manchen) kompromittierende Nähe zu den Nazis geraten ist. Die Arbeit an der Befriedigung seiner Neugier wird von Porsches Nachfolgern bezahlt

Ich hatte nicht geglaubt, was mir zehn Tage vor dem Ereignis ein Mann aus Wolfsburg ankündigte: Man wird nicht über eine Entschädigung für die Zwangsarbeiter sprechen, man wird alles tun, um Ferdinand Porsche aus der ganzen Geschichte herauszuhalten, und es wird unter dem Titel einer Zwischenbilanz überhaupt keine greifbaren Ergebnisse geben. Gemeint war das Symposium der Ruhr-Universität Bochum im Kongreßpark Wolfsburg, auf dem der Historiker Hans Mommsen zum 50jährigen VW-Jubiläum die Ergebnisse seiner Arbeitsgruppe über Gründung und Geschichte des Volkswagenwerkes in der NS-Zeit vorstellen sollte.

VW hatte es ganz anders gemacht als letztes Jahr Daimler-Benz zu seinem Jubiläum. Die Leute in Untertürkheim hatten nicht ihrem Stern vertraut, sondern gleich den vertrauenswürdigen und zuverlässigen Unternehmenshistoriker Professor Hans Pohl damit beauftragt, die Rolle des Konzerns im Dritten Reich zu untersuchen. Heraus kam – wie bestellt – eine Weißwäscherei, die sich als »exakte wissenschaftliche Aufarbeitung der Vergangenheit« ausgab (KONKRET 6/87). Pohl wusch so weiß, daß es sogar seine Auftraggeber blendete und ernsthafte Historiker wie Hans Mommsen (in einer sehr positiven »Spiegel«-Rezension) sich der Daimler-Geschichte der Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts zuwandten (»Daimler-Benz-Buch« und »Die Daimler-Benz AG 1916-1948«, Greno Verlag). Hans Mommsen nämlich, der im Auftrag des VW-Konzerns dessen Vergangenheit mit einer unabhängigen Arbeitsgruppe untersucht, ist – das hat er in der Vergangenheit oft genug bewiesen – alles andere als ein gewerbsmäßiger Weißwäscher. Er hat im sogenannten Historikerstreit klar und eindeutig alle Versuche verurteilt, die NS-Geschichte zu verharmlosen und durch endloses Relativieren unser Land von den NS-Verbrechen zu entlasten. Wenn das Volkswagenwerk eine schonungslose und unabhängige Untersuchung seiner Geschichte durch einen angesehenen Historiker wirklich wollte, so war Hans Mommsen mit Sicherheit erste Wahl.

Doch was in den eineinhalb Jahren geschehen ist, in denen Mommsen mit seiner siebenköpfigen Arbeitsgruppe tätig war, blieb auf dem Symposium in Wolfsburg ungeklärt, aber eine klare Frontstellung zeichnete sich ab: Auf der einen Seite eine Mehrheit in dem etwa 300köpfigen Publikum von Historikern, VW-Betriebsräten, Arbeitern und Wolfsburger Bürgern, die ein Nahziel haben: Ferdinand Porsche soll nicht länger durch die Benennung von Straßen, Plätzen und vor allem Schulen als Vorbild geehrt werden. Und auf der anderen Seite eine Abwehrfront von Hans Mommsen und sinen sieben Gehilfinnen und Gehilfen, die zuerst sagten, sie würden sich hüten, in diese kommunale Debatte einzugreifen, und dann aber, wie Mommsen selbst, eine Umbenennung ablehnten. Er ging sogar soweit, daß er den Anhängern einer Umbenennung unterstellte, sie seien Anhänger eines »Rituals«, das da laute: »Wir nennen den Namen Porsches nicht mehr«.

Das war nur der Vordergrund des Konflikts, der so tief ging, daß Mommsen am Ende – und diese Peinlichkeit hätte man ihm gern erspart – beteuerte, politisch sei die Divergenz doch nicht sehr hoch, denn: »Wir alle sind uns vollkommen einig in der Ablehnung der Verhältnisse des Dritten Reiches«.

Auf einen solch kümmerlichen Minimalkonsens kann er heute mit nahezu jedem kommen, sogar mit Ernst Nolte. Und selbst mit dem späten Chefkonstrukteur dieses Reiches, mit Albert Speer, den Mommsen mit Porsche verglich und von dem er – unaufgefordert und ohne Ironie – sagte, er habe »die Ehre« gehabt, ihn »persönlich noch zu kennen«. Ihn, der »als Architekt die große Chance seines Lebens sah und dann in das Verbrechensregime« – so Mommsen wörtlich – »hineinkatapultiert« wurde.

Daß Ferdinand Porsche, der Erfinder des Volkswagens und Betriebsführer in Wolfsburg, Mitglied der SS und NSDAP war und Zutritt zu Hitler und Himmler hatte, das immerhin blieb unbestritten auf diesem Wolfsburger Symposium am Vorabend des 1. Mai. Aber bei der Interpretation von Dokumenten, wie sie der Stadtarchivar Klaus Jörg Siegfried schon letztes Jahr in seinem Buch »Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit im Volkswagenwerk« (Campus-Verlag, Frankfurt – New York, 240 Seiten, 24 Mark) veröffentlichte und jetzt auch in einem Vortrag während des Symposiums vorlegte, da hörte diese Einigkeit schon auf.

Porsche hatte für Wolfsburg sowjetische Kriegsgefangene als Zwangsarbeiter bestellt? Ja, sagt Mommsen, aber das sei doch auch »vielleicht sehr unausgeglichen« geurteilt. Denn, so Mommsen: »Es ist ja nun auch wieder so, daß die Beschäftigung der sowjetischen Kriegsgefangenen im ganzen auch die Funktion haben konnte, ihr Überleben zu sichern.« Und außerdem, wenn man schon so »personal« diskutiere, dann sei es ganz schlecht, gerade Porsche als Beispiel zu nehmen. Schließlich sei der doch zu Hitler gegangen und habe sich dafür eingesetzt, die miserablen Bedingungen der sowjetischen Kriegsgefangenen zu ändern. Mommsen fast leidenschaftlich: «Wer hat das schon gemacht im Dritten Reich.

Nennen Sie mal ein paar Leute, die hingegangen sind und gesagt haben: Mein Führer, es geht so nicht weiter mit dem Verhungern der sowjetischen Kriegsgefangenen – das hat der Porsche auch gemacht, er ist sehr ambivalent.«

Ja, gewiß, alles ist immer sehr ambivalent, auch daß Mommsen eine rein ökonomische Mängelrüge auf eine moralische Ebene hebt, so als kenne er nicht die wiederholten Beschwerden von Wirtschaftsführern, die reklamierten, daß die bestellte Arbeitssklavenware zur Arbeitsunfähigkeit abgehungert oder gar schon tot an ihrem Bestimmungsort eintraf. Zuvor schon im Arbeitskreis 5 (»Der Käfer und Ferdinand Porsche«) war gleich zu Beginn ein alter Pfarrer aufgestanden, um zu erläutern, daß Porsche schon deshalb kein schlechter Mensch gewesen sein konnte, weil er ihm eine Wohnung besorgt hatte.

Am 17. Januar 1934 enthält ein Exposé Porsches bereits die Forderung, ein Volkswagen dürfe »kein Fahrzeug für einen begrenzten Verwendungszweck« sein, er müsse »nicht nur als Personenwagen«, sondern auch »für bestimmte militärische Zwecke geeignet« sein. Mommsen wird auch damit fertig. Porsche sei nun einmal ein professioneller Ingenieur gewesen, der nur einen Gedanken verfolgte: »Das ist sein Lebenselixier, einen Zivilwagen für den Massenkonsum zu produzieren«. Es sei zwar richtig, daß schon 1934 und später – auch bei Hitler – »die Erwägung einer militärischen Verwendung da ist«, doch sie ist, sagt Mommsen, »übrigens auch bei Hitler durchaus sekundärer Natur«. Manchmal kann Sekundäres doch sehr bestimmend sin: Vom »Volkswagen« in seiner zivilen Version wurden bis 1945 rund tausend Exemplare hergestellt und vom »Volkswagen« in seiner militärischen Version als Kübelwagen an die fünfzigtausend.

Aber auch das findet Mommsen bewunderungswürdig: »dieses zähe Festhalten an der PKW-Produktion, auch wenn es nur der Kübelwagen ist, aber immer mit dem Ziel einer Massenproduktion.« Eine spezifische Idee von Porsche, lobt Mommsen. »Ohne Porsche hätten Sie eine Flugzeugproduktion alleine gehabt, keine VW-Produktion, keinen Neuanfang nach 1945.«

Und der Porsche, der 1942 für den Bau einer Leichtmetallgießerei beim SS-Gruppenführer Oswald Pohl KZ-Häftlinge bestellte? Ja, sagt Mommsen, »die Geschichte mit dem Gießwerk, die können Sie ihm anrechnen. In der Tat bin ich der Auffassung, daß dies ein Fehler war« – hier ertönte ein Pfiff aus dem Publikum – aber, die Gießerei wurde nicht vollendet: »Es ist ja nachher auch nicht erfolgreich gewesen« . Außerdem: »Diese ganze Sache mit dem Gußwerk steht nur auf einer Quelle, also wenn ich mal ins Privatleben ginge und Leute so beurteilen wollte...« Diese einzige Quelle besteht aus mehreren amtlichen Dokumenten, unter anderem einem Aktenvermerk über eine Besprechung zwischen Porsche und dem für Sklavenarbeit zuständigen SS-Gruppenführer Pohl: »Professor Porsche betonte, daß die Schutzstaffel (= SS) Arbeitskräfte und Kontingentsmaterial zur Verfügung stellen soll.«

Und Porsches Bestellung von dreieinhalbtausend KZ-Häftlingen bei Himmler persönlich für die Untertageproduktion von Vl-Raketen in einem Bergwerk? Es sollte ein Konzentrations-Betrieb werden. Ja, sagt Mommsen, Porsche habe diese späten verzweifelten – wessen Verzweiflung? – Schritte unterstützt. Aber immerhin, die Frage sei »offen, wann er dann die Einsicht gehabt hat, daß das keinen Sinn hat und dann sehr entschieden die weitere Auslagerung des Volkswagenwerkes aus Wolfsburg abgestoppt hat – nur um das zurechtzurücken«. Sagt Mommsen und appelliert wieder, man solle doch Porsches »Ambivalenz« sehen. »Ich begebe mich«, sagt Mommsen, und wer wäre da nicht mit ihm einig, »nur ungern in die Rolle des Richters von der ex-post-Situation, weil es« – so allerdings Mommsens expost-Freispruch – »sehr schwer zu sehen ist, wie anders hätte entschieden werden sollen, und weil es sehr schwer zu sehen ist, was geschehen wäre, wenn eine da führenden Persönlichkeiten im Werk Nein gesagt hätte. Die Entwicklung wäre an ihm vorbeigegangen.«

Genauso, sagte eine Frau aus dem Publikum, habe auch Eichmann argumentiert: Die Juden wären auch ohne ihn vernichtet worden. Mommsen jetzt doch betroffen: »Das nehme ich ihnen fast persönlich übel, daß Sie mich mißverstehen und mine Argumente auf die Argumentationsebene von Herrn Eichmann heben.«

Ach ja, da war, fast hätte man es vergessen, noch ein kleines Problem. Eine Frau von der VVN – natürlich, wer sonst käme auf solch ausgefallene Ideen – erinnert daran und wendet sich nicht an Mommsen, sondern an das anwesende VW-Vorstands-Mitglied Professor Karl-Heinz Briam, zuständig für Sozialwesen: »Hat sich der Vorstand schon einmal mit da Entschädigung für die Tausende von Zwangsarbeitern beschäftigt, die ja Milliarden hier erarbeitet haben?«

Hans Mommsen befreit Briam, der am Morgen eine vorzügliche Rede über Ethik und Sittengesetz, über »die zwölfjährige Barbarei«, über das »Ungeheuerliche«, ja auch über »Unternehmensgeschichte nach Auschwitz«, allerdings unter Ausklammerung der Entschädigungsfrage gehalten hatte, von der Peinlichkeit einer Antwort und nimmt auch das noch auf sich.

Ja, er habe mit dem Vorstand darüber gesprochen, und ihm sei dessen Haltung bekannt, und er dürfe sagen, daß der Vorstand »zwei Schritte getan« hat. Der eine Schritt: »sich einerseits für die internationale Jugendbewegung einzusetzen, etwa die Jugendbegegnungsstätte in Auschwitz, weil es in der Tat« – das war wohl der zweite Schritt oder auch ein Nicht-Schritt – »zu ganz erheblichen Schwierigkeiten führen würde, gut ein halbes Jahrhundert nach den Geschehnissen diese Entschädigungsprobleme gleichsam materiell umsetzen zu wollen.«

Mommsen kann dabei nicht helfen. Denn er hat noch weit erheblichere Forschungs-Desiderata: »Was mir fehlt, ist ein bißchen die andere Seite Porsches, die private. Ich hätte gern seine Motivationsstruktur näher ermittelt, und ich möchte etwas näher wissen, wie er eigentlich führende Vertreter des Dritten Reiches beurteilt hat, einschließlich Adolf Hitler. Da weiß ich bisher überhaupt nichts darüber, ich will das ganz gerne wissen, um mir etwas mehr zu erklären.« Da will er noch mehr forschen, und darum ist er auch »Gegner dieser Umbenennerei, weil sie die Probleme nicht löst« – wollen die Gegner einer Porsche-Straße, eines Porsche-Stadions, einer Porsche-Realschule, einer Porsche-Büste vor dem Rathaus, wollen sie mit der Umbenennung tatsächlich Probleme erledigen?

»Mein Problem«, sagt Hans Mommsen"ist es, zu verstehen, warum ein Mann wie Porsche, der unter normalen Umständen sicherlich nicht in die Nähe des Vorwurfs der Kriminalität geraten wäre, plötzlich dahin gerät, das muß ich klar kriegen.« Das in der Tat wäre eine Forschungsleistung, die aller Industriegelder wert ist: Wenn die Menschen endlich einmal begründet unterscheiden könnten, welche Sorte unter ihnen unter normalen Umständen plötzlich kriminell wird, und welche nicht.

Der Forschungsauftrag des Volkswagenwerks für Hans Mommsen läuft bis zum Jahre 1992. Er hat noch vier Jahre Zeit, seinen Ruf wiederherzustellen.

Konkret 06/88, S. 40

Peter Niggl

Ukraine überall

Erst Bollwerk gegen die Oktoberrevolution, später Hitlers liebste Kollaborateure, heute »Vorposten Europas« im Kampf gegen den Bolschewismus: Exil-Ukrainer, ihre Führer, Pfaffen, Agenten, Freunde und Umtriebe

»Besonders vereinen wir uns mit allen geliebten Söhnen und Töchtern der russischen, ukrainischen und weißrussischen Nation; mit jenen, die in ihrem Vaterland, wie auch mit jenen, die in Amerika, in Westeuropa und in anderen Teilen der Welt leben.« Päpstliche Vereinigungspolitik, niedergeschrieben von Johannes Paul II. in seinem Apostolischen Schreiben »Euntes in mundum« (Gehet in alle Welt) im März anläßlich der Tausendjahrfeier der Taufe der Kiewer Rus.

Die Feiern der Taufe des ukrainischen Ur-Christen Volodomyr (Wladimir) im Jahre 988 vereinigen in der Bundesrepublik ein buntes politisches Spektrum. Die Gesellschaft für bedrohte Völker macht sich um die ehemals von den Truppen der Nazi-Wehrmacht besetzte Ukraine ebenso Sorgen wie die am Rande des Englischen Gartens, in der Pienzenauerstraße 15 im Münchner Stadtteil Bogenhausen angesiedelte Ukrainische Freie Universität (UFU). Zwar hatte diese unscheinbar untergebrachte Einrichtung mitunter Schwierigkeiten, den Titel 'Universität' zu verteidigen, mit Hilfe ihrer starken Anbindung an die unierte ukrainische Kirche aber hat sie sich zur Kommandozentrale der Exil-Ukrainer gemausert, deren Zahl nach Meinung des »bedrohte-Völker«-Chefs Tilman Zülch allein in der Bundesrepublik 25.000 bis 30.000 betragen soll.

In der Pienzenauerstraße ist man bemüht, 1945 westwärts versprengten Bataillonen eine politische Heimat zu geben. Dort werden Weltbilder entworfen und politische Strategien diskutiert. Auf einer Tagung der Pan-Europa-Union am 13. April 86 in München bspw. schrieb UFU-Dekan Zenowij Sokoluk der »Ukraine-Vorposten Europas« (so der Titel seines Referats) diesem »Vorposten« die Aufgabe zu, »die Hauptkräfte vor einem feindlichen Angriff zu warnen und zu schützen, die ersten Schläge abzuwehren, manchmal ein Gefecht auszutragen, um das Hinterland zu entlasten.« Der Vortrag fand Eingang in das »Jahrbuch der Ukrainekunde 1986« . Die Pan-Europa-Union zeigt sich derartigen ideologischen Sandkastenspielen aufgeschlossen. Ihr Vorsitzender Otto von Habsburg genießt seinerseits höchste Wertschätzung in exilukrainischen Kreisen.

Im bereits erwähnten »Jahrbuch« kommt auch Adrian Karatnycky zu Wort. Sein Aufsatz »Die ukrainische Option« trägt den Untertitel: »Vierzig Millionen Menschen warten auf ihre Verwendung«. Karatnycky rechnet bei seinen Überlegungen mit Verbündeten: »Die US-Regierung ist sich der potentiellen Bedeutung des ukrainischen Faktors gleichwohl bewußt.« Das Konsulat in Kiew habe »den Vereinigten Staaten als wichtige Informationsquelle über Partei, Staat und die Dissidentenbewegung in der Ukraine zu dienen.« Und er sieht die Möglichkeit, via Äther bis zum Dnepr vorzustoßen: »Die 'Stimme Amerikas' und 'Radio Liberty' senden eine Menge substantieller Programme in die Ukr. SSR in ukrainischer Sprache.« So ist die Nachbarschaft von UFU und »Radio Liberty« in München – die nur einige Minuten Fußweg auseinanderliegen – auch eine politische.

In der UFU pflegt man das Andenken Stephan Banderas, der als Führer der ukrainischen Nationalisten nach dem Überfall der Nazi-Truppen unter dem Kommando von Theodor Oberländer an Massakern des Bataillons Nachtigall in Lwow (damals Lemberg) beteiligt gewesen sein soll. Banderas Leben endete am 15. Oktober 1959 im Hausflur der Kreittmayrstraße 7 in München durch unsichtbare Schüsse aus einer Giftpistole. Obwohl allgemein der Mord dem KGB angelastet wurde, wird bis heute behauptet, damals sei ein unliebsamer Mitwisser der Schlächtereien von 1941 beseitigt worden.

Am 5. März 1984 meldete die südafrikanische Zeitung »Rand Daily Mail«, daß sich ein gewisser Bogdan Staschinsky seit 1968 unter anderem Namen und mit verändertem Aussehen am Kap aufhalte. Staschinsky war 1961 als geständiger Mörder Banderas und KGB-Agent präsentiert worden. Seine neue Existenz in Südafrika verdanke Staschinsky, so das Blatt, der Fürsprache eines westdeutschen Geheimdienstes. Nachdem er im August 1961 verhaftet worden war, klagte in Taipeh der Chef der »Antikommunistischen Liga der Völker Asiens«, Ku Cheng-kang, er habe in Bandera einen »heroischen Gefährten« verloren. Ku avancierte in der später gegründeten »Antikommunistischen Weltliga« (WACL) zu deren Ehrenpräsidenten . Mitbegründer der WACL war Banderas Kampfgefährte aus alten Tagen, Jaroslaw Stetzko, Chef des »Antibolschewistischen Blocks der Nationen« (ABN).

Bandera hatte, nach dem Einmarsch der Hitler-Wehrmacht in der Ukraine, am 30. Juni 1941 Stetzko zum Ministerpräsidenten der Ukraine ernannt. Der war jedoch nur einige Stunden im Amt. dann nahmen ihn die deutschen Okkupanten in Gewahrsam. Immerhin wurde Stetzko von den Nazis pfleglich behandelt, teilte er doch die antikommunistischen Vorstellungen der Besatzer.

Am 21. und 22. November 1943 wurde in der von den Nazis okkupierten Ukraine der »Antibolschewistische Block der Nationen« gegründet. Bereits drei Jahre später ließ sich Stetzko zu seinem Präsidenten küren. Heute sitzt der ABN

ebenfalls in München, in der Zeppelinstraße 67.

International anerkannt wurde Stetzko jedoch erst Jahre später, als Ronald Reagan in Washington residierte. Am 13. Juli 1983 saß der ABN-Boß im Weißen Haus und lauschte dem Präsidenten, als dieser ausrief: »Ihr Traum ist unser Traum. Ihre Hoffnung ist unsere Hoffnung.« Als Stetzko vor zwei Jahren starb, kondolierte auch der US-Präsident, was die Zeitschrift der Antikommunistischen Weltliga, »Freedom Digest«, im Wortlaut dokumentierte – schließlich gehörte Stetzko auch zu den Köpfen der WACL.

Einer, der an seiner Seite die WACL mit aus der Taufe gehoben hatte, ist Lew Dobriansky, Mitbegründer der Ukrainischen Freien Universität in München. Er ließ sich schließlich von Ronald Reagan einen Platz an der Sonne verschaffen und ging als US-Botschafter auf die Bahamas.

In der Ukrainischen Freien Universität genoß Stetzko höchste Reputation. So fehlten weder er noch seine Gattin Slava, als in einem großen Festakt anläßlich seines 75. Geburtstages der Rektor der UFU, Wolodymyr Janiw, am 21. November 1983 gewürdigt wurde.

Slava trat nach dem Tode ihres Mannes in dessen Fußstapfen. Im September 1986 vertrat sie beim Jahreskongreß der WACL in Luxemburg den Antibolschewistischen Block. Ihr anschließender Versuch, die unangenehme Berichterstattung des dortigen KP-Blattes »Zeitung zum Letzebuerger Vollek« gerichtlich zu unterbinden, scheiterte allerdings.

Bei seiner Geburtstagsfeier konnte UFU-Chef Janiw Grußschreiben blaublütiger Geschlechter in Empfang nehmen. Otto aus dem Hause Habsburg gratulierte als Vorsitzender der Pan-Europa-Union ebenso wie der inzwischen verstorbene Hubertus Prinz zu Löwenstein als Vorsitzender des eng mit der UFU kooperierenden Freien Deutschen Autorenverbandes (FDA) und der böhmische Adelssproß Nikolaus Prinz Lobkowicz, den der Papst 1982 zum Mitglied des neugeschaffenen »Päpstlichen Rates für die Kultur« ernannt hatte. Inzwischen hat Lobkowicz an der Spitze des FDA Löwensteins Platz eingenommen. Mit der Großgrundbesitzerdynastie derer von Waldburg-Zeil verschwägert, einst umstrittener Rektor der Münchener Uni und inzwischen Präsident der Katholischen Universität in Eichstätt, erhielt Lobkowicz am 18. November 1985 den »Dr. h.c.« der Ukrainischen Freien Universität. Schon früher hatte ihm die Sung-Kyung-Kwan Universität in Seoul dieselbe Ehre zuteil werden lassen. In der UFU-Laudatio hieß es: »Einige Völker des Ostens treten durch ihre Aktivitäten und ihr nationales Selbstbewußtsein besonders hervor, und sie können sich auf bedeutende nationale Institutionen im Exil stützen, wie etwa die Ukrainer auf die Ukrainische Freie Universität.... Prof. Nikolaus Lobkowicz ist sich der großen Bedeutung der Exileinrichtungen vollauf bewußt, vor allem der Ukrainischen Freien Universität; deshalb hat er sich für ihr Weiterbestehen eingesetzt, als die weitere Existenz der UFU durch das neue Hochschulgesetz im Ungewissen lag.«

Mittlerweile ist Lobkowicz Laudationes gewohnt . Als ihm im Juni 1986 von der Deutschland-Stiftung der Konrad-Adenauer-Preis überreicht wurde, hielt Otto von Habsburg die Lobrede. Von Habsburg sah in Lobkowicz »einen der wenigen universellen Menschen unserer Zeit«, der über genügend Weitsicht verfüge, »um den Ort zu erkennen, an dem die Schlacht der Geister entschieden werden kann.« Wohl aus diesem Grunde hatte er zusammen mit dem CSU-Abgeordneten Huyn und ZDF-Moderator Gerhard Löwenthal Frühjahr 1985 eine Anzeige zur Unterstützung der nicaraguanischen Contras unterschrieben. Lobkowicz sitzt als politischer Stratege auch im Kuratorium der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM). Aber er ist nicht die einzige Verbindung zwischen der Ukrainischen Freien Universität und der IGFM. Auch IGFM-Kuratoriumsmitglied Werenfried van Straaten hat enge Beziehungen zu den Exil-Ukrainern. Van Straaten ist Begründer der »Kirche in Not – Ostpriesterhilfe«, die ihren Sitz in Königstein/Taunus hat und dort auch Gastgeber der IGFM-Jahrestagungen ist. Die »Frankfurter Rundschau« zitierte ihn am 9. August 1963 mit den Worten: »Der liebe Gott müßte sich ja blamieren, wenn nicht bald in Rußland etwas passierte.«

Der gebürtige Belgier van Straaten pflegte enge Beziehungen zum Oberhaupt der ukrainischen Exil-Kirche, Kardinal Josef Slipyj. Anläßlich des Ablebens von Slipyj schimpfte van Straaten am 21. Oktober 1984 während einer Predigt in München die Kirche in der UdSSR »eine unheilige, sowjethörige orthodoxe Kirche«. Die von van Straaten stattdessen favorisierte ukrainische Exil-Kirche ist fest liiert mit der Ukrainischen Freien Universität. Im September 1987 berichtete »Die Welt« über einen Auftritt van Straatens während eines Gottesdienstes: »Was hindert Euch daran, Gorbatschow, Kadar, Honecker, Ceausescu oder Jaruzelski mit Eurem Gebet zu umzingeln?«

Berufsukrainer vom Schlage Löwensteins oder van Straatens können, was »Umzingelung« angeht, auf eine jahrzehntelange Praxis zurückblicken: Als 1956 in Ungarn Kommunisten an Laternenpfählen aufgeknüpft oder im Straßengraben erschlagen wurden, übernahm van Straaten für das geistige Haupt der Lynchenden, Kardinal Mindszenty, Kurierdienste, während Löwenstin als FDP-Bundestagsabgeordneter über den Rundfunk Anfeuerungsrufe im Sinne des CIA-Komitees »Freies Europa« erklingen ließ.

Am 14. Oktober 1983 trug man Löwenstein die Ehrendoktorwürde der UFU an. In seinen Dankesworten wurde Löwenstein programmatisch: »Wie mir alle ukrainischen Freunde bestätigen, war die Lage der ukrainischen Bevölkerung unter dem österreichischen Doppeladler die damals beste für das geteilte Volk. Galizien unterstand dem Kaiserlichen

Statthalter, der unmittelbar dem Kaiser von Österreich verantwortlich war.... Der letzte Kaiserliche Statthalter war Graf Huyn, der Großvater des CSU-Bundestagsabgeordneten, des Grafen Hans Huyn.« Nicht nur Huyn, auch der österreichische Kaisersproß Otto von Habsburg steht heute im Dienste der Partei Franz Josef Strauß' . So fehlte auch der bayerische Ministerpräsident im Kreise derer nicht, die mittels Grußadressen UFU-Chef Janiw besondere Wertschätzung erwiesen.

Glaubt man dem DDR-Geheimdienstexperten Julius Mader, dann hat auch der CIA direkte Drähte zur Leitung der UFU. Prorektor der UFU nämlich ist Bogdan Osadczuk, der heute noch unter dem Pseudonym Alexander Korab zum Beispiel im Westberliner »Tagesspiegel« publiziert. Wie Mader schreibt, ließe sich die CIA-Infiltration an Osadczuk, »alias Berlin-Aschik, der sich in der Westberliner Hellriegelstraße 5 niedergelassen hat, beweisen. Offiziell lehrt er 'Osteuropäische Zeitgeschichte', hauptsächlich arbeitet er aber im Auftrage der CIA für die Diversionssender 'Radio Free Europe', 'Radio Liberty' und 'RIAS' sowie für das Pariser antipolnische Emigrantenblatt 'Kultura'. Der gebürtige Ukrainer Osadczuk-Korab genoß bereits 1940 in Zakopane eine deutsch-faschistische Agentenausbildung und gehört seit 1953 zur Westberliner CIA-Mannschaft.«

Konkret 06/88, S. 42

Ludger Weß

Menschenzucht und Bioethik

Was ist Embryonen-Splitting? Nein, keine Rubrik im Lohnsteuerjahresausgleich, sondern ein Verfahren, mit dem Humangenetiker den Nachwuchs selektieren wollen. Weil zu diesem Zweck menschliche Zellen manipuliert und auch vernichtet werden müssen, verlangen die Forscher die Aufhebung der herkömmlichen Moralgesetze

Vor zwei Jahren, im April 1986, hat der Bundesminister der Justiz einen Diskussionsentwurf für ein »Embryonenschutzgesetz« vorgelegt. Dieser Entwurf verfolgte zwei Ziele, deren wichtigstes in der Öffentlichkeit bisher kaum thematisiert worden ist. Gemeint ist der Begriff der »Embryonenschädigung«, der als völlig neuer Rechtstatbestand in die Strafgesetzgebung eingeführt werden soll. Strafbar macht sich danach in Zukunft, »wer durch Einwirkung auf einen Embryo oder Foetus eine Gesundheitsschädigung des (aus ihm hervorgegangenen) Menschen herbeiführt«.

Im zugehörigen Kommentar wird der Arzt oder Biologe, der im Zuge einer künstlichen Befruchtung mit einem Embryo hantiert und diesen dabei »beschädigt«, überhaupt nicht erwähnt. Ausführliche Erwähnung findet hingegen die Schwangere, die beispielsweise durch übermäßiges Rauchen oder Drogen- und Medikamentenmißbrauch eine Schädigung ihres Kindes herbeiführt. Als weitere Beispiele werden genannt die leichtfertige Infizierung einer Schwangeren etwa mit Röteln oder die Unterlassung eines operativen Eingriffs zur Rettung eines mit Tod oder schwerer Krankheit bedrohten Foetus. Die Juristen des Ministeriums konstatieren, derzeit sei hier eine »nicht unerhebliche Strafbarkeitslücke« vorhanden. Wird sie mit der Einführung des Begriffes der »Embryonenschädigung« geschlossen, so sind Frauen in Zukunft verpflichtet, alles für die Gesundheit des Embryos zu tun, was medizinisch möglich ist und der überwachende Arzt für notwendig hält. Das Auslassen der Vorsorgeuntersuchungen wEe demnach zumindestens fahrlässig, alles »gravierende Verhalten«, das zu einer Schädigung des Embryos führt, strafbar.

Geht es nach den Vorstellungen des Gesetzgebers, so werden sich auf lange Sicht schwangere Frauen auch komplizierten Operationen zur Rettung eines Embryos kaum entziehen können: Mit da sogenannten Foetalmedizin, die inzwischen die ersten erfolgreichen operativen Eingriffe an Ungeborenen durch die Bauchdecke der Mutter vorzuweisen hat, wurde nämlich in den letzten Jahren ein neues medizinisches Betätigungsfeld eröffnet, das ähnlich prestigeträchtig werden wird wie die Reproduktionsmedizin.

So zeichnet sich sowohl auf der juristischen als auch auf der medizinischen Ebene eine immer weitergehende Kontrolle der Schwangeren ab. In den USA ist im übrigen bereits die erste Frau verurteilt worden, deren Kind nach Ansicht medizinischer Gutachter deshalb behindert zur Welt gekommen ist, weil die Frau entgegen ärztlichem Rat mit ihrem Mann geschlafen hatte. Von amerikanischen Medizinern wird in diesem Zusammenhang verbreitet, schwangere Frauen dürften zwar Sexualverkehr, aber keinen Orgasmus haben, weil dieser beim Foetus akuten Sauerstoffmangel auslösen könnte.

Das zweite Ziel des Gesetzentwurfes war es nach Aussage des zugehörigen Kommentars, »Menschenwürde« und »Freiheit der Forschung« gegeneinander abzuwägen. Um die Öffentlichkeit zu beruhigen, wurden Anwendungen, die zum Zeitpunkt der Beratung ohnehin nicht realisierbar schienen bzw. als Reizthemen bekannt waren (etwa das Klonen von Menschen oder die Herstellung von Tier/Mensch-Mischwesen) verboten. Demgegenüber sollte den Wissenschaftlern ein kontrollierter Zugriff auf die sogenannten »überzähligen« Embryonen verschafft werden, die bei der herkömmlichen Technik der Reagenzglasbefruchtung in erheblicher Zahl anfallen – ein Tatbestand, der von den Befruchtungs-Teams in der Bundesrepublik lange Zeit wahrheitswidrig bestritten wurde.

Auch die genetische Manipulation an Embryonen sollte in dem Entwurf im Prinzip offengehalten werden. Diese gezielte Erzeugung von Embryonen für Forschungszwecke – solange es »überzählige« Embryonen gibt, ohnehin nicht zu kontrollieren – sollte verboten werden, ebenso die Aufzucht von Embryonen im Reagenzglas über ein Alter von etwa 14 Tagen hinaus, eine Regelung, die auch den Vorschlägen der britischen Warnock-Kommission aus dem Jahr 1984 entspricht, aber ebenfalls kaum zu kontrollieren ist. Mit diesen Regelungen sollte der Versuch unternommen werden, zwischen den noch herrschenden Moralvorstellungen und dem Fortschrittsanspruch der Wissenschaft zumindest auf dem Papier einen – wenn auch sehr fragwürdigen – Kompromiß zu finden.

Die Forschungseliten sind – das zeigen die Reaktionen – selbst zu einer derartig minimalen Einschränkung ihres Machtanspruches über weibliche Reproduktionsfähigkeit und menschliches Leben nicht bereit. Gegen derartige Regelungsvorstellungen setzt die Wissenschaft inzwischen offen die Forderung, die Moral habe sich dem Fortschritt anzupassen. Das renommierte englische Wissenschaftsmagazin »Nature« hat diesen Anspruch 1985 erstmals formuliert. Die Herausgeber betonten nachdrücklich, für die Forschung dürfe es keine Tabus geben und riefen ihre Leserschaft zu einem Ideenwettbewerb um Forschungsprojekte an menschlichen Embryonen auf, mit denen man die Notwendigkeit uneingeschränkten Zugriffs auf derartiges »Untersuchungsmaterial« begründen könne. Es galt, einen Abstimmungssieg für eine Vorlage im britischen Unterhaus zu verhindern, die der britische ultrakonservative »Lebensschützer« Enoch Powell

bereits erfolgreich durch zwei Lesungen gebracht hatte. Mit diesem Gesetz sollten sämtliche Forschungen an menschlichen Embryonen verboten werden. Die Wissenschaftler-Lobby erwies sich als stärker. Die britische Regierung verhinderte die letzte Abstimmung mit einem Geschäftsordnungstrick und sorgte damit für das Aus der Vorlage.

In ähnlicher Weise laufen die bundesdeutschen Mediziner und Biowissenschaftler Sturm gegen Einschränkungen ihrer Zugriffsmöglichkeiten auf menschliche Embryonen. Die Bundesärztekammer, die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und die Max-Planck-Gesellschaft (MPG) fordern inzwischen auch das Recht, menschliche Embryonen für Forschungszwecke gezielt erzeugen zu können. Als wichtigste Ziele werden bezeichnet: –

Forschungen zur Verbesserung der Schwangerschaftsrate und der Lebendgeburten bei der Reagenzglasbefruchtung, –

Aufklärung der menschlichen Frühentwicklung, –

neue Methoden zur Diagnose genetischer Erkrankungen sowie –

Einsatz embryonaler Zellen für neuartige Therapieformen .

Was verbirgt sich hinter diesen Forschungszielen?

In der Begründung, die MPG und DFG für den ersten Punkt anführen, wird erstmals von Wissenschaftlerseite offen zugegeben, daß die Reagenzglasbefruchtung eine sehr schlechte Erfolgsrate hat und keine ausgereifte Therapie, sondern ein wenig methodisches Herumprobieren ist. Ziel ist allerdings, so die MPG, die natürliche Schwangerschaftsrate zu erreichen. Außerdem sollen Methoden zur Überwindung männlicher Fruchtbarkeitsstörungen entwickelt werden.

Die menschliche Frühentwicklung soll an Embryonen studiert werden, um in diesem Stadium die Entstehung von Mißbildungen verhüten zu können. Nimmt man diese Behauptung ernst, so kann daraus nur gefolgert werden, daß die menschliche Frühentwicklung, wenn diese Faktoren erst einmal aufgeklärt sind, nach entsexualisierter Zeugung im Labor stattfinden soll, denn nur dort läßt sie sich kontrollieren. Ferner sollen die Steuerung der Genaktivität und die biochemischen Vorgänge in frühen Entwicklungsstadien untersucht werden, um »präventiv-medizinisch« tätig werden zu können. Dieses Verlangen nach möglichst frühzeitigen Eingriffen in den Gang der Entwicklung, um die Herausbildung einer bestimmten Konstitution zu erreichen, ist bereits die erste Stufe der Menschenzucht und ebenfalls nur zu erreichen, wenn die entsprechenden Entwicklungsstadien in der Petrischale zugänglich sind.

Die Perspektive der Menschenzucht wird überdeutlich, wo neue Methoden der Diagnose genetischer Erkrankungen ins Auge gefaßt werden. Hier handelt es sich darum, die in der Hochleistungs-Tierzucht bereits gängige Methode des Embryonen-Splittings auf den Menschen zu übertragen. Der Embryo wird in einem frühen Stadium geteilt, die eine Hälfte eingefroren, die andere weitergezüchtet und nach Erreichen einer bestimmten Größe im »verbrauchenden Versuch« auf genetische Anfälligkeiten oder Erkrankungen untersucht. War diese Hälfte ohne Befund, kann die andere aufgetaut und einer Frau zum Austragen eingespült werden, denn frühe Embryonalzellen – etwa aus dem Vier- oder Acht-Zell-Stadium – können sich noch alle zu einem vollständigen Individuum entwickeln.

Faßt man diese Forschungsziele zu einem Szenario zusammen, so wird deutlich, daß die Gen- und Reproduktionstechniker kaum verhüllt auf die planmäßige Züchtung von Menschen zusteuern: In einem Praktikum der extrakorporalen Befruchtung ist bereits zu lesen, daß die herkömmliche sexuelle Zeugung überaus störanfällig, und, so fügen humangenetische Lehrbücher hinzu, ein genetisch riskantes Roulettespiel sei. Die Reproduktionsmedizin steuert in Verbindung mit der Humangenetik darauf zu, all diese Risiken und Unwägbarkeiten auszuschalten und Zeugung und Anzucht im Labor unter kontrollierten Bedingungen stattfinden zu lassen. Es ist nur noch eine Frage der Kapazität der Befruchtungs-Teams, wann in der Bundesrepublik dem ersten Paar mit einem wie auch immer definierten »genetischen Risiko« eine Reagenzglasbefruchtung mit Qualitätskontrolle empfohlen wird – die lautlose Selektion im Reagenzglas ist keine Utopie mehr.

Der französische Pionier der Reproduktionstechnologie, Jaques Testard, ist überzeugt, daß in wenigen Generationen entsexualisierte Zeugung und Anzucht, verbunden mit einer Qualitätskontrolle, zumindest in der westlichen Welt ebenso selbstverständlich von Medizinern in den Kliniken vorgenommen wird wie heute die Geburt. Ist diese von Reproduktionsbiologen und Genetikern seit langer Zeit apostrophierte Trennung der Fortpflanzung von der Sexualität einmal auf breiter Ebene durchgesetzt, ist der Weg frei für die vollständige Auflösung von sozialer und genetischer Elternschaft. Die Fortpflanzung wird vollends aus ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen herausgelöst, vermarktet und das »Produkt«, der Embryo, nach letztlich ökonomischen Verwertungskriterien aus einem Pool von »hochwertigem« Keimzell- oder Genmaterial zusammengesetzt. Damit wäre ein langgehegter Traum der Genetiker und Reproduktionsbiologen verwirklicht.

Bereits für die unmittelbar bevorstehende Zukunft eröffnet der Forderungskatalog der bundesdeutschen Reproduktionsmediziner eine verbrecherische Perspektive: die Verwendung menschlicher Embryonen als »Ersatzteillager«. Vorgeschlagen wird etwa, zuckerkranken Patienten embryonales Bauchspeicheldrüsengewebe einzupflanzen, das dann die bei Zuckerkranken fehlende Insulinproduktion übernimmt. Als weitere aussichtsreiche Anwendungsbeispiele dieser

Methode gelten Leukämie oder Blindheit. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl wurden von dem amerikanischen Knochenmarkspezialisten Robert Gale in Moskau erstmals Leberzellen von menschlichen Foeten in das zerstörte Rückenmark von drei Strahlenopfern übertragen. Ebenfalls verwirklicht wurde vor einigen Monaten in Mexiko die Übertragung eines Gehirnstückes von einem 13 Wochen alten Embryo in das Gehirn eines Mannes, der an Schüttellähmung erkrankt war. Der Mann soll bald nach der Übertragung die Kontrolle über seine Körperbewegungen wiedererlangt haben. Die Methode wurde inzwischen mehrfach kopiert und soll auch zur Therapie anderer neurologischer Erkrankungen (wie etwa Alzheimer-Krankheit oder Huntington'sche Chorea) eingesetzt werden. Embryonalzellen gelten für derartige Gewebeübertragungen als besonders geeignet, veil sie schnell wachsen und gut immunverträglich sind. In diesem speziellen Fall kommt noch hinzu, daß das menschliche Hirn immunologisch nicht aktiv ist, so daß mit den sonst so gefürchteten Abstoßungsreaktionen nicht gerechnet werden muß. Für die Transplantation anderer Organe läßt sich immunverträgliches Gewebe über einen speziell zu diesem Zweck »produzierten« Embryo nach Wunsch herstellen: In den USA steht in den nächsten Monaten möglicherweise eine Gerichtsentscheidung darüber an, ob eine Frau das Recht hat, sich mit dem Sperma ihres kranken Vaters befruchten zu lassen mit dem Ziel, das Kind abzutreiben und das so erhaltene Gewebe als immunologisch besonders verträglich dem Vater für eine Transplantation zur Verfügung zu stellen.

Weltweit existiert eine ständig wachsende Nachfrage nach Organspendern, und im letzten Jahr wurde bekannt, daß in den USA bereits ein Markt für zumeist behinderte Kleinkinder aus Südamerika existiert, die zum Zwecke der buchstäblichen Ausschlachtung ihrer Organe von finanzkräftigen Nordamerikanern adoptiert werden. In der Bundesrepublik veranlaßte die Nachfrage nach Organspendern den Münsteraner Universitäts-Gynäkologen Fritz K. Beller, Frauen zur Austragung eines anencephalen Kindes zu bewegen, um diesen Kindern nach der Geburt Spenderorgane entnehmen zu können. Dieses Vorgehen wird von Beller und zahlreichen Standeskollegen als ethisch vertretbar verteidigt, solange nur »schwerstbehinderte« Neugeborene verwendet würden.

So verbrecherisch dies alles ist – es geht bei der Debatte um die Embryonenforschung noch um mehr als den Einstieg in die Menschenzucht und die marktgerechte Verwertung und Zurichtung menschlicher Keimzellen und Embryonen. Ausgehend von der prestigeträchtigen und in immer weiteren Kreisen als »segensreich« akzeptierten Reproduktionsmedizin werden – oftmals geschickt mit der Abtreibungsdiskussion verknüpft – herkömmliche Moralvorstellungen Schritt für Schritt aufgeweicht und einer neuen Ethik der Boden bereitet.

Der Anspruch der Forschung auf die Embryonen ist der erste Testfall, ob es gelingt, die Moral den Machtinteressen der herrschenden Elite unterzuordnen. Spätestens seit dem jüngsten internationalen Humangenetikerkongreß 1986 in Berlin ist die Marschrichtung der Wissenschaft in dieser Hinsicht deutlich geworden. Als Hauptrednerin für den Programmpunkt »Ethische und juristische Gesichtspunkte in der angewandten Humangenetik« wurde von dem internationalen Programmkomitee die australische Wissenschaftlerin Helga Kuhse eingeladen, die zu den wichtigsten Exponenten der seit einigen Jahren existierenden angelsächsischen »Bioethik«-Schule zählt. Kuhse und ihr Kollege Peter Singer vom Zentrum für Bioethik an der australischen Monash-Universität, die auch eines der weltweit führenden Zentren der Reproduktionsmedizin beherbergt, bilden seit mehreren Jahren den Kern einer Denkfabrik aus Medizinern, Genetikern und Philosophen, denen es darum geht, normative ethische Kategorien auf dem Boden wissenschaftlicher Zwecke zu entwerfen. Kuhse und Singer nehmen in ihren in der medizinischen und naturwissenschaftlichen Fachpresse aufmerksam zur Kenntnis genommenen Veröffentlichungen ausdrücklich Bezug auf die internationale Debatte um die medizinische Ethik in den 50er Jahren die unter dem Eindruck der Nürnberger Ärzteprozesse geführt wurden. Sie behaupten, die damaligen Neubestimmungen einer medizinischen Ethik seien durch den technischen Fortschritt längst vollkommen inadäquat geworden. Im Zentrum ihrer Kritik steht der Begriff der Unverletzlichkeit des Lebens – für die Apologeten des Fortschritts ein überkommener und unzeitgemäßer Wert auf der Grundlage christlich-religiöser Vorstellungen.

Dreh- und Angelpunkt der Bioethik ist der Versuch der Definition menschlichen Lebens, woraus Überlegungen über den »moralischen Status« der verschiedenen Zustände menschlichen Lebens abgeleitet werden. Keimzellen und Frühstadien des Embryos wurden in Berlin wissenschaftlich-exakt als menschliche Zellen definiert, die lediglich das Potential in sich tragen, menschliches Leben zu entwickeln. Ebenso wie normale Gewebekulturen dürften sie daher unbegrenzt benutzt oder vernichtet, ja geradezu verschwendet werden. Solange ein Embryo weder Nerven noch Gehirn entwickelt hat, kann er, wissenschaftlich-nüchtern betrachtet, weder Schmerzen noch Angst oder Freude empfinden. Vom moralischen Standpunkt her ist er daher, so Kuhse, ein besseres Versuchsobjekt als die bisher stellvertretend verwendeten Labortiere mit Schmerz- und Angstempfinden. Die Herstellung von menschlichen Embryonen exklusiv für Forschungszwecke und ihre Verwendung bis zur Entwicklung eines Nervensystems sei daher ohne Einschränkung zulässig. Ältere Embryonen oder Foeten mit Hirn und Nerven sind, wiederum biologisch betrachtet, zwar Mitglieder der menschlichen Art, aber keineswegs durch das gesellschaftliche Tötungsverbot geschützte Personen. Dafür fehlt ihnen nach Ansicht der australischen Bioethiker noch das Kriterium, das den Menschen vom Tier unterscheidet: Personalität und ein Bewußtsein von sich selbst, das auf die Zukunft gerichtet ist. Da sich diese Merkmale erst im ersten Lebensjahr entwickeln und bei behinderten Kindern (etwa mit dem Down-Syndrom) nur rudimentär oder gar nicht vorhanden seien, seien schmerzlose Experimente oder die Tötung von Früh-

oder Neugeborenen, zumal behinderten, durch Nahrungs- oder Therapieentzug oder aktiv durch Medikamente zulässig und moralisch einwandfrei.

Kern dieser Betrachtungsweise ist die von den versammelten Humangenetikern beifällig aufgenommene Forderung, die den wissenschaftlichen Fortschritt hemmende herkömmliche Moral abzulösen durch eine Ethik, die sich dem herrschenden wissenschaftlichen und sozialen Fortschrittsbegriff unterzuordnen hat. Im Rahmen dieser Ethik soll es zukünftig möglich werden, lebenswertes und lebensunwertes Leben zu unterscheiden und das lebensunwerte zu vernichten.

Der Anspruch der Bioethik endet dabei nicht bei der Betrachtung wissenschaftlicher oder medizinethischer Probleme, sondern bezieht ausdrücklich sozialpolitische Fragestellungen mit ein. Vorrangiges sozialpolitisches Thema in den einschlägigen Blättern ist die Handhabung des Sozialabbaus der Thatcher- und Reagan-Ära. Der Gesundheits- und Sozialetat wird in Konformität mit der herrschenden Sozialpolitik als begrenzter Kuchen gesehen; Limitierungen werden grundsätzlich nicht in Frage gestellt. Stattdessen wird versucht, rationale, mit biologistischen Betrachtungen untermauerte Kriterien zu entwickeln, nach denen die knappen Mittel verteilt werden können. Nach diesem Ansatz werden jede Krankheit und Therapie – ob Frühgeburt, Schizophrenie oder Herzinfarkt – in ihrem Kosten/ Nutzen-Aufwand berechnet und dargestellt; Entscheidungen über Therapieformen, deren Kostenbegrenzung und Verteilung an Bevölkerungsschichten und Altersgruppen werden an ausschließlich marktwirtschaftlichen Prinzipien entschieden. Ganz offen wird gefordert, eine ökonomische Kalkulation des restlichen Lebenswertes bei einer Entscheidung über die Anwendung von Intensivmedizin oder kostenaufwendiger Therapien zugrundezulegen. Restliche Lebenserwartung, vor allem die verbleibende Möglichkeit zur Arbeitsleistung wird als Selektionskriterium ebenso benannt wie der soziale Status des Patienten.

Auch in der Bundesrepublik, wo das Sozialsystem ohnehin in einer ungebrochenen Kontinuität auf Aussonderung angelegt ist, werden derartige Betrachtungsweisen hoffähig gemacht. In bevölkerungswissenschaftlichen Kreisen wird die über die Springer/Burdapresse lancierte »Sterbehilfe«-Kampagne wohlwollend beobachtet. Während Kostendämpfungsgesetze und publizierte Meinung Alten und Kranken unmißverständlich klarmachen, daß sie »in Würde zu sterben«, das heißt, abzutreten haben, wird im Umkreis des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung im Angesicht des kommenden »Rentnerbergs« davon gesprochen, die Sozialethik zu manipulieren, um die Selbsttötung von Rentnern und Pflegefällen als verantwortlichen Akt des Individuums gegenüber der Gesellschaft darzustellen. In einer jüngsten Publikation des Instituts taucht die Förderung der »Sterbehilfe« gar in einem bevölkerungspolitischen Maßnahmenkatalog auf.

Das Leben soll also zur Disposition stehen; Embryonenforschung und »Sterbehilfe« sind zwei Seiten der gleichen Medaille.

Konkret 06/88, S. 46

Wolfgang Schneider

Aus dem Tollhaus II

Sie halten sich für die Erben der Aufklärung, für die Avantgarde der Revolution. Aber ihr Horizont reicht gerade vom innerstädtischen FKK-Bad bis zur Zwangstätowierung aller HIV-Positiven: In den antiklerikalen Sekten der Bundesrepublik sammeln sich die Opfer einer christlichen Kultur

»Was ich nicht gern sehe: Wenn in einer Kritik (ins Deutsche übersetzt) steht: Die Farbe meines Hutes sei zu dunkelblau und wäre besser hellblau, *wenn die Farbe meines Hutes gelb ist.«*
Bertolt Brecht

»Die Freidenker verhalten sich zum freien Denken wie d'Zillertaler zur Natur.«
Karl Kraus

Die Zuschriften, die uns zum Schwerpunktthema in KONKRET 3/88 (»Christentum: 2000 Jahre sind genug! «) erreichten, geben Anlaß, nochmals darauf zurückzukommen. Zwar hielten sich die Proteste strenggläubiger Christen in den erwartet engen Grenzen, bewegten sich also zwischen regenbogenfarbenen Bibelzitaten, Drohungen mit allerlei Höllenqualen und ganz irdischem Blödsinn – das katholische Pfarrast Oberteuringen kündigte das Abonnement der Zeitschrift »Liturgie Konkret« zum Jahresende; ein Hamburger Schlitzohr entdeckte, daß »Inquisition im ursprünglichen Wortsinn 'Nachforschung'« bedeutet – »und von der lebt ja auch KONKRET« – , der Beifall professioneller 'Freidenker' und die Kritik linker Kirchenchristen jedoch übertrafen unsere Befürchtungen bei weitem. Zeigen sie doch, welche Verwüstungen christliche Erziehung und kirchlicher Einfluß gerade in den Sinnen derjenigen angerichtet haben, die entweder als organisierte Atheisten der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit »Meinungsfreiheit« erkämpfen wollen oder als religiöse Sozialisten glauben, die »reine Lehre Christi« zur Revolutionierung einer ungerechten Gesellschaftsordnung verwenden zu können.

Ehemalige Kirchenmitglieder und selbsternannte 'Aufklärer', zusammengeschlossen in »Körperschaften des öffentlichen Rechts« und eingetragenen Vereinen, meist beheimatet in jenem süddeutschen Bundesland, dessen Verfassung »Ehrfurcht vor Gott« als eines der obersten Bildungsziele vorschreibt, gehören zur ersten Gruppe. Aber auch schrullige Solisten, wie etwa der Essener Creative Director, der im Februar dieses Jahres beim Generalbundesanwalt Strafanzeige gegen die »Katholische Kirche Deutschlands« wegen Verherrlichung von Gewalt einreichte: »Die Katholische Kirche verherrlicht in der Stiftskirche von Altötting den für die grauenhaftesten Massaker verantwortlichen kaiserlichen Generalissimus Tilly durch Anbetung und Aufstellen von Kerzen an seinem Bildnis.«

Im allgemeinen jedoch treten die 'Freidenker' bündisch geschlossen auf wie sonst nur die Opfer ärztlicher 'Kunstfehler': Der am 1. Mai 1976 in Berlin gegründete *Internationale Bund der Konfessionslosen und Atheisten* (IBKA e.V.) wirbt um Mitglieder: »Die Tätigkeit des IBKA ist diesseitsbezogen, zukunftsorientiert, lebensbejahend und daseinserhaltend. « »Treten Sie dem Internationalen Bund der Konfessionslosen und Atheisten bei. Jetzt und heute. Nicht erst morgen . Sie leben nur einmal . « Der *Bund für Geistesfreiheit* (bfg) Augsburg, Nürnberg etc. und sein Dachverband, die *Freigeistige Landesgemeinschaft Bayern,* agitieren gegen christliche Kindergärten, den Gotteslästerungsparagraphen 166 StGB und den Beschluß des bayerischen Landtags vom Juli 87, der ein regelmäßiges Gebet zu Beginn und am Ende des Unterrichts an bayerischen Schulen empfiehlt . Stattdessen setzen sie sich für eine Ehrung Professor Ludwig Quiddes (MdL 1907-1918) durch ebendenselben Landtag ein und entsprechen damit dem Wunsch eines weiteren Freigeister-Zirkels: des *Ludwig Quidde Forums.* Vom *Bund der Atheisten und Confessionslosen* hat uns ein gütiges Geschick lediglich den Werbeslogan zugetragen: »BAC – erfrischend ungläubig«; der *Deutsche Freidenker- Verband* (DFV), Landesverband Berlin, dagegen wollte mehr: Er regte eine enge Zusammenarbeit zwischen KONKRET und seinem Esoterik-Magazin »diesseits« an. Bleibt die bundesweite *Arbeitsgemeinschaft für die Trennung von Kirche und Staat zu* erwähnen, die ihr gesamtes Programm im Namen trägt, und jener kostbare Hinweis der antiklerikalen Gruppe *Universelles Leben* aus Veitshöchheim, demzufolge die fast 2000jährige Verbrechensgeschichte des Christentums ihren Grund in der Tatsache hat, daß bereits zur Zeit der Urgemeinde »Illuminaten« die geistliche und weltliche Macht an sich gerissen hätten.

Nicht alles aber, was sich im Bereich der antiklerikalen Sekten tummelt, bewegt sich derart unauffällig zwischen harmlos und meschugge wie die religionsgeschädigten Mitglieder der eben aufgelisteten Vereine. Seit einigen Jahren tauchen vor allem in bundesdeutschen Universitätsstädten immer wieder Gruppierungen auf, in deren Repertoire sich blasphemische Kalauer mit aggressiven Ausfällen gegen Feministinnen, Schwule, Punks, Autonome und die übrige Linke verbinden und die mitunter handgreiflich beanspruchen, die einzig noch überlebenden Sachwalter der Ideen von 1789, von Karl Marx und Wilhelm Reich zu sein. Einer ihrer Propagandisten ist der Freiburger Rechtsanwalt und Spezialist für

Gotteslästerungsprozesse Gottfried (!) Memietz, Autor des Beitrags »Das Mittelalter lebt« in KONKRET 3/88. Grund genug, sich mit den Aktivitäten jener Organisationen zu befassen, für die er tätig war und ist.

Vorgeschichte: Anfang der 70er Jahre, die Studentenbewegung hat sich längst verkrümelt, beginnen vor allem männliche Intellektuelle, die keinen Platz in den diversen mit dem Aufbau revolutionärer Kader befaßten politischen Gruppen gefunden haben und denen die Kritik der Frauen an ihrem patriarchalischen Gehabe zunehmend zu schaffen macht, mit der Suche nach dem ganz anderen Leben 'hier & jetzt'.

Otto Muehl, ein »Aktionskünstler«, der in den 60er Jahren durch einige Happenings auf sich aufmerksam zu machen verstand, in deren Verlauf auf offener Bühne Tiere geschlachtet, gepisst, geschissen, onaniert und gebumst wurde(n), gründet in Wien eine Wohngemeinschaft, die sich als einzigem Weg zur »befreiten Gesellschaft« der »freien Sexualität«, der Abschaffung des Privateigentums aller Kommunemitglieder, dem Kurzhaarschnitt, Latzhosen und einer allabendlichen kollektiven Sprechstunde verschreibt, in deren Verlauf sich die Teilnehmer durch möglichst exzessive Selbstdarstellungen psychisch reinigen sollen. Aus dieser »Sprechstunde« entwickelt die Gruppe unter mißbräuchlicher Zuhilfenahme einiger Texte des marxistischen Psychoanalytikers Reich eine Art Urschrei-Therapie, die sie »Aktionsanalyse« tauft.

Der Muehl-Kreis wächst rasch, zieht auf einen großen Bauernhof im Burgenland, gründet einige kleinere Betriebe (Verlag, Transportunternehmen, Werkstätten, Tischlerei), bietet für viel Geld »Kommunelehrgänge« an, organisiert Vortragsreisen seiner Cheftheoretiker (zu denen später auch Aike Blechschmidt, vormals Ideologe des *Sozialistischen Büros,* gehören wird), etabliert neue Gruppen in den meisten größeren Städten der BRD, aber auch in W.-Berlin, Paris, Genf, Amsterdam und Zürich, und nennt sich fortan *Aktionsanalytische Organisation für bewußte Lebenspraxis* (AAObLP, kurz: AAO).

Im theoretischen Konzept der AAO, das Mitte der 70er Jahre vorliegt, wird »die Kleinfamilie« zur Ursache allen Übels stilisiert und verantwortlich gemacht für Ausbeutung, Unterdrückung, Krieg und Homosexualität: »Faschistisch ist letztlich jede Zweierbeziehung«. »Der Faschismus ist identisch mit der Schädigung des Kleinfamilienmenschen. Faschistisch ist seine Homosexualität« (Muehl). Um das Aufkommen von Zweierbeziehungen zu verhindern, werden AAO-intern regelrechte »Fickpläne« aufgestellt und die Gruppenmitglieder unter einen sexuellen Leistungsdruck gesetzt, der sich vor allem gegen die Frauen richtet, von denen es heißt, gerade sie müßten sich erst »aus dem Weibchen in einen Menschen zurückverwandeln«. Schwule gelten als krank, werden aber aufgenommen, da man glaubt, sie mit Hilfe der allabendlichen Gehirnwäsche-Rituale »heilen« zu können. Einige Gruppenmitglieder kollabieren psychisch, andere bringen sich um.

Im übrigen bekennt sich die AAO »restlos zur westlichen Demokratie und ihrer militärischen Verteidigung«. »Das heutige politische Weltkonzept wird von ausschließlich kranken Nationen bestritten (...) Es fehlt eine echte gesunde Führernation. Für diese Aufgabe wäre ein gemeinsames Europa (...) schon durch seine historische Entwicklung berufen.«

Was Europa für die Welt sein soll, hat Otto Muehl für sich bereits verwirklicht. Unangefochten »führt« er seine in verschiedene »Bewußtseinsklassen« strikt hierarchisch gegliederte Organisation – die Angehörigen der untersten Bewußtseinsstufe verrichten die materielle Arbeit.

Zwischen 1977 und 1979 geraten in verschiedenen Städten der Bundesrepublik AAO-Anhänger und linke Gruppen heftig aneinander. Da gleichzeitig die meisten AAO-Betriebe wegen Unrentabilität aufgegeben werden müssen, löst sich daraufhin die Organisation offiziell auf, propagiert die Bildung eigenständiger Gruppen und läßt individuelle Kleidung und Haarschnitte wieder zu. Anfang der 80er Jahre existieren noch etwa 20 AAO-Kommunen, die weiterhin ihr burgenländisches »Ferien- und Ausbildungszentrum Friedrichshof« finanzieren.

Eine Erfahrung jedoch, die diese Psycho- und Polit-Sekte bereits Anfang der 70er Jahre gemacht hatte, wird aus gegebenem Anlaß erst Mitte der 80er von einer zweiten, parallel zur AAO entstandenen, programmatisch voll verwertet werden: Zwei Mal nämlich mußten die österreichischen AAO-Mitglieder sich geschlossen wegen einer Tripper-Infektion ärztlich behandeln lassen, was dazu führte, daß Sex mit Außenstehenden verboten und ein eigenes Labor zur regelmäßigen Kontrolle der Gruppengesundheit eingerichtet wurde. Jedes neu aufgenommene Mitglied war nun gezwungen, eine sechswöchige Quarantäne und mehrere Untersuchungen auf sich zu nehmen, ehe ihm schließlich die Teilnahme am sexuellen Leben der Gruppe gestattet wurde.

Etwa zur gleichen Zeit, da Otto Muehl die AAO gründet, sammelt der Diplom-Psychologe Fritz Erik Hoevels in Freiburg einen Kreis Gleichgesinnter um sich. Hoevels, der bereits während der letzten SDS-Delegiertenkonferenz im November 1968 dumm aufgefallen war, als er den Aufstand der SDS-Frauen gegen ihre männlichen Genossen »materialistisch« disqualifizierte – »Wir müssen also nicht irgendwie verbal auf (!) die Befreiung der Frau plädieren oder das als Problem der Männer begreifen, sondern wir müssen für die Abschaffung der Ehe-Institution plädieren« – hat sich aus Marx und Reich ein sexualpolitisches Programm zusammengerührt, das er zur Plattform einer *Marxistisch-Reichistischen Initiative* (MRI) macht.

Kleinfamiliäre Sexualunterdrückung wird als Basis der Klassenherrschaft identifiziert, befreite Genitalität zur Voraussetzung politischer Emanzipation gemacht: Die »Feststellung, daß das (...) Sexualleben des Individuums tatsächlich Vorbild seines sonstigen Denkens und Handelns wird, (...) bedeutet aber, daß das Sexualleben (.. .) auch der Ansatzpunkt

ist, von dem sich das Verhalten des Individuums auf anderem – also auch politischem – Gebiet am gründlichsten umwälzen (oder behindern) läßt.« So hängen bei Hoevels schließlich Sieg oder Niederlage der kommunistischen Bewegung »entscheidend davon ab, wie konsequent die revolutionäre Partei die Befreiung der Sexualität in ihr Programm aufnimmt«. Die KPD bspw. hätte am Ende der Weimarer Republik, »wenn sie in der Frage der Aufhebung der Familie weniger feige gewesen wäre, (...) nicht nur den Faschismus verhindern, sondern auch die Macht übernehmen können«. Gleiches gilt für die 68er Revolte, deren Niedergang Hoevels in der Tatsache begründet sieht, daß »keine überregionale linke Organisation etwa eine Unvereinbarkeit ihrer Mitgliedschaft mit der Ehe propagiert« hat – und das in einer Zeit, als »immer mehr Menschen ihren Sommer nackt verbringen wollten«.

Freie Sexualität und theoretische Unterweisung in MRI-Wohngemeinschaften zwecks Ausbildung revolutionärer Kader – mit Hilfe dieses Konzepts, vorwiegend unter Oberschüler(inne)n und Studienanfängern verbreitet, gewinnt Hoevels nicht nur neue Anhänger, sondern auch Patienten für seine Analytiker-Praxis. Im Laufe der 70er Jahre wächst seine Gemeinde, Ableger (z.B. in Hamburg) entstehen, aus dem universitären Debattier-Club wird eine schlagkräftige Polit-Sekte, die im Herbst 79 schließlich die als Wahlbündnis und Forum linker Initiativen gegründete Freiburger *Bunte Liste* sprengt und im Jahr drauf erfolgreich selbst als *Bunte Liste* (BL) zu den Gemeinderatswahlen kandidiert. Der BL-Vorsitzende Gottfried Niemietz zieht als Abgeordneter ins Stadtparlament ein.

Ein zweiter MRI-Putsch scheitert Ende 1981: Der Versuch der Hamburger Gruppe, durch kollektiven Eintritt kurz vor der Kandidatenaufstellung den Kieler Kreisverband der Grünen zu majorisieren, wird von der Partei rechtzeitig mit 17 Parteiordnungsverfahren gekontert.

Derweil hat sich die MRI/BL mit der gesamten Freiburger Szene angelegt, beschimpft Hausbesetzer und Autonome als 'Nazis', richtet eine eigene 'Punker-Kartei' ein, fordert die »Überlassung wenigstens eines städtischen Bades zum Nacktbaden« und erstattet Anzeige gegen die Ärzte der Uni-Klinik, die türkische Kinder beschneiden, wegen gefährlicher Körperverletzung und Verstoßes gegen die guten Sitten (!).

1983 gehen die letzten Nachfahren »der traditionellen Linken zwischen 1789 und 1933« publizistisch in die Offensive: Sie gründen den Ahriman-Verlag (»Unser Programm ist die Wiederkehr des Verdrängten«), hoffen, »daß wir unserem Namenspatron, dem persischen Gegenspieler des 'lieben' Gottes, der als mächtiger und siegesentschlossener Anpassungsfeind und Verdrängungsstörer der Bannerträger aller Ungläubigen ist, alle Ehre machen«, beginnen mit der Herausgabe der »Zeitschrift für klassische Psychoanalyse: System ubw« (»die einzige Zeitschrift in der unverfälschten Tradition Freuds«) und veröffentlichen Hoevels 300 Seiten-Werk »Marxismus, Psychoanalyse, Politik«, dessen Überblick über die politische Szene in der Bundesrepublik überraschende Einsichten bietet: –

»Es ist sehr wahrscheinlich, daß im realen Sexualleben solch abstoßender Zirkel wie etwa den Münchner 'Marxistischen Gruppen' die Onanie und entsprechend der Alkoholismus eine erheblich größere Rolle spielt (!) als im Durchschnitt zumindest der akademischen Bevölkerung.« –

»Indem sie das Kreuz des Stalinismus freiwillig auf sich nahmen, büßten die K-Grüppler automatisch ihre erste Ödipussünde.« –

Spontis und Autonome seien, da mit schwachem Ich und starkem Über-Ich ausgestattet, »eine Art verhinderter Faschisten«, denen nur ihr soziales Umfeld nicht gestatte, echte Faschisten zu werden. Im übrigen seien sie anal defekt, ist doch »eine ihrer gern geübten Tätigkeiten das häßliche Schmieren infantiler Wandsprüche«.

Nur in einer Gruppe findet Hoevels schließlich die reine Flamme der Revolution bewahrt: »Es ist (...) ganz erstaunlich, welche langanhaltende und positive Resonanz im Volk die 'Bunte Liste Freiburg' gefunden hat, als sie mit Unterschriftensammlungen und einer Aktion die Aufhebung jeder Kleiderordnung für wenigstens ein städtisches Schwimmbad forderte.«

Für Gottfried Niemietz, dessen MRI/BL 1984 ins politische Abseits gerät, da er nicht wiedergewählt wird, setzt im gleichen Jahr die Atheistenverfolgung in der Bundesrepublik überhaupt erst richtig ein. Das hat seine Gründe: Tatsächlich nämlich entdecken 1984 eine in der Nähe von Göttingen angesiedelte AAO-Kommune, die sich *Internationale Gesellschaft zur Entwicklung der Lebensfreude e. V.* (IGEL) nennt und vom Antiquitätenhandel lebt, und die BL Freiburg beinahe zeitgleich und in enger Kooperation die publicity-fördernde Wirkung antiklerikaler Agitation.

Als im Sommer des Jahres gegen die IGEL-Vorsitzende Birgit Römermann, die auf dem Göttinger Marktplatz Werbematerial für ihren Verein und blasphemische Aufkleber anbietet (»Orgasmus statt Abendmahl«), Anzeige wegen Gotteslästerung erstattet wird, übernimmt Niemietz ihre Verteidigung. Innerhalb der Göttinger *Alternativ-Grünen-Initiativen-Liste* (AGIL) formiert sich zur Unterstützung Römermanns ein *Arbeitskreis Antiklerikales (AK),* der sich bald mit den übrigen Listen-Mitgliedern überwirft (und die AGIL im Dezember schließlich verläßt), weil diese zwar bereit sind, den Gotteslästerungsprozeß zu verurteilen, sich aber weigern, die AAO-Philosophie der IGEL-Kommune auch inhaltlich zu stützen.

In Konstanz, Bochum, Freiburg, Karlsruhe, Frankfurt, Göttingen, Tübingen und Aachen tauchen daraufhin in der zweiten Jahreshälfte immer wieder Flugblätter auf, deren stereotype Wendungen darauf schließen lassen, daß sie sämtlich aus IGEL-, AK- und MRI-Kreisen stammen (»Einmal Mittelalter ist genug!«; »Das Mittelalter lebt ! « – so lautet auch der Titel einer von der BL Freiburg vertriebenen Niemietz-Broschüre).

Auffälliges Merkmal sowohl dieser Texte als auch der bereits im Juli bundesweit vom MRI-Ableger *Ad-hoc-Komitee Grundrechte in der BRD* verteilten, gegen Punks und Autonome gerichteten Pamphlete, ist ihr völlig sinnentleertes Plädoyer für »Meinungsfreiheit«, »für eine offene philosophische Diskussion, damit Evolution eine Chance hat«, »gegen die Vereinnahmung unseres demokratischen Staates durch die christlichen Sekten«: »Es ist ein Hohn der Geschichte, daß (...) diese Macht (...) heute unseren mühsam erkämpften Staat (?!) dazu mißbraucht, unliebsame Kritiker loszuwerden« – »an dieser Stelle geht es nicht um eine bestimmte Meinung, sondern nur noch um Meinungsfreiheit«. Gegen die presserechtlich Verantwortlichen der vordergründig antiklerikalen Schriften werden in einigen Städten Ermittlungsverfahren nach Paragraph 166 StGB eingeleitet; in Aachen und Bochum übernimmt Niemietz die Verteidigung.

Im Oktober veranstaltet die Freiburger BL ihre erste »Antiklerikale Woche«; gegen vier ihrer Mitglieder, darunter Gottfried Niemietz, wird wegen des Veranstaltungsplakats (»Priester mit Göttchen«) Anklage erhoben, was einen neuen Schub »aufklärerischer« Literatur zur Folge hat: »Was ist der nächste Schritt? Isolationshaft für Atheisten? (...) Hände abhacken, Zungen herausreißen? Der demokratische Rechtsstaat wird zunehmend abgebaut.«

Im Dezember treten MRI- und AAO-Anhänger schließlich erstmals gemeinsam öffentlich auf: Sie organisieren eine Solidaritätsveranstaltung für die als moderne Hexe und atheistische Märtyrerin gefeierte, weil zu 400 Mark Geldstrafe verurteilte Römermann, in deren Verlauf es zu Prügeleien mit Göttinger Antifaschisten kommt.

Damit hat sich die kirchenkritische Emphase unserer Hobby-Ketzer auch schon verbraucht. Zwar richtet die mittlerweile zur Mini-Sekte zusammengeschnurrte Freiburger BL im folgenden Jahr abermals eine »Antiklerikale Woche« aus, an der sich leider auch Karlheinz Deschner und Hans Wollschläger beteiligen, im Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit steht jedoch bald ein Thema, das größere öffentliche Resonanz verspricht, das darüber hinaus unmittelbar anschließt ans ursprünglich sexualpolitische Interesse der MRI.

Auf Anregung von Fritz Erik Hoevels gründen am 28.9.85 in Frankfurt Dr. Niels Auhagen (Freiburg), Dr. Eleonore Hartmann (Freiburg), Karl Mutter (Frankfurt), Dr. Axel Rethwilm (Heidelberg) und Dr. Andreas Freudemann (Frankfurt) den *Verein zur AIDS- Verhütung.* Vier Wochen später wird er von den Frankfurter Behörden als »steuerbefreite Körperschaft« ins Vereinsregister aufgenommen und bevollmächtigt, steuermindernde Spendenquittungen für förderungswürdige Satzungszwecke auszustellen. Zweck des Vereins ist laut Satzung »die Verhinderung der Ausbreitung der AIDS-Seuche bzw. ihre Ausrottung. (. . .) Ordentliche Mitglieder des Vereins können nur approbierte Ärzte, Zahnärzte und Pharmazeuten werden. (...) Alle Mitglieder verpflichten sich, sich einem AIDS-Test zu unterziehen und die entsprechende Bestätigung mit sich zu führen.« Der Verein konzentriert sich zunächst auf die Werbung für einen von ihm ausgegebenen »Anti-AIDS-Ausweis« (»nur gültig mit Paßfoto«): »Dem Inhaber/der Inhaberin dieses Ausweises wird bescheinigt, daß bei zwei im Dreimonatsabstand erfolgten Testungen keine Antikörper nachgewiesen wurden. Er/sie hat sich verpflichtet, keinerlei Intimkontakte mit Personen einzugehen, die nicht im Besitz des gleichen Ausweises sind.« Im Schreiben an die niedergelassenen Ärzte, mit dem der Verein sein Projekt vorstellt, verweisen Auhagen & Co. auf den Charakter »unseres ärztlichen Auftrags, der ja neben der stets einer Vorbeugung unterlegenen Heilung des Einzelnen auch die Sorge um die Volksgesundheit mit einschließt«.

Nachdem sein Versuch gescheitert ist, diesen 'Bockschein' mit Hilfe einer breit angelegten Annoncen-Kampagne unter die Leute zu bringen, organisiert der Verein, unterstützt von örtlichen MRI-Gruppen, die sich mal wieder umbenannt haben (so wird aus dem Göttinger *AK Antiklerikales* die *Initiative Neue Linke* (INL), die auch in Süddeutschland und Österreich auftritt; in Essen formiert sich eine G*ruppe für Aufklärung, Demokratie und Selbstbestimmung),* ab Frühjahr 86 eine Vortragsreise, auf der Niels Auhagen ein inzwischen radikalisiertes Programm vorstellt: Der Verein fordert nunmehr die zweimalige Zwangstestung aller Einwohner der Bundesrepublik im Abstand von drei Monaten, einen Einreisestop für Ausländer und Infizierte während des gleichen Zeitraums, Gesundheitsüberprüfungen für alle in die BRD Einreisenden auf Dauer und die Zwangstätowierung sämtlicher HIV-Positiven im beim Geschlechtsverkehr sichtbaren Schambereich.

In Göttingen kommt es daraufhin im Vorfeld einer Vortragsserie mit Auhagen und Hoevels zu Schlägereien zwischen Anhängern der INL und linken Studenten; die »Frankfurter Rundschau« läßt das Pro und Contra der Hoevels-Pläne tagelang auf ihrer Leserbriefseite diskutieren; Rita Süssmuth warnt öffentlich vor dem Frankfurter Verein, dem im Sommer bereits 50 Ärzte und Zahnärzte angehören sollen, und die Nürnberger Aids-Hilfe nennt die Auhagensche Argumentation »faschistisch«.

Die von Auhagen mit Unterstützung des Anwaltsbüros Niemietz gegen die Aids-Hilfe angestrengte Unterlassungsklage wird im Juli vom Landgericht Nürnberg-Fürth abgewiesen: »Für sich genommen konnte die umfassende

Reihenuntersuchung sämtlicher Bundesbürger und die lückenlose Kontrolle der aus dem Ausland dnrdsenden Personen sowie vor allem die Tätowierung der von der Krankheit Befallenen Erinnerungen an faschistisches Gedankengut wecken. Zumindest muß es den Antragsgegnern freistehen, die vom Antragsteller geforderten Maßnahmen als faschistisch zu werten« (AZ 505441/86). Die Berufungsinstanz bestätigt einen Monat später dieses Urteil (Oberlandesgericht, AZ 6 W 2549/86).

Noch im gleichen Jahr liefern Hoevels und der Vereinsvorsitzende Freudemann mit der vom Ahriman-Verlag veröffentlichten Broschüre »Tabuthema AIDS-Stop. Gedanken eines Ketzers« eine ausführliche Begründung ihrer neuen Kampagne nach. Gegen »das betuliche Gequake von der Unmenschlichkeit der Meldepflicht«, gegen das »Gebrüll pseudolinker Schreihälse«, deren »Antifaschismus in der Sicherung einer ungehinderten Verbreitung des AIDS-Virus an alle« bestehe, gegen staatliche Zurückhaltung, »deren einziger Sinn (. . .) die Massentötung aller sexuellen Nicht-Duckmäuser und die sexuelle Verzwergung des Restes ist« und die einer »fakultative(n) Todesstrafe auf sexuelle Selbstbestimmung« gleichkomme, gegen die Benutzung von Präservativen, die lediglich ins »Paradies für Feministinnen« führe und gegen die Aids-Hilfen, deren Politik »Naturschutz für AIDS-Viren« bedeute, setzen sie die schon von Auhagen verkündete »flächendeckende Lösung zur Herbeiführung menschlichen Glücks«, einen brutalen Sexualdarwinismus also, der »Kranke dingfest machen und aussondern (will), um die Piste freizuräumen, auf der die Gesunden sich austoben dürfen« (Günter Amendt).

Da Hoevels und Freudemann jedoch gleichzeitig von »einer flächendeckenden, möglicherweise von den USA ausgehenden Absprache zum Schutz der AIDS-Erreger (...) in den NATO-Staaten« überzeugt sind, mit deren Hilfe die herrschende Klasse »eine in erstickende Zwangsmonogamie eingepferchte, sexuell hoffnungslose und atomisierte Knechtsmasse verkniffener Neider« heranzüchten will, sehen sie momentan keine Möglichkeit, die zuständigen Behörden zur Durchführung ihres Programms zu bewegen. Auf absehbare Zdt, glaubt Hoe tels, haben daher nur »kohärente, durch gemeinsame Ziele verbundene und über erhebliche innere Disziplin verfügende Gruppen (...) eine erhebliche Chance, durch strenge innere Gesundheitskontrolle und Endogamie (wie mehr als 10 Jahre zuvor die AAO! WS) der Seuche zu entgehen und trotzdem ein erhebliches Maß an faktischer sexueller Freiheit zu bewahren. (...) Bis (zum Ende dieser neuen Eiszeit) werden sich nur sehr kleine Gruppen aus persönlich vertrauenswürdigen Einzelpersonen zu AIDS-freien Wohngemeinschaften zusammenschließen können (. . .) Sie müssen in den Katakomben bei gutem Gedächtnis und erträglicher Stimmung überlebt und sich im Untergrund herausgebildet haben. So wie der SDS (...) könnte dn neues Aufgehen des menschlichen Hoffnungslichtes von dem Schlachtruf begleitet werden: 'Schafft zwei, drei, viele AIDS-freie Zonen! '«

Ein Jahr dauert es, bis sich die Sekte von diesem Exzeß ihres »GuF« (= Gründer und Führer) erholt hat. Dann tritt sie als *Bund gegen Anpassung* mit dner Vortragsrdhe über Giordano Bruno, Galilei, Charles Darwin und Sigmund Freud abermals an die Öffentlichkeit, erklärt: »Wir wollen weder Müsli noch Mittelalter!« und schwärmt vom 68er Aufruhr: »Mit selbstgestrickten Säuglingen am vom grünen Ehemann bezahlten Hängebusen konnte man damals mit Recht noch jeden denkenden Menschen jagen.«

»Emmas« Anti-Porno-Kampagne bietet ihr Anfang dieses Jahres ein vorläufig letztes Mal Gelegenheit, »dem Verfaulen der ehemaligen Linken« mit den »Ideen von 1789« zu begegnen: Die Diplom-Psychologin Gisela Nohe verfaßt ein »Auch bei der größten Schweinerei: Alice Schwarzer ist dabei« betiteltes Pamphlet, in dem sie den Marquis de Sade als »Licht der Auflklärung« feiert und zum »besten Teil der Menschheit seiner Zeit« rechnet, Alice Schwarzer aber »kleingeistigen, menschenfeindlichen, anti-egalitären, d. h. eben feministischen Charakter« vorhält: »Man kann nicht gleichzeitig stricken und denken«. – »Also: Dreckfinger weg von de Sade!«.

Der Text wird zunächst verschiedenen Zeitschriften angeboten, ehe er schließlich als Flugblatt des *Bundes gegen Anpassung* bundesweit verbreitet wird. Statt der Verfasserin Gisela Nohe zeichnet nun M. Fischer presserechtlich verantwortlich. Das macht aber nichts: Margret Fischer ist eine der Herausgeberinnen der Hoevels-Zeitschrift »System ubw«, für die Frau Nohe bereits einige Aufsätze geliefert hat.

Ich danke Udo Schüklenk, Frank Seiß und der antifa-Gruppe Göttingen für Hinweise und Archivmaterialien

Konkret 06/88, S. 50

Franz Lerchenmüller

Peter Weiss lesen! Jetzt!

Es gibt sie wirklich, eine Literatur, deren Gegenstand die Politik und die dennoch nicht bloß gut gemeint ist, sondern ein Werk der Kunst: »Ästhetik des Widerstands« heißt das Buch

Gibt es Gründe, – schon, schon wieder, noch – über einen Autor zu schreiben, der vor sechs Jahren gestorben ist, hinreichende Gründe, wenn doch die wehleidigen wie die gehässigen Nachrufe noch in den Ohren klingen, die Werkausgabe erst in ein paar Jahren fällig wird, publizistischer Beistand wiederum von ihm nicht mehr zu erwarten ist beim Kampf um die 35-Stunden-Woche, gegen die Olympischen Spiele in Seoul oder für die Befreiung Südafrikas? Gibt es Gründe, wenn kein zehnter oder sonstiger Heldengedenktag ansteht, den pflichtgemäß zu begehen der Kulturbetrieb sich anschickt, eines Autors zudem, in dessen Werk keine prägnanten Vierzeiler über die Liebe zu plündern sind und wenig griffige Slogans?

Einen einzigen nur: die Sorge, daß seine Bücher nicht genug gelesen werden könnten. – Und warum, muß die Frage darauf lauten, warum Peter Weiss lesen? Die richtige Antwort ist fast tausend Seiten lang. Hier wird der Versuch einer verkürzten unternommen.

Natürlich erschöpft sich das literaturwissenschaftliche Interesse an Peter Weiss keineswegs in der Analyse seiner »Ästhetik des Widerstands«; das dokumentieren schon die zahlreichen Diplomarbeiten, von denen Gunilla Palmstierna-Weiss »fast jede Woche eine aus Deutschland erhält.« Vom berufsbedingten Interesse am Schriftsteller aber einmal abgesehen: Der Teil des Werkes, der auch für politisch und künstlerisch bloß einigermaßen aufgeschlossene Leser des Jahres 1988 Bedeutung hat, und der, jenseits aller Moden, in zehn Jahren noch genauso wichtig sein wird, ist die »Ästhetik«. Sie muß, solange sie erst in ein paar zehntausend Bänden verbreitet ist, immer noch und wieder neu angeraten, vorgehalten und gelesen werden; »Das Duell« zu enträtseln darf dagegen Germanistensport bleiben.

Wer allerdings beginnt, sich in den gewaltigen Block Literatur hineinzuarbeiten, wird irgendwann wissen wollen, was das für ein Leben war, dessen »Summe« nach Meinung der Kritik hier gezogen wurde, und wie einer versucht und geirrt haben muß, bevor er ein solches Buch schließlich schreiben konnte.

Berlin 1937, die Nazis sind an der Macht, SPD und KPD zerschlagen, einer der noch existierenden Widerstandszellen gehört der Erzähler, ein junger Arbeiter, an. In zahllosen Gesprächen mit seinen beiden Freunden versucht er, sich Klarheit zu verschaffen über die weltpolitische Lage, die Situation seiner Klasse in Deutschland und noch mögliche Formen der Gegenwehr. Er fährt nach Spanien und schließt sich den Internationalen Brigaden an, kommt über Paris nach Schweden, findet Arbeit in einer Metallfabrik und Anschluß an den deutschen Untergrund. Er lernt Brecht kennen, für den er Material zu einem Stück über den schwedischen Freiheitskämpfer Engelbrekt sammelt, und beginnt die Winkelzüge der Politik seines Gastlandes zu durchschauen. In Deutschland kämpft und scheitert derweil die Widerstandsbewegung, die »Rote Kapelle« wird enttarnt, ihre Mitglieder, seine alten Freunde Coppi und Heilmann darunter, hingerichtet – Ereignisse, mit denen er nur noch indirekt verbunden ist. – Soweit der rote Faden, den Weiss durch sein Labyrinth gezogen hat.

Die »Ästhetik« ist keine Autobiographie, speist sich aber zum großen Teil aus Weiss' persönlicher Lebensgeschichte. Zwar stammt er, geboren 1916 bei Berlin als Sohn eines jüdisch-ungarischen Textilfabrikanten mit tschechoslowakischem Paß und einer ehemaligen Schweizer Schauspielerin, aus durchaus wohlhabendem Haus, in dem, auch dies anders als bei den proletarischen Jugendlichen, der Umgang miteinander von Gefühlskälte, autoritärer Gewalt und leeren Riten gekennzeichnet ist. Die Erfahrungen der Entwurzelung und des Exils aber sind wirklich durchlebte: Mehrmals wechselt die Familie den Wohnort, von Bremen über Berlin und England nach Warnsdorf in Böhmen, ehe sie 1938 vor dem Einmarsch der Nazis nach Schweden flüchtet, wo Peter Weiss bis zu seinem Tod in Stockholm leben wird.

Verbindung zu deutschen Widerstandskreisen hat er zu dieser Zeit nicht, sein Interesse an Politik erwacht erst mehr als zwanzig Jahre später. Er schreibt, malt realistisch-allegorische Bilder, hält sich mit verschiedenen Arbeiten über Wasser und führt eine der üblichen Bohemeexistenzen, wie überall bestimmt von materieller Armut, Ehrgeiz und enthusiastischer Suche nach eigener Individualität und neuen Ausdrucksmöglichkeiten, besonders geprägt aber auch durch das Verarbeiten tiefer persönlicher Schmerzen: des frühen Todes seiner Schwester, der seelischen Verwüstungen, die eine neurotisierende, vereinsamende Erziehung angerichtet hat.

Weder Bücher noch Bilder verkaufen sich, ein neues Medium erweckt sein Interesse, ab 1952 arbeitet er schließlich nur noch als Filmemacher, -theoretiker und -kritiker. Zusammen mit seiner Frau Gunilla dreht er bis 1961 achtzehn teils fragmentarische Streifen, Experimentalfilme zunächst, in denen »Elemente des Surrealismus und eines kalligraphischen Dokumentarismus eine oft brüchige und vage Verbindung mit Psychoanalyse« eingehen (Scheugel/Schmidt), später künstlerisch ambitionierte Dokumentarfilme über einen Jugendknast, Alkoholiker in Stockholm, einen Verkehrsunfall und eine Kopenhagener Vorstadt.

Ein kommerzieller Erfolg wird keiner von ihnen, öffentliche Förderung bleibt aus, es fehlt das Geld für weitere Filme. Weiss wendet sich wieder der Literatur zu. 1960 erscheint sein Prosaexperimentalstück »Der Schatten des Körpers des Kutschers« in Deutschland, die autobiographischen Arbeiten »Abschied von den Eltern« und »Fluchtpunkt« folgen. Doch nun, da die Suche nach den Konturen der eigenen Persönlichkeit abgeschlossen ist, befriedigt ihn immer weniger das um ihn selbst kreisende, sich selbst genügende und lediglich formalen Ansprüchen verpflichtete Kunstschaffen. Immer stärker gerät der Egozentriker Peter Weiss in Widerspruch zum politisch erwachenden, und was liegt ihm, dem Schriftsteller, näher, als diesen Widerspruch künstlerisch auszutragen: Er schreibt »Die Verfolgung und Ermordung Jean Paul Marats dargestellt durch die Schauspielergrupppe des Hospizes zu Charenton unter Anleitung des Herrn de Sade«. Das Stück, in dem sich zahlreiche Elemente und Züge Weiss' bisheriger Arbeit zu einem tollen Theaterspektakel verweben – surrealistische Schocks, die absurden Abläufe von Happenings, Lust an ungewöhnlichen Bildkompositionen, Vergnügen an der Provokation – stellt inhaltlich einen Neubeginn dar: Personifiziert in den Gestalten des von der Revolution enttäuschten, resignierten Individualisten de Sade und des immer noch von seiner Sache überzeugten, fast naiv optimistisch anmutenden Revolutionärs Marat treibt Weiss den Konflikt voran, den er in sich selbst austrägt: zwischen dem Gefühl hilflosen Ausgeliefertseins und dem »Trotzdem«, dem kämpferischen Willen zur Veränderung.

Noch sieht er sich zwischen den Stühlen, empfindet Abscheu vor der undurchschaubaren »Irrsinnswelt der Politik«, sucht nach dem berühmten Dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, dessen realexistierende Modelle ihn abstoßen. Doch schon gehören seine Sympathien Marat, und in den nächsten zwei Jahren verfestigt er sie zu einer eindeutigen politischen Entscheidung. Die 1965 veröffentlichten »Zehn Arbeitspunkte eines Autors in der geteilten Welt« gipfeln in dem Satz: »Die Richtlinien des Sozialismus enthalten für mich die gültigen Wahrheiten.«

Anders als die jungen Arbeiter der »Ästhetik«, die ganz selbstverständlich in ihre Klasse hineinwachsen, lernt Weiss erst spät, die Welt materialistisch zu verstehen. Die Themen der Dokumentarfilme hatten ein zunehmendes Interesse an der Gesellschaft um ihn herum gespiegelt. Nun, anläßlich der in Frankfurt anlaufenden Auschwitzprozesse, drängen lang beiseitegeschobene Schuldgefühle, die des Überlebenden gegenüber den im KZ ermordeten Freunden, ins Bewußtsein, verstärken die Bereitschaft, radikal zu denken und den Willen, sich politisch-moralischen und politsch-historischen Fragen zu öffnen, insbesondere dem Faschismus auf den Grund zu gehen. Wie für die Akteure der »Ästhetik« aber ist es für ihn keine besondere Frage, daß Konsequenz den Kommunisten ausmacht, politische Erkenntnis also in politisches Handeln münden muß. Gezielt nutzt er in den kommenden Jahren alle ihm zur Verfügung stehenden Kanäle, »die Sache« vorwärtszubringen. Seine Sache – und da wirken die Erfahrungen des Exils: Wer keine Heimat hat, ist auf der ganzen Welt zuhause – das ist der revolutionäre Internationalismus, die Verbundenheit mit den Befreiungsbewegungen in Angola, Südafrika und Vietnam. Gunilla und er nehmen an Demonstrationen und Kongressen teil, sie reisen nach Kuba und Nordvietnam, agitieren in Aufsätzen und Interviews gegen den Völkermord der USA. Peter Weiss verurteilt aber auch den Einmarsch der Sowjetunion in Prag, setzt sich öffentlich für Biermann und Pavel Kohout ein, bleibt im Westen wie im Osten umstritten. Bei allem Verständnis für die Bedrohung und den Überlebenskampf der sozialistischen Staaten hat Sozialismus, wie er ihn sich vorstellt, die Freiheit von Meinung und Kunst zu garantieren. Eine Position, um die er auch in zahlreichen Gesprächen in der »Ästhetik« wieder und wieder streiten läßt.

Parallel dazu geht, – »Aufklärung! Gegenöffentlichkeit!« – die Arbeit für das Theater weiter. Er greift unterschiedliche politische Themen auf – Auschwitz, Angola, Vietnam, Trotzki, Hölderlin – und riskiert immer wieder neue dramatische Formen, mit denen er auch oft genug scheitert. Jedes seiner Stücke ist, politisch oder künstlerisch, eine Provokation: Mit der »Ermittlung«, einer feierlichen Komposition vorsichtig bearbeiteter Aussagen aus den Auschwitzprozessen, eckt er in der Bundesrepublik an, weil er, der doch gerade erst so Gefeierte, es wagt, die deutsche Großindustrie als Nutznießer der Judenvernichtung durch Arbeit ins Bühnenlicht zu rücken; »Trotzki im Exil«, der Versuch einer historischen Ehrenrettung des Revolutionärs in erinnernden Rückblenden, führt zu einem längeren Bruch zwischen ihm und der Sowjetunion wie der DDR. Der »Viet Nam Diskurs«, 1968, ein »Stück für das wissenschaftliche Zeitalter«, kann als ausgefeiltestes Beispiel für Weiss' »Dokumentarisches Theater« gelten (und muß Reich-Ranicki noch zwanzig Jahre später als Beweis dafür herhalten, »wie die 68er Bewegung die Literatur kaputtgemacht hat«): durch Zusammenfassen, Verknüpfen und Gewichten historischer Unterlagen, – Briefe, Verträge, Zeitungsartikel – sollen die hinter einer politischen Entwicklung stehenden Grundstrukturen, die einwirkenden Kräfte und Interessen sichtbar gemacht werden. Statt individueller Charaktere stehen »Repräsentanten« auf der Bühne, das Geschehen soll ein überschaubares und verständliches Modell der Wirklichkeit abgeben, hier von zweitausend Jahren vietnamesischer Geschichte. Da solches Theater aber fast nur auf Erkenntnisgewinn durch intellektuellen Nachvollzug setzt und mit sinnlichen Anreizen geizt, wirkt es, wie Weiss bald selbst feststellt, »steril«, angestrengt.

Als Stilmittel findet sich die Methode der Verdichtung und Beschränkung in der »Ästhetik« wieder: Der Verzicht auf individualpsychologische Verästelungen bei der Zeichnung der Person des Erzählers macht es möglich, seine politische Bewußtseinsbildung als Prozeß zu schildern, wie er in Millionen von Menschen abgelaufen ist und ablaufen wird: ein exemplarisches Modell der Entwicklung des subjektiven Faktors.

Auch andere seiner bisher erlernten Arbeitstechniken bringt Weiss in der »Ästhetik« noch einmal meisterhaft zum Einsatz: die manchmal quälende Genauigkeit der frühen Prosa, die filmische Überblendung unterschiedlicher Zeitebenen, surrealistische Phantasien wie die der Begegnung mit dem toten Vater, der sich aus den Fußbodendielen des elterlichen Hauses herausbricht, und die, etwa aus »Hölderlin«, bekannte Mischung historisch beglaubigter und frei erfundener Szenen.

Die Umstände, unter denen deutsche Exilanten während des Krieges in Schweden Politik machten, hatte Weiss, wie gesagt, nicht kennengelernt; sich das Wissen darüber nachträglich anzueignen, bedeutet härteste Arbeit: Er studiert Unmengen von Büchern, wühlt in Zeitungsarchiven, interviewt alte Antifaschisten, reist nach Spanien, Paris, Bremen und Zürich, alles mit dem Ziel, das von ihm erfundene Romangeschehen auf der Ebene höchstmöglicher historischer Genauigkeit stattfinden zu lassen. Mit welch zäher Selbstverständlichkeit er sich neun Jahre lang immer wieder an den Schreibtisch setzt, trotz wiederholter Nierenkoliken und Herzattacken, der Kündigung des Ateliers oder der niederschmetternden Einsicht, nach achtzig Seiten noch einmal von vorn beginnen zu müssen, dokumentieren die gleichzeitig geführten Notizbücher, Arbeitsjournal und Tagebuch in einem, die ein wenig auch das voyeuristische Interesse des Lesers am Autor befriedigen. In Umrissen wird das Bild eines liebenden Vaters und Ehemanns sichtbar (– wobei die Bedeutung, die Gunilla Palmstierna-Weiss für das Zustandekommen des Werks hatte, doch wohl nur erahnt werden kann –), eines überempfindlichen, manchmal hypochondrischen Menschen, eines politisch mitlebenden, den »rasender, blinder Haß« überkommt, wenn er auf die Fotos von Kissinger und Nixon stößt. Gefühle, die, ebenso wie die reale Lebensgeschichte, in der »Ästhetik« nur unsichtbar anwesend sind, eingeschmolzen in den einen Guß, aus dem dieses Stück Literatur ist.

Die ausführlichen historischen Studien, zusammen mit seinem künstlerischen Vorstellungsvermögen, erlauben es Weiss, ein Thema zum Inhalt seines Romans zu machen, das immer noch als literarisch unfein gilt: Politik, »große« wie »kleine«. Er spürt den Motiven und Überlegungen hinter dem Hitler-Stalin-Pakt und den Moskauer Prozessen nach, läßt Anarchisten und Kommunisten in Spanien streiten und untersucht, warum SPD und KPD nicht zusammenfanden. Er kümmert sich aber auch um die kleinlichen Intrigen um die Führung einer Partei, das Zusammenschnipseln einer Zeitung im abgedunkelten Hinterzimmer, denkt über den Widerspruch zwischen Parteidisziplin und Selbstbestimmung nach, über die Rolle der Frau und die Aufgabe der Intelligenz im Klassenkampf. – An vielen Stellen wird deutlich, daß das Buch auch, wie Gunilla sagt, »eine Zusammenfassung all der jahrelangen Diskussionen mit unseren Freunden ist.« Keine Streitfrage wird abgetan oder apodiktisch entschieden; jede wird in der gebotenen Ausführlichkeit verhandelt, in der Breite aller Argumente, ausgehend von der Überzeugung, daß, wer auf Seiten der Unterdrückten kämpft, gute Gründe für sein jeweiliges Vorgehen hat und daß es sinnvoll ist, diese guten Gründe kennenzulernen und abzuwägen, bevor ein vorläufiges, immer wieder in Frage zu stellendes Urteil gesprochen wird: Dialektik ist das, lebendige und vorwärtstreibende Absage an die Dummheit des Dogmatismus.

Und noch ein anderes Mittel gegen die Erstarrung des Denkens kennt Weiss: die Kunst. »Wenn wir äußern, daß die Erde rund ist und sich um sich selbst dreht, dann bestätigen wir damit, daß es Besitzende und Besitzlose gibt (. .) Erst wenn wir bei der Vorstellung, daß wir uns auf einer rotierenden Kugel befinden, alle damit verbundenen Selbstverständlichkeiten vergessen, läßt sich die Ungeheuerlichkeit verstehen, die unser Denken bestimmt.« – Der Alltagsblick, dem alles Gewohnte unverrückbar, das falsche Bewußtsein, dem die bestehende Ordnung naturgegeben und unantastbar scheint – sie bedingen und stützen sich gegenseitig. Kunst hat sie zu zerstören; der Künstler hat noch Unvorstellbares Gestalt annehmen zu lassen, damit noch Undenkbares denkbar wird: politischer Aufruhr, Umsturz.

Natürlich resultiert die Bedeutung, die Weiss der Kunst beimißt, – unverzichtbarer Bestandteil des Instrumentariums zur richtigen Erkenntnis der Welt zu sein – , aus seiner jahrelangen Beschäftigung mit Malerei, ebenso wie die oft seitenlangen, bis in Nuancen exakten Beschreibungen von Gemälden und ihre historischen Interpretationen. Gericault, Delacroix, »Guernica«, die Göttliche Komödie, Kafka, der Sozialistische Realismus. Auf der Suche nach Maßstäben, wie eine umstürzende Kunst beschaffen sein könnte, überprüft Weiss Bilder, Plastiken, Bücher, ganze Stilrichtungen, er durchforscht den klassischen, bürgerlichen und sozialistischen Kulturfundus und stößt immer wieder auf einen wie Goya etwa, in dessen Bildern der Barbarei viel eher eine Ahnung davon aufblitzt, daß nichts bleiben muß, wie es ist, als dies später in gutgemeinten Versuchen, eine besondere Arbeiterkunst zu schaffen, je der Fall sein wird.

Die Lektüre der »Ästhetik« ist nicht leicht: Schonkostgewohnte Leser werden ihren Widerwillen gegen harte Brocken überwinden und sich in scheinbar endlose Sätze, absatzlose Seiten und ausgedehnte Schilderungen verbeißen müssen. Doch sie werden zunehmend an Selbstbewußtsein gewinnen, weil da einer nicht fragt, was ihnen zugetraut werden darf, sondern, was ihnen zugemutet werden muß, und dafür das Beste an Literatur für gerade gut genug hält, und immer mehr wird ihnen die Anstrengung auch zu einem ganz eigenen, neuen Vergnügen werden: dem, anstatt ein Buch durchzuschmökern es sich in konzentrierter geistiger Arbeit anzueignen.

Ein Buch mit hohem Gebrauchswert zudem: Als materialistisches Geschichtsbuch läßt es sich nutzen, als Kunstführer, als eine Sammlung von Biographien vergessener Linker; es kann als Steinbruch für Argumente dienen – ein Weiss-Symposium der DKP wurde 1987 zu einem Forum des Streits um die Neuorientierung der Partei – , mag Anstoß sein, den eigenen

politischen Werdegang zu durchforschen, wie das vor Jahren eine Gruppe Berliner Gewerkschafter unternahm. Ein Kunstwerk ist es, an dem sich das Urteilsvermögen schärfen und das unduldsam werden läßt gegen die Klebrigkeit linken Kitsches.

Zu einem aber taugt dieses Arbeitsbuch »Ästhetik des Widerstands« vor allem: wenn einem gerade wieder einmal schwindlig geworden ist vor lauter Postmoderne, Zeitgeist, Derrida und Lafontaine, sich ein paar einfacher Wahrheiten zu vergewissern: Klassen gibt es. Klassenkampf ist, zu sagen, daß Klassenkampf ist.

Konkret 06/88, S. 54

Erich Kuby

Buch des Monats: Natürlich Mord!

Gerhard Zwerenz: »Soldaten sind Mörder«. Die Deutschen und der Krieg, Verlag Knesebeck & Schuler, München 1988, 430 S., 39,80 DM

Hinter dem Titel des Buches, das hier angezeigt wird, steht kein Fragezeichen. Wer das Buch in den Schaufenstern der Buchhandlungen liegen sieht – derzeit in erstaunlich vielen, auch wurde der Autor inzwischen sechzigmal zu Lesungen eingeladen – wird die Anführungszeichen vielleicht gar nicht bemerken. Zwerenz versteckt sich hinter Tucholsky, von dem stammt, 1931 geschrieben, der Titel: »Sagte ich Mord? Natürlich, Mord. Soldaten sind Mörder«. Vor einem halben Jahrhundert war all das noch nicht passiert, was heute eigentlich verhindern sollte, daß der Titel nur Ärgernis erregt. Nur? Da bin ich gar nicht so sicher. Gar nicht? Das ist unwahrscheinlich. Denn wer weiß schon, daß von den 20 Millionen Männern, Frauen, Kindern der UdSSR, die im Zweiten Weltkrieg ihr Leben verloren, nur ein kleiner Teil in Kämpfen an einer Front gefallen sind; daß die Mehrheit von Soldaten umgebracht worden sind, von deutschen Soldaten. Sie gehörten dem Heer, der SS und den Einsatzgruppen an. War das Mord?

Natürlich, Mord! Diese Deutschen in Uniform waren staatlich zugelassene Mörder. Aber es geht dennoch nicht an, »die toten deutschen Soldaten (die doch nur ihre Heimat verteidigt haben) den anderen Opfern als 'Täter' gegenüberzustellen, wie es leider geschehen ist.« Das sagte Alfred Dregger 1986. An solchen patriotischen Manipulationen erwiesener Sachverhalte nimmt Zwerenz Anstoß.

Inzwischen sind in West und Ost die Soldaten mit Waffen ausgerüstet, die nicht mehr dazu taugen, im Kampf an einer Front eingesetzt zu werden. In einem dritten Weltkrieg wird die Unterscheidung zwischen gefallenen Soldaten und ermordeten Zivilisten noch viel schwieriger werden, als sie es schon beim letzten Mal im Bombenkrieg gewesen ist; ja, sie wird unmöglich sein, und Soldaten werden sich von gewöhnlichen Massenmördern nur dadurch abheben, daß sie straflos morden dürfen. Hätte Zwerenz mit seinem Buch auf diese Zukunft abgezielt, so hätte er schreiben können: Soldaten werden zu Mördern. Aber er meint die Gegenwart, und weil wir Deutschen derzeit keinen Krieg führen, jedenfalls keinen heißen, sondern »nur« in der ideologischen Kriegführung fortfahren, so bleibt ihm nichts übrig, als uns vorzuführen, wie die Mörder von gestern, besonders die hochgestellten, in der BRD einen ruhigen, von Pensionen ausgepolsterten Lebensabend verbringen können, in Schutz genommen von den Dreggers und Wörners. Und wie militärische NS-Traditionen hoch und heilig gehalten werden. Was soll's mit Stalingrad und Holocaust – »der teutsche Soldat ist ein tapferer Kerl gewest und hat sein Ehr' nit verlore«.

Der Soldat Zwerenz bedauert heute, auch ein tapferer Kerl gewest zu sein, aber wenigstens hat er sein Ehr' verlore, er ist nämlich 1944 desertiert. In diesem Buch, in dem es von autobiographischen Bezügen nicht zu seinem Nachteil wimmelt, heißt denn auch das letzte Kapitel: »Das Prinzip Desertion«, und darin stehen solche Sätze wie: »Die Desertion ist die wahre Friedenspflicht. Indem ich mich weigere, bin ich.« Daß in Bremen Bürger wagten, ein Deserteursdenkmal aufzustellen, kommt Zwerenz natürlich zu paß, und seinem Buch nicht minder.

Daß es zu einem guten Viertel aus Zitaten besteht, ließe sich darauf zurückführen, daß es kaum eine bequemere Methode gibt, Buchseiten zu füllen. Der Abdruck des Wortprotokolls der Vernehmung des SS-Führers Otto Ohlendorf im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß umfaßt sechzig Seiten, und, offengestanden, das fand ich bei der ersten Lektüre ein wenig zu lang. Aber dann bedachte ich, daß Dokumente über die deutsche Kriegsführung in der Sowjetunion hierzulande so unbekannt sind wie Hölderlins Gedichte, und es Zwerenz schwer gefallen wäre, ein anderes NS-Dokument zu finden, das seinen Buchtitel auf gleich schauerliche Weise gerechtfertigt hätte.

Seitdem Zwerenz aus der DDR in die BRD umgezogen ist, was 1957 geschah, und sich hier zu einem bekannten Schreiber gemausert hat, ließ er sein Publikum an mancherlei Wandlungen teilnehmen. Nicht alle konnten mit Beifall wahrgenommen werden. »Soldaten sind Mörder« möchte ich dahin deuten, der Autor habe sich, wie man so sagt, am Riemen gerissen, obwohl das Buch eher montiert als geschrieben ist. Aber die Wut, die sich auf jeder Seite kund tut, durch die jedoch verletzte Humanität durchleuchtet, halt es zusammen. Mich wundert ein wenig, daß der Ex-Soldat Zwerenz sich vorwiegend an Offizieren und/oder Politikern reibt, aber kein Wort darüber verliert, wie er seine Kameraden, die nach dieser These eigentlich auch Mörder gewesen sein müssen, erlebt hat Jahr um Jahr in der großdeutschen Wehrmacht.

Ich sage das nicht von ungefähr. Der Ex-Soldat E.K. kann dem Autor eine Erfahrung liefern, die ein zusätzliches Argument für die Richtigkeit des Tucholsky-Zitats darstellt. Ich desertierte nicht, wurde nach drei Jahren Rußland glücklicherweise in Frankreich von Amerikanern gefangen. Besondere Umstände, zu denen eine Gefängniszeit gehörte, die mich vor Stalingrad bewahrte, bewirkten, daß ich von einem Truppenteil zum andern befohlen wurde. Nach meiner Schätzung bin ich während etwas mehr als 2.000 Kriegstagen mit etwas mehr als 2.000 »Volksgenossen« in persönliche Berührung gekommen, die alle miteinander im Zivilleben brave Ehemänner und Väter gewesen sind, und, soweit sie überlebten, dazu auch wieder wurden.

Unter ihnen fand ich 9, in Worten neun, mit denen ich offen reden und sagen konnte, was ich dachte. Alle übrigen, rechnerisch also 1991, hätten mich »gemeldet«, so daß ich auf ganz andere Weise, nämlich als ein politischer Verbrecher, vor ein Kriegsgericht gekommen wäre – dessen Bekanntschaft machte ich wegen Wachvergehens und Beleidigung eines Unteroffiziers – und das heißt, ich hätte den Krieg nicht überlebt. Im Klartext: Ich hatte es, von jenen neun Ausnahmen abgesehen, mit potentiellen Mördern zu tun. Von den Mitgefangenen, mit denen ich in Smolensk hinter Gittern zusammenkam, waren etwa die Hälfte Opfer von Denunziationen. Das mag einer der Gründe sein, daß ich, wenn auch nicht unkritisch, mit einem positiven Vorurteil an die Lektüre von Zwerenz' Buch herangegangen bin. Vielleicht täusche ich mich, aber mein Eindruck ist, daß sich unser beider Stolz, Deutsche zu sein, in Grenzen hält. Das macht ihn, und möglicherweise auch mich, zu »Nationalmasochisten«, ein bei Wende-Historikern anscheinend beliebter Ausdruck, den ich aber erst bei Zwerenz entdeckt habe. Ja, die Wende beschäftigt ihn: »Historikerdebatte, Wendepolitik und FAZ-Leitartikel sind die Fortsetzung des Zweiten Weltkrieges mit anderen Mitteln«. Na, na, denkt man. Dann denkt man nach. Hm, denkt man, hm.

Konkret 06/88, S. 56

Klaus Dede

Von der Meuse bis an den Njemen ...

Von der belgisch-französisch-holländischen Maas bis an die sowjetische Memel reicht das »Deutschlandlied«, das die Bonner Nation »über alles« schätzt. Hier die Geschichte und Bedeutung dieses im ersten Teil chauvinistischen, im dritten Teil nichtssagenden Schmachtfetzens, der da »Nationalhymne« heißt

Am 8. Mai 1952 verkündete das »Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung«: »Das Deutschlandlied ist Nationalhymne«. Das hatte der damalige Bundespräsident Heuss, von Bundeskanzler Adenauer gedrängt, höchst widerstrebend verfügt. Verständlich: Denn das »Dritte Reich«, dessen Hymne eben auch das »Lied der Deutschen« war, hatte gerade erst seit sieben Jahren aufgehört zu bestehen und die Trümmer, die der deutsche Nationalismus hinterlassen hatte, lagen unübersehbar vor Augen. Und nun schon wieder: »Deutschland, Deutschland über alles«?

Gewiß, man benötigte irgendeine Melodie, die man bei feierlichen Anlässen spielen konnte, etwa wenn Sportler auf dem Siegertreppchen standen oder wenn ein ausländischer Staatsgast zu begrüßen war, aber für diesen Zweck hätte man den preußischen, notfalls auch den bayerischen Defiliermarsch wählen können oder auch, falls beides nicht genehm war, das beliebte Volkslied »Hänschen klein. . .« – warum mußte es dieser Text sein?

Die Frage wurde beantwortet – indem man sie vergaß. Das Deutschlandlied blieb den Deutschen im Rausch des Wiederaufbaus unwichtig. Das soll nun anders werden. Denn jetzt veröffentlichte der Ullstein Verlag endlich ein 208 Seiten starkes Werk von Guido Knopp und Ekkehard Kuhn über »Das Lied der Deutschen«, in dem »das Schicksal einer Hymne« dargestellt wird.*

Geschmückt ist das Buch mit einem Vorwort von Walter Scheel, »Altbundespräsident« und berüchtigter Sänger deutschen Liedguts: »Je besser wir ... die Brüche und Irrwege unserer Vergangenheit erforschen und verstehen, umso eher werden wir die aus unserer Geschichte erwachsenen Aufgaben begreifen, die da heißen: Bewahrung der Deutschen Nation, Einheit Deutschlands, Schaffung Europas, Sicherung des Friedens.« Nach diesem Griff an das Koppelschloß verkündet Scheel mit entwaffnender Schimmerlosigkeit: »Die gewachsenen Elemente Europas sind die Nationen, und entsprechend ist auch die Deutsche Nation nicht überholt.«

Wie sagte doch Wilhelm Busch:

»Vor allem der Politicus

gönnt sich der Rede Vollgenuß,

und wenn er von was sagt, so sei's,

ist man auch sicher, daß er's weiß.«

Also wollen wir spaßeshalber unserem Walter Scheel glauben, der sicherlich unter Sängern als hervorragender Historiker gilt. Zu einer Nation gehört aber eine Nationalhymne und diese ist, ganz klar, das Deutschlandlied des August Heinrich Hoffmann von Fallersleben.

Warum?

Dies wollen uns Guido Knopp und Ekkehard Kuhn erklären. Sie beginnen mit ihrer Geschichte im Jahre 1841. Damals machte nämlich besagter Dichter auf der damals englischen Insel Helgoland Urlaub. Und hier geschah es, daß er sich eines abends in der Gesellschaft einiger Bauern aus dem Lande Hadeln (bei Cuxhaven) fürchterlich besoff, was eine entsprechende Katerstimmung hervorrief, die ihn leider zwang zu dichten, darunter eben jenes »Lied der Deutschen«, das uns hier beschäftigt. Hoffmann bemerkte sogleich, daß ihm hier ein großer Wurf gelungen war, und so verlangte er denn von seinem Verleger Campe als Honorar die unerhörte Summe von vier Louisd'or, was nach heutigem Geld eine Summe zwischen 1000 und 2000 Mark bedeuten würde (so weit man heutiges Geld mit dem damaligen vergleichen kann), und dieser zahlte auch. Das Gedicht wurde sogleich gedruckt.

Aber: Erst am 11. August 1922 wurde aus dem »Lied der Deutschen« das »Deutschlandlied«, will sagen: Erst an diesem Tage proklamierte der Reichspräsident Friedrich Ebert den Text samt der von Josef Haydn übernommenen Melodie zur »Nationalhymne des Deutschen Reichs«. Was geschah in den achtzig Jahren, die dazwischen lagen? Knopp und Kuhn nennen zwei Daten:

»1843 erschien es in einem Commersbuch Deutsche Lieder. 1844 wurde es in Ludwig Bechsteins Deutschem Dichterbuch und im Allgemeinen deutschen Lieder-Lexikon abgedruckt.«

Und: »Am Anfang stand ein Heeresbericht. Es ist Mittwoch, der 11. November 1914.... An diesem Tage gibt die Deutsche Heeresleitung (richtig: Oberste Heeresleitung) bekannt: 'Westlich Langemarck brachen junge Regimenter unter dem Gesange 'Deutschland, Deutschland über alles' gegen die erste Linie der feindlichen Stellungen vor und nahmen sie.'«

Im übrigen registrieren sie, daß sich das »Lied der Deutschen« zu Lebzeiten des Dichters (er starb 1874 als Bibliothekar des Herzogs von Ratibor in Corvey) als Nationalhymne nicht durchsetzte. Die Soldaten, die 1870 gegen Frankreich ins Feld zogen, sangen die »Wacht am Rhein« – und dann?

Wo es spannend wird, schweigen Knopp und Kuhn. Deshalb will ich ihnen verraten, was ihnen entgangen ist:

Das »Lied der Deutschen« wurde in der Tat zunächst von besoffenen Studenten in ihrer Kneipe gesungen, weswegen es auch in dem von mir benutzten Commersbuch aus dem Jahre 1855 unter der Rubrik »Vaterlands-, Helden-, Freiheitslieder etc.« verzeichnet steht, jedoch unter »ferner liefen«, genau an siebter Stelle. Mit anderen Worten: Es war bekannt, sogar beliebt, keineswegs aber einzigartig. Diesen Rang erhielt es erst in den siebziger Jahren, als man alljährlich den Sieg von Sedan feierte. Hier sang man »Heil! Dir im Siegerkranz« zu Ehren des Kaisers (und in Preußen auch zu Ehren des Königs) und die »Wacht am Rhein« zu Ehren der Armee, aber womit drückte man das »Nationalbewußtsein« aus? Dies konnte die Hohenzollernhymne nicht leisten – also griff man zu einem Studentenlied, das man von der Kneipe her kannte: »Deutschland, Deutschland über alles...«

In den achtziger Jahren setzte eine neue Phase ein: Mit dem Beginn einer deutschen imperialistischen Politik brauchte man ein Lied, das den Anspruch auf einen »Platz an der Sonne« (Reichskanzler Bülow) emotional unterstützte. Welches konnte diese Aufgabe besser leisten als jener Text des Hoffmann von Fallersleben, der ja nicht nur mit den Worten beginnt »Deutschland, Deutschland über alles«, sondern darüber hinaus fordert, daß dieses »zu Schutz und Trutze« – in modernem Deutsch: in Verteidigung und Angriff – zusammenhalte. Und so sang man denn den Text zunächst in den Versammlungen der extremen und – durchaus nicht nebenbei – antisemitischen Rechten. In dieser Phase wurde das Deutschlandlied zur Parteihymne jener Nationalen, die das Deutsche Reich ganz bewußt und gezielt (spätestens seit 1912) in den Weltkrieg hineinsteuerten, einmal, um die Vorherrschaft in Europa zu erlangen, und zum andern, um die drohende Revolution im Innern abzuwenden.

Mit anderen Worten: Das »Lied der Deutschen« war in jenen bürgerlichen Kreisen, die dieses Programm billigten, populär, weil es in knappen vier Zeilen ausdrückte, um was es ging, während es von der Sozialdemokratie abgelehnt wurde (was natürlich den Historikern Knopp und Kuhn entgeht, weil sie nämlich im wesentlichen den Nationalisten Gerstenberg ausgeschrieben haben und weitere Recherchen offenbar nicht anstellten). Und nun ist es nur konsequent, daß das »Lied der Deutschen« zum Schlager der Augusttage des Jahres 1914 wurde.

In der Marneschlacht Anfang September 1914 scheiterte das Programm der Nationalen. Alles weitere – vier Jahre Erster Weltkrieg und der ganze Zweite Weltkrieg samt Auschwitz ist nur Nachspiel, aber in diesem hat die Langemarck-Legende als Versatzstück auf der nationalen Bühne eine wichtige Funktion.

Nebenbei: Natürlich hat die Oberste Heeresleitung damals gelogen. Die Soldaten, die, schlecht ausgebildet und von zynischen, menschenverachtenden Offizieren geführt, gegen die englischen Maschinengewehre in den Tod gehetzt wurden, haben natürlich nicht »Deutschland, Deutschland über alles« gesungen, was von unseren Autoren in einer merkwürdig gewundenen Form zugegeben wird: »Das 'Lied der Deutschen' wurde bei Langemarck als Erkennungssignal, aber auch aus patriotischer Begeisterung gesungen – wenn auch wohl nicht gerade während eines tausend Meter langen Sturmlaufs mit vollem Gepäck.« Genau dies aber hatte die Oberste Heeresleitung behauptet.

Doch das ist im Grunde kalter Kaffee, denn schon der nationale Bestseller-Autor Werner Beumelburg (»Sperrfeuer um Deutschland«) wußte im Jahre 1928 – so ist seinem Buch über die Schlacht bei Ypern zu entnehmen – , daß die offizielle Darstellung nicht zutraf, aber darauf kam es nicht an, denn entscheidend war die Botschaft, die mit dieser Nachricht transportiert wurde und die lautete: Wenn uns das Ziel, nämlich die Vorherrschaft in Europa, auch im ersten Anlauf nicht gelungen ist, so halten wir doch daran fest. Und so geschah es vier lange Kriegsjahre hindurch, die dann mit Niederlage und Revolution endeten, womit aber das nationale Bürgertum keineswegs aufgab.

Knopp und Kuhn, die ihren Gerstenberg offensichtlich sehr gut kennen, versäumen es nun in vermutlich irreführender Absicht, zwei Informationen weiterzugeben, die sie dessen Werk über das Deutschlandlied so gut hätten entnehmen können, wie ich dies jetzt tue:

1. »Am 12. Mai 1919 ist es (das Deutschlandlied) der traurige Ausklang der Sitzung der deutschen Nationalversammlung in der Aula der Berliner Universität als Antwort auf die Friedensbedingungen der Feindstaaten«, schreibt Gerstenberg und will damit sagen, daß dieses verfassungsgebende Parlament die Niederlage nicht akzeptierte.

2. »Im März 1920 gelegentlich des Kapp-Putsches rückte unter dem Gesange von 'Deutschland, Deutschland über alles', die Brigade Ehrhardt mit flatternder Marinefahne durchs Brandenburger Tor in Berlin ein.«

Dies ist der Hintergrund, vor dem man die »Proklamation des Reichspräsidenten« vom 11. August 1922 sehen muß. Mochte sich Ebert in seiner Hilflosigkeit in die dritte, nie beachtete Strophe flüchten (die übrigens bestenfalls nichtssagend ist), faktisch kapitulierte er vor jenen Kräften, die dabei waren, den lästigen Weimarer Staat beiseitezuräumen, um so alle

Kräfte zum entscheidenden Waffengang um die deutsche Herrschaft in Europa (und zur gleichzeitigen Vernichtung der Arbeiterbewegung) zusammenzufassen.

Deshalb ist es auch schlicht Geschichtsklitterung, wenn uns Knopp und Kuhn (sowie die Bundeszentrale für politische Bildung) weismachen wollen, die Nazis hätten dann das Deutschlandlied mißbraucht. Sie handelten völlig konsequent und im Sinne des deutschen Bürgertums, wenn sie es bei dem Deutschlandlied als Nationalhymne beließen, diese allerdings aus ihrer Sicht sinnvoll durch das Horst-Wessel-Lied ergänzten, denn schließlich war es ja Hitler, der unter den zahlreichen, untereinander verfeindeten völkischen Cliquen den Sieg davon getragen hatte und nun als »Führer« galt (und nicht Erich Ludendorff, beispielsweise), also mußten ihm alle anderen huldigen, indem sie die Parteihymne der Nazis sangen.

Natürlich sehen dies Knopp und Kuhn anders: »Zwischen diesen Daten, dem 30. Januar und dem 1. Mai 1933, liegen nur drei Monate. Doch in diesen neunzig Tagen hat die NS-Führungsclique das gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Leben Deutschlands gleichgeschaltet.«

Da sind sie wieder, die kleinen braunen Männchen, die 1933 vom Himmel fielen, mal eben, gegen den erbitterten Widerstand aller Deutschen, das Reich ruinierten und sich dann im Jahre 1945 nach vollbrachter Tat in Luft auflösten. Und weil diese merkwürdigen Gestalten, die 12 Jahre lang in Deutschland herrschten, gegen alle Tradition am Deutschlandlied festhielten, galt denn auch: »Am Ende des 'Tausendjährigen Reiches' war nicht nur Deutschland in Verruf gekommen, sondern auch das Deutschlandlied.«

Und deshalb sollte das Deutschlandlied geächtet bleiben? Nicht doch. Bereits im September 1949 gab es die erste Initiative im Deutschen Bundestag, die darauf abzielte, das »Lied der Deutschen« zur Nationalhymne zu proklamieren. Zu den Initiatoren gehörten Margot Kalinke (CDU) und Dr. Dorls, Mitglied der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei, mit taktischen Vorbehalten unterstützt von Franz-Josef Strau?, damals Generalsekretär der CSU. Aber nicht sie setzten sich durch – entscheidend war jene Szene, als Adenauer, der bis dahin als Sänger nicht hervorgetreten war, plötzlich und unvermutet im Berliner Titania-Palast die dritte Strophe des Deutschlandliedes anstimmte und der Sozialdemokrat Ernst Reuter plötzlich mitsang.

Das war die Lage, in der Heuss zu entscheiden hatte. Der Druck war groß: Zwar stand man unübersehbar vor den Folgen der nationalen Politik, aber in der Forderung, Deutschland »von der Maas bis an die Memel« zu einen (Etsch und Belt nahm man um des Reimes willen hin) waren sich ja alle Parteien (die KPD ausgenommen) einig. Eben dies verursachte die Bedenken bei Heuss, was für ihn spricht, Bedenken, die Adenauer teilte, denen er aber auf einem anderen Wege begegnete, indem er zwar von der Wiedervereinigung redete, aber die Spaltung Deutschlands betrieb und schließlich erreichte. Der Bundeskanzler brauchte also das Deutschlandlied für dieselbe Politik, die auch Heuss für richtig hielt. Es handelte sich mithin um einen Konflikt in der Methode, nicht im Ziel, und deshalb war auch jener Kompromiß möglich, welcher besagte, daß zwar das ganze Deutschlandlied Nationalhymne sein solle – also auch die erste Strophe – man aber bitteschön dann, wenn andere zuhören, die vielleicht deutsch verstehen, den dritten, inhaltlich nichtssagenden Vers singen möge.

Und dabei ist es dann geblieben. Die Deutschen hatten, wie gesagt, besseres zu tun, als sich um die Nationalhymne und um ihr Nationalbewußtsein zu kümmern. Und selbst heute, so teilen Knopp und Kuhn mit, fühlen sich etwa 46 Prozent der Untertanen dieser Republik durch das Deutschlandlied »nicht berührt«, was auch dadurch bestätigt wird, daß dreiviertel aller Menschen in diesem Staat den dritten Vers des Deutschlandliedes nicht oder nur unvollständig kennen.

Also lassen wir den Quatsch? Gott soll schützen, rufen unsere Autoren, denn: »So ist die wichtigste Lehre aus der Geschichte der Deutschen, im Hinblick auf das nationale Selbstverständnis Maß und Mitte zu finden. Nationale Selbstverleugnung ist ebenso abwegig wie nationaler Größenwahn. Beides ist eine Form der Hybris.«

Und nun teilen uns Knopp und Kuhn mit, wie es richtig ist: »Nationales Bewußtsein zeigt sich im Umgang mit nationalen Symbolen – wie der Hymne. Die Haltung zur Hymne spiegelt die Haltung zur nationalen deutschen Frage. Das Wissen um die Bedeutung und die Geschichte der Hymne (und damit meinen sie natürlich ihr Wissen) und ihr Gebrauch sind allin noch keine Politik, können die Spaltung Deutschlands nicht beseitigen. Sie sind freilich Aufforderung und Verpflichtung, ein einiges, freiheitliches und rechtsstaatliches Deutschland zu schaffen, ohne daß es ein gemeinsames Europa nicht geben kann.«

Da haben wir das alte nationale Programm: Wenn es jemals gelingen sollte, den Geschäftsbereich der Deutschen Bank bis zur Oder auszudehnen – und nichts anderes besagt die Formel von der »Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit« – bedeutet dies die deutsche Herrschaft in Europa. Die Marneschlacht wäre nachträglich gewonnen.

**UIIstein Verlag, 1988, 24,80Mark*

Kasten »Deutschland Deutschland allen Falles« auf Seite »57«

Deutschland, Deutschland,
liebes, pralles
Auf den Straßen liegt das Geld
Wenn es gegen Schmutz, Krawalle
Unteilbar zusammenhält
Von Martin Luther bis Doktor Oetker
Von wilder Ehe bis vermählt
Deutschland Deutschland allen Falles
Auf den Straßen liegt das Geld

Deutsche Türken, deutsche Pershings
Deutscher Bigmäc, deutscher Punk
Sollen in der Welt behalten
Ihren alten, schönen Klang
Deutsche Coca, deutsches Video
Deutscher Hopf- und Gerstentrank
Deutsche Türken, deutsche Pershings
Deutscher Bigmäc, deutscher Punk

Reinlichkeit und Pflicht und bleifrei
Für das deutsche Tartanland
Darauf laßt uns einen heben
Vorneweg und hinterhand
Oben ohne, Urschrei unten
Für das deutsche Tartanland
Glüh im Glanze unsres Blickes
Glühe deutsches Tartanland

»Lied der Deutschen«, neuere Fassung (Musik Joseph Haydn, Text zu wenig bekannter Autor)

Konkret 06/88, S. 60

Eckhard Henscheid

Musikplaudertasche

Es hat etwas Unheimliches. Frankfurt, Sonntag, 11 Uhr, Sinfonische Matinee: Gustav Mahler, Neunte Sinfonie. Da sitzen sie, rund tausend Mann hoch, 80 Minuten erwartend, den unheimlichsten Satz, der je in Tönen verfaßt wurde, eine Ballade der Herzstockungen, des durchaus auch körperlichen Schmerzes bis hin zum Nervenzusammenbruch, fast jenseits von Musik. Da hocken sie breit, die gemütlichen Frankfurter Kulturomas, die ewigen höheren Töchter und Kulturschnallen, die vom Samstagabend noch nicht ganz regenerierten Abteilungsleiter, und erwarten, die Hände brav am Handtäschchen oder auf dem Bierbauch gefaltet, gedämpfte Blechfanfaren buchstäblich aus dem Jenseits, lassen 29 Minuten lang den tief metaphysischen Grauensspuk der Quint-Quart-Motivik, die wie noch substanzlos verhuschten Sextolen der Bratschen, die noch einmal an Unheimlichkeit und Ungeheuerlichkeit zulegenden Bläsersignale über sich ergehen, wie nichts Böses ahnend, sondern gleichwie gottergeben – –

allesalles tropft an ihnen ab, erreicht ihre tiefinnerlichste Behaglichkeit nie und nicht, es hat was tiefst Unheimliches, ach was, es hat überhaupt nichts Unheimliches: Sicht- und fühlbar wird zusammen mit den Tönen allein »im Unheimlichen das Reich des unsäglichen Quatsches« (Ambrose Bierce).

&

Kurt Tucholsky, 1931: »Seit der Oktoberrevolution des Jahres 1917 besteht der Kapitalismus aus Angst und bösem Gewissen, also ist er noch grausamer als er vorher schon gewesen ist. Daher auch die maßlose Überschätzung der Musik, weil die keinem etwas tut.«

Überschätzung; oder aber, oft im gleichen Moment: Verarschung. Siehe »Bayern-4-Klassik«, ein tagtägliches Gedudel rund um die Uhr, und selbst Brecht/Weill, Schönberg und Eisler gehen da mit rein, ins Fulltime-Konzept. Falls es Stoiber ausgebrütet hat: Seine bisher reifste Tat.

»Musik zieht auf und ersäuft jede Veränderung« (Walter Serner).

&

Seit mindestens 1970 verspürt der süddeutsche Literatur- und Musikkritiker Joachim Kaiser das entsprechend große »Meistersinger-Glück«; seit 1987 fühlt er sich – und macht es auch noch öffentlich – auch in den Memoiren der Leni Riefenstahl sehr wohl.

So rundet sich denn alles in seine eigene Logik; aber man tut der Wagner-Großoper natürlich trotzdem unrecht, wenn man sie nur nach den berufsspezifischen Hirnschwurbeleien eines süddeutschen Großkritikers beurteilt. Sondern selig wie die Sonne hat sie auch noch das Pech, daß ihre insgesamt passabelste Schallplattenedition von zwei besonders ausgeschamten Kopfflachpfeifen, Karajan und Kollo, protektioniert wird. Nun, Wagner mochte eben selber seine Oper nicht so recht.

Zu unrecht.

&

Und hätte G. Verdi nichts hinterlassen als die letzten zwölf Minuten von »Macbeth«, 1. Akt: Von der Ermordung Duncans über den reckengewaltigen Auftritt der Macduff und Banco bis zur Entdeckung der Leiche: »Orrore! Orrore! Orrore!« (am besten, horrendesten in der älteren Einspielung unter Leinsdorf) – eine dramatisch-musikalisch hochökonomische Ballung von Dynamik & Grausen ohnegleichen: Er wäre allein deswegen glatt unsterblich; und jene Musiketepetisten und Hochgeistverwalter, die es unter Bach und/oder Mahler nicht machen und deren stocktaubes Ressentiment beim Namen Verdi noch immer dämlich zu hüsteln anhebt, soll schon wegen dieser ihrer kniefickerischen Erlesenheit jener Blitz streifen, der dann neben dem sich öffnenden Höllenschlund Thema des wie ein Lindwurm immer massiger und nimmermüd blutleckerisch sich wälzenden Akt-Finalensembles ist.

Jawohl, denen haben's der Verdi und ich aber gegeben, diesen anämischen Bach- und Mahler-Zauseln!

PS. Die unlängst stattgehabte ARD-Version des Verdi-»Macbeth« war hochbesetzt und so lächerlich, daß die Aura- und Fernsehtheoretiker Benjamin und Adorno ihre Freude dran gehabt hätten. Und ist es nicht in der Tat wunderbar, wie noch das Stadttheater Regensburg derart das großmächtige Fernsehen verdi-auratisch in seine stumpfsinnigen Schranken zu weisen vermag?

&

Quizfrage: Wo hat Verdi am schubertischsten komponiert, sich geradezu suhlend in Modulation und Harmoniewechsel, von (zur Hilfestellung:) d-moll nach G-dur nach g-moll nach Des-dur nach Es-dur nach Ges-dur nach Es-dur, und das innerhalb von nur drei Minuten? Wer's rauskriegt, kriegt von mir ein schönes Buch, ehrlich.

&

»Die Jazzkritik in unsern Printmedien verkörpert den einsamen Tiefpunkt an Inkompetenz, Fehlinformation, an gedanklicher und sprachlicher Schlamperei (. . .) Verblüffend oft tauchen in den Kritiken Namen von Musikern auf, die überhaupt nicht mitgespielt haben (...) Nach einem Konzert in einer Kleinstadt am Niederrhein bat mich einmal der Berichterstatter der dortigen Zeitung in einem Anfall von Ehrlichkeit, ich solle ihm doch bitte selbst eine kurze Kritik diktieren, er verstünde nichts von solcherlei Musik. So geschah es denn auch, später in der Kneipe.«

Und genau darüber, Volker Kriegel (»Unser Jazz und unsre Kritiker«), solltet Ihr Jazzer aber nicht klagen. Wer hat denn in den 50/60er Jahren immer gebetsmühlenartig darauf bestanden, der Jazz sei keine plane Kunst, sondern eine komplett neue »Lebensform«?

Von deren mediensystemüberwindender Macht mal ganz zu schweigen.

&

Wenn jene unserer emanzipatorischen Wissenschaftlerinnen, so da seit rund 15 Jahren scheint's wieder zunehmend damit beschäftigt sind, sexistisch-chauvinistische Haare in der tatsächlich hochpartiell chauvinistisch-frauenfeindlichen internationalen Literaturgeschichte zu suchen (und meist an der garantiert falschen Stelle zu finden; siehe Andrea Dworkin), nur über etwas Verstand und/oder detektivischen Spürsinn verfügten: Dann hätten sie sich zu allererst auf Chamissos von Schumann vertonten und populär gewordenen Liedzyklus »Frauenliebe und Leben« kapriziert. Fast Wort für Wort reaktionäre Denkmuster und Frauenstereotypen, selbst nach den Standards des frühen 19. Jahrhunderts: »Seit ich ihn gesehen, glaub' ich blind zu sein (. ..) Ich kann's nicht fassen, nicht glauben, wie hätt' er doch unter allen mich Arme erhöht und beglückt?«

Schlimm. Und doch – ist der Text schön. Und Vers und Musik zusammen: stellenweise steinerweichend schön. Und falls Ihr das bestreitet, Frauen, dann setz' ich demnächst aber wirklich zu einem Hammer an vollrohr sexistischer Glosse an ! Über Eure Vers- und Tonfühllosigkeit!

&

Zur Zeit spüre ich nämlich – Johannistrieb? – etwas Wildes in mir, nein-nein, nicht grad den Maler Salomé, um Gotteswillen, so verwildert auch der Akzent blendet, – trotzdem: Zur Zeit bin ich auf Wildes aus. Und wer mir meinerseits also im Bereich E-Musik etwas noch Ungestümeres anraten kann als die chromatische ff-Terzen-Kaskade am Schluß von Chopins letztem Prelude: dem empfehle ich wiederum die LP/CD-Einspielung mit der argentinischen Kettenraucherin Martha Argerich, doch, man hört den Qualm und revolutionären Pulverdampf ein bißchen mit, glaube ich fast.

&

»Nebenan rollte das alte Klavier in der lachenden Übermacht des schließenden Satzes Beethovenscher Glücksbegierde«, schreibt Arnold Zweig im »Grischa«-Roman über Beethovens Waldstein-Sonate. Und die Glücksbegierde, heißt es vorher, besteht in »Akkordgängen mit ihren Synkopen und wilden Rollen« – dieses Spezialglück aber hat Ludwig Marcuse in seiner Philosophie des Glücks offenbar übersehen.

Am wildesten rollt hier m. W. immer noch Gulda; Pogorelich hat die Sonate noch nicht – bei der Gelegenheit aber und um aus dem Manko eine Zusatzinformation zu machen: Die wildestens augenrollende (und streicherwogende) aller Opernarien heißt »So weih' ich mich den Nachtgewalten, sie locken mich zu schwarzer That«, sie ist daheim in Webers »Euryanthe«, und von dieser zu Unrecht weniger bekannten, feuerspeiend rachesüchtigen und ansonsten extrem ritterlichen Oper gibt es eine ganz vorzügliche Gesamtaufnahme.

&

Warum bei Joseph Haydn wohl einige Streichquartette und Messen mindestens Mozartschen Rang behaupten, während die allermeisten Sinfonien zwei bis drei Klassen darunter vor sich hinwurschteln, ja zeitweise hindumpfen? Weil Haydn bei den Quartetten a) oft selber mitfiedelte und derart den Prozeß der Individuation des bürgerlichen Ich fördern; weil er b) vor seinem Gott fesch dastehen; und weil er c) bei den Sinfonien die auftraggebenden Fürsten ob ihrer eingebildeten

Musikpassion verarschen wollte. Kurzum: Ein Sozialrevolutionär, sowieso, genau.

Konkret 06/88, S. 62

Klaus Pohl; Hermann L. Gremliza

Omelett, Graf von

Es waren alle da, die glauben, wenn sie da sind, seien alle da: der erste Bürgermeister, die Bankiers der City, die Staranwälte, die Stifter, die Chefredakteure, die Dreisterne-Gäste, die Begleitungen. Alle wollten dabeisein, als Klaus Pohls Komödie »Heißes Geld« Premiere hatte. Denn es hatte sich herumgesprochen: Der Stoff, der dem Stück zugrundeliege, sei der Zusammenbruch der Privatbank Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co, der einst feinen Hamburger und Frankfurter Finanzadresse
Gespräch mit Klaus Pohl

Klaus, wir wollen nicht über die Aufführung reden, nicht über die Regie, das Bühnenbild, die Schauspieler, sondern über das, was geschah, bevor der Vorhang aufging. Zunächst also: Wie bist du zu diesem Stoff gekommen?

Ich hatte mal den Plan, ein Stück zu schreiben, von dem ich nur den Titel wußte: »Der stille Gesellschafter«. Aber ich bin, trotz vieler Versuche, mit den Recherchen nicht so richtig weitergekommen.

Und dann kam dieser merkwürdige »Zusammenbruch« der SMH-Bank. Ich bin zu dem Prozeß nach Frankfurt gefahren und habe dort sehr erstaunliche Dinge beobachten können: Wie da keiner der Beteiligten genau wußte, wieviel Geld die Bank vergeigt hatte; wie einer der Bankiers erzählte, daß er nicht mehr so genau wisse, was bei einem Geschäft mit dem Iran, bei dem es um 60 oder 160 Millionen ging, besprochen worden sei, weil er leider sehr schlecht Englisch spreche und Geschäftsenglisch schon gar nicht; wie einer erzählte, sie hätten sich die Maschinen ihres Kunden mal angesehen, er hätte sie auch für verkaufsfertig gehalten, müsse aber sagen, daß er technisch nicht sehr begabt sei und nicht einmal einen Nagel in die Wand schlagen könne.

Ich hab versucht, mir das vorzustellen: Da wollen diese Bankiers ganz groß in ein Industriegeschäft einsteigen – ohne das geringste Wissen, was sie da eigentlich finanzieren. Die sehen da eine Maschine stehn, und einer sagt ihnen, das ist ein Doppelkniehebelbackenbrecher, und die haben keine Ahnung, ob ein Doppelkniehebelbackenbrecher vier Backen oder drei Räder hat. Sie mußten also schlucken, was man ihnen gesagt hat.

Zum Schluß wurde Graf Omelett wegen Untreue zu 3 Jahren und 8 Monaten, Münchmeyer oder Mönckeberg wegen Betrugs zu einem Jahr verurteilt, aber alles brach irgendwie in größeres Gelächter aus, vor allem die Kommanditisten, die endlich von dem Streß befreit waren, ständig versteuertes Geld zur Kapitalerhöhung nachspritzen zu müssen, und die nun endlich mal richtig cash hatten: beste Verlustvorträge – die zahlen nie wieder Steuern.

Also ein Schlüsselstück?

Das wäre ja totlangweilig. Nein, die hier erwiesene Wahrheit des Satzes: Die Gewinne werden privatisiert, die Verluste sozialisiert – das war mein Stoff.

Graf von Galen, der Pleitebankier, sah das anders.

Als ich mit meinem Stück fertig war und das Thalia-Theater sich entschlossen hatte, es aufzuführen, kam ein Schreiben des Anwalts von Graf Omelett: Sie hätten von dem Stück gehört und verlangten die Herausgabe des Textes, sonst würden sie sofort zum Gericht gehen. Das war der Eröffnungszug. Wie sich später herausstellte, hatten sie sich den Text schon längst besorgt. Nun waren alle im Theater sehr überrascht bis erschrocken, und es begann ein Nebenspiel: Das Theater auf der Flucht vor der Wirklichkeit.

Es setzten sich die Anwälte des Grafen und die des Theaters zusammen, um den Text nach Gesichtspunkten des Persönlichkeitsschutz-Rechts durchzugehen. Wenn es also in dem Stück heißt, daß die Baronin von Geldern-Bloth gern Schuhe einkauft, und die wirkliche Gräfin Omelett auch gern Schuhe einkauft, dann kann man sie daran wiedererkennen, und deshalb muß diese Passage im Stück gestrichen oder verändert werden.

Was macht man da, als Autor?

Man muß sich entscheiden, ob man sich auf Änderungen einläßt oder riskiert, daß das Theater das Stück absetzt. Aber man muß auch an der Wirklichkeit festhalten: Natürlich ist der Baron Geldern-Bloth auch Graf Omelett, aber er ist es nicht nur; er ist ein Stoff, an dem noch vieles andere klebt...

Er wird eine Kunstfigur, aber er bleibt in ihr erhalten?

So ist es, er geht darin auf. Wenn das nicht mehr möglich ist, dann kann man nur noch das Verfahren von Botho Strauß anwenden: Deutscher Lehrer in der Krise, kommt nach Griechenland, trifft, wie es der Zufall will, eine Fremdenführerin, die deutsch spricht und auch noch sehr hübsch ist und ein Verhältnis mit einem Dritten hat – und schon haben wir ein Theaterstückl mehr. Und das ist dann die westdeutsche Dramatik.

Wie darf man sich die Sitzungen der Anwälte vorstellen? Saß der Autor am Katzentisch dabei und durfte dann die Änderungen, über die man sich geeinigt hatte, ausführen?

Ich als Autor war garnicht dabei. Das Theater, vertreten durch seinen künstlerischen Betriebsdirektor und eine Anwältin, saß mit den Anwälten des Grafen zusammen und ging das ganze Stück anhand eines »Identifikationsrasters« durch. So nennt sich das. Da gibt es im Stück zum Beispiel eine Stelle, wo der Baron betet. Da sagte die Gegenseite: Weil es bekannt ist, daß der Graf sehr katholisch ist, kann man ihn daran erkennen. Oder auch daran, daß das Stück in Frankfurt spielt. Gut, habe ich gesagt, dann spielt es eben in Böhmen, aber da haben die gesagt, in Böhmen gibt es kein privates Bankhaus, dann erkennt man's erst recht.

Shakespeare und das Persönlichkeitsschutzrecht.

Wenn man etwa zehn Jahre Zeit und das Geld hätte, das der Graf Omelett hat, kOnnte man – so sagen mir die Juristen – durch aüe Instanzen gehen und das bis heute verbindliche Mephisto-Urteil des BGH aus den fünfziger Jahren überprüfen lassen. Aber ich habe nicht die zehn Jahre und nicht die Mäuse.

Und deshalb wurde anhand des Identifikationsrasters das Stück neu geschrieben?

Nein, nicht gerade neu geschrieben. Aber das eindeutig Erkennbare mußte verallgemeinert werden. Einmal sagte der Anwalt des Grafen: »Wenn Sie das Stück verbürgerlichen, sind 50 Prozent der Probleme vom Tisch.« Mal mußte der Ortsname München geändert werden, weil der Graf mal in München war – wobei ich nicht München gewählt hatte, weil der Graf mal da war; mal durfte der Scheich nicht vom Kölner Karneval kommen, weil ein Scheich mal vom Mainzer Karneval gekommen war – er kommt jetzt vom Münchner Oktoberfest. Das war so schneckenfresserisch und lächerlich: Die gelben Tulpen durften nicht gelbe Tulpen sein, weil die Gräfin mal gelbe Tulpen hatte. Andererseits durfte der Tausch von Papieren und Vermögenswerten zwischen dem Baron und der Baronin nicht Tausch genannt werden, sondern mußte Übertragung heißen.

Schlichte Frage: Warum läßt ein bekannter und mit vielen Preisen ausgezeichneter Autor sich sowas gefallen?

Wenn das Theater, das etwa eine Million in so eine Inszenierung steckt, der Meinung ist, daß es die Risiken eines Rechtsstreits nicht eingehen sollte, bleibt dem Autor nur die Wahl, entweder Konzessionen zu machen oder auf die Aufführung zu verzichten.

Hat das Stück durch die Verhandlungsergebnisse der Anwälte Schaden genommen?

Substantiell nicht. Andere Schäden kann nur der beurteilen, der das Stück geschrieben hat. Ich nehme ja nicht diesen Schuh-Tick oder das Beten oder den Karneval, weil ich auf eine bestimmte tatsächliche Geschichte hinweisen will. Karneval in Köln hat einen anderen Klang, einen anderen Rhythmus als Oktoberfest in München.

Wie endeten die Verhandlungen?

Geendet haben sie noch gar nicht. Ein Anwalt des Grafen und der wegen Betrugs verurteilte Münchmeyer-Sohn saßen in der Premiere, und anschließend bekamen wir wieder einen Brief, in dem sie neuerlich den Text verlangen. Am liebsten würden sie das Stück noch umschreiben oder selbst ein Stück schreiben, wie es wirklich war.

Einen Erfolg hat die gräfliche Intervention gehabt: daß wenigstens das Premierenpublikum in jedem Moment darauf gelauert hat, Figuren auf der Bühne mit welchen aus der Wirklichkeit identifzieren zu können.

Das haben sie mit ihrem merkwürdigen Zirkus erreicht. Aber das bleibt wohl auf das Premierenpublikum beschränkt. Es ist sicher ganz amüsant, wenn da mal ein Fäßchen aufgemacht wird und die Leute raten können, ob der oder jener gemeint sein könnte. Aber ich will mit dem Stück ja mehr: nämlich auf eine Konstellation hinweisen, in der gewisse Figuren mit Macht und Geld umgehen. Natürlich sitzt das Personal meiner Stücke auch im Zuschauerraum des deutschen Stadttheaters – anders als das Personal, das bei Kroetz auftritt; die gehen ja nie ins Theater, die sind nur freigegeben, um von solchen Leuten als Halbaffen bestaunt zu werden. Aber wenn dieses Publikum, diese Klasse auf die Bühne gebracht wird, sind sie sehr emsig dabei, an ihrem Bild mitarbeiten und bestimmte Klumpfüße wegstreichen zu wollen.

Nun könnte man sagen: Und die Kritik hilft ihnen dabei. Aber das allein würde den Mißerfolg des Stücks bei der Kritik und beim Premierenpublikum nicht ganz *erklären. Du wolltest die Lächerlichkeit der Geldgötter vorführen, du zeigst, wie sie mit hunderten von »Mios« rumschmeißen, Pillen einwerfen, Wetten abschließen, wer die billigste Hose kaufen kann, Zoten erzählen – aber: Lächerlichkeit bedarf, wenn sie empfunden werden soll, des Kontrasts zur Seriosität, zum – ich sag mal: – Ernst des Lebens. Aber dieser Bezug zur Realität kommt in deinem Stück nicht vor: Die Mios kommen einfach aus der Druckpresse und verschwinden wieder, wenn der falsche Knopf am Computer gedrückt wird. 2,1 Milliarden haben diese Privatbankiers vergeigt, und man kann ziemlich genau ausrechnen, wie viele Arbeiter bei Krupp oder Daimler wie viele Jahre ihres Lebens den Buckel krumm machen müssen, um diese Werte zu erarbeiten. Liegt es vielleicht daran, daß du dich ein wenig in den Irrsinn dieses Barons von Geldern-Bloth verliebt hast?*

Vorweg, weil du von Mißerfolg sprichst: Wir müssen schon sehr lange nachdenken, um etwas an Spannung vergleichbares wie »Heißes Geld« zu finden. Und außer der Springer-Presse und der »taz« – nur Hymnen auf das Stück.

Jetzt zu der Frage, ob ich mich wohl in den Baron und seinen Irrsinn verliebt hätte. Nicht Liebe, aber Lust hatte ich, ihn zu zeichnen: den Ehemann, der sagt, ich bin Bankdirektor, aber ich weiß nicht, was Geld ist, der lacht und sich darüber freut, daß er ein Esel ist, für den dreiundrei gleich fünf ist. Mir stockt dabei gleichzeitig der Atem, aber ich kann ihn nur so auspinseln. Daß diese Leute gefährlich sind, das wissen wir, das hat Brecht in seiner »Heiligen Johanna der Schlachthöfe« gezeigt – er hat 6.000 Dollar ausgegeben, um zu recherchieren, wie die da mit ihren Schweinehälften rumschieben. Ich gehe davon aus, daß ein einigermaßen aufgeklärtes Publikum weiß, daß für Geld auch gearbeitet werden muß. Das Grauen, das schwarze Lachen kann ich nur auslösen, wenn ich jetzt in die Götterhalle gehe und erzähle, wie die Götter dort leicht angetrunken unser Schicksal verschieben. Der ausgebeutete Zeitgenosse tritt bei mir nicht auf – den muß das Publikum schon selber mitdenken.

Ich will diese Figuren nicht in ihrer Blutrünstigkeit beschreiben, sondern in ihrer bestialischen Lächerlichkeit und Ignoranz. Daß die böse sind, wissen wir, aber was wir nicht wissen: Wie die da hocken und sich vor jeder Entscheidung 'ne Pille reinhauen und sagen, wieviel reichen wir noch an den oder den rüber, wie sie sich dauernd anscheißen und was sie sonst noch für Macken haben, und wie sie dabei Werte verdaddeln, die andere mit Arbeit geschaffen haben.

Wenn man sich dann noch bewußt macht, daß die Deutsche Bank ein Geschäftsvolumen hat, das dem Etat der Bundesregierung entspricht – und wir wissen nichts davon, wie sie es machen. Die einen sagen, die sind ganz böse, die andern sagen, die werden das schon ordentlich machen, sonst wären sie ja nicht da. Ich glaube, es ist interessant, sich vorzustellen, daß das ganz gefährliche Suppenkasper sind.

Der Film »Wall Street« beschäftigt sich ja auch mit diesem Thema: Da erfährst du ein bißchen, daß die spekulieren, einen Konzern zerschlagen und anschließend mehr Mäuse haben, wobei es leider der Papa ist, der da mitverkauft wird... Aber es ist immer nur diese alte sentimentale Nummer, wie böse die Geldleute sind und wie gut die Ausgebeuteten. Ich aber glaube, daß sie beide gleich gut und gleich böse sind und nur die Frage interessant ist, wer die Macht hat und wie er damit umgeht. Für die, die keine Macht haben, ist es wichtig, den richtigen Blick für die Mächtigen zu haben, und der kann nur sein: sie in ihrer Lächerlichkeit und dadurch monströsen Gefährlichkeit zu entdecken und zu beschreiben.

Die Fragen stellte Hermann L. Gremliza

Konkret 06/88, S. 66

Horst Tomayer

Terror gegen Terpsichore

Wie einmal die sexistisch versteinerten Verhältnisse zum Tanzen gebracht wurden

Als wir Anfang Oktober in einem Westberliner Cafe zur Ressortverteilungskonferenz der Aktion »Schriftsteller machen die 'taz'« versammelt waren, riet mir Ernst Kahl, neben Elisabeth Kmölniger für die Visualisierung des Blattes während der drei närrischen Tage zuständig, mich für die Frauen-Seite zu melden. Er habe da ein schönes, großformatiges Blatt, das die »taz«-Leserinnen schwer zum Schmunzeln bringen könne. Ich erhielt vom Plenum den Zuschlag fürs Frauen-Ressort und rückte also das von Kahl künstlerisch bearbeitete Lichtbild ein, das er, Sammler von vom Wind namens Zufall Dahergewehtem, im Staub eines Hamburger Trottoirs aufgelesen. Ein von drei Tänzerinnen intensiv umtanzter Tänzer ist darauf zu sehen und – o, Gott! – die Tänzerin im Bilde links zieht dem Tänzer die Hasenpfote im Schritt sooo lang, daß es den Tänzer grausam schmerzen muß, aber der Tänzer ist reinste Contenance und – das kann er auch, denn Kahl hat lediglich mit seinem Pinsel ein bißchen Retuschespaß gemacht.

Das war im Oktober 87. Jetzt, ein halbes Jahr darnach, zeigen die beim Landgericht Itzehoe zugelassenen Rechtsanwälte und Notare Gunther Giese und Bernd Brahms, wohnhaft in der sozialdemokratischen Friedrich-Ebert-Straße in der Kleinstadt mit dem ADAC-allerwege gefürchteten Nummernschild PI der »taz« an, daß die dem Tänzer die Trikotage auszerrende Tänzerin »Frau Judith Carlson-Wohlgemuth (sie) mit ihrer Vertretung beauftragt« habe. Die »taz« habe in der Ausgabe vom 8. Oktober 87 ihre Mandantin »in ehrverletzender und sexistischer Weise abgebildet: Die Fotomontage wurde gefertigt aus einer Aufzeichnung des NDR einer Aufführung der Hamburger Staatsoper.« Das Persönlichkeitsrecht sei verletzt und (die Rechte für Ordnugrafü, Hinterpunktjon, Grimmatig sowie Synn liegen bei den Anwälten und Notaren): *»Sie haben überdies das Foto in die Intimsphäre unserer Mandantin erheblich verletzender Weise manipolatorisch verändert. Durch Retuschierung haben Sie das Trikot des abgebildeten Tänzers Jeffry Kirk nach unten gezogen und die Brustwarzen nachgezeichnet. Sie haben weiterhin in Höhe des Geschlechtsteiles des Tänzers eine langgezogene Ausbuchtung in das Trikot hineinretuschiert und das Ende davon unserer Mandantin in den rechte Hand gelegt. Diese Abbildung hat einen eindeutig sexuellen Charakter. Insbesondere wird unsere Mandantin so dargestellt, als hätte sie das Geschlechtsteil des Tänzers ergriffen und würde es einem imaginären Zuschauer zur Begutachtung darbieten Diese Darstellung verzerrt und verunstaltet die Szene aus dem Ballett, aus welcher das Foto entnommen wurde Sie haben durch diese Veröffentlichung in gröbsterweise in die Intimsphäre unserer Mandantin eingegriffen Sie ist seit 13 Jahren an der Staatsoper in Hamburg als Tänzerin engagiert, davon seit zwei Jahren als Solistin Die Veröffentlichung der Fotomontage Ihrer Zeitschrift hat zu einer erheblichen Aufregung nicht nur unter ihren Kollegen, sondern auch unter dem Publikum der Staatsoper geführt Unsere Mandantin ist in vielfacherweise auf dies Foto angesprochen worden, insbesondere da in keinerweise zu erkennen ist, daß es sich um eine Fotomontage handelt Dieser Eingriff in das Persönlichkeitsrecht unserer Mandantin ist umso unverständlicher, da Sie sich gerade in letzter Zeit verstärkt gegen sexistische Beeinträchtigungen von Frauen ausgesprochen haben und gegen derartige Publikationen öffentlich Stellung bezogen haben «*

Ja, und nun haben die Anwälte des Rechts der einen von den drei den Tänzer intensiv umtanzenden Tänzerinnen und die Notare des vom Künstler Kahl vermittelst Deckweiß begangenen sexistischen Verbrechens die »taz« »aufzufordern, eine Gegendarstellung des Inhaltes abzudrucken, daß es sich bei der seinerzeitigen Veröffentlichung um eine Fotomontage handelt«... und »unserer Mandantin für die erlittenen Berufsschädigungen einen angemessenen Ausgleich in Geld zu zahlen. Mit freundlichen Grüßen.«

Konkret 06/88, S. 68

Hermann Kant

Ich habe gelesen

Einem Schriftsteller, und einem Funktionär des Schriftstellerverbandes schon gar, werden öfter, als ihm lieb sein kann, Bücher mit der Bemerkung zugestellt oder zugesteckt, die hätten Drucklegung und Verbreitung auch in seiner Heimat verdient, und ersucht werde er, sich entsprechend einzusetzen.

Da es bei mir zu Hause an Leuten und Einrichtungen nicht mangelt, die gedacht sind, den Literaturverkehr in Gang zu halten, nehme ich derlei Eingesandtes nicht ohne die Frage entgegen, warum man statt eines Verlages oder Verlegers mich zum Adressaten machte, und ich vermute, die Angelegenheit, sprich das Buch, habe einen Haken.

Also ist gesorgt, daß ich die Drucksache wirklich lese, und manchmal konnte ich sorgen, daß auch andere sie zu lesen bekamen. Lieber ist es mir dennoch, selber zu bestimmen, worauf ich meine Lesezeit wende. Ich bin in dieser Hinsicht eher vergnügungssüchtig als bildungsbeflissen, und da ich mich nicht gerade asozial aufführe, erlaube ich mir beim Umgang mit Literatur eine Menge Egoismus.

Egozentrismus kommt auch vor, hier gleich ein Beispiel: Letzte Woche hat mir einer Jochen von Langs Bormann-Buch »Der Sekretär« über den Tisch geschoben und dazu gesagt, dieses Werk müsse, siehe oben. Schon des Untertitels wegen, »Der Mann, der Hitler beherrschte«, riß es mich nicht in die Lektüre, und überdies wußte ich, wie wenig sich unsere Historiker und die dazugehörigen Verleger für derart personalisierte Zeitgeschichte begeistern können. Sie sind auf Gesetzmäßigkeiten aus und weniger auf deren Sekretäre, und auf Darstellungen des Faschismus, wie er in Schwerin, Parchim, Halberstadt oder Bernau, in der heutigen DDR also, vorgekommen ist, sind sie, scheint es, auch nicht so scharf. Womöglich ist diese Haltung gedacht, die Wissenschaftlichkeit von Geschichtsbetrachtung zu stärken – ob sie aber geeignet ist, Geschichtsbewußtsein zu vertiefen, weiß ich wirklich nicht. Und schon gar nicht weiß ich, ob man auf diesem Felde zwischen Wissenschaft und Bewußtsein so sehr unterscheiden darf.

Aber das Buch von Jochen von Lang las ich, und zwar aus quasi privaten Gründen, denn in Parchim, wo Bormann an einem Mord beteiligt war, habe ich ein paar Jahre gelebt. Bei Lektüre des »Sekretär« erfuhr ich, wie sehr Martin Bormann mein Nachbar gewesen ist, Und nicht nur der, auch ein gewisser Höß, nachmals Kommandant von Auschwitz, hat sich in Parchim, meinem Parchim, herumgetrieben. Dank der Nachforschungen von Langs weiß ich, es haben sich Hößens und meine Spur, wenngleich bei einiger Zeitverschiebung, gekreuzt. Er ist Freikorpsmann, Fememörder und Landarbeiter auf dem Rittergut Neuhof bei Parchim gewesen, und als er zwanzig Jahre später in Auschwitz Massenmord betrieb, habe ich sehr oft auf dem Rittergut Neuhof bei Parchim gearbeitet. Genau gesagt, verbrachte ich den allerersten Tag meiner Elektrikerlehre beim Chausseehaus von Neuhof, und 33 Jahre später, auf dem Weg zum Poetenseminar im nahegelegenen Schwerin, musterte ich meinen Tatort und nervte anschließend die kommenden Dichtersleute mit dem Spruch, die von mir gefertigte Anlage sei noch in Betrieb, und den von ihnen gefertigten Versen wünschte ich ähnlich langen Gebrauchswert. – Was ich den versammelten Lyrikern bis heute verarge, ist, daß sie nicht fragten, wie hoch wohl der Anteil eines Ersttagslehrlings an einem Werkstück zu veranschlagen gewesen sei. Und mir verarge ich, daß ich erst 1988 aus einem bei Herbig in München erschienenen Buch erfuhr, in wessen Nähe ich mich aufhielt, als ich bei Parchim auf Elektromonteur studierte.

Von Bormann immerhin wußte ich schon, daß es ihn in meinem Parchim gegeben hatte, denn einmal habe ich Tür an Tür zu einer Wohnung gearbeitet, von der man raunte, es sei dort die Geliebte des Reichsleiters Bormann zu Hause, und den hohen Herrn habe man hier des öfteren gesichtet. Nun war ich damals in einem Alter, in dem man sich für Geliebte jeder Art heftig interessiert und auf höchste Herren ganz anders sieht, als diese wohl wünschen. Dennoch habe ich mir den Platz nur deshalb gemerkt, weil meine Arbeitsstelle nebenan von gräßlichster und schönster Eigenart gewesen ist. Der Wohnungsinhaber dort war bei einem Schnapsabfüller als Buchhalter beschäftigt, auf einer Ebene also, die mir hochgelegen vorkam. Um so mehr verwunderten mich die häuslichen Verhältnisse des Mannes: Seine Frau und ein kleines Kind lagen die ganze Zeit, während der ich in der Wohnung beschäftigt war, bis an die Nasenspitzen zugedeckt im Bett und beobachteten mich mehr als verängstigt, und alle Wäsche im Schlafzimmer hätte längst wieder einmal geteert gehört. Tatsächlich bin ich weder vorher noch nachher an einem ähnlich verschmutzten Ort gewesen, was etwas heißen will, da ich durch eine vergleichsweise ruppige Gefangenschaft mußte.

Um aber im Schlafzimmer des Buchhalters zu bleiben: Auf dem Kleiderschrank, den ich wegen meiner Strippenzieherei abrücken mußte, lagerte flockiger Dreckmull, aus dessen geologischen Schichten sich lesen ließ, wann zum letzten Mal Möbel und frische Luft ins Haus gekommen waren. Der Ekel machte mir Gänsehaut und würde mir bald Pickel wachsen lassen, und um hin und wieder halbwegs atembare Luft zu holen, floh ich in Abständen ins Nebenzimmer, das auch verstaubt war, aber wenigstens nicht bewohnt. Vor allem gab es einen Bücherschrank dort, der seit Jahrzehnten auf einen

Benutzer gewartet hatte. Ich holte Trittleiter und Werkzeug, wählte, wenn schon, denn schon, einen Goldschnitt»Faust«, nahm auf der Leiter Platz und las.

Klar, daß dies niemand glauben kann, nur ist es genau so gewesen. So ausgeklügelt widersinnig, so aufdringlich symbolisch, so literarisch und so doof. – Als ob es nicht reichte, den Faust bei ungewöhnlicher Gelegenheit entdeckt zu haben, muß es auf der Trittleiter sein in der katastrophal verdreckten.Wohnung eines Schnapsbuchhalters, dessen Frau wahrscheinlich nicht bei Sinnen ist, und nebenan hat Martin Bormanns Geliebte gewohnt, nein danke.

Wahrscheinlich komme ich mit der Geschichte gerade noch durch, wenn ich sie in der Abteilung »Ich habe gelesen« darbiete und mit der Beteuerung versehe, ich wisse, wie ertüftelt sie klingt. In einem Roman dürfte ich sie so, wie sie sich abgespielt hat, nicht stattfinden lassen, denn der will Glaubwürdigkeit, und das unbearbeitete Leben ist manchmal nicht recht zu glauben. Tatsächlich, das Leben, so wie es ist, taugt selten für Literatur, es muß erst bearbeitet werden. Wenn es ein Spruch sein darf: Literatur ist Leben auf hoher Verarbeitungsstufe.

Aber die Sache mit Herrn von Langs Buch, den Nachbarn Höß und Bormann und dem »Faust« auf der Trittleiter ist noch nicht zu Ende erzählt. Ich bin nämlich, da ich hin und wieder doch meinem Elektrikerauftrag nachzugehen hatte, bei Feierabend mit dem Buch nicht fertig gewesen und habe es mir ausgeliehen, und eine Woche später mußte man mich ins Krankenhaus schaffen, wo ich vier Monate verblieb. Bei einer Visite habe ich mir den rätselhaft sarkastischen Spruch des Chefarztes zugezogen: »Faust – auch eine Krankenhauslektüre!« Bis heute frage ich mich, was dieser Mensch damit hat sagen wollen – aber vermutlich wollte er sich nur bei den Schwestern als ein Kenner des Belletristischen herausstellen, und als Arzt war er ein Könner. Er hat mich so kuriert, daß ich Soldat werden durfte und im Gefängnis Warschau dann die Chance bekam, meinem Mitinsassen Höß zu begegnen. Es ist mir dergleichen jedoch nicht erinnerlich, obwohl ich ihm in diesen Lehrtagen entschieden näher war als an meinem ersten Lehrtag in Neuhof bei Parchim.

Einen gemeinsamen Bekannten allerdings traf ich in besagtem Krankenhaus, wo ich den »Faust« ausstudierte. An meinem Spitalsbett erschien Theo von Haartz, dessen Namen in Parchim niemand aussprach, ohne »Öle und Fette« hinzuzusetzen. Ich hatte Theo von Haartz, Öle und Fette, nie zuvor gesehen und staunte nicht wenig über seinen Besuch, und über seine Ansprache staunte ich noch mehr. »Herr Kant«, lautete die, »ich werde seit Monaten von einem gruseligen Kurzschluß verfolgt. Er taucht auf und verschwindet wieder. Immer wenn ich Elektriker im Hause habe, verschwindet er. Ich habe fast alle Elektriker von Mecklenburg verbraucht, Sie sind meine letzte Hoffnung. Noch sind Sie krank, aber eines Tages werden Sie gesund sein, und dann kommen Sie bitte und befreien mich von diesem gruseligem Kurzschluß!« – Auf die geläufige Art von Leuten, die wissen, an welche Stellen Öle und Fette gehören, setzte er in gemütvollem Plattdeutsch hinzu: »Herr Kant, Sei doen mi een Gefallen, ik do Sei een Gefallen!«

Worin die Gefälligkeit, mit der er mir meine Gefälligkeit vergüten wollte oder vergütet hat, bestand, weiß ich nicht mehr. Ich weiß nur noch von meinem Staunen über einen stadtbekannten Handelsmann und Fabrikbesitzer, der einen Elektrikerlehrling im Krankenhaus aufsuchte, mit »Herr Kant« anredete und in eine Verabredung zog, die von gegenseitigem Vorteil schien und geschlossen zwischen Gleich und Gleich. Ich weiß auch noch, natürlich, daß ich den gruseligen Kurzschluß beseitigt habe, eine schleichende Störung, die nur auftrat, wenn schwere Fuhrwerke durch den Torweg der Firma Theo von Haartz, Öle und Fette, donnerten, und ich weiß, wie ich dazu komme, dieses Döntje in einen Bericht zu rücken, der »Ich habe gelesen« überschrieben ist und allenfalls von Jochen von Langs Bormann-Buch, meinen Begegnungen mit Höß und dem »Faust«, meinen Vorstellungen von Geschichtsschreibung und Zeitgeschichte und von der Art handeln sollte, in der ich so manches Mal an Lektüre gerate. In dem zeitgeschichtlichen Werk »Der Sekretär, Martin Bormann: Der Mann, der Hitler beherrschte« nämlich, kommt auch Theo von Haartz, Öle und Fette, vor, und zwar als Führer der Völkischen Partei in Parchim, der an jenem Abend, an dem Höß und Konsorten den von Bormann befohlenen Fememord an einem gewissen Kadow vorbereiteten, die Schlagetote vom Freikorps Roßbach mit völkischen Reden und Freibier traktierte. – Wer weiß, vielleicht hat er ihnen gesagt: »Ick do juch een Gefallen, ji doot mi een Gefallen!«

Es ist nicht wichtig; wichtig ist nur, daß eine zufällige und ganz und gar nicht von mir herbeigeführte Begegnung mit einem Buch mir wieder einmal die Verquickungen gezeigt hat, in die gerät, wer zu bestimmten Zeiten an bestimmten Orten zu tun hat. Seltener wahrscheinlich kommt es dabei zu einem Gemengsel aus Bormann, Höß, Theo von Haartz, Öle und Fette, dem Faust und einer verrückten Buchhaltersgattin sowie einem Elektrikerlehrling, der dann Schriftsteller wurde, aber zu einem Gemengsel aus verschiedenerlei Leben und zu Berührungen mit Mördern und Opfern, mit stinkendem Schmutz und glänzendem Wort kommt es immerzu und an allen Plätzen.

Ich mag Bücher, die einen auf solche Gedanken bringen. Ich habe gerade eines von ihrer Art gelesen.

Konkret 06/88, S. 70

Michael Scharang

»Wien, Wien, nur du allein...«

Mit dem Trick, sich als Stadt der Jahrhundertwende auszugeben, wurde Wien in den letzten Jahren vor einem Dutzend anderer Städte zur Nummer eins im internationalen Städtetourismus. Zeit für jene Einheimischen, denen es an Kaisertreue mangelt, Wien den Touristen zu überlassen und auf Reisen zu gehen

Je weiter man verreist, desto geringer ist die Chance, jemanden zu treffen, der von der Existenz Österreichs weiß. Ebenso gering freilich ist die Chance, jemanden zu finden, der noch nie von Wien gehört hat. Woher der Nimbus einer Stadt, Hauptstadt w sein ohne Land, Metropole ohne Umfeld, dieser märchenhafte Nimbus einer Musik- und Kulturstadt – als wäre die ganze Stadt ein riesiger Konzertsaal, in dem der eine Teil der Bevölkerung ebenso meisterhaft musiziert wie der andere kennerisch lauscht.

Wien war gewissermaßen immer eine Stadt ohne Land, schon in der Monarchie, ein imperiales Zentrum, wie in dieser Art kein zweites existierte: Es schuf sich vor der Haustür Kolonien, lange bevor andere Mächte den modernen Kolonialismus als Quelle des Reichtums entdeckten. Und als bloßes Machtzentrum, das aufzehrte, was anderswo produziert wurde, und aus sich nichts hervorbrachte als eine gigantische Bürokratie, die das Unrecht gerecht verwalten sollte, mußte Wien zu einem Zentrum der Kultur herabsinken. Kultur nämlich, was immer sie sonst sein mag, ist, als herrschende Kultur, auf jeden Fall eine Hure der Macht; nichts Schlechtes somit, aber doch ausgehalten zu dem Zweck, den Blick der Menschen wegzulocken von der Fratze der Herrschaft und hinzulenken auf gekauften Liebreiz.

Doch nicht nur Wien führte während der Monarchie eine parasitäre Existenz, ganz Österreich profitierte von der Unterdrückung der angrenzenden Völker durch die Habsburger und vernachlässigte den Ausbau der eigenen Wirtschaft. Nach dem Ende der Monarchie 1918 herrschte deshalb großer Zweifel an der wirtschaftlichen Überlebensfähigkeit des neuen österreichischen Kleinstaates, der Ersten Republik, aber nicht, wie die kurzschlüssige Legende will, wegen der Kleinheit des Landes, sondern wegen der vom Habsburgischen Imperialismus ererbten schlechten wirtschaftlichen Struktur. Wien, wirtschaftlich immer schon rückständig und heute noch eine Metropole, in der die Industrielöhne niedriger sind als in den westlichen Bundesländern, weshalb während der letzten Konjunktur an die 25.000 Facharbeiter pro Jahr abwanderten, die Großstadt Wien konnte aufgrund ihrer großen Erfahrung dem Kleinstaat Österreich beispielhaft vorführen, wie man aus der Not eine Tugend macht: indem man die wirtschaftliche Schwäche kulturell und sprachlich kompensiert.

Kompensation ist sympathisch und unsympathisch zugleich. Wenn jemand sprachlich auftrumpft, gehört ihm die Sympathie; jedoch nur so lange, bis man merkt, daß den vielen Ankündigungen keine einzige Tat folgt, daß sprachliches Auftrumpfen Selbstzweck ist. In Wien wurde die sprachliche und kulturelle Kompensation zur Meisterschaft entwickelt, und zwar nicht aus Jux, sondern aus Notwendigkeit:

Dem Kaiserhaus ist es gelungen, inmitten dnes kapitalistischen Europa Wien als feudale Metropole zu erhalten und es von bürgerlichem Einfluß abzuschirmen. In abgeschwächter Form war von dieser restaurativen Haltung ganz Österreich betroffen, was aber nie zur wirtschaftlichen Katastrophe führte, da das Kaiserhaus und der Adel jenen gesellschaftlichen Reichtum, welchen sie für sich beanspruchten, nicht primär Wien und Österreich, sondern den umliegenden Ländern abpreßten. Ein österreichischer Bourgeois zu sein, hatte immer einen Vor- und einen Nachteil: den Nachteil, sich wirtschaftlich nur so weit entfalten zu dürfen, als er, der Bürger, politisch nicht gefährlich wurde; den Vorteil, an der Beute, welche der Adel machte, beteiligt zu werden. Diese Komplizenschaft erreichte einen tragikomischen Höhepunkt in der bürgerlichen Revolution 1848, welche sich bloß gegen Metternich wandte, dem Kaiser aber die Treue schwor. Diese Treue wurde auch bedankt: Der Kaiser erstickte die Revolution in Blut.

Der militärische und politische Nutznießer blieb der Adel - die Wirtschaft treibenden Bürger speiste man mit Kultur ab. Erwiesen sie sich als tüchtig, anstellig oder gar begabt, wurden ihnen die Palais geöffnet, und sie durften sich stundenweise im Glanz des Adels sonnen.

Das Geheimnis jener weltberühmten Kulturaura, welche über Wien liegt – Europäer, die den dazugehörigen Kleinstaat kennen, sehen diese Aura auch über Österreich – , dieses Geheimnis besteht darin, daß Kultur in historisch beispielloser Weise als Politikersatz in die Welt tritt.

Der Bürger hatte an sich nicht den Ehrgeiz, ein Kulturmensch zu werden, doch der schlaue Adelige suggerierte ihm, als Kulturmensch werde er, der Bürger, dem adeligen ähnlich. So bildete sich um die Jahrhundertwende in Österreich ein Bürgertum heraus, das sich seine Aufgabe, die Macht zu übernehmen, hatte abschachern lassen um den Preis, kulturell zum Zug zu kommen. Der österreichische Bürger als Kulturmensch: ein sensationeller Bastard, ein folgenschweres historisches Ereignis, ein Monstrum mit dem Kopf im Sand und den Füßen in den Wolken, das ganz oben, wo man nichts sieht, mit den

Hühneraugen in die Zukunft schaut und sich wundert, daß es dort nichts wahrnimmt als die eigene schmähliche Vergangenheit.

Der österreichische Kulturmensch hat immerhin zwei Weltkriege an vorderster Stelle geführt, selbstverständlich im Namen der Kultur, er hat aber auch, noch in der Monarchie, eine der stärksten Arbeiterbewegungen der Welt angeführt und sie, sozusagen seinem Kulturtrieb folgend, von einer sozialistischen Partei zu einem sozialdemokratischen Kulturverein umgemodelt. Immerhin gehört auch Hitler zur Spezies des österreichischen Kulturmenschen, er hat, Ästhet, der er war, die Welt nicht verändert, sondern kunstvoll in Schutt und Asche gelegt. Und unser jüngstes Aushängeschild, der Bundespräsident – ein absolut unpolitischer Österreicher; heute bei keiner Partei, früher bei keiner, also kein Nazi, war nur im Krieg, hat nur die Pflicht erfüllt, geschweige denn Unrechtes getan – ein reiner Kulturmensch, mit der Krawatte zur Welt gekommen, hat er die Frackschöße schon gehoben, ehe er laufen konnte.

Der Kulturmensch hat eine eigenartige Stellung zur Realität: Weil er einmal Parasit des Adels war, dünkt er sich etwas Besseres, von Geburt an; mit der Sphäre der materiellen Produktion und der niederen Arbeiten will er nichts zu tun haben, der Bereich, in welchem gesellschaftlicher Reichtum geschaffen wird, erscheint ihm als niedrig und trivial; doch gerade er beansprucht von jenem gesellschaftlichen Reichtum ein besonders großes Stück. Geradezu pathologisch hängt er am Bestehenden, sein Ideal ist die völlige Folgenlosigkeit jedes Denkens und Handelns; und so sehr er Analysen haßt, so hingebungsvoll frönt er der moralischen Empörung.

Auch ein Großteil der österreichischen Literatur verhält sich erwartungsgemäß moralisch; ihrem internationalen Ruf, gesellschaftsfern zu sein, korrespondiert der Ruhm, hin und wieder wie der Blitz aus dem Himmel auf die Gesellschaft niederzusausen und ihr donnergrollend die Meinung zu sagen. Dabei ist eine neue literarische Gattung entstanden, die sogenannte Österreich-Beschimpfung. Wiewohl sie erst in den letzten Jahren voll erblühte, reichen ihre Wurzeln in die Nachkriegszeit, in der das offizielle Österreich ziemlich autoritär auf einem sauberen Österreichbild bestand und so dessen Beschmutzung geradezu provozierte.

In den Rang einer literarischen Gattung wurde die Österreich-Beschimpfung durch eine Aktion H. C. Artmanns gehoben, welche den Charakter eines Staatsaktes hatte, eines ins Negative gewandten selbstverständlich. Artmann, im schlechtesten Sinn ein typisch österreichischer, nämlich rückwärtsgewandter Avantgardist, in seinem Land anfangs von den Kulturreaktionären als Modernist mißverstanden und bekämpft, hat dann doch Erfolg mit Dialektgedichten und gehört bald zu jenen österreichischen Autoren, die von der Bundesrepublik als Exoten entdeckt werden. Vor gut zehn Jahren, bei einer Veranstaltung am Rand der Frankfurter Buchmesse, beendete Artmann das übliche Lamento über sein Land, indem er seinen österreichischen Paß zerriß. Das westdeutsche Publikum applaudierte begeistert.

Damit war der Grundmechanismus literarischer beziehungsweise literarisch-aktionistischer Österreich-Beschimpfung gefunden; er hatte sich bewährt, fand Anklang und verlangte nach Fortsetzung. Es ist immer der gleiche Ablauf: Österreichischer Autor zieht in der Bundesrepublik über Österreich her. Es ist immer der gleiche Effekt: Das Publikum klopft sich vor Vergnügen auf die Schenkel. Wie aus München die Farbigen nicht wegzudenken sind, die, eine Maß Bier auf dem Kopf balancierend, in bayerischer Tracht schuhplatteln, so unverzichtbar sind für die westdeutschen Medien österreichische Schriftsteller, die mit ihrem Land abrechnen. Dieselben Schriftsteller, die von der westdeutschen Literaturkritik gelobt werden wegen ihrer gesellschaftsfernen, wirklichkeitsfremden und überzeitlichen Bücher, gelten zugleich als scharfe Kritiker ihres Landes . Alles Schwindel: Diese Kritiker jammern bloß vor sich hin und sind selten und nur zufällig in der Lage, den Ausländern ein kritisches Bild von den österreichischen Verhältnissen zu vermitteln.

Andrerseits vermute ich, daß das westdeutsche Publikum, welches sich an diesem Lamento ergötzt, an einem kritischen Bild gar nicht interessiert ist. Mir scheint, daß es darum geht, die ökonomische und politische Beziehung der Bundesrepublik zu Österreich, die ja starke kolonialistische Züge trägt, kulturell zu mystifizieren. Die enorme Abhängigkeit Österreichs von der Bundesrepublik geht außerdem nicht nur diese beiden Länder etwas an: Das ist auch international eine äußerst heikle Frage.

Österreich gedenkt heuer der Annexion durch Hitler-Deutschland vor 50 Jahren. Diese Annexion ist auch insofern bemerkenswert, als sie im Grunde verboten war: Die Siegermächte des Ersten Weltkriegs dekretierten, daß die Verlierer Deutschland und Österreich sich nicht vereinigen dürfen. Wie sehr Hitler das beeindruckte, weiß man inzwischen. Nun gab es aber auch nach dem Zweiten Weltkrieg ein Wiedervereinigungsverbot, nicht nur ein Wiederbetätigungsverbot, und beides ist verankert im Staatsvertrag, den die vier Siegermächte 1955 mit Österreich geschlossen haben. Der Form nach ist Österreich noch unabhängig – jedenfalls bis zu einer Vollmitgliedschaft in der EG, welche von starken Gruppen im Land angestrebt wird, selbst auf die Gefahr hin, den Staatsvertrag zu brechen; dem Inhalt nach, also ökonomisch, ist das Land längst von seinem großen Nachbarn abhängig, obwohl es laut internationalem Vertrag gerade von ihm möglichst unabhängig sein sollte. Das stellt nicht nur die Österreicher vor ein Problem, sondern auch die Deutschen, und da sie eines zutiefst verbindet, nämlich eine Tradition des Verdrängens, wird dieses Problem, angesichts eindeutiger wirtschaftlicher Fakten, zweideutig behandelt: kulturell.

Es ist kein Zufall, daß Mitte der sechziger Jahre, zehn Jahre nach dem Staatsvertrag, als die deutsche Wirtschaft begann, die österreichische zu ihrem Anhängsel zu machen, die Bundesrepublik sich als Schutzmacht österreichischer Künstler aufspielte, vor allem die österreichische Literatur entdeckte, publizierte und förderte – und damit nicht unwesentlich auf die Entwicklung dieser Literatur Einfluß gewann, im Positiven und im Negativen.

In der Nachkriegszeit tat das offizielle Österreich wirklich alles, um eine kritische literarische Intelligenz nicht aufkommen zu lassen – demonstrativ verzichtete man darauf, die Emigranten zurückzuholen, verhinderte den Aufbau eines Verlagswesens, achtete sorgsam darauf, daß Schriftsteller keine Arbeitsmöglichkeiten fanden. Ein Überleben der Literatur schien nur möglich durch staatliche Hilfe, und das hieß: staatliche Kontrolle. Dahinter stand keine spezielle Literaturfeindlichkeit des jungen österreichischen Staates, sondern ein staatspolitisches Konzept.

Die beiden großen politischen Kräfte, Sozialdemokraten und Konservative, trieben in der Ersten Republik die Auseinandersetzung bis zum Bürgerkrieg; die Konservativen siegten und errichteten 1934 eine Diktatur. Etliche ihrer Anführer sahen ihre sozialistischen Feinde erst nach 1938 wieder, in Hitlers KZ. Auf Grund dieser Erfahrung gingen Konservative und Sozialdemokraten nach dem Krieg eine Regierungskoalition ein, die sich den kritischen Blick zurück auf den Austrofaschismus verbat, um nicht an alte gemeinsame Wunden zu rühren; die sich aber auch den kritischen Blick auf die Nazizeit verbat, denn ein beträchtlicher Teil des Wählerpotentials, um das man sich stritt, bestand nun einmal aus ehemaligen Nazis; daraus folgte, daß man auch die Gegenwart nicht unter die Lupe nehmen durfte, damit die Ehemaligen sich ungestört breitmachen konnten. Kunst und Literatur hatten sich sowohl von der Vergangenheit als auch von der Gegenwart fernzuhalten – wer gegen dieses Verdikt verstieß, geriet in die Nähe staatsfeindlichen Verhaltens. Die österreichischen Künstler beklagten sich zu Recht über das kulturfeindliche Land und die kunstfeindlichen Vorschriften; doch da sie ihre Klagen nicht zu Kritik vertieften, machten sie jene Vorschriften letztlich zu ihren eigenen.

Die österreichische Kulturpolitik war bis in die siebziger Jahre derart restriktiv und kurzsichtig, daß sie nur Staatslob duldete; die pseudokritische Kunst, welche offenen Auges blind durch Gegenwart und Vergangenheit geht, sich also viel genauer und produktiver an die Staatsnormen hält als die dumm-reaktionäre, diese pseudokritische Kunst, die in den sechziger Jahren ins Kraut schoß, wurde erst zehn Jahre später vom offiziellen Österreich gewürdigt.

In der Zwischenzeit gab ihr die Bundesrepublik Heimatrecht: Die ökonomische Kolonialmacht schlüpfte in die Rolle der kulturellen Schutzmacht. Wenn in Österreich der Literatur aus immerhin naheliegenden politischen Gründen geraten wurde, sich die Finger nicht an der Realität zu verbrennen, so wurde dieser künstlerische Mangel in der Bundesrepublik umgemünzt in eine großartige literarische Leistung. Zu Recht: Denn was an Österreich zurückgeblieben, hinterwäldlerisch und trottelhaft wirkt, geht ja immer auch zurück auf wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungsprobleme, die dem Zwerg im Schatten des westdeutschen Riesen erwachsen. Will das der Riese hören, sehen, lesen? Selbstverständlich nicht. Deshalb graut ihm vor der kritischen österreichischen Kunst, die jenes Wechselspiel zwischen Zwerg und Riese längst durchschaut hat. Umso inniger nimmt er die pseudokritische Kunst an die Brust, welche sich dafür in zweifacher Weise bedankt: Indem sie über ihr Land nichts zu sagen hat, sagt sie auch nichts über die Kolonialmacht, die das Land bedroht; der österreichische Literat, vom Kolonialherrn gönnerhaft an der Hand genommen, bezeichnet sein Land so lange als zurückgeblieben, hinterwäldlerisch und trottelhaft, bis das schlechte Gewissen des Kolonialherrn umschlägt in die gute Gewißheit, nach diesem Land nicht nur greifen zu dürfen, sondern greifen zu müssen, aus moralisch-kultureller Verpflichtung sozusagen. Nicht zu übersehen sind die speichelleckerischen Züge an der Österreich-Beschimpfung durch österreichische Autoren: Es wird peinlich vermieden, über die Bundesrepublik auch nur ein böses Wort zu verlieren.

Ich bin nicht frei von den Fehlern, welche ich einigen Schriftstellerkollegen vorwerfe: von jenem zwanghaften Verhalten innerhalb der österreichischen Literatur, das zur Routine zu verhärten droht und dessen historische und gesellschaftliche Determiniertheit umso schwerer zu durchschauen ist, als es sich ohne viel Mühe tarnen kann mit der Aura des Rebellentums. Man erwartet einfach vom Künstler aus dem kleinen Land, sprich: kleinen Markt, wenn er sich im großen Land, sprich: großen Markt zu Wort meldet, daß er über die Beschränktheit, Borniertheit, Kleinkariertheit des kleinen Landes herzieht. Das Umgekehrte würde absurd erscheinen: Würde da westdeutsche Künstler sich in Österreich über sein Land beklagen, man gäbe ihm bestenfalls durch Schulterzucken zu verstehen, daß es sich bei ihm um einen aussichtslosen Fall handle.

Ein Rebell ist ein Aufrührer; wenn er den Kampf in seinem Land nicht mehr führen kann, wird er ihn im Ausland weiterführen: gegen die Verhältnisse in seinem Land, doch nie gegen sein Land. Anders der österreichische Künstlerrebell: Er kann, nicht wegen persönlicher Beschränktheit, sondern wegen der komplizierten Sachlage, zwischen den Verhältnissen in seinem Land und dem Land selbst oft nicht unterscheiden. Deshalb mangelt es ihm am simpelsten Selbstverständnis: Er ist Österreicher und schreibt deutsch; und was immer dabei herauskommt, es ist auf jeden Fall österreichische Literatur. Man geniert sich fast, diese Selbstverständlichkeit auszusprechen, und doch ist es notwendig, denn die westdeutschen Gönner der österreichischen Literatur diskutieren heute noch – als handelte es sich bei Österreich um die Ostmark des Dritten Reichs – , ob es so etwas wie eine österreichische Literatur überhaupt gebe, und die österreichischen Schriftsteller

stehen schweigend und eingeschüchtert daneben und wagen es nicht, in dieser einzigen Sache, in welcher Klarheit besteht, auch Klarheit zu schaffen.

Jemand, der von Frankreich keine Ahnung hat, würde es niemals wagen, sich als Kenner der französischen Literatur auszugeben. Der westdeutsche Kulturbetrieb aber, ohne Kenntnis von Österreich, spielte sich sehr wohl als Kenner der österreichischen Literatur auf, als einziger Kenner sogar, und das nicht nur aus Präpotenz. In Österreich hatte man ja versucht, der Literatur nicht nur materiell, sondern auch geistig den Boden zu entziehen; eine der Folgen war, daß Literaturkritik und Auseinandersetzung mit Literatur aus den Medien verschwanden und heute nur noch am äußersten Rand der Öffentlichkeit vorkommen. Das war der eine Grund fürs westdeutsche Feuilleton, als literarischer Österreich-Experte in die Bresche zu springen. Der andere: Da man die unkritische und realitätsferne Literatur protegierte und als typisch österreichisch pries, brauchte man von der Realität nichts zu wissen und konnte dennoch als Österreich-Kenner gelten.

Im Grunde war der Flirt des westdeutschen Kulturbetriebs mit der sogenannten typisch österreichischen Literatur eine spannungslose, lieblose, widerspruchsfreie Beziehung, fußend auf einem unverbindlichen Ästhetizismus, eine Beziehung, dazu verurteilt, bei der ersten Belastung auseinanderzubrechen. Dieser Bruch findet zur Zeit statt, ausgelöst durch die Waldheim-Affäre. Die wirklichen Ursachen liegen tiefer: in der Frage nach einer Mitgliedschaft Österreichs in der Europäischen Gemeinschaft. Eine Vollmitgliedschaft in der EG käme einem Anschluß Österreichs an die Bundesrepublik gleich, zuerst wirtschaftlich, früher oder später wohl auch politisch und militärisch. Jeder derartige Anschluß, auch der wirtschaftliche, ist uns laut Staatsvertrag untersagt. Würde aber Österreich durch eigenen Willen oder durch Beschluß der EG aus dem bevorstehenden Binnenmarkt ausgeschlossen, bestünde plötzlich eine Grenze zwischen Österreich und der BRD, wesentlich dichter und höher als in den letzten Jahrzehnten, und das würde nicht nur für die zahllosen österreichischen Kleinbetriebe Probleme bringen, die von der Zulieferung zum Beispiel an die westdeutschen Autokonzerne leben; das würde auch die zahlreichen Niederlassungen deutscher Firmen in Österreich von ihren Muttergesellschaften abschneiden.

Es sind aber nicht nur Zukunftsprobleme, welche auf die deutsch-österreichische Idylle Schatten werfen; in manchen Bereichen, zum Beispiel in der Atomindustrie, geht Österreich dank einer Volksabstimmung eigene Wege, was bereits zu enormen Spannungen zwischen Bayern und Salzburg geführt hat. Es gibt also immer mehr Gründe dafür, daß der Westdeutsche sich für die österreichische Realität interessiert. In dieser Situation wirkt der Schriftsteller, wenn er in gewohnter Weise als der reine Kulturmensch daherkommt, lächerlich. Die Realität, von der er sich abgehoben wähnte, holt ihn zurück auf den Boden, und aus Rache, daß der Schriftsteller die Realität weder begrifflich noch poetisch zu definieren wußte, definiert sie nun ihn: als Schwätzer, der fortwährend quasselt, obgleich er nichts zu sagen hat.

Österreich ist nicht nur ins Gerede gekommen, es steht ernsthaft zur Debatte, im Inland wie im Ausland. Und zum erstenmal muß man im Inland auf diejenigen hören, die immer schon gesagt haben, sich aus der Vergangenheit zu stehlen, könne nicht der Weg in die Zukunft, sondern nur einer ins Debakel sein. Und man wird in Österreich nicht mehr um die kritische Kunst und Literatur herumkommen, welche immer schon dargestellt haben, wie verheerend es sich auswirkt, wenn Geschichtsfälscher die Gegenwart in die Hand nehmen.

So lange Österreich in Wirtschaftsblüte stand, so lange die österreichische Welt materiell in Ordnung schien, so lange hatte auch der Spott des österreichischen Schriftstellers auf die kleinbürgerliche Idylle des Kleinstaats Hochkonjunktur. Die geistige Begrenztheit und zwanghafte Stereotypie dieses Spottes zeigte sich besonders deutlich, als Thomas Bernhard über den damaligen Bundeskanzler Kreisky herzog; Kreisky, der zu Amtszeiten schon dazu neigte, sich als Denkmal zu stilisieren und der kritische Fragesteller einfach abkanzelte, anstatt ihnen zu antworten, hätte gewiß scharfen Spott verdient; was Bernhard zustandebrachte: Kreisky als Kleinbürger hinzustellen, der am liebsten handgestrickte Sachen trage. Dieser gegen seinen Urheber sich kehrende Spott wird noch dazu nicht beiläufig vorgetragen, wie man es von jemandem erwarten sollte, dem nichts besseres einfällt, sondern mit dem Gestus des Ritters, der einen Drachen erlegt.

Solch verbale Kraftmeierei, die mit stumpfen Waffen zielsicher den spitzen Gegenstand verfehlt, verliert zur Zeit an Attraktion. Angesichts eines von Krisen und Skandalen geschüttelten Österreich erwacht in der Bundesrepublik die Neugier am Nachbarland, und eine realitätsferne österreichische Literatur kann diese Neugier nicht befriedigen. Der literarische Spott auf eine österreichische Idylle, die es nicht mehr gibt, wirkt selbst idyllisch; und gerade jene Literatur, welche im Ausland als typisch österreichisch angesehen wurde, wirkt auf einmal völlig anachronistisch. Das aufgeschreckte ausländische, also nicht nur das westdeutsche Publikum, das von den Medien beinahe täglich mit Fakten beliefert wird über eine rissig gewordene österreichische Realität, schaut sich natürlich auch fragend nach den Schriftstellern um, in der Erwartung, daß zumindest diese den Versuch machen – wenn schon sonst niemand – , die disparaten und erschreckenden Fakten in einen aufklärerischen Zusammenhang zu stellen. Wo dieser Versuch ausbleibt und wo, was heute aufbricht, literarisch nicht bereits als Eiterbeule dargestellt wurde, erweist sich die vielgerühmte österreichische Gegenwartsliteratur bloß als irrationales Gefuchtel und metaphysisches Geraune. Jedenfalls ist der Verdacht des Auslands geweckt, die österreichische Vorzeigeliteratur werde von ds Zeit überrollt, weil sie zu dieser Zeit nichts zu

sagen hat; und die österreichischen Vorzeigeautoren stellen sich diesem Verdacht nicht, sondern treten den Rückzug an. Wohin?

Richtig, nach Österreich, wo sie im offiziellen Kulturleben den Ehrenplatz, den man für sie freigehalten hat, huldvoll einnehmen und sodann auf ihre Art kritisch tätig werden; das heißt, sie verdoppeln die Peinlichkeit der heimischen Affären, indem sie diese in heimischen Medien kommentieren. Und erst diese doppelte Peinlichkeit rundet das Bild.

Dieser Tage wurde Gerhard Roth fündig. Er schürfte nach dem wahren Grund aller österreichischen Skandale, fand ihn und tat ihn folgendermaßen kund: ». . .es hat alles eine gemeinsame Ursache: die Unverschämtheit«.

Die Österreicher, der Kritik durch Literaten entwöhnt, wissen noch nicht, was sie davon halten sollen: Hat einer wirklich eine gemeinsame Ursache entdeckt oder redet er bloß unverschämten Schwachsinn. Erst als sie auf Roths Appell stoßen: »Es gilt jetzt ein Klima zu beenden. . .«, tut sich noch eine dritte Möglichkeit auf: daß die literarische Phrase in den Wettlauf getreten ist mit der journalistischen; daß die etablierte österreichische Literatur, die vor zwanzig Jahren auszog, die große Welt zu erobern, heimgekehrt ist, um ihren kleinen Frieden zu machen.

Es gibt aber auch den umgekehrten Vorgang: Die journalistische Phrase kehrt, in Gestalt Peter Sichrovskys, nach Österreich zurück und kostümiert sich literarisch. Da kann einer im Ausland tüchtig Sachbuch für Sachbuch heruntergeschrieben haben, als echter Österreicher verwandelt er sich beim Grenzübertritt sofort in einen reinen Kulturmenschen, der vor nichts zurückschreckt: »Könnte die Energie der Anti-Waldheim-Aktion dazu verwendet werden, einen kulturellen Aufschwung einzuleiten, wäre das phantastisch.«

Sichrovsky läßt sich nicht lumpen und leitet den Aufschwung sogleich ein, wobei zu beobachten ist, wie der eine große Geist den anderen berührt: Während Roth das eine Klima beendet, beginnt Sichrovsky das andere: »Ich habe sieben Jahre im Ausland verbracht; der Österreicher kann sich gar nicht vorstellen, was dieses Land für eine Wüste ist. Wenn sich nun Leute ermutigt fühlen würden, das zu ändern, wenn ein neues Klima, vielleicht auch neue Zeitungen entstünden, das wäre herrlich.«

Neue Zeitungen! Nur ein hoffnungsloser Idiot kann in den Chor der hoffnungslosen Idioten einstimmen, Österreich habe fürchterlich wenige und entsetzlich schlechte Zeitungen. Er weiß nicht, daß Österreich in dieser Hinsicht nicht zu messen ist mit anderen Ländern.

In jüngster Zeit hat sich ein westdeutscher Konzern eingekauft in die zwei großen Wiener Boulevardblätter, es handelt sich jedoch nicht, wie offiziell verlautbart, um einen Zeitungs-, sondern um einen Papierkonzern, der herausgefunden hat, daß in Österrich Zeitungen, zufolge des Vermächtnisses von Karl Kraus, nur dazu dienen, auf den Märkten Obst und Gemüse einzuwickeln; und dafür würde *eine* Zeitung genügen. Das wäre ein kultureller Aufschwung!

Der einzige, der sich dagegen stemmt, ist der österreichische Kulturmensch.

Konkret 06/88, S. 74

Corinne Schelbert

Mitleid als Geschäft

»Emotionalisieren« heißt die Devise, auf Bevormundung und subtilen Rassismus läuft es hinaus: Die »Dritte-Welt«-Filme des Unterhaltungskinos brauchen fast immer einen weißen Helden, mit dem das Publikum leiden kann, damit ein bißchen Mitleid mit den Unterdrückten abfällt. Und das nennen sie dann Aufklärung

»Man muß weit zurück bis an Costa Gavras' »Z« denken, um einen Film zu finden, der so offen das Establishment attackiert«, vertraute Sir Richard Attenborough, Autor des Südafrika-Heulers »Cry Freedom« (Schrei nach Freiheit) einem Journalisten an. Bescheidenheit war noch nie ein herausragender Charakterzug dieses schlauen Briten, dem es mit zwei Filmen gelungen ist, sich als cinéastischer Kämpfer gegen das Unrecht zu etablieren und auf dessen Sprüche die Medienleute fast sämtlich hereingefallen sind. Denn er kommt, ob es sich um seine Hagiographie des indischen Champions der Gewaltlosigkeit, Mahatma Gandhi, oder um das kurz geratene Porträt des südafrikanischen Führers der »Black Consciousness«-Bewegung, Steve Biko, handelt, immer mit denselben Sprüchen: Zwanzig Jahre lang habe er sein Projekt herumgetragen, von Produzent zu Produzent sei er gepilgert, bis man ihm endlich Geld für sein mutiges Unterfangen hinblättern wollte.

Wohl vergessend, daß so mancher Filmer mit seinen Werken lange Brutzeiten hat, betet die Filmkritik brav die engagierte Beharrlichkeit dieses Mannes nach. Und dann: Er appelliere an die Massen, arbeite mit den Mitteln der »Emotionalisierung« und darum sei sein Politkino halt Actionkino, anders kriege man die Leute nicht in den Kinosaal.

Attenborough hat es mit der Dritten Welt, aber nur, solange sich seine Protagonisten absolut gewaltlos verhalten. Widerstand gegen das Unrecht ja, aber ohne Waffen und vor allem ohne Wut gegen die Weißen, die das Unglück über die Nation gebracht haben. Was Attenborough nicht zu sagen braucht, ist, daß solche geglätteten Agitprop-Filme für das Publikum ungemein attraktiv sind, weil gewaltlose Rebellen, und mögen sie noch so schwarz und engagiert sein, keine Gefahr für uns darstellen.

Es ist allerdings noch keine fünf Jahre her, da mußte der Mann, der uns nun über die unselige Apartheid in Südafrika aufklärt (und damit offene Türen einrennt, weil in kaum einer Angelegenheit von links bis rechts ein so breiter Konsens herrscht wie über die empörende Rassentrennungspolitik der Buren im fernen Afrika), sich selber eine Lektion in Rassismus erteilen lassen. Als er mit sieben Oscars für »Gandhi« von Los Angeles triumphierend nach London zurückkehrte, wurde er wütend empfangen, weil sich herausstellte, daß er eine Einladung nach Johannesburg, wo der indische Freiheitskämpfer in jungen Jahren erstmals die Diskriminierung der Farbigen am eigenen Leib erlebt hatte, für eine »Whites only«-Premiere angenommen hatte. Antiapartheid-Kreise waren aufgebracht über die Hypokrisie, und Attenborough wollte partout nicht einsehen, was an dieser Einladung, nach den Worten eines indischen Diplomaten »eine Blasphemie vollends gegen den Geist Gandhis«, so schlimm war und sagte nur zögernd ab. Was für ihn eine »grausam schwierige Entscheidung« bedeutete.

Und nun vergreift sich ausgerechnet Attenborough, der schon das Leben Gandhis so ärgerlich simplifiziert hat und jede Schattierung seines Charakters ausradierte, bis nur noch eine von theatralischen Massenszenen umrankte Einmann-Unabhängigkeitsbewegung übrig blieb, an Steve Biko, dem unter Gefängnisfolter gestorbenen charismatischen Schwarzen, der im Zuge des »Black Power« für ein Selbstbewußtsein der unterdrückten Mehrheit plädierte. Diesmal ist Attenboroughs subtiler Rassismus, den man einfach auch nur ignorante Arroganz nennen kann, strukturimmanent. Stirbt doch der Gewaltlosigkeit und Harmonie predigende Attenboroughsche Märtyrer bereits im ersten Fünftel des Films und bangen wir für den Rest des Films bloß um den »Yuppie vom Kap der Guten Hoffnung«, den Journalisten Donald Woods, der seine Freundschaft mit Biko mit Bannung und zuletzt mit Emigration bezahlen mußte.

Die »Logik« von Attenboroughs Strategie ist, daß es einen weißen Mann braucht, mit dem wir uns identifizieren können und so, quasi in einem zweiten Waschgang, auch am Schicksal des Schwarzen, der dem Weißen so viel Unbill verursacht hat, anteilnehmen. Es braucht also »weißes Interesse«, um die Geschichte über Apartheid (von der laut Umfrage 88 Prozent der US-Bevölkerung keine Ahnung haben – eine Zahl, auf die sich Attenborough mit der ganzen Verzweiflung eines Liberalen stürzte) schmackhaft zu machen. Das ist etwa dieselbe Impertinenz, schrieb ein (schwarzer) amerikanischer Kritiker, wie wenn die Geschichte des NS-Holocaust aus der Sicht eines nach Hollywood entflohenen arischen Dienstverweigerers geschildert würde.

Der Journalist Donald Woods, auf dessen Erlebnisbericht »Asking for Trouble« (»Steve Biko – Ein Schicksal in Südafrika«, erschienen im Heyne Taschenbuchverlag) der Film sich stützt, hatte immerhin die Delikatesse, im Buch der Geschichte seiner Flucht in die südafrikanische Enklave Lesotho und von dort nach London nur wenige Seiten zu widmen und den Rest Steve Biko und der Entwicklung des schwarzen und weißen Widerstands, angefangen von der Gründung des (gemischtrassigen) »African National Congress« im Jahre 1912 bis zum Aufstand von Soweto 1976. Wenn man annehmen

darf, daß sich mittlerweile auch in konservativen Kreisen herumgesprochen hat, daß die Schwarzen im südlichen Zipfel Afrikas eine sehr unangenehme Existenz fristen, ist die Struktur von »Cry Freedom«, die Biko wie eine heiße Kartoffel fallen und auf ungeheuer primitive Kinoart den als Priester verkleideten Woods in die Freiheit pilgern, autostoppen, rennen, stolpern und waten läßt, damit seine zurückgebliebene, niedliche sechsköpfige Familie samt Hund in Atem gehalten wird, eine eklatante Fehlleistung.

Eine Fluchtgeschichte à la »Sound of Music«, »The Brady Bunch Flees Apartheid«, höhnten amerikanische Filmkritiker in »Time« und »Newsweek«, welche man wahrlich nicht zu den linksradikalen Publizisten der USA zählen kann und denen ganz einfach die paternalistische Attitüde des Autors Attenborough aufgestoßen war. Doch hierzulande sah man es anders: Der Film sei in »einigen angesehenen, vor allem linken Filmzeitschriften ziemlich heftig angegriffen« worden, schrieb ein Rezensent in der kritischen Filmzeitschrift »Film« und nannte »Cry Freedom« einen »großen, epischen Wurf, der mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des kommerziellen Kinos versucht, Aufmerksamkeit auf das Thema Rassentrennung in Südafrika zu lenken und sie eindeutig zu verurteilen«. Denn der Film »ist gedreht worden, um im Publikum Meinungen zu ändern und Stimmung gegen Apartheid zu machen«. Ähnlich tönte es im schweizerischen »Zoom Filmberater«, wo ebenfalls »der linke Flügel der amerikanischen Filmkritik gegen den Film mobilisierte« und ein »vorwiegend desinteressiertes und weitgehend auch desinformiertes weißes Publikum aus seiner Lethargie« gerissen werden soll. Ob diese Filmkritiker wohl meinen, die »Stimmung gegen Apartheid« wende sich erst, wenn das Publikum im Kino von jener Szene, in der der kuschelige Hund der Familie Woods zurückbleiben muß, genau so betroffen ist, wie von jener, in der ein schwarzes Schulkind in Soweto von einem Scharfschützen abgeknallt wird? Denn dies ist die »Wahrheit« dieses Films, der mit einem Raid auf eine illegale schwarze Barackensiedlung in Crossroads, Kapstadt, beginnt und mit dem »Finale« des Schüleraufstands in Soweto von 1976 endet, welcher ein Jahr nach Bikos Tod stattfand und in keinerlei Beziehung zur Erzählung steht, aber laut Attenborough nur als dröhnende Klimax für das Publikum, das entmündigte, das nun mal auf seinen Stühlen klebt, verdaubar ist.

Auf die Frage, warum er denn keine schwarzen Polizisten bei der Niederschlagung des Aufstands gezeigt habe, anwortete der Autor in der »New York Times«, solches wäre für das Publikum »zu verwirrend« gewesen. Das Publikum, das lethargische, desinteressierte, desinformierte darf zwar erfahren, was es schon lange weiß, nämlich, daß Aufstände dort blutig niedergeschlagen werden, aber es darf nicht wissen, daß die Perfidie des Systems darin besteht, daß schwarze Polizisten – meist einem anderen Stamm angehörig und an fremde Orte der Unruhen verfrachtet, zu Helfershelfern degradiert wurden. Es darf erfahren, daß weiße Polizisten Kaugummi kauen, Pickel im Gesicht haben und Sonnenbrillen tragen (in sadistischen Nahaufnahmen ist Attenborough ganz groß), aber es darf nicht erfahren, daß die Schwarzen eine gewaltige Wut gegen das Regime im Bauch haben und daß unter der Jugend ein Haß herrscht, der bei Zusammenstößen mit solcher Gewalt und Bitterkeit ausbricht, daß er sogar den ANC im fernen Exil ängstigt.

Attenborough möchte, daß »die Leute seinen Film sehen und hinterher sagen, daß das, was in Südafrika passiert, unerträglich und obszön« ist, aber seine eigene Obszönität besteht darin, daß die Witwe Bikos nach Ansicht des malträtierten Leibes ihres toten Gatten kein einziges Wort der Wut und des Hasses gegen die Mörder äußern darf. Nein, die Schwarzen trauern bloß und versichern die skeptischen Weißen – was im Fall Biko übrigens auch eine arge Verfälschung seines Credos darstellt – ihrer gewaltlosen Ziele und Träume von Harmonie zwischen Weiß und Schwarz. (Daß Biko, wie es vor allem auch in seinen – im Film arg geschönten – Aussagen vor Gericht zum Ausdruck kommt, mit seinen in Wahrheit gar nicht so häufig geäußerten Wünschen nach Harmonie und Gewaltlosigkeit eine politische Strategie verfolgte, wird von Attenborough glatt unterschlagen.) Donald Woods erzählte in einem Interview (»Film Comment« vom Dezember 1987) eine aufschlußreiche Episode: Eine Szene die er im Drehbuch nur mit Mühe unterbringen konnte, war die, m der der in Haft genommene Biko von einem Polizeileutnant geschlagen wird und – eine wohl einmalige Aktion in der Geschichte des schwarzen Widerstands – zurückschlägt, einfach so ihn ins Gesicht schlägt. Woods fand, daß diese Szene nicht ausgelassen werden konnte, weil sie einen »wichtigen Schlüssel zum Charakter Bikos« liefert. Doch Attenborough ließ sich nur mit Mühe überreden: Er wollte keinen »aggressiven« Widerstandskämpfer, er wollte einen Märtyrer. Und Woods sagte ihm: »You already did Gandhi. Let's do Biko«.

Let's do Biko... Laßt uns Geschichten von mutigen weißen Journalisten erzählen, die mithilfe einiger getreuer, devoter Drittwelt-Assistenten der Welt Kunde tun vom Unrecht in fernen Ländern mit fremden Sitten. Costa-Gavras hat in seinem arg überschätzten »Missing« (Vermißt, 1982) schon das Grundprinzip für diese didaktischen Melodramen mit humanistischem Approach geliefert. Man nehme einen Konservativen, hier einen braven Geschäftsmann aus dem mittleren Westen, und lasse ihn das skandalöse Geschehen am eigenen Leib erfahren: Ed Horman sucht seinen vermißten Sohn im Chile nach dem blutigen Staatsstreich und muß erfahren, daß dieser mit Wissen und Einwilligung der dortigen Amerikaner hingerichtet wurde. Nur weil der Mann persönlich betroffen ist und als rigider Konformist und braver everyman bestimmt keiner kommunistischen Sympathie für Allende und Konsorten verdächtigt werden kann, lassen wir uns schließlich davon überzeugen, daß Pinochet ein übler Diktator ist. Verfeinert wurde dieses Polit-Genre durch die Zuhilfenahme eines Journalisten, der weiß, mutig und objektiv ist und seine Progressivität und Vorurteilslosigkeit damit unter Beweis stellt, daß er auf gutem Fuß mit einem Einheimischen ist, wobei letzterer – hier verrät sich der schleichende Rassismus der Macher –

nicht als tragende Kraft des Films, als Protagonist gar, fungieren darf, sondern bloß Zulieferant im inhaltlichen wie formalen Sinn ist.

In »The Year of Living Dangerously« (Ein Jahr in der Hölle, 1983) schwirrt der fotogene Mel Gibson als Rundfunkreporter zu Zeiten Sukarnos in Indonesien herum und erfährt dank einem kleingewachsenen, australisch-chinesischen Kameramann (pikanterweise von einer Frau, Linda Hunt, verkörpert) von heimlichen Waffenlieferungen an die Kommunisten. Worauf Bürgerunruhen ausbrechen und sich der Reporter dank dem kleinen Billy gerade noch mit dem letzten Flugzeug absetzen kann, während wir um ihn – Billy haben wir schon längst vergessen – zittern, wie auch um seine Geliebte. Eine Liebesgeschichte zwischen weiß und weiß ist in diesem Genre fast die Regel.

Variante I: In »Under Fire« (Unter Feuer, 1983) kommt ein Fotoreporter nach Nicaragua, kurz vor dem Sturz Somozas. »I take pictures, I don't take sides«, verkündet er großspurig, und wir nicken verständnisvoll: Prima, objektiv ist der Mann. Die Guerilla ruft ihn, weil er ein so guter Fotograf ist, in ihr Hauptquartier, um ihren toten sandinistischen Führer von wegen Moralaufrechterhaltung so abzulichten, daß er wie lebend aussieht und dergestalt weiterhin sein Charisma verströmen kann. Der Fotograf schaut sich ein bißchen um und sieht, wie Hühner bei den Guerilleros herumpicken und Kinder herumtollen und erlebt ferner in der Hauptstadt Managua auch ein paar eklige Somoza-Gardisten. Doch erst, als sein Kollege von der amerikanischen Fernsehstation erschossen wird, hängt ihm die Diktatur endgültig zum Hals heraus, und er bringt sich in Sicherheit. Da auch hier eine Liebesgeschichte eingebaut ist, zittern wir im letzten Drittel vorab um ihn und seine Journalisten-Freundin.

Variante II: In »Killing Fields« (Schreiendes Land, 1984) erfährt der »New York Times«-Indochina-Korrespondent dank dem geradezu servil-hilfsbereiten Fotografen Dith Pran von der irrtümlichen Bombardierung Kambodschas durch seine Landsleute. (Der authentische) Dith Pran, der, obgleich Fotograf, meist seinem Freund Kaffee und Post aufs Hotelzimmer bringt, riskiert sein Leben für den authentischen Sidney Schanberg, um den wir in der zweiten Halbzeit nach seiner Rückkehr nach New York zittern, weil er um seinen mittlerweile in die Fänge der Roten Khmer gelangten Freund zittert, dessen Flucht aus dem Umerziehungslager wir zwar noch verfolgen, die aber dramaturgisch eher ein Anhängsel darstellt.

Variante III: In »Salvador« (1986) angelt sich ein heruntergekommener Gelegenheitsjournalist mit sentimentalen Erinnerungen an Zentralamerikas sanft-sinnliche Frauen einen Auftrag in Salvador und stolpert, begleitet von einem ebenso abgerissenen Fotografen-Freund mitten in die Todesschwadronen-Aktivität in El Salvador, die von solchen Karton-Bösewichtern repräsentiert werden, daß wir, als der sonst eher unpolitische Jobber von ihnen auch noch übel zugerichtet wird, Partei für die FSLN-Guerilla ergreifen. Obgleich wir mal, sehr zum Leidwesen des Protagonisten, zusehen müssen, wie sie bei einem Angriff auf eine Stadt unnötigerweise einen Mann erschießt. Da der Film eine Love Story hat, sind wir froh, daß der Jobber seine sanfte Lateinamerikanerin nachhause nehmen kann. Die Botschaft: Wenn ein so unpolitischer Mensch solche Erfahrungen mit dem salvadorianischen Regime und seinen schmierigen US-amerikanischen Helfershelfern macht, muß etwas dran sein. Der Film wurde als linkes Werk gelobt, weil man heutzutage froh sein muß, wenn die zentralamerikanische Guerilla überhaupt sympathische Erwähnung im Kino findet.

Die Autoren sind angetreten, uns aufzuklären, und sie werden gelobt für ihren Mut, ihr Engagement, ihre Offenheit. Daß sie in den geschilderten menschlichen Beziehungen wieder das traditionelle Schema vom weißen Meister und schwarzen Sklaven perpetuieren, mag ihnen kaum jemand anlasten. Es braucht einfach den weißen tapferen Mann, damit wir mitmachen und nicht aussteigen. Der selbstgerechte Zorn über konsensuelle Mißstände wird nicht etwa mit Ironie betrachtet, sondern verkehrt sich in nachbetenden Rezensionen zu »großer Ehrlichkeit« und »Mut«. Soweit ist der verwaschene Liberalismus gediehen, daß einer wie Attenborough die Schwarzen beleidigen kann, indem er einen ihrer bedeutsamsten Führer vorzeitig aus dem Verkehr zieht, um das Feld dem wahren Helden zu überlassen, und er wird für sein Eintreten gegen die Rassentrennung über den grünen Klee gelobt. »I am in the business of getting people on the side of an issue they are not«, konterte Donald Woods alle Einwände gegen die schiefe Verfilmung seiner Geschichte. »Ich bin im Geschäft, Leute auf die Seite einer Sache hinüberzuziehen, auf der sie noch nicht sind«. Es ist, wenn es im Westen um so populäre Dinge wie die Apartheid geht, im übrigen auch ein äußerst lukratives Geschäft.

Konkret 06/88, S. 78

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Eines Tages rief mich die Firma »Spiegel« an. Ob ich eine Erinnerung an 68 zu einem akzeptablen Preis abgeben könne. Wer ist am Apparat?, fragte ich. Die Firma sagte: Wir sind das Blatt, das die Großen dieser Welt zittern macht. Ich sagte: Eigentlich hab ich ja mit andern Sachen raasend zu tun, aber weil Sie' s sind, na gut. Ich lieferte das kleine Stück über eine große Zeit, und es ging auch in den Satz:

Wie Friedenau einmal rot werden sollte

Im Jungbuchhändlerkeller in der Görresstraße Friedenau zu West-Berlin, da mochte 67168 der Schriftsteller-Sortimenter-Kundschaft-Bindung wegen lesen, wer wollte, der sanfte Handke, HC Buch, FC Delius, die schöne Elfriede Jelinek, der der Zone entkommene Kempowski, der bei Gott! weder Absinth noch Faustkampf geschweige Tod-selige, sondern mehr von so einer AOK-Aura umzirkelte Wondratschek, immer wenn die Schriftsteller, das Gemengeungeheuer SchriftstellerInnen kannte man/frau damals nicht, fertig waren mit Vortragen, dann erhob ich mich und stellte, mal bewußt naiv, mal linear brutal, die ideologische Vertrauensfrage: » Was, Genossinnen, Genossen, will uns das Gehörte politisch sagen?« Denn, das muß man wissen, um verstehen zu können: 67/68 war »politisch« angesagt, und alles und jeder mußte sich auf die die Revolution entweder fördernden oder hemmenden Implikationen seines Tuns oder Seins (ein verwixtliberales »tertium« war absolut »non datur«) abfragen lassen.

So auch und erst recht die Literaten. Da hieß es dann schon mal »zu subjektiv« oder »reaktionär privatistisch« wenn nicht gar »konterrevolutionäre Pseudoprosa«. Dazu gab es Flaschenbier und Schnaps, Brause, glaub' ich, auch. Ja, einfach Literatur so drauf los, das ging damals nicht, man war voll auf Revolution eingestellt, und das war ja auch kein Wunder weiter, nach all dem 1848, 18119 und '45 wollte man es 67168 endlich wissen. Auch ich war 67168 voll bei der Revolution dabei. Mir erschien dieselbe jedoch zu kopflastig.

Wegbomben der Elternbindung, Entriegelung der Sexualität, fristlose Kündigung der studentischen Grußpflicht gegenüber der Professorenschaft, Umwandlung West-Berlins in einen akademischen Anstattstaat, wo die Sonne der Diskussion nicht untergeht, dies dünkte mich, der ich in den vierziger Jahren Hilfskassier bei der Sudentendeutschen Landsmannschaft und wenig später Bayerns jüngster Versicherungslehrling gewesen, '58 als Kaufmannsgehilfe und Chefredakteur der »Fürstenfeldbrucker Blätter für Frieden durch Abrüstung und Verständigung« den Kriegsdienst verweigert, als Pflastermaler die West-Berliner Welt drei Jahre von unten kennengelernt und 1 . in Theater am Kurfürstendamm Wolfgang Neuss eine Spielzeit als Souffleur zugearbeitet hatte, unzulänglich. Mehr schon vermochte ich dem Revolutionsprogrammpunkt »Enteignet Springer« abzugewinnen. Springer, das weiß man nicht erst heute, war damals einer der schlimmsten Finger, die der Revolution auf der Nase herumtanzten.

Gegen gut Zureden und Bitten war er, wir hattens erleben müssen, ebenso resistent wie gegen Feuer und Pflasterstein. Wie diesen Revolutionsverhetzer zu Fall bringen? Man mußte ihn von unten, gr. /lat. »Basis«, packen.

Also gründeten wir »aus allen Schichten der Bevölkerung«, so hieß das damals, die »Basisgruppe Friedenau«, deren »harter Kern« sich aus der technischen Zeichnerin, der Kindertheaterschauspielerin, dem Synchronsprecher, der schwierigen Dichterin, dem beleibten Jungbuchhändler, dem Arzt, dem Lehrer und dem Studenten »rekrutierte«.

In meinem Privatarchiv befindet sich das Inauguralflugblatt im DIN A 4 Format. Unter der mit mutigem Strich stilisierten geballten Hand in Lebensgröße, an deren Gelenk eine Uhr das metaphorisch wuchtige 5 vor zwölf (= s'ist Zeit, Proletariat, wach auf zur Tat!) zeigt, klassizistischste Agitation: »Friedenauer Genossin! Friedenauer Genosse! Die Basisgruppe braucht auch Dich! Komm zu uns! Agitiere mit! Plane mit! Verändere mit! Friedenau muß rot werden! Komm in unser Lokal.. Bus-Linien 2, 25, 81, 85, 86, 17, Friedrich Wilhelm Platz. Telefon 83 74 96. (Revolutionsseelsorge). Bier, Schnaps. « Die Basisgruppe stand.

Nun galt es, sie gegen Springer zu armieren. Wir wußten: Die Friedenauer Bevölkerung ist im Grunde genau wie wir für die Revolution. Aber der klare Blick auf ihre Interessenlage wird durch die tägliche »Rezeption der Springerschen Desinformation verunmöglicht«. Wie das revolutionäre Objekt »entgiften« ?

Ich hatte die Idee der »zeitgleichen Gegendarstellung«. Und das ging so: Nachts um eins raus aus dem Jungbuchhändlerkeller oder aus dem »Bundeseck«, wo der Dichter G. G. an den Spitzen seines Schnäuzers nagend flipperte, während wir Revolution machten, rauf auf den Zehngangrenner und ab zum Bahnhof Zoo, dem BILD- und BZ-Verkäufer die druckfrischen Revolutionsverhetzungen herausgesucht und in die linke Hälfte einer Wachsmatrize eingetippt. Rechts: Die »Gegendarstellung« der »Basisgruppe Friedenau«.

Fertig damit wieder rein mit dem Renner, den Rucksack auf dem Buckel, zur TU an der Straße des 17. Juni, rauf zum ASTA, dort die Matrize in den Hektografierapparat eingefädelt und mal 1500, mal 2000, je nachdem wie viele Verteiler sich gemeldet hatten, auf Saugpost runtergenudelt. Gegen sechs spätestens war man wieder im Jungbuchhändlerkeller oder im »Bundeseck« und wartete die Öffnung der Kioske ab.

Um halb sieben, sieben war es dann soweit. Die verschlafenen Friedenauer eilten herbei, um sich für die Frühstückspause mit dem BILD- und BZ-Gift zu verproviantieren. Doch wer beschreibt ihr Erstaunen, als sie mit dem Gift das Gegengift in die Hand gedrückt kriegen und wie vom Hammer gerührt gradezu körperlich sparen müssen, daß wir von der Revolution nicht die von Springer Penner Genannten sind, sondern hellwach.

Ja, so kämpfte die Basisgruppe Friedenau klein wie David und schlau wie Schwejk 67/68 gegen den revolutionsverhetzenden Goliath Springer und - für die Revolution!

Aber dann rief mich die Firma an und sagte: Wir müssen dieser Tage soo viele Große dieser Welt zittern machen, daß wir dafür keinen Platz haben. Jaja, sagte ich, machen Sie nur die Großen dieser Welt nieder, druck ichs halt im Tagebuch ab. Voila!

Konkret 06/88, S. 82

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Wenn einer, und er ist allein, nicht weiß, wie er die Zeit totschlagen soll, kann er sich immer noch in der Nase bohren oder zwischen den Zehen kratzen. Was aber machen Horst Bingel, Professor Erhard Denninger, Prof. Iring Fetscher, Professor Jürgen Habermas, Hans-Jürgen Hellwig, Stadtrat Hilmar Hoffmann, Alexander Kluge, Direktor Christoph Perels, Intendant Günther Rühle und Professor H.W. Wirth mit einem angebrochenen Nachmittag? Sie fragen:

Hat das geistige Europa abgedankt?

Ja oder nein? Was sagt der Graf Luigi Vittorio Ferraris dazu? Er sagt:

Einklänge oder Mißklänge in der politischen Kultur Europas?

Wer das wüßte! Der könnte auch die Frage des Milan Dragovic:

Geistige Vielfalt – Vorteil oder Belastung?

mit einem klaren Ja beantworten, wüßte vielleicht auch, was Bode Osanyn wissen will:

Versucht der Afrikaner Europäer zu sein?

Na? Ja, bitte, Klaus Harpprecht:

Europa oder die machtlose Unlust

Setzen, Klaus. Du schreibst hundert Mal: Ich soll nicht nörgeln. Kurt Biedenkopf, was meinen Sie?

Warum das geistige Europa eine Zukunft hat

Kusch! Wie muß das heißen, Adolf Muschg?

Europa, wo fängst du an, wo hörst du auf ?

Frieda, wo kommst du her, wo gehst du hin, wann kommst du wieda... Duve, Freimut, was ist denn jetzt schon wieder?

Zwischen den Hörnern des Stiers – die äußerst unsichere Fortbewegung der Dame Kultur

Wie beliebt? Achso, ja, der kulturpolitische Sprecher macht Musengeräusch. Und wozu der Lärm? Weil Bingel, Denninger, Fetscher, Habermas, Hellwig Hoffmann, Kluge, Perels, Rühle und Witt im Auftrag des Dezernats für Kultur und Freizeit, ja, der Stadt Frankfurt am Main zum fünfzehnten Mal sogenannte »Römerberg-Gespräche« veranstalten müssen. Und da fragt sich der Jacques Leenhardt doch mit Recht:

Welchen Sinn hat heute die Frage nach dem Untergang Europas?

Aber das war auch schon der Letzte. Deshalb werden bis zu den »16. Römerberggesprächen« so wichtige Fragen wie: Quo vadis, Europa? Kultur des Abendlands – Mythos oder Wirklichkeit? Europa den Europas? offenbleiben müssen wie klaffende Wunden. Und ich bleibe, für ein weiteres Jahr, mit meinem Fußpilz allein.

Wenn die allergrößte der Partei'n mal wieder so richtig hinten runtergefallen ist, hat sie schon gewonnen – Erkenntnis nämlich und Überblick:

DKP begann Auswertung eines großen Kampfes

Und obgleich die Auswertung gerade erst begonnen wurde, weiß das Zentralorgan doch, daß sie enden wird – und wie:

In Rheinhausen platzte der Lack, der die Machtfrage verdeckte

Aber wie werten wir das nun wieder aus? Rostet die entblätterte Machtfrage nun dahin wie ein polnischer Seelenverkäufer? Kommt bald ein neuer Anstreicher? Den werden wir aber sowas von auswerten, daß ihm Malen und Pinseln vergeht!

In jenem biblischen Alter, das es der »Frankfurter Allgemeinen« erlaubte, den Satz: »Das Kondom ist in aller Munde« niederzuschreiben, ohne im Lachkrampf zu verenden, sind die leitenden Redakteure der »Tageszeitung« noch nicht, aber auch ihnen ist der Zwei-Phasen-Reiniger schon mehr als bloß eine Metapher:

So ist es vielleicht ein Hoffnungszeichen, daß selbst ein Reagan... dazu gebracht wurde, das soziale Unrecht seines eigenen Landes in den Mund zu nehmen.

Als chewing gum? Als Priem? Als Haftcreme. (Was haben *Sie denn* im Mund? – Eine Brücke. – Da hat aber einer hinter den Pfeiler geschissen.)

Sportreportage des Norddeutschen Rundfunks:

Heute findet im spanischen Jarama der dritte Lauf zur Motorradweltmeisterschaft statt. Jarama, der Name weckt Erinnerungen: Dort hat im vorigen Jahr Tony Mang...

Mythos '68.

Ich liebe den anonymen Redakteur des Pressedienstes der Universität Hamburg:

500 000 DM für das Projekt eines Hamburger Botanikers: Prof. Kubitzki ruht sich nicht auf (seinen) Lorbeeren aus, sondern untersucht sie.

Daß der Professor dann auch noch Kubitzki heißt: das ist fürwahr das Glück des Tüchtigen.

Professor (offenbar der zur Zeit beliebteste Beruf) Gerhard Müller, Präsident des Bundesarbeitsgerichts a.D., schreibt an die »Frankfurter Allgemeine« *(die Zeitung, die er seit jeher las, aber nur noch die Todesanzeigen, und er hat daran seinen Spaß – Degenhardt):*

Abtreibung als Mittel der Familien- und Bevölkerungsplanung heißt, die Tötung Unschuldiger zu bejahen. Christen sollten im übrigen daran denken, daß das wahre Leben erst nach dem Tode beginnt.

und mit der Geburt endet. Unschuldig sind die Föten und die Toten. Ein deutscher Richter kann nur die Tötung Schuldiger bejahen.

Wie man was werden kann:

Husum. Das fünfte regionale Lyrik-Seminar der Bertelsmann-Stiftung (in Zusammenarbeit mit dem Kulturwerk deutscher Schriftsteller und dem VS in der IG-Druck und Papier, Landesbezirke Hamburg und Schleswig-Holstein) für Lyrikerinnen und Lyriker findet von Donnerstag, 1. September (Anreise am Nachmittag), bis Sonntag, 4. September 1988 in Husum statt.

Teilnehmen können zwölf Autorinnen und Autoren aus Hamburg und Schleswig-Holstein mit geringer Publikationserfahrung. Teilnahmevoraussetzung: Einsendung von sieben Gedichten (bitte nicht mehr, keine Mundart). Anmeldeunterlagen...

Das Seminar endet mit der Ernennung der Teilnehmer zu Endreim-Gesellen und bietet einen Fortbildungskurs zum Hexameter-Meister an. Ich fürchte, so geht das nicht. Für den wahren Lyriker (und die Lyrikerin!) gibt's nur einen, steinigen Weg zum Erfolg: ein Stündchen zum Tee bei Reich-Ranicki (Mundart nicht ausgeschlossen).

Wo alles neue Wege geht, will die Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg, nicht in alten Gleisen verrosten. Sie bietet ein

Schnupperstudium

für den zweiten Bildungsweg an, das gleich nach dem Sonderabitur auf der Purzelschule beginnt und mit der Schnupperpromotion endet. Ich aber glaube, daß sie alle ein Rad ab haben.

Und wo bleibt Theo?

Die Perestroika ist noch lange nicht über den Berg. Das Manipulieren der ihr gewidmeten Parteikonferenz wird für Gorbatschow kein Zuckerlecken sein. Zumal sich jetzt vieles in etwas hellerem, obwohl noch lange nicht taghellem Licht abspielt.

Wenn die Perestroika in hellerem, wenn auch nicht taghellem Licht durch eine ohne Zuckerlecken manipulierte Konferenz über den Berg gebracht wird, kann Theo nicht weit sein. Und tatsächlich: Nur 500 Kilometer liegen sie auseinander, unser Hamburger Bildzauberer und der Frankfurter Metaphern-Havarist Maetzke, der den Gorbatschow zwar manipulieren, aber nicht übern Berg lecken läßt. Denn die Welt rückt, wie beide sagen würden und schon so häufig bemerkt haben, immer enger zusammen beziehungsweise aufeinander.

Frau Gräfin hat auch einen Frust:

Der Marxismus hat jede Faszination verloren.

Das, Marion Gräfin Dönhoff, tut uns aber leid. Ein ganzes Leben für den Marxismus – und nun, so kurz vor dem Ende, das. Es geht wirklich nicht gerecht zu auf der Welt.

Helmut Kohl über die Kritik der Intellektuellen:

Es hat mich ja niemand gezwungen, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland zu werden. Wenn Sie aber dort sind, müssen Sie vieles ertragen, weil sie sozusagen der Rammbock sind.

Rammbock? Oder eigentlich Sündenbock? Jedenfalls: Schafseggel.